



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

45. Sitzung

3. Wahlperiode

---

Donnerstag, 21. September 2000, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

## Inhalt

	Unterrichtung durch die Landesregierung: <b>Mittelfristige Finanzplanung 2000 bis 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung</b> – Drucksache 3/1399 – ..... 2832
<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> ..... 2830	Ministerin Sigrid Keler..... 2832, 2861
	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff ..... 2837
	Eckhardt Rehberg, CDU ..... 2839
	Volker Schlotmann, SPD ..... 2846
	Angelika Gramkow, PDS ..... 2850
	Wolfgang Riemann, CDU..... 2855
<b>Fragestunde</b>	<b>Beschluss</b> ..... 2861
– Drucksache 3/1504 – ..... 2830	
Wolfgang Riemann, CDU..... 2830, 2831	
Minister Dr. Gottfried Timm ..... 2830	
Barbara Borchardt, PDS ..... 2831	
Ministerin Sigrid Keler..... 2831	
Monty Schädel, PDS ..... 2831	
	Unterrichtung durch die Landesregierung: <b>Gesundheitsbericht für das Jahr 1998</b> – Drucksache 3/1249 – ..... 2861
Gesetzentwurf der Landesregierung: <b>Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2001 – HRG 2001 –)</b> (Erste Lesung) – Drucksache 3/1400 – ..... 2832	Ministerin Dr. Martina Bunge..... 2862
	Dr. Arthur König, CDU ..... 2864
	Dr. Manfred Reißmann, SPD ..... 2866
	Torsten Koplin, PDS ..... 2868
<b>Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung</b> – Drucksache 3/1475 – ..... 2832	Karla Staszak, SPD..... 2871
	<b>Beschluss</b> ..... 2872

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (Rechtsausschuss) gemäß § 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages:

**Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern mit dem Aktenzeichen LVerfG 4/98**

– Drucksache 3/1502 – ..... 2872  
 Beschluss ..... 2872

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:  
**Entschließung für Demokratie und Toleranz – gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus**

– Drucksache 3/1487 – ..... 2872

Antrag der Fraktion der CDU:

**Bekämpfung von Rechts-  
 extremismus und Gewalt**

– Drucksache 3/1492 – ..... 2872

Angelika Gramkow, PDS ..... 2872

Eckhardt Rehberg, CDU ..... 2875

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff ..... 2878

Peter Ritter, PDS ..... 2879

Volker Schlotmann, SPD ..... 2880, 2890

Dr. Armin Jäger, CDU ..... 2882

Minister Erwin Sellering ..... 2883

Monty Schädel, PDS ..... 2884

Minister Dr. Peter Kauffold ..... 2885

Steffie Schnoor, CDU ..... 2887

Minister Dr. Gottfried Timm ..... 2888

Beschluss ..... 2890

Antrag der Fraktion der CDU:

**Entlassung der Sozialministerin**

– Drucksache 3/1491 – ..... 2891

Reinhardt Thomas, CDU ..... 2891

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff ..... 2892

Harry Glawe, CDU ..... 2894, 2895

Volker Schlotmann, SPD ..... 2895

Beschluss ..... 2896

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Überführung der überregionalen  
 Förderschulen**

– Drucksache 3/1488 – ..... 2896

Heike Polzin, SPD ..... 2896, 2899

Steffie Schnoor, CDU ..... 2896

Minister Dr. Peter Kauffold ..... 2897

Andreas Bluhm, PDS ..... 2898

Beschluss ..... 2900

Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern:

**Fünfter Bericht des Bürgerbeauftragten gemäß § 8 Absatz 7 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1999**

– Drucksache 3/1232 – ..... 2900

Annegrit Koburger, PDS ..... 2900

Beate Mahr, SPD ..... 2901

Thomas Nitz, CDU ..... 2901

Beschluss ..... 2902

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

**Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz in Malmö (Schweden) am 4. und 5. September 2000**

– Drucksache 3/1490 – ..... 2902

Hinrich Kuessner, SPD ..... 2902

Reinhardt Thomas, CDU ..... 2904

Monty Schädel, PDS ..... 2906

Dr. Henning Klostermann, SPD ..... 2907

Beschluss ..... 2908

Antrag der Fraktion der CDU:

**Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen und Verwendung der Steuermehreinnahmen**

– Drucksache 3/1494 – ..... 2908

Jürgen Seidel, CDU ..... 2908

Ministerin Sigrid Keler ..... 2908

Angelika Gramkow, PDS ..... 2910

Wolfgang Riemann, CDU ..... 2910, 2912

Heinz Müller, SPD ..... 2912

Beschluss ..... 2912

Unterrichtung durch die Landesregierung:

**Unterrichtung zu altersgerechtem und betreutem Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/1191 – .....	2912
Ministerin Dr. Martina Bunge.....	2912
Harry Glawe, CDU .....	2914
Dr. Margret Seemann, SPD .....	2914
Irene Müller, PDS.....	2916
Beschluss .....	2917

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 18. Oktober 2000.....	2917
---------------------------------	------

**Beginn: 9.00 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie zur 45. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7: Fragestunde.** Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 3/1504 vor.

**Fragestunde****– Drucksache 3/1504 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Innenministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Wolfgang Riemann, Fraktion der CDU. Bitte sehr, der Herr Innenminister ist gefragt und der Abgeordnete Riemann stellt seine Fragen. Bitte sehr, Herr Riemann.

**Wolfgang Riemann, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fragen stehen im Zusammenhang mit der Landratswahl im Landkreis Demmin und den öffentlich gemachten Vorwürfen aus dem Innenministerium und dem eingeleiteten Vorermittlungsverfahren.

Herr Minister Timm, ich frage Sie:

Wann wurden jeweils die Vorermittlungsverfahren eröffnet – also ich bitte um getrennte Darstellung –, welchen Verlauf nahmen sie und wann wurden sie inhaltlich beendet und die Betroffenen über die Ergebnisse dieser Verfahren informiert?

Warum wurden keine Informationen über den Verlauf der Verfahren bzw. insbesondere deren Ende an die Öffentlichkeit weitergegeben und wie kommt die o. g. NDR-Meldung zustande?

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Herr Innenminister.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Riemann, wenn ich Sie richtig verstehe, Sie fragen im Plural, fragen Sie nach den Personen Wellmer und Diesterheft.

**Wolfgang Riemann, CDU:** Richtig.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Gut, dann beziehe ich mich auf die Fragen, die Sie schriftlich eingereicht haben.

Herr Riemann, ich darf Ihnen zuvor herzlich danken für Ihr Interesse an den Vorgängen im Landkreis Demmin. Wie Sie wissen, haben nicht nur Sie und die Kommunalaufsicht, sondern auch die Staatsanwaltschaft, der Landesrechnungshof und zuletzt auch der Bund der Steuerzahler in seinem Schwarzbuch Interesse gezeigt an Vorgängen im Landkreis Demmin.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Bezüglich Ihrer Frage nach einem Disziplinarverfahren gegen Herrn Bürgermeister Wellmer darf ich sagen, dass gegen Herrn Wellmer durch das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern kein Disziplinarverfahren eröffnet worden ist.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Vielmehr ist wegen des Genehmigungsverfahrens eines Leasingvertrages für den Neubau des Rathauses

Demmin eine kommunalaufsichtsrechtliche Prüfung eingeleitet worden. Dieses Prüfverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Bezüglich Ihrer Frage nach Herrn Diesterheft will ich vorausschicken, dass Sie möglicherweise auch Herrn Wellmer und Herrn Beich verwechselt haben könnten.

**Wolfgang Riemann, CDU:** Nein.

(Angelika Gramkow, PDS: Hier wird nicht dem Minister widersprochen. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Wir haben am 23. Juli 1999 das förmliche Disziplinarverfahren gegenüber dem ehemaligen Landrat Beich eingeleitet. Mit Datum vom 22.11.1999 ist der Beamte vorläufig des Dienstes enthoben worden. Hiergegen hat er geklagt. Wie man weiß, hat Herr Beich die Klage verloren, und demzufolge ist seit dem 22.11.1999 die vorläufige Dienstenthebung rechtskräftig geworden.

(Georg Nolte, CDU: Frage!)

Nun zur Frage, die Sie stellen in Richtung auf die Person des Herrn Diesterheft. Gegen Herrn Diesterheft wurde mit Datum vom 10. Mai 2000 eine disziplinarische Vorermittlung eingeleitet. Es lagen uns Anhaltspunkte vor, dieses Verfahren zu eröffnen.

**Wolfgang Riemann, CDU:** Welche Anhaltspunkte? Entschuldigung.

(Volker Schlotmann, SPD: Eh, eh, eh!)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, Sie können hinterher zwei Nachfragen stellen. Soll es schon die erste Nachfrage sein, die ich anrechnen soll?

**Wolfgang Riemann, CDU:** Das war die erste Nachfrage, ja.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Herr Riemann, das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen und erst dann, wenn das Verfahren abgeschlossen ist, bin ich in der Lage, auch gegenüber der Öffentlichkeit, wenn es gewünscht wird, über den Abschluss des Verfahrens Auskunft zu geben. Aus einem laufenden Verfahren werden ich keine Auskunft geben.

**Wolfgang Riemann, CDU:** Herr Minister, ist Ihnen bekannt ...

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ist das die zweite Nachfrage?

**Wolfgang Riemann, CDU:** Ja, das ist die zweite Frage.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Wolfgang Riemann, CDU:** Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass solche Verfahren innerhalb einer gewissen Frist abgeschlossen werden? Wie lang ist diese Frist und wann war diese Frist zu Ende? Sie haben eben gesagt, das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Das Verfahren wird dann abgeschlossen, wenn die Ermittlungen beendet sind, und diese, wie gesagt, sind noch nicht abgeschlossen. Herr Riemann, das dürfte Ihnen auch bekannt sein, wenn Sie die Landesdisziplinarordnung gelesen haben.

(Die Abgeordnete Steffie Schnoor meldet sich für eine Anfrage.)

**Wolfgang Riemann**, CDU: Die habe ich sehr wohl gelesen, aber Sie anscheinend nicht.

**Präsident Hinrich Kuessner**: Schönen Dank, Herr Innenminister. Es war noch eine Meldung, Herr Minister, noch eine Nachfrage.

(Steffie Schnoor, CDU: Nein, nein.)

Ist erledigt, gut. Danke.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Finanzministerin, hierzu zunächst die **Fragen 3 und 4** der Abgeordneten Barbara Borchardt, Fraktion der PDS.

**Barbara Borchardt**, PDS: Ich frage die Landesregierung:

Welchen Standpunkt vertritt die Landesregierung in der Frage der Übernahme der Tarifabschlüsse der Angestellten im Öffentlichen Dienst für die Beamten?

Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass nach dem Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums die verbesserte Besoldung der Beamten in 2000 und 2001 zeitlich versetzt gegenüber dem Tarifabschluss in Kraft gesetzt werden soll und nicht wie nach bisheriger Gesetzeslage eine automatische Übernahme erfolgt?

**Präsident Hinrich Kuessner**: Bitte sehr, Frau Finanzministerin.

**Ministerin Sigrid Keler**: Herr Präsident! Frau Borchardt! Meine Damen und Herren! Zur ersten Frage die Antwort: Trotz der angespannten Situation der öffentlichen Haushalte tritt die Landesregierung für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der für die nächsten Jahre im Tarifbereich schrittweise vorgesehenen so genannten Ost-West-Anpassung auf die Besoldungs- und Versorgungsempfänger ein, da auch bei allen bisherigen Anpassungsschritten der Ost- an die Westbesoldung zeitliche Verschiebungen gegenüber dem Tarifergebnis im Interesse der Gleichbehandlung und des Betriebsfriedens vermieden wurden. Eine isolierte Schlechterstellung der Beamten gegenüber den Angestellten wäre bei der Ost-West-Anpassung nicht hinnehmbar. Hinsichtlich der bundesweiten linearen Anpassung der Bezüge für die aktiven Beamten Ost wie West hält die Landesregierung eine möglichst zeitnahe Übernahme des Tarifergebnisses für sachgerecht.

**Barbara Borchardt**, PDS: Danke schön.

**Ministerin Sigrid Keler**: Nein. Ich müsste Ihnen jetzt noch die zweite Frage beantworten.

**Präsident Hinrich Kuessner**: So ist es.

**Barbara Borchardt**, PDS: Entschuldigung.

**Ministerin Sigrid Keler**: Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass der ursprüngliche Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im vergangenen Jahr vom Bundesrat abgelehnt wurde. Nach Abschluss der Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst hat das federführend zuständige Bundesinnenministerium bisher keinen neuen Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung vorgelegt. Auf meine entsprechenden Anfragen Ende letzter Woche wurde mir jetzt jedoch vom Bund mitgeteilt, dass dies in Kürze geschehen werde. Entgegen der in der Frage enthaltenen Feststellung besteht bezüglich der Übertragung von Tarifergebnissen auf die Beamten und

Versorgungsempfänger gerade kein gesetzlich vorgeschriebener Automatismus.

In den vergangenen Jahren wurde daher das Tarifergebnis für die Besoldungs- wie auch für die Versorgungsempfänger in rechtlich zulässiger Weise zwar in der Mehrzahl der Fälle weitgehend inhaltsgleich, aber zum Teil mit zeitlichen Verzögerungen übernommen. Eine inhaltliche wie rechtliche Bewertung der Vorstellungen des Bundes zur Besoldungsanpassung wird erst dann unter Berücksichtigung meiner bisherigen Ausführungen möglich sein, wenn der Bund einen Gesetzesentwurf vorgelegt hat.

**Präsident Hinrich Kuessner**: Ich rufe nun auf die **Fragen 5 und 6** des Abgeordneten Monty Schädel, Fraktion der PDS. Bitte sehr, Herr Schädel.

**Monty Schädel**, PDS: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Finanzministerin! Einige Ausführungen haben Sie gemacht. Ich stelle trotzdem noch einmal die Nachfragen. Ich denke, Sie werden noch einmal detaillierter darauf eingehen.

Wie und mit welchem Ziel bringt sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern in das Gesetzgebungsverfahren zum Besoldungsanpassungsgesetz ein?

Teilt die Landesregierung meinen Eindruck, dass mit der geplanten Neuregelung der Beamtenbesoldung durch das Bundesinnenministerium, d. h. der nicht automatischen Übernahme der Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst für den Beamtenbereich, eine Ungleichbehandlung der Beamten einsetzen würde und wenn nicht, warum nicht?

**Ministerin Sigrid Keler**: Herr Schädel, zu Ihrer ersten Frage: Die Landesregierung hat sich bereits in den ersten fachlichen Abstimmungsgesprächen auf Länderebene für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Ost-West-Anpassung auf die Beamten eingesetzt und diese in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen um eine schrittweise Annäherung an das Besoldungsniveau der alten Länder gestellt. Dieses Ziel wird die Landesregierung im weiteren Gesetzgebungsverfahren in den entsprechenden Bund-Länder-Gremien, insbesondere aber auch in den Beratungen des Bundesrates mit Nachdruck weiter verfolgen.

Und die Antwort zu Ihrer zweiten Frage: Ich habe ja bereits auf Frau Borchardts Frage geantwortet. Ich möchte hier noch einmal sagen, soweit es sich um die Frage der Übernahme des Tarifergebnisses zur Anpassung der Ost-West-Besoldung handelt, halte ich seine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamten aus den bereits genannten Gründen für unabdingbar. Etwas anders stellt sich die Situation zur bundesweiten linearen Besoldungserhöhung dar. Hier ist, ich wiederhole mich, in rechtlich zulässiger Weise das Tarifergebnis in einigen Fällen nur mit zeitlichen Verzögerungen übernommen worden. Gleichwohl halte ich es für sachgerecht, das in diesem Jahr für die Angestellten im öffentlichen Dienst erzielte Tarifergebnis möglichst zeitnah auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Monty Schädel**, PDS: Ich danke.

**Präsident Hinrich Kuessner**: Schönen Dank, Frau Ministerin.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich möchte Sie noch darüber informieren, dass heute bei Tagesordnungspunkt 11 der Sender „Phönix“ die Debatte aufnehmen wird. Er will sie in einer Zusammenfassung von einer Stunde senden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen, auf Drucksache 3/1400, und Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, auf Drucksache 3/1475, sowie Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2000 bis 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, auf Drucksache 3/1399.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und  
Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen  
(Haushaltsrechtsgesetz 2001 – HRG 2001 –)**  
(Erste Lesung)

– Drucksache 3/1400 –

**Ergänzung zu dem  
Gesetzentwurf der Landesregierung**  
– Drucksache 3/1475 –

**Unterrichtung durch die Landesregierung:  
Mittelfristige Finanzplanung 2000 bis 2004  
des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
einschließlich Investitionsplanung**  
– Drucksache 3/1399 –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin.

**Ministerin Sigrid Keler:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Erstmals legt Ihnen die Landesregierung einen Haushaltsplanentwurf vor, bei dem die Steuereinnahmen sogar hinter denen des Vorjahres zurückbleiben, nämlich um rund 200 Millionen DM. Schon an dieser Stelle muss ich Herrn Rehberg widersprechen. Am 29. Juni wurden Sie mit der Behauptung zitiert, „dass die Steuereinnahmen im kommenden Jahr erheblich steigen“. Da hat Ihnen wohl irgendwer etwas Falsches aufgeschrieben und Sie haben es nicht mal gemerkt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Die Mindereinnahmen sind die Folgen der Steuerreform 2000, die bundesweit im Jahre 2001 45 Milliarden DM mehr Geld in den Unternehmen und in den Taschen der Bürgerinnen und Bürger belässt. Dieses Geld steht logischerweise den öffentlichen Haushalten nicht zur Verfügung.

Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich beklage diese Entwicklung keineswegs. Ich halte niedrigere Steuern, verbunden mit einer intelligenten Steuerreform für eine richtige und notwendige Maßnahme. Eine kluge Steuerreform bedeutet mehr private Investitionen, bedeutet Stärkung der Massenkauftkraft. Sie führt zu einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und sie mündet schließlich in die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Klartext: Die schrittweise Senkung der Steuersätze muss einhergehen mit solider Gegenfinanzierung unter Beachtung der Belange der öffentlichen Haushalte.

Ich bin froh, dass die Landesregierung insgesamt dem Steuerpaket zugestimmt hat. Das beweist einmal mehr die Handlungsfähigkeit dieser Koalitionsregierung aus

SPD und PDS. Es demonstriert unsere Orientierung am Machbaren und es beweist die Zukunftsfähigkeit dieser Koalition.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Das dürfen Sie ruhig in den verschiedenen Deutungsmöglichkeiten des Wortes verstehen.

In aller Kürze werde ich Ihnen, meine Damen und Herren, noch einmal die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes 2001 nennen: Mit einem Volumen von 13,9 Milliarden DM bleibt er unter dem Volumen des Haushalts 2000, und zwar um 115 Millionen DM. Die Ausgaben für Investitionen belaufen sich auf etwas über 3 Milliarden DM und liegen damit um 161 Millionen DM unter denen des Vorjahres. Der Anstieg der Personalausgaben konnte auf 16 Millionen DM gedrosselt werden. Wir halten die Nettokreditaufnahme auf dem Vorjahresniveau von 650 Millionen DM. Das schaffen wir, obwohl wir bei Zinsen, Personalausgaben, Zusatz- und Sonderversorgungssystemen sowie bei Steuern Verschlechterungen von rund 320 Millionen DM verkraften müssen. Uns helfen in 2001 Einnahmeüberhänge aus dem Investitionsförderungsgesetz und später als erwartet eingehende Verkaufserlöse von zusammen 114 Millionen DM sowie eine Grundstockentnahme von 120 Millionen DM. Und wir reduzieren die Ausgaben an diversen Stellen um saldiert 230 Millionen DM.

Ich erwarte natürlich eine Diskussion über die Höhe der Nettokreditaufnahme und die Neuverschuldung. Eigentlich wollten wir den Nettokreditbedarf auf 550 Millionen DM absenken. Die gesamtwirtschaftliche Wirkung der Steuerreform hat aber Vorrang. Ich sage Ihnen, diese Kreditlinie ist ein Beispiel für eine Haushaltspolitik mit Augenmaß. Wir flankieren damit die wirtschaftlichen Auftriebskräfte und unterstützen so die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir vermeiden abrupte Einbrüche und erhalten zugleich politische Handlungsspielräume für die weitere Entwicklung unseres Landes und, das will ich hier betonen, wir halten an unserer Linie, der konsequenten Haushaltskonsolidierung fest. Wir halten aber auch an unserem Programm der kontinuierlichen Absenkung der Kreditaufnahme fest. 2002 werden wir auf 450 Millionen DM und 2003 auf 300 Millionen DM Neuverschuldung zurückgehen. Dann werden wir mit der Kreditaufnahme wieder genau dort sein, wo wir schon nach der alten Finanzplanung sein wollten.

Um zu verdeutlichen, wie schwer das Vorhaben geringerer Neuverschuldungen zu verwirklichen sein wird, muss ich an dieser Stelle Ihr Augenmerk über das Jahr 2004 hinaus lenken. Wir wissen bislang noch nicht, wie wir im Jahr 2005 finanziell gestellt sein werden. Wir tun alles dafür, dass wir auch weiterhin dieselben Summen bekommen wie bisher, wobei vorerst offen bleiben muss, wie lange dieser Status gehalten werden kann. Aber selbst, wenn wir die Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich und aus dem Solidarpakt auf dem nötigen und heutigen Niveau halten können, stehen uns durch Steuer- und Rentenreform Mindereinnahmen ins Haus. Die Auswirkungen der dritten Stufe des Steuersenkungsgesetzes werden sich im Haushalt des Jahres 2005 als Mindereinnahmen in Höhe von rund 670 Millionen DM bemerkbar machen. Auswirkungen der Rentenreform sind zurzeit noch nicht quantifizierbar.

Ihre Kritik, Herr Rehberg, dass die Landesregierung kein Konzept für die Zeit nach 2004 hat, ist allzu billig. Die Mittelfristige Finanzplanung hat bekanntlich eine Reichweite von vier Jahren. Die jetzige reicht bis 2004. Selbstverständlich werden Sie im nächsten Jahr ein Konzept für 2005 bekommen. Um möglichst schnell Klarheit zu bekommen, drängen wir darauf, dass das Maßstäbegesetz, das neue Länderfinanzausgleichsgesetz und der Solidarpakt II noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Um dieses Ziel zu erreichen, ist die konstruktive Zusammenarbeit aller Bundestagsfraktionen erforderlich. Hier haben alle Parteien eine erhebliche Verantwortung, auch die Opposition. Dieses Thema eignet sich nicht für parteiegoistische Ränkespiele. Und jetzt schon öffentliche Prognosen über das Ergebnis abzugeben, sollte sich eigentlich von selbst verbieten, denn sie werden umgehend als Aufgabe von Verhandlungspositionen missdeutet. Ich rate der CDU und ihrer neuen Vorsitzenden Frau Schnoor dringend, keine Zahlen mehr in die Welt zu setzen, die unserem Land schaden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es kommt jetzt darauf an, die Interessen der finanzschwachen Länder und vornehmlich die Besonderheiten Mecklenburg-Vorpommerns zur Geltung zu bringen. Das kann nur gelingen, wenn wir in dieser Frage alle an einem Strang ziehen. Mecklenburg-Vorpommern muss in dem Prozess der Neugestaltung des Länderfinanzausgleiches seine Sondersituation der extrem dünnen Besiedlung zur Geltung bringen. Das kann uns helfen, unsere Position gegenüber allen anderen Ländern zu verbessern. In keinem anderen Bundesland gibt es außerdem so viele Gemeinden mit so wenig Einwohnern. Das bringt uns unwirtschaftliche Verwaltungsstrukturen sowie unwirtschaftliche, soziale und kulturelle Strukturen mit sich und es behindert die Schlagkraft bei der Gewerbeansiedlung. Diese Gemeindestruktur verschlechtert unsere Position im Länderfinanzausgleich. Ich erwarte, dass die Enquete-Kommission, die wir gerade eingesetzt haben, uns hilft, zu moderneren und effizienteren Kommunalstrukturen zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich werde Sie kaum überzeugen können, verehrte Kolleginnen und Kollegen auf den Oppositionsbänken, aber ich will dennoch etwas zu dem Punkt sagen, den Sie mit Sicherheit auf- und angreifen werden. Die Investitionsausgaben gehen gegenüber 2000 um 161 Millionen DM zurück und sie werden in den nächsten Jahren weiter zurückgehen. Wir befinden uns mit dieser Maßnahme in einem Geleitzug mit Sachsen und Thüringen. Diese beiden CDU-regierten Länder führen ihre Investitionsausgaben ebenfalls deutlich zurück. Das sollte auch Ihnen zeigen, eine Absenkung der Investitionsausgaben ist nun einmal nicht zu umgehen. Die Konsolidierungsmöglichkeiten bei den laufenden Ausgaben sind weitestgehend erschöpft. Hier gab es in den letzten Jahren bereits erhebliche Eingriffe, auch durch die Änderung von Leistungsgesetzen des Landes. Zu den Personalausgaben komme ich dann noch. Aber, meine Damen und Herren, mit gut 3 Milliarden DM liegen unsere Investitionsausgaben immer noch beim Dreifachen der Investitionsausgaben der westlichen Bundesländer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass der Rückgang unserer Investitionsausgaben zu einem erheblichen Teil auf geringeren Zuführungen vom Bund beruht, insbesondere im Bereich der GA-Wirtschaft. Dieser Rückgang ist schon seit 1998 bekannt. Er war schon zu Zeiten Theo Waigels in der Finanzplanung des Bundes angelegt, nachzulesen im Finanzplan 1997 bis 2001 der Bundesregierung. Den Rückgang von Bundesmitteln kann Mecklenburg-Vorpommern nicht ausgleichen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Der Rückgang der Investitionen folgt im Übrigen auch aus der planmäßigen Fertigstellung von Investitionsvorhaben. Ich erinnere nur an das IPP in Greifswald mit einem Rückgang von 14 Millionen DM. Überdies fallen allein 24 Millionen DM Investitionsausgaben weg, weil wir in 2000 die letzte Rate für unsere Beteiligung an der Nord/LB bezahlt haben. Dennoch werden weiterhin 640 Millionen DM für Wirtschaftsförderung nach den Regeln der GA-Wirtschaft bereitgestellt. 520 Millionen DM fließen in den Wohnungs- und Städtebau. 150 Millionen DM stellen wir als kommunalen Investitionszuschuss zur Verfügung. Die Ausgaben im Staatshochbau bleiben mit 429 Millionen DM nahezu unverändert.

Insgesamt nimmt Mecklenburg-Vorpommern bei den Investitionsausgaben im Vergleich mit den anderen neuen Ländern einen Mittelplatz ein und das, so meine ich, kann sich sehen lassen. Und damit keine Zweifel aufkommen, wir bleiben selbstverständlich bei der Linie, sämtliche Bundes- und EU-Mittel zu komplementieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, der kommunale Finanzausgleich, darauf bin ich gestern schon eingegangen, wird wieder, wie versprochen, mit 2,5 Milliarden DM dotiert. Damit werden die Kommunen von den Auswirkungen der Einnahmeausfälle des Landes freigestellt. Offenbar haben schon viele vergessen, wie es den Kommunen in früheren Jahren ging. Die Steuereinnahmen sind mehrere Jahre hintereinander deutlich hinter den Veranschlagungen zurückgeblieben. Aufgrund der Verrechnungsvorschriften im Finanzausgleichsgesetz sind die Mindereinnahmen jeweils im übernächsten Jahr gegengerechnet worden. Das war für die Haushaltsplanung der Kommunen sehr unangenehm, denn sie mussten ihre Haushalte und die Beträge kürzen, die ihnen durch die Verrechnungsbeträge wieder verloren gingen.

Die Fieberkurve aus Zuweisungen und aus Steuererwartungen und deren Kürzungen wollten wir glätten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Deshalb war die Zusage von verrechnungsfreien 2,5 Milliarden DM jährlich keine Schlechterstellung der Kommunen. Wenn im laufenden Jahr 167 Millionen DM zugunsten der Kommunen verrechnet worden sind und deshalb die Quote auf 27,36 Prozent festgelegt wurde, so ist es nur folgerichtig, im kommenden Jahr die fälligen 32 Millionen DM zugunsten des Landes zu verrechnen und die Quote entsprechend auf 24,97 Prozent festzusetzen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das sehen wir etwas anders, Frau Ministerin. –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Gestern haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, erneut den Vorwurf der mangelnden Solidarität mit den Kommunen gegen mich erhoben. Sie werden sich also anhören müssen, was wir in den letzten Jahren für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern getan haben, und zwar zusätzlich zum kommunalen Finanzausgleich. Als geringere Steuern eingegangen sind als veranschlagt, haben wir die fälligen Verrechnungsbeträge über Jahre gestundet

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt.)

und dafür Zinsen in Höhe von 31 Millionen DM aufgebracht. 1997 hat das Land für die Kommunen auf meine Initiative hin zusätzlich 40 Millionen DM zur Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung bereitgestellt. Ich kann mich erinnern, Herr Rehberg hat das damals sehr kritisiert. 1998 haben wir die Investitionspauschale auf 115 und 1999 auf 150 Millionen DM aufgestockt.

Zur Abfederung des Sparprogramms der Bundesregierung haben wir mit dem Haushalt 2000 fast 28 Millionen DM zusätzlich für die Kommunen veranschlagt. Und wir haben es nicht etwa zurückgefordert, als diese Lasten nur zu einem geringen Teil eintraten. Zur Gesundung der Abwasserbetriebe stellen wir jährlich 10 Millionen DM bereit und für Gemeindefusionen gibt es ab 2001 zusätzlich 5 Millionen DM im Jahr. So viel zum Thema Solidarität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir haben das immer gemacht, weil wir wissen, wir brauchen starke Kommunen. Jetzt aber die Forderung zu stellen, wir sollten noch einmal 203 Millionen DM drauflegen, wie das die CDU-Fraktion gestern gemacht hat, geht an den Realitäten absolut vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mecklenburg-Vorpommern muss an Steuermindereinnahmen genau die gleiche Zahl, nämlich auch 203 Millionen DM verkraften. Da grenzt diese Forderung von Ihnen an finanzpolitisches Harakiri. Wir sind solidarisch mit den Kommunen, aber Sie nicht, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Die wollen den Kommunen ja Geld wegnehmen.)

Ich komme gleich darauf.

Sie wollen nämlich obendrein noch den Spitzensteuersatz vorzeitig senken und senken damit die Einnahmen der öffentlichen Hände. Das trifft alle, auch die von Ihnen angeblich so umsorgten kommunalen Haushalte.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, Herr Glawe, das haben Sie nämlich nicht begriffen.)

Daran sieht man doch, Sie wissen nicht, was Sie wollen und was Sie tun.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wer so leichtfertig, Herr Glawe, auf 240 Millionen DM Landeseinnahmen verzichtet wie Sie und sich hier dennoch als Retter der Kommunen aufspielt, der will unsere Mitbürger für dumm verkaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Heinz Müller, SPD: 15 Prozent Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer nicht zu vergessen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Deswegen wollen Sie die Kommunen eingemeinden. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist klar. Das haben Sie ihnen ja gestern schon gesagt. Da waren die Herren übrigens ganz ruhig und ganz blass, habe ich von oben beobachtet.

Und noch etwas zum Punkt kommunaler Finanzausgleich. Wir haben den kommunalen Landesverbänden schon im Frühsommer vorgeschlagen, Gespräche über die weitere Entwicklung der kommunalen Finanzausstattung zu führen. Für die Landesregierung erkläre ich hier noch einmal, dass wir gesprächsbereit sind und dass wir uns konstruktive Gespräche wünschen.

Noch einmal zusammenfassend zum besseren Verständnis aus dem gestern und heute Gesagten: Wir kürzen den kommunalen Finanzausgleich nicht.

(Harry Glawe, CDU: Doch, natürlich! Natürlich kürzen Sie ihn. Sie kennen Ihre eigenen Zahlen nicht. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Unser kommunaler Finanzausgleich hat im Vergleich mit den ostdeutschen Ländern ein hohes Niveau und die Verbundquote kann gegenwärtig kein Maßstab sein, denn jedem ist klar, dass es Anpassungen geben muss.

Meine Damen und Herren, bei den Personalausgaben haben wir 16 Millionen DM mehr als in 2000 veranschlagt, ich möchte sagen, nur 16 Millionen DM mehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja leider. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Zuwächse lagen in den Vorjahren regelmäßig deutlich höher. In den Verlautbarungen der Opposition zum Haushalt 2001 wird von zu hoch veranschlagten Personalausgaben gesprochen. Ich kann dazu nur sagen, dass die Berechnungen aufgrund der bereits bekannten Tarifsteigerungen für 2001 mit größtmöglicher Präzision erfolgten.

Ich gebe zu, den Stellenplan zu lesen ist nicht jedermanns Sache. Aber die CDU-Fraktion hat ja angeblich einen Stellenplanexperten.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD – Harry Glawe, CDU: Wir haben einen finanzpolitischen Sprecher.)

Ich sehe ihn jetzt gar nicht. Wo ist er denn?

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Aber wenn dann trotzdem jedes Jahr die gleichen Fehler gemacht werden, dann ist das nicht mehr Irrtum, sondern offenbar Absicht. Der Vorwurf, wir hätten 105 Stellen zusätzlich ausgebracht, ist unzutreffend. Zwar wird der Stellenbestand Anfang 2001 um 105 Stellen höher sein als im alten Plan vorgesehen, das liegt aber nur an der stellenplantechnischen Umwandlung des LHI in ein Landesamt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Das hat zur Folge, dass die LHI-Stellen, die bisher außerhalb des Stellenplans finanziert wurden, in diesem

Stellenplan auftauchen, und zwar mit 147 Stellen. Wenn dieser Vorgang bereinigt wird, ergibt sich, dass wir tatsächlich 42 Stellen zusätzlich eingespart haben. Dies ist auf Seite 76 des Finanzplanes auch unschwer zu erkennen. Im Übrigen sparen wir in 2001 insgesamt 582 Stellen ein. Damit liegen wir Ende 2001 in Wirklichkeit um 104 Stellen besser als ursprünglich vorgesehen, und das, obwohl die LHI-Stellen jetzt zusätzlich im Stellenplan auftauchen. Alles in allem heißt das, dass wir Ende 2001 tatsächlich um 250 Stellen besser sind als noch vor einem Jahr gedacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was den Personalhaushalt betrifft, muss ich mich auch noch an Frau Schnoor wenden. Sie verlangte im Juli die Streichung von 8.000 Stellen in der Landesverwaltung. Wenn Sie die Verwaltung im engeren Sinne gemeint haben sollte, so müssten außer dem Rechnungshof und der Landtagsverwaltung alle übrigen Ministerien mitsamt ihren nachgeordneten Verwaltungen aufgelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. –  
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Also das können Sie ja wohl nicht gemeint haben, Frau Schnoor.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ja doch, die sind doch für die Abschaffung einzelner Ministerien. Das haben wir doch gestern gehört.)

Deshalb frage ich Frau Schnoor: Wollen Sie bei den Lehrern streichen,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

bei der Polizei streichen, bei den Hochschulen streichen,

(Angelika Gramkow, PDS: Und bei den Forstarbeitern soll's auch nicht sein.)

bei den Richtern, Staatsanwälten, Justizvollzugsbeamten streichen,

(Heinz Müller, SPD: Finanzbeamte.)

bei den Steuerbeamten streichen,

(Minister Dr. Gottfried Timm: Landtag vielleicht.)

bei den Forstleuten streichen?

(Harry Glawe, CDU: Machen Sie ja schon. Frau Keler, das haben Sie doch schon gut hingekriegt.)

Sie werden schon sagen müssen, wo Sie ansetzen wollen. Das kann und will ich Ihnen nicht ersparen.

Der stetige Stellenabbau, den wir systematisch betreiben, wirkt sich inzwischen erkennbar aus. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass diese Landesregierung diese Aufgaben sehr ernst nimmt und bereit ist, notfalls auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen. Ich nenne beispielhaft nur das LHI und das Forstkonzept.

Als wir 1998 die Regierungsverantwortung übernommen haben, wies der Stellenplan noch 48.400 Stellen aus. Ende 2001 werden es knapp 2.300 Stellen weniger sein. Ich habe vorhin erklärt, dass wir mit nur 16 Millionen DM Mehrausgaben beim Personal rechnen, das ist auch rich-

tig. Aber in einem damit zusammenhängenden und von uns nicht beeinflussbaren Bereich wachsen die Ausgaben nahezu explosionsartig. Die Ausgaben für die Sonder- und Zusatzversorgungsrenten ehemaliger DDR-Bürger steigen infolge der wachsenden Zahl der Rentner ohnehin stetig an. Hinzu kommen jetzt Ansprüche der Betroffenen auf Nachzahlung und Erhöhung ihrer Renten durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1999. Das Gesetz zur Umsetzung dieses Urteils wird zurzeit auf Bundesebene erarbeitet. Wir rechnen allein in 2001 mit 74 Millionen DM zusätzlich, so dass insgesamt 474 Millionen DM für Sonder- und Zusatzversorgungsrenten aufzuwenden sein werden.

Wir sind bisher davon ausgegangen, dass unsere Personalausgaben im Vergleich zu den westlichen Bundesländern deshalb günstiger liegen, weil wir nur geringe Versorgungslasten zu tragen haben. Unser Anteil an den Sonder- und Zusatzversorgungsrenten kann aber durchaus als das Gegenstück zu den hohen Pensionszahlungen der westlichen Bundesländer verstanden werden. Und dieser Ausgabenblock ist schon sehr drückend.

Meine Damen und Herren, bei knappen Finanzen müssen die verfügbaren Mittel dort konzentriert werden, wo sie den größten Effekt für die weitere Entwicklung unseres Landes entfalten können. Nur so ist es uns gelungen, in vielen Bereichen die Ausgabenansätze zu stabilisieren und neue inhaltliche Akzente zu setzen. Eine Auswahl:

- Die Wirtschaftsförderung wird mit neu geschaffenen Förderatbeständen, die teilweise mit EFRE-Mitteln finanziert werden, auf hohem Niveau weitergeführt. Bewährte Förderprogramme werden ausgeweitet wie zum Beispiel Technologieförderung auf 19,5 Millionen DM. Insgesamt stehen für solche Programme 56,4 Millionen DM zur Verfügung.
- Die Mittel für den Straßenbau sind erneut aufgestockt worden auf jetzt 136,5 Millionen DM.
- Die Ausbildungsplatzförderung ist durch die Einbeziehung von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gesichert worden. Die Ausbildungsplätze, die im Rahmen des Sonderprogramms der Bundesregierung anteilig gefördert werden, sind von der Landesregierung in der erforderlichen Höhe, 110,2 Millionen DM, ausfinanziert.
- In dem Bereich Bildung und Wissenschaft sieht die Landesregierung einen zentralen Gestaltungsbereich ihrer Politik. Dieser Bereich ist darum von Eingriffen verschont geblieben. Die Kulturförderung wird auf dem Niveau des Jahres 2000 fortgeführt, einschließlich der Denkmalpflege. Ein neues Hochschulsonderprogramm des Bundes und der Länder ist mit einem Volumen von 8 Millionen DM in den Entwurf aufgenommen. Damit werden zusätzliche Investitionen in Großforschungseinrichtungen angestoßen. Die Fördermittel des Landes für die IT-Ausstattung der Schulen werden verstetigt – 3 Millionen DM.
- Für die Arbeitsmarktpolitik, die Jugend- und die Schulsozialarbeit stehen im Haushaltsplanentwurf 2001 insgesamt 130,6 Millionen DM zur Verfügung. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2000 ist das eine Steigerung um 5,7 Millionen DM. Erstmals werden im Rahmen dieses Programms 9,6 Millionen DM für modellhafte Projekte bereitgestellt.

– Für die Städtebauförderung sieht der Entwurf 188,2 Millionen DM vor. Das sind zwar 13,4 Millionen DM weniger als im Haushaltsjahr 2000. Trotzdem werden alle verfügbaren Bundesmittel komplementiert, weiterhin 26,8 Millionen DM für das Landesprogramm „Wohnumfeld“ und 31,5 Millionen DM für das Landesprogramm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsvorhaben“ bereitgestellt.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, betreten wir mit diesem Haushalt Neuland. Wir haben Vorsorge für Maßnahmen getroffen, die von der Landesregierung noch nicht im Einzelnen festgelegt worden sind, aber für die zukünftige Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern bedeutsam werden könnten. Dafür haben wir eine Sonderposition veranschlagt, die wir „Zukunftsfonds“ nennen. Wir wollen 100 Millionen DM – verteilt auf fünf Jahre – bereitstellen, deren Verwendung vom Landtag erst noch konkretisiert werden soll. Ich rufe Sie auf, im Verlaufe der Beratungen die Untersetzung der Mittel intensiv zu diskutieren und möglichst innovative und zukunftsweisende Verwendungsmöglichkeiten festzulegen.

Fazit, meine Damen und Herren: Die Landesregierung aus SPD und PDS verwirklicht ihr Regierungsprogramm zielstrebig, jedoch ohne hektischen Aktionismus, erfolgsorientiert, jedoch ohne überflüssige Schaumschlägerei, solide, jedoch ohne überstürzte Eingriffe.

Dass Sie das nicht hören mögen, meine Damen und Herren von der Opposition, weiß ich. Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben Sie für Mecklenburg-Vorpommern den politischen Weltuntergang vorausgesagt. Als wir dann sehr seriös und sehr solide an die Arbeit gegangen sind,

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Ja, ja, das sehe ich aber nicht.)

wurden Sie bald stiller.

(Harry Glawe, CDU:  
Das schwappt ja heute wieder.)

Meine Damen und Herren, insgesamt haben wir mit diesem Haushalt ein ausgewogenes Verhältnis von notwendigen Einschnitten und Umschichtungen zur Schaffung von Handlungsspielräumen bei besonders wichtigen Fachausgaben sowie bei der Förderung von Schwerpunkten entsprechend unserem gemeinsamen Regierungsprogramm erreicht. Wir werden uns auch in den nächsten Jahren auf rückläufige Finanzmittel einzustellen haben. An der Art, wie wir die weitere Rückführung unserer Ausgaben insgesamt verträglich schaffen, zeigt sich Handlungskompetenz. Wir haben die ersten drei Haushalte in einer konstruktiven Art und Weise aufgestellt.

Die Forderung der Opposition nach zusätzlichen Ausgaben bei niedrigerer Kreditaufnahme ist weder konstruktiv noch in sich schlüssig.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie ist ganz einfach unsolid und auf billige Effekthascherei ausgerichtet. Das ist bedauerlich, denn es bringt uns keinen Wettstreit um die besseren Lösungen. Da hat die Opposition erheblichen Nachholbedarf. Und das haben die Bürgerinnen und Bürger inzwischen auch deutlich gemerkt, wie die Umfrageergebnisse zeigen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja! Ah ja!)

Zum Schluss, meine Damen und Herren: ...

(Harry Glawe, CDU: Sonnen Sie sich mal noch ein bisschen!)

Ich weiß ja, dass Ihnen die EMNID-Umfrage nicht gefallen hat.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Doch, die ist schön. Ich find' die wunderbar, Frau Keler.)

Das ist mir doch klar, Herr Rehberg.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Martin Brick, CDU: Es kommt sicher noch 'ne neue, Frau Keler.)

Das ist doch klar.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir sprechen uns in zwei Jahren wieder. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Martin Brick, CDU: Die ersten Pflaumen sind madig.)

Zum Schluss, meine Damen und Herren: In wenigen Tagen begehen wir den 10. Jahrestag der Wiedervereinigung. Zehn Jahre sind für den einen eine lange und für den anderen eine kurze Zeit. Wer zehn Jahre vor sich hat, empfindet sie als eine halbe Ewigkeit. Im Rückblick empfinden wir zehn Jahre als erstaunlich kurzen Zeitabschnitt. Das gilt auch für die Entwicklung in unserem Land. Hand aufs Herz: Wer hätte geglaubt, dass wir alle öffentlichen Einrichtungen wie Straßen, Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen, Verwaltungsgebäude, Kommunikationsinfrastruktur auf einen Stand gebracht haben, ...

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:  
Das haben Sie alles gemacht, ne?!)

Sie hören nicht zu, Herr Glawe.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

... wie er vor zehn Jahren noch nicht vorstellbar war.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Lutz Brauer, CDU:  
Das ist richtig. Das ist 'ne Weisheit. – Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Es ist noch lange nicht alles getan und für unser größtes Problem, die Arbeitslosigkeit, haben wir alle keine Patentlösung. Und doch sage ich voraus: Wenn wir in zehn Jahren wieder Bilanz ziehen, wird auch unsere wirtschaftliche Entwicklung ein gutes Stück vorangekommen sein.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Zu DDR-Zeiten haben wir geduldig länger als zehn Jahre auf ein neues Auto gewartet. Etwas weniger Ungeduld bei den wesentlich grundlegenden Problemen würde uns allen gut tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Es wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 168 Minuten angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff gebeten. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst eine Vorbemerkung: Es ist ja in der letzten Haushaltsdebatte kritisiert worden, dass ich nicht vor dem Oppositionsführer gesprochen habe, obwohl das früher immer so der Fall war. Nun spreche ich heute vor Ihnen, Herr Rehberg. Ich hoffe, dass ich damit einem Wunsch von Ihnen entgegenkomme.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Martin Brick, CDU:  
Tag der Besinnung ist heute.  
Angelika Gramkow, PDS: Nicht zu weit!)

Meine Damen und Herren, eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land ist eine solide Haushaltspolitik. Deshalb setzt die Landesregierung mit ihrem Entwurf für den Landeshaushalt 2001 ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent fort. Und wir verbinden diesen Kurs mit gezielten Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Eine solide Haushaltspolitik erfordert in der heutigen Zeit viel Mut und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung gegenüber dem Land, seinen Menschen und auch gegenüber kommenden Generationen, denn wir wollen unseren Kindern und Enkelkindern ein wirtschaftlich gesundes Land und keine Schuldenberge hinterlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir erleben bereits heute, wie die immer größer werdenden Zinslasten unsere Handlungsspielräume verengen. Und deshalb wäre es der falsche Weg, die Staatsverschuldung weiter in die Höhe zu treiben und heute auf Kosten der Generationen von morgen zu leben.

(Martin Brick, CDU: So, wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.)

Der richtige Weg ist es, die Neuverschuldung kontinuierlich zurückzufahren und langfristig einen ausgeglichenen Haushalt anzupeilen. Nur so werden wir unserer Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen gerecht.

An einer Konsolidierung unseres Haushaltes führt kein Weg vorbei. Deshalb fahren wir die Nettokreditaufnahme in dieser Legislaturperiode auf insgesamt 2,7 Milliarden DM in vier Jahren zurück. Und nur damit Sie sich noch einmal daran erinnern, meine Damen und Herren von der Opposition: Das ist exakt die Summe, die Sie 1994 in einem einzigen Jahr an Schulden aufgenommen haben. Sie haben mit Ihrer Finanzpolitik die Zukunft der nachfolgenden Generationen aufs Spiel gesetzt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Und wir sorgen mit unserer Haushaltspolitik dafür, dass die Jugend wieder eine Zukunft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: So viel Arbeitslose, wie wir zurzeit haben in der Jugend, haben wir seit 1992 nicht gehabt.)

Ich danke unserer Finanzministerin dafür, dass sie seit 1996 mit ihrer Amtsübernahme mit der verantwortungslosen Finanzpolitik Schluss gemacht und eine Wende in der Haushaltspolitik eingeleitet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Bärbel Kleedehn, CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden in den kommenden Jahren diesen Konsolidierungskurs konsequent fortsetzen und 2003 die zusätzliche Konsolidierung vornehmen, die uns im kommenden Jahr noch nicht möglich ist. Fest steht, es gibt keine ernst zu nehmende Alternative zu dem Sparkurs unserer Finanzministerin.

Die Haushaltskonsolidierung ist aber nur die eine Seite unserer Finanzpolitik.

(Martin Brick, CDU: Wo sitzen wir denn eigentlich hier, Harald?)

Wir verbinden diesen Kurs mit gezielten Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Lassen Sie mich hier kurz einige Schwerpunkte unserer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung ansprechen.

Unser erster Schwerpunkt ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Die A 20 und die Rügenanbindung werden mit Unterstützung des Bundes bis zum Jahr 2005 komplett fertig gestellt werden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut, sehr gut.)

Und gestern, meine Damen und Herren, haben wir mit der Bundesregierung vereinbart, dass folgende Ortsumgehungen im Zuge von Bundesfernstraßen in Mecklenburg-Vorpommern vorzeitig realisiert werden:

- die Ortsumgehung Alt Strelitz an der B 96 mit einem Gesamtvolumen von 20 Millionen DM, Baubeginn 2001,
- die Ortsumgehung Stralsund an der B 105, der fünfte Bauabschnitt, Gesamtkosten 57 Millionen DM, Baubeginn 2001,
- die Ortsumgehung Crivitz an der B 321,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Baubeginn 2002, Investitionssumme 34 Millionen DM

- und, Herr Rehberg, hören Sie zu, auch die Ortsumgehung Ribnitz-Damgarten, Baubeginn 2002, Investitionsvolumen 64 Millionen DM.

(Harry Glawe, CDU: Ja, sehr schön.)

Ich hoffe, dass Sie sich wenigstens darüber freuen können.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, sind sich Bund und Land einig, dass die Ortsumgehung, Südumgehung Hansestadt Greifswald und Anklam erster Bauabschnitt vorrangig aus Mitteln der Zinsersparnisse der UMTS-Erlöse finanziert werden. Aber auch an vielen Orten im Land wird der Straßenbau mit Hochdruck vorangetrieben. Deshalb haben wir trotz unseres Sparkurses die Mittel für den Straßenbau noch einmal aufgestockt.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Technologiepolitik. Wir haben hier gestern die großen Chancen diskutiert, die uns die Biotechnologie bietet. Und diese Chancen, meine Damen und Herren, müssen wir konsequent nutzen. Eine unserer Maßnahmen auf dem Weg dorthin ist die Ausweitung der reinen Technologieförderung. Wir brauchen natürlich auch in anderen Branchen mehr Investoren von außen und Existenzgründungen im Land.

Ein dritter Schwerpunkt liegt bei der Wirtschaftsförderung und der Ansiedlung von neuen Unternehmen. Auch hier ist es mit Haushaltspolitik allein natürlich nicht getan.

Wir müssen gemeinsam, meine Damen und Herren, für den Standort Mecklenburg-Vorpommern werben. Nur so werden wir Investoren wie beispielsweise BMW für unser Land gewinnen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Angelika Gramkow, PDS)

Bei all den Investitionsvorhaben haben wir einen sozial ausgewogenen Haushalt vorgelegt. Gleichzeitig sichern wir die Finanzausstattung der Kommunen. Sie werden von den Einsparungen ausgenommen. Und wie schon in diesem Jahr erhalten Sie auch 2001 die von uns versprochenen kommunalen Finanzausgleichsleistungen in Höhe von 2,5 Milliarden DM. Und da können Sie noch so lange mit Quoten rechnen und tricksen, wie Sie wollen, Herr Rehberg. Was entscheidet, ist die Summe der kommunalen Finanzausgleichsleistungen in Mark und Pfennig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Angelika Gramkow, PDS)

Und die liegt wie im Vorjahr bei 2,5 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, die ersten Erfolge unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik werden jetzt sichtbar. Wir in Mecklenburg-Vorpommern sind in den letzten zwei Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Im verarbeitenden Gewerbe lagen wir im vergangenen Jahr mit einer Wachstumsrate von 6,3 Prozent an der Spitze in ganz Deutschland. Kein anderes Land hat im vergangenen Jahr – auf die Einwohnerzahl umgerechnet – so viele Urlauber beherbergt wie wir in Mecklenburg-Vorpommern. Zwischen Januar und Juli hatten wir in unserem Land noch einmal 21,9 Prozent mehr Übernachtungen als in den ersten sieben Monaten der Rekordsaison '99.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Unser Land befindet sich im Aufschwung. Und auch im Ländervergleich stehen wir nicht schlecht da. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegen wir inzwischen hinter Sachsen an zweiter Stelle in Ostdeutschland und das zeigt, meine Damen und Herren, es geht voran in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, wer den Menschen etwas anderes erzählt, der redet unser Land schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen kann ich Ihnen sagen, die Zahlen sind ganz frisch. Eigentlich gibt es noch eine Sperrzeit bis 10.00 Uhr, aber die sechs Minuten werden den Kohl wohl auch nicht fett machen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Heike Lorenz, PDS: Der ist schon fett. –  
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Im Vergleich der ostdeutschen Länder liegen wir beim Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr dieses Jahr an erster Stelle vor Sachsen, Thüringen, Berlin, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Ich denke, das ist auch ein Erfolg für die Politik in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, trotzdem bestreitet niemand von uns, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben, gerade auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Finanzministerin

hat das angesprochen. Und natürlich ist es Ihr gutes Recht, meine Damen und Herren von der Opposition, diese Landesregierung zu kritisieren. Aber es ist doch verantwortungslos, wenn Sie aus parteipolitischen Kalkül Zahlen und Fakten verdrehen und gleich das ganze Land schlecht reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Denn selbstverständlich fließen natürlich auch Ihre Aussagen in das Bild ein, das sich Investoren und Touristen von Mecklenburg-Vorpommern machen.

(Martin Brick, CDU: Das hatten wir  
schon mal. Das ist zehn Jahre her.)

Hier sind wir in Mecklenburg-Vorpommern, glaube ich, alle in der Verantwortung und dieser Verantwortung müssen auch Sie sich stellen.

(Dr. Christian Beckmann, CDU:  
Da haben wir keine Angst vor.)

Meine Damen und Herren, Finanzpolitik wird nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene gemacht. Die Landesregierung begrüßt, dass der Bundesfinanzminister seinen Konsolidierungskurs auf Bundesebene fortsetzt. Und wir begrüßen auch die Steuerreform der Bundesregierung. Durch diese Steuerreform werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum Jahr 2005 um 62 Milliarden DM entlastet. Zugleich erhalten die Unternehmer, vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe, eine steuerliche Entlastung in Höhe von 25 Milliarden DM. Gerade von dieser Orientierung auf den Mittelstand werden wir in Mecklenburg-Vorpommern profitieren, denn unsere Wirtschaft ist besonders mittelständisch geprägt. Und ich bin sicher, von dieser Reform werden zusätzliche Wachstumsimpulse auch für unser Land ausgehen. Deshalb haben wir, verbunden mit den Zusagen der Bundesregierung etwa zum Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Rostock oder zum beschleunigten Bau von Ortsumgehungen, dieser Reform im Bundesrat zum Durchbruch verholfen. Das haben im Übrigen auch einige CDU-Ministerpräsidenten so gesehen. Und das bringt unser Land voran, meine Damen und Herren, und das ist auch richtig so.

Was uns hingegen nicht voranbringt,

(Lutz Brauer, CDU: Ökosteuer.)

das sind die verantwortungslosen Kampagnen der Opposition.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die Ökosteuer dient dazu, die Rentenbeiträge auf unter 20 Prozent abzusenken. Und wir brauchen niedrige Rentenbeiträge, weil sonst durch die hohen Lohnnebenkosten der Aufschwung in Deutschland gefährdet wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und das, meine Damen und Herren von der Opposition, verschweigen Sie bei Ihrer verantwortungslosen Kampagne!

(Harry Glawe, CDU: Jaja, das Leben spielt nur  
eine andere Musik, Herr Ministerpräsident!)

Ich kann mich noch gut erinnern, dass Ihre Parteivorsitzende Frau Merkel sich vor zwei Jahren selbst für diese Ökosteuer stark gemacht hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

meine Damen und Herren, und ebenso Herr Schäuble.

(Siegfried Friese, SPD: Mehrfach!)

Sie meinen, Sie können dadurch von den eigenen Schwierigkeiten in der CDU ablenken und auch noch billig punkten. Ich sage Ihnen voraus: Die Menschen werden sich von Ihnen nicht für dumm verkaufen lassen.

(Harry Glawe, CDU: Fünf Mark pro Liter Benzin sagen Sie voraus, nicht?!)

Und die Quittung werden Sie bekommen und nicht wir. Sie betätigen sich mit Ihrer Kampagne als Steigbügelhalter für die Preistreiberei der Mineralölkonzerne, meine Damen und Herren,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

und legitimieren damit deren Preispolitik.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Christian Beckmann, CDU: Jetzt ist ein Kalauer dran. – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Das ist so, meine Damen und Herren, auch wenn Sie sich noch so lustig darüber machen.

(Harry Glawe, CDU: Das war der Spruch des Tages. Das war der Spruch des Tages.)

Das erkennen auch mehr und mehr Menschen in diesem Land.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist albern.)

Aber wir kennen ja Ihre Position: Was schert uns unser Geschwätz von gestern. Diese Maxime haben Sie schon seit Konrad Adenauer immer wieder gebraucht und so auch in Fragen der Ökosteuern.

(Martin Brick, CDU: Na das haben wir ja bald wieder.)

Enttäuscht bin ich natürlich von Ihrer Parteivorsitzenden, denn der hatte ich ein bisschen mehr Stehvermögen zu ihrer eigenen Meinung zugetraut, als das jetzt der Fall ist.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Sie wissen, meine Damen und Herren, der Solidarpakt wird nach dem Jahr 2004 auslaufen. Wir haben Ihnen zugleich unsere Mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2004 vorgelegt. Die Fortsetzung des „Aufbau Ost“ darf aber nicht gefährdet werden. Deshalb brauchen wir möglichst bald einen Solidarpakt II. Darum war es ein wichtiges Signal, dass sich der Bundeskanzler klar zum Solidarpakt II und zur Verantwortung der Bundesregierung bekannt hat.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern mit der Bundesregierung vereinbart, dass bei der Ausarbeitung des Solidarpaktes II und des Maßstäbengesetzes auch das Problem der dünnen Besiedlung in die Überlegungen einbezogen werden muss. Das ist übrigens auch ein wesentliches Verdienst unserer Finanzministerin, dass dieser Gesichtspunkt in das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mit eingegangen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dafür meinen herzlichen Dank.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir legen Ihnen am heutigen Tag einen Haushaltsentwurf vor, der Haushaltskonsolidierung und Zukunftsorientierung miteinander verbindet. Über Details wird in den Ausschüssen sicherlich noch zu reden sein, aber eines ist schon heute klar: Die Richtung stimmt. Wir in Mecklenburg-Vorpommern werden unser Land nur gemeinsam voranbringen können. Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung für unseren Konsolidierungskurs, für unsere Politik, für mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit in unserem Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

**Eckhardt Rehberg, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Frau Finanzministerin, Politik ist kurzlebig. Wenn Sie Ihre Wahlergebnisse aus dem Jahre 1999 in Thüringen, Sachsen und in anderen Ländern sehen, wo Sie teilweise nur auf Platz drei gekommen sind, wo Sie im Juni vergangenen Jahres ein Desaster bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern erlebt haben – da würde ich immer sehr, sehr vorsichtig sein. Ich freue mich schon auf unsere politische Auseinandersetzung für die Landtagswahlen im Herbst 2002, Frau Keler. Da können wir uns dann beide miteinander messen und am Ergebnis ablesen, was die Umfragen von heute wert sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Da spiel' ich aber auch noch ein bisschen mit.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich habe den Eindruck, und den haben Sie hier heute mal wieder vermittelt, dass politische Kritik unerwünscht ist.

(Unruhe bei Heidemarie Beyer, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist das.)

Es scheint nach Ihrer Auffassung eine Art Majestätsbeleidigung zu sein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig. – Angelika Gramkow, PDS: Nein, wenn sie fair ist, ist sie akzeptiert. Und Ihre ist nicht fair.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sagen, wir sind ein gutes Stück vorangekommen, wir machen eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Also auch, Herr Ministerpräsident, für mehr Beschäftigung? Wie sehen denn die Realitäten in diesem Land aus? Seitdem Sie im Oktober 1998 hier Regierungsverantwortung haben, sind 22.000 Menschen weniger in Beschäftigung. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Nicht mehr Beschäftigung, sondern weniger Beschäftigung ist unter Ihrer Regierungsverantwortung geschaffen worden. Die Arbeitslosigkeit ist um 11.000 gestiegen und wir haben seit dem Herbst 1998 trotz der sagenhaften Programme der Bundesregierung 3.000 mehr junge Arbeitslose zwischen 20 und 25 Jahren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Trotz „Jugend baut“, trotz Schulsozialarbeiter! – Angelika Gramkow, PDS: Dann sagen Sie auch die Ursachen dazu! – Zurufe von Heidemarie Beyer, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Das ist die Statistik Ihrer Regierungsarbeit, Herr Ministerpräsident Ringstorff, und nicht die Zahlenspielerien, die Sie seit Wochen und Monaten betreiben!

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe ja nicht gesagt, dass es nicht stimmt, aber die Ursachen sollen Sie mir nennen. – Wolfgang Riemann, CDU: Da ist die Landesregierung schuld. Wer denn sonst?)

Lassen Sie mich noch einen Punkt herausgreifen, den Sie über acht Jahre kritisiert haben. Und lesen Sie sich mal Reden durch, die Sie hier im Landtag gehalten haben. Heute verkünden Sie ganz stolz, wie die Übernachtungszahlen in Mecklenburg-Vorpommern gewachsen sind.

(Heiterkeit bei Dr. Berndt Seite, CDU)

Ja glauben Sie denn, dass das ohne eine massive Bettenförderung in den vergangenen Jahren heute überhaupt realisiert werden könnte?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so.)

In einem sehr kurzen Zeitraum kommen die Menschen zu uns. Und wenn wir die Betten nicht gefördert hätten – das war eine Politik, die insbesondere Jürgen Seidel vertreten hat gegen Ihren massiven Widerstand, übrigens auch in der großen Koalition –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

könnten Sie sich heute hier nicht hinstellen und mit diesen Übernachtungszahlen prahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. – Heidemarie Beyer, SPD: Die Betten allein machen es aber auch nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, verkaufen Sie die Menschen in diesem Land doch nicht für dumm bei der Ökosteuer. Wenn jemand den Ölkonzernen die Chance gegeben hat, sich hinter der Politik zu verstecken, dann ist es doch die Politik der rot-grünen Bundesregierung gewesen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Dann ist es doch die Ökosteuer gewesen, die Sie in fünf Stufen auf 30 Pfennig festlegen! Und dann steht Herr Eichel noch da – das ist übrigens der Oberabzocker der Ökosteuer –, der einem über die Umsatzsteuer insgesamt noch einmal 7 Pfennig zusätzlich abknöpft.

(Martin Brick, CDU: Ja, richtig.)

Es ist also nicht allein die Preistreiberei der Ölkonzerne und die Euroschwäche, ...

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Und bei der Euroschwäche, Herr Ministerpräsident, können wir uns auch mal darüber unterhalten, welche Äußerungen von Herrn Bundeskanzler Schröder mit dazu beigetragen haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Er ist glücklich über den weichen Euro.)

dass der Euro zu diesen Problemen gekommen ist.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und Eichel zockt alleine 5 Milliarden DM an Umsatzsteuer ab,

(Minister Dr. Rolf Eggert: Was für ein Blödsinn!)

jetzt bei den Preistreibereien der Ökosteuer.

Und, Herr Ministerpräsident, die Menschen in diesem Land lassen sich nicht für dumm verkaufen.

(Minister Dr. Rolf Eggert: So ein Quatsch!)

Sie sind mitverantwortlich dafür,

(Minister Dr. Rolf Eggert: Also so einen Mist zu erzählen!)

Sie als Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, dass Auszubildende überlegen müssen, ob sie ihren Ausbildungsplatz behalten können, weil sie jeden Tag 100 Kilometer zur Berufsschule beziehungsweise zum Arbeitsplatz fahren. Viele Menschen müssen überlegen, ob sich der Arbeitsplatz noch lohnt, zu dem sie hinfahren müssen, weil sie zwischen 30 und 40 DM mehr für Benzin und Diesel in der Woche bezahlen müssen. Was sagen Sie diesen Menschen? Und Sie sagen überhaupt keinen Ton zur Debatte Kilometerpauschale, Entfernungspauschale. Ich sage Ihnen eins: Die Kilometerpauschale hilft uns überhaupt nicht bei unseren niedrigen Einkommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Entfernungspauschale, ja. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und, Herr Ministerpräsident, was sage ich meinen beiden Nachbarn, beides Rentnerhaushalte, die mehr als das Doppelte für Heizöl bezahlen müssen? Ich sage Ihnen nur eins: Sie sind mit dafür verantwortlich,

(Minister Dr. Rolf Eggert: Da ist aber keine Ökosteuer drauf.)

weil Sie Ja sagen zur Ökosteuer,

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, da ist auch was drauf, nicht viel, aber ein bisschen ist drauf. – Zuruf von Minister Dr. Rolf Eggert)

weil sie Ja sagen zur Ökosteuer – Sie haben nicht Nein gesagt –

(Zurufe von Kerstin Kassner, PDS, und Peter Ritter, PDS)

und weil Sie den Ölkonzernen die Gelegenheit gegeben haben, sich dahinter zu verstecken. Sie sind der Verursacher und nicht wir!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heike Lorenz, PDS: Sagen Sie auch noch mal was zum Thema Haushalt des Landes?)

Und, Herr Ministerpräsident, wie ernst nehmen Sie Ihre Politik denn eigentlich selber? Spielen Sie denn Lotterie?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das macht Frau Keler. Die spielt Lotterie. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Am Dienstag, dem 20. September, sagten Sie, Wortzitat: „Ministerpräsident Harald Ringstorff ... ist unter die Glücksspieler gegangen. „Das ist wie in der Lotterie. Unseren Schein haben wir abgegeben. Jetzt sind wir in

der großen Lostrommel drin', meint der Regierungschef" zur BMW-Bewerbung.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Na toll! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ministerpräsident, diese Äußerung ist ein Skandal sondergleichen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na toll! So sieht der Einsatz der Landesregierung aus.)

Wie teuer ist denn der Lotterieschein, den Sie abgegeben haben?

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Wie teuer sind denn die Gutachten? Wie teuer ist denn die Arbeit? Herr Ministerpräsident, dieses Zitat ist zwei Tage alt. Also ich muss Ihnen eins sagen: Ein Ministerpräsident, der ja sonst vor Peinlichkeiten nicht zurückschreckt, der sich jetzt auch noch als Lotteriespieler bei der BMW-Bewerbung selber bezeichnet!

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Sylvia Bretschneider, SPD: Reden Sie von Herrn Seite?)

Herr Ministerpräsident, die Peinlichkeiten, die nehmen bei Ihnen ja nun wirklich kein Ende!

(Wolfgang Riemann, CDU: Früher hieß der Abstand zwischen zwei Fettnäpfchen „Wutz“, jetzt heißt er „Rings“. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und deswegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ringstorff, kritisieren werden wir, wenn es Ihre politische Arbeit betrifft oder Ihr politisches Handeln, Sie immer. Und das hat nichts, aber auch gar nichts mit dem Schlechttreden des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu tun.

(Volker Schlotmann, SPD: Wer's glaubt, wird selig.)

Und ich gebe Ihnen einen guten Rat: Nehmen Sie sich in einer Mußestunde – vielleicht tun Sie es ja zur Festsitzung „10 Jahre Landtag Mecklenburg-Vorpommern“ – noch mal Ihre Reden der Jahre 1990 bis 1998 vor!

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: O ja, o ja!)

Viel Vergnügen bei dieser Lektüre, das sage ich Ihnen nur.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Ringstorff, welchen Anspruch stellen Sie bei Ihrer Arbeit eigentlich an sich selber? Sie legen eine sehr hohe Messlatte auf für andere. Können Sie überhaupt selber über die hohe Messlatte springen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Die kriechen drunter durch.)

Ist es nicht peinlich, dass gerade Sie das sagen, wo Sie zweimal als Minister zurückgetreten sind? Die letzte Entlassungsurkunde haben Sie sich ja selber überreicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Herr Schlotmann, wissen Sie, über Niveau kann man sich immer streiten,

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist wohl wahr.)

aber das Niveau einer Debatte – deswegen bin ich froh, dass der Herr Ministerpräsident mal vor mir geredet hat – löst auch in hohem Maße der Vorredner aus.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ringstorff, ist es für Sie nicht peinlich,

(Zuruf von Hannelore Monegel, SPD)

auf welche Art und Weise Sie den Generalstaatsanwalt vor einem Jahr entlassen haben?

(Zuruf von Minister Dr. Rolf Eggert)

Aber ist es nicht noch viel peinlicher – Herr Eggert, muss es für Sie nicht auch peinlich sein? –, Sie fassen im Kabinett einen Beschluss und dann kriege ich ein Schreiben vom Chef der Staatskanzlei, also eine Abschrift an die Fraktionsvorsitzenden, ich zitiere: „Sehr geehrter Herr Präsident, die Landesregierung schlägt gemäß Paragraph 4 Absatz 1 Landesrechnungshofgesetz vor, Herrn Gerd zu Jeddeloh gemäß Artikel 68 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung“

(Erhard Bräunig, SPD: Haushalt!)

„zum Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs zu wählen.“ Punkt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat was mit dem Haushalt zu tun.)

Und jetzt kommt der Nachsatz: „Ich weise darauf hin,“ – das müssen wir uns auf der Zunge zergehen lassen – „dass die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen von Herrn Gerd zu Jeddeloh für die Ernennung zum Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs bisher nicht geprüft werden konnten.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ein Witz.)

Wo leben wir eigentlich? Sie fassen einen Kabinettsbeschluss,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

schlagen dem Landtag eine Person vor und wissen nicht, ob er überhaupt die Wählbarkeitsvoraussetzungen für diese Funktion hat.

(Heike Lorenz, PDS: Das ist was anderes! Das ist etwas anderes! – Wolfgang Riemann, CDU: Peinlich, peinlich!)

Das ist ein Skandal ohne Ende!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns jetzt noch vorwerfen, wir reden das Land schlecht – das ist eine mehr als miese Politik, das ist nicht seriös, das ist nicht solide, das ist unseriös und das ist unsolide in hohem Maße!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Das ist richtig.)

Und ...

(Sigrid Keler, SPD: Hier wird öffentlich jemand denunziert, Herr Rehberg. – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das ist der Sinn der Sache. Das ist der Sinn der Sache.)

Frau Finanzministerin, Frau Abgeordnete Keler,

(Sigrid Keler, SPD: Sie sollten mal zum Haushalt reden!)

das tun wir doch nicht.

(Sigrid Keler, SPD: Herr Rehberg, Sie sollten mal zum Haushalt reden! Das ist das Thema.)

Den zweiten Absatz hat doch der Chef der Staatskanzlei dahinter geschrieben. Ich zitiere das doch nur.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Also wissen Sie, Herr Ministerpräsident, ich erwarte von Ihnen, wenn die Fraktionen eine Person vorschlagen und wenn Sie einen Kabinettsbeschluss dazu fassen, dass diese Person auch die Wählbarkeitsvoraussetzungen hat. Ansonsten fasse ich doch so einen Kabinettsbeschluss nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Höchstpeinlich so was!)

Jetzt können Sie doch die Verantwortung nicht auf die Fraktionen abschieben!

Und das Spiel, Frau Keler, das Sie offenbar mit dem Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes mitspielen, da muss ich auch Sie fragen: Erstens. Sind die Vorwürfe gegen Herrn Gerd zu Jeddelloh ausgeräumt? Und zweitens. Was soll dieser Verschiebehahnhof? Nur, damit Herr zu Jeddelloh nicht als Kandidat im Frühsommer 2001 zur Oberbürgermeisterwahl in Neubrandenburg antritt?

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Das sind doch die wahren Hintergründe

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es. Genau so ist es.)

dieser Schmierenkommödie, die Sie hier aufführen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heike Lorenz, PDS: Vielleicht kann er auch was. Haben Sie das schon mal in Erwägung gezogen? – Zuruf von Sigrid Keler, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident lobte in hohem Maße die Konsolidierungspolitik, erging sich ja gerade im pfundweisen Austeilen von Honig für die Frau Finanzministerin. Aber auf wessen Kosten läuft das eigentlich? Herr Ministerpräsident, Sie reden von Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern? Aber die Frage ist eigentlich: Wie ist es mit der rot-grünen Bundesregierung bestellt, was tut sie für die Zukunft in den neuen Bundesländern? Und, ich finde es ja sehr erfreulich, dass Sie den Bundeskanzler Schröder durch unser schönes Land führen, ihm tolle Dinge zeigen, nur, an all dem, was Sie ihm zeigen, haben Sie den allergeringsten Anteil, Herr Dr. Ringstorff, den allergeringsten Anteil!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Wenn Sie nach Teterow fahren – da sitzt der ehemalige Wirtschaftsminister Jürgen Seidel, der das in hohem

Maße mitinitiiert hat. Wenn Sie ihm Greifswald zeigen – auch diese Entscheidungen sind vor 1998 gefallen. Sie haben bisher noch nichts, kein größeres Investitionsprojekt in dieses Land gezogen! Und wie Sie es teilweise anstellen, Herr Ministerpräsident, das ist mehr als dilettantisch.

Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wir haben innerhalb von Minuten Ja gesagt, dass die Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre über 200 Millionen DM für das BMW-Werk unsere Zustimmung findet. Das ist für uns überhaupt kein Thema. Nur, wie Sie heute eine Standortdebatte in Mecklenburg-Vorpommern führen und sie nicht bündeln können, ich muss Ihnen sagen, da müssen Sie sich selber fragen, ob das der Sache auch angemessen ist. Über Ihr Zitat gar nicht zu reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns die Eckwerte des Bundeshaushaltes betrachten, dann geht die Rückführung der Neuverschuldung zu 85 Prozent zu Lasten der investiven Ausgaben, noch einmal, zu 85 Prozent zu Lasten der investiven Ausgaben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zu Lasten der Zukunft dieses Landes. – Angelika Gramkow, PDS: Er sprach vom Bundeshaushalt.)

Die neuen Bundesländer, Herr Ministerpräsident, sind mit 3 Milliarden DM dabei. Ich werde Ihnen das noch im Einzelnen erläutern.

Ich habe von Ihnen nicht einen Ton dazu gehört, dass Sie sagen, diese Kürzungen rauben den neuen Bundesländern die Zukunft. Zum Beispiel geht die Investitionsquote im Bund auf 10,4 Prozent zurück. Wie war das noch mit der Verdoppelung der Forschungs- und Bildungsausgaben? Hier sinken die Mittel erheblich. Die Mittelausstattung im Bereich des Hochschulbaus wird leicht aufgestockt. Mecklenburg-Vorpommern kriegt aber 10 Millionen DM weniger.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir haben zusätzlich ein neues Programm gekriegt. Sie müssen in den Haushalt gucken!)

Frau Gramkow sagte letztens, keine Kürzung bei der Bildung. Frau Gramkow, ich borge Ihnen gern meinen Rechenschieber oder meinen Taschenrechner.

(Angelika Gramkow, PDS: Das kann ich im Kopf. – Wolfgang Riemann, CDU: Haushalt, Einzelplan 07.)

Im Einzelplan 07, Haushalt für Bildung, Wissenschaft und Kultur, da sinkt das Gesamtvolumen um 50 Millionen DM,

(Angelika Gramkow, PDS: Aber doch nicht gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung, Herr Rehberg. Das erkläre ich Ihnen gerne.)

allein 13 Millionen DM Investitionen. Das scheint Mathematik à la PDS und Pippi Langstrumpf zu sein.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das ist gemein.)

Ein für den „Aufbau Ost“ besonders trauriges Kapitel, Herr Ministerpräsident, ist der Bereich Wirtschaft und Technologie beim Bund. Während die Ausgaben 1998 noch bei 16,8 Milliarden DM lagen, werden sie bis 2004, und das begrüßen Sie ja alles, um 6 Milliarden DM auf 10,8 Milliarden DM sinken. Wie steht es mit der Förderung

der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen? 1998 noch 1,34 Milliarden DM, in 2001 lediglich noch 500 Millionen DM. Wie sieht es aus mit der Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur? Gegenüber dem letzten Jahr 300 Millionen DM weniger für alle neuen Bundesländer. Wir sind wie immer mit zwölf Prozent dabei, das sind rund 36 Millionen DM. Wenn Sie das Pi mal Daumen mal zwei nehmen, dann sind das 64 Millionen DM im Landeshaushalt weniger in diesem Segment. Und da reden Sie davon, dass Sie eine Politik betreiben, die die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern sicherstellt?!

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Auch Sie haben zur Absenkung Ihres Haushaltes zu fast 90 Prozent die Investitionen zusammengekürzt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach!)

Das heißt, Sie sind dabei, drastisch die Chancen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zu verspielen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist falsch.)

Weitere Dinge, die im Bundeshaushalt gekürzt werden, jetzt komme ich zu einem ganz interessanten Thema:

- Zuschuss Personalaufwand Deutsche Bahn AG knapp 500 Millionen DM
- Zuschuss Deutsche Bahn AG wegen ökologischer Altlasten Reichsbahn 280 Millionen DM
- Investitionszuschuss an die Deutsche Bahn AG zur Nachholung von Investitionen der Reichsbahn 1,5 Milliarden DM

Das sind die Tatsachen, Herr Ministerpräsident, wie Rot-Grün mit den neuen Bundesländern umspringt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Rostock-Berlin steht in den Sternen. – Angelika Gramkow, PDS:

Gar nicht wahr! – Wolfgang Riemann, CDU:

Na klar! Herr Schröder hat doch gesagt, er ist kein Bahningenieur.)

Das hat nichts mit Konsolidierung zu tun, das hat etwas damit zu tun, dass der Investitionshahn Stück für Stück zugedreht wird.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist sicher sehr erfreulich, dass das Füllhorn der UMTS-Milliarden auch über Mecklenburg-Vorpommern ausgeschüttet wird. Und ich muss Ihnen sagen, ich freue mich für die Bürger von Ribnitz-Damgarten, dass wir eine Ortsumgehung bekommen. Nur, ich erwarte von Ihnen auch, dass Sie ansprechen, dass alleine im Verkehrshaushalt bis zum Jahr 2004 gegenüber 1998 10 Milliarden DM weniger ausgegeben werden sollen. Im Schnitt sind die neuen Bundesländer mit mehr als 50 Prozent dabei, das heißt, auch hier wird massiv – und das sagen alle Wirtschaftsforschungsinstitute, dass die Infrastruktur ausgebaut werden muss – zu Lasten der Zukunft der neuen Bundesländer gespart. Das ist doch keine solide Politik!

(Angelika Gramkow, PDS: Die Ursache ist eine Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplanes, die Sie und Ihre Partei zu verantworten haben. – Beifall Heidemarie Beyer, SPD –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Also wissen Sie, Herr Kollege Dankert, Sie haben eine komische Vorstellung von Politik. Ich habe noch nie gehört, dass eine Oppositionsfraktion einen Haushaltsentwurf zum Bundeshaushalt vorlegt.

(Reinhard Dankert, SPD:  
Nein, aber die Vorschläge.)

Das habe ich noch nicht gehört. Es tut mir leid, es tut mir wirklich leid.

(Reinhard Dankert, SPD: Vorschläge gibt's doch, die Vorschläge gibt's doch.)

Für den Haushaltsentwurf ist auch nach unserer Landesverfassung die Landesregierung verantwortlich.

(Reinhard Dankert, SPD: Jaja.  
Wir sind doch jetzt beim Bund.)

Und Sie können dann beweisen oder eben nicht beweisen, inwieweit Sie bereit sind, wirklich in die Zukunft zu investieren.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ist es denn eigentlich um die Glaubwürdigkeit des Herrn Bundeskanzlers bestellt? Bundeskanzler Schröder: Mehr als 6 Pfennig beim Benzin sind mit mir nicht zu machen. Ich habe Ihnen gesagt, es sind 30 Pfennig geworden. Bundeskanzler Schröder: Die Nettolohnentwicklung

(Heinz Müller, SPD: Ach ja!)

als Basis für die Renten bleibt. Was hat er für den Airbus getan? Und jetzt muss ich mich wirklich fragen, Herr Ministerpräsident, was sind die Aussagen des Bundeskanzlers zur Strecke Rostock-Berlin wert. Ich zitiere aus einem Brief des Bundeskanzleramtes an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses dieses Landtages Herrn Jürgen Seidel: „Meine Rückfrage im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat ergeben, dass die Pläne der Deutschen Bahn AG im Einzelnen bislang dort nicht bekannt sind. Die Deutsche Bahn AG entscheidet über die Ausgestaltung des Angebots im Schienenpersonenfernverkehr in eigener Verantwortung.“ Und Herr Gibtner, der Bahnbevollmächtigte für Mecklenburg-Vorpommern, führt aus: „Wir, das heißt die Deutsche Bahn AG, wollen künftig zwischen Rostock und Berlin nur noch drei Interregios einsetzen.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Hört, hört!)

„Zwischen Stralsund und Berlin zwei, ebenso auf der Linie Hamburg-Rostock-Stralsund-Binz. Auf der Strecke Lübeck-Schwerin-Wittenberge-Leipzig werden wir den Interregioverkehr“, meine sehr verehrten Damen und Herren, „einstellen.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Na toll! – Reinhardt Thomas, CDU: Aber Unterschriftensammlungen organisieren – gegen die eigene Unfähigkeit.)

So viel, Herr Ministerpräsident, zur Entwicklung des Schienenverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern.

Glauben Sie denn wirklich, dass diese Aussagen der Deutschen Bahn AG – und der hundertprozentige Gesellschafter der Deutschen Bahn AG ist der Bund – mit dazu beitragen, die Standortchancen von Mecklenburg-Vorpommern im Wettbewerb zu verbessern, nicht nur mit Thüringen und Sachsen, sondern auch mit Spanien, Por-

tugal und Italien? Das wirft uns doch massiv zurück, diese Politik der Deutschen Bahn AG, und dafür ist nicht die Bahn AG allein verantwortlich, sondern in erster Linie der einzige Gesellschafter, die Bundesregierung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schröder hat gesagt, er ist kein Bahningenieur. – Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU – Reinhard Dankert, SPD: Was sind Sie denn von Beruf, Herr Riemann?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht es denn aus mit der Mittelfristigen Finanzplanung in Mecklenburg-Vorpommern? Die Richtung stimmt nicht, wobei ich mich schwer tue, überhaupt eine Richtung ausfindig zu machen. Ähnlich wie bei Eichel wird der Begriff der Konsolidierung in einem merkwürdigen Sinne gebraucht. Die bereinigten Gesamtausgaben beispielsweise werden nicht etwa zurückgefahren, sondern liegen im Jahre 2004 um 210 Millionen DM über dem Ansatz des Jahres 2000, und das, obwohl sich die Summe der bereinigten laufenden Einnahmen ab 2001 bis 2004 um 755 Millionen DM erhöht.

Wie auch in Berlin besteht Ihr so genannter Konsolidierungskurs überwiegend darin, dass Sie die Nettokreditaufnahme gleichgerichtet mit den Investitionen runterfahren. Während Erstere nach und nach von 650 auf 200 Millionen DM zurückgeführt werden, wogegen übrigens niemand von uns etwas einzuwenden hat, sinken die Investitionsausgaben bis 2004 von 3,2 Milliarden um 421 Millionen auf 2,8 Milliarden DM. Das heißt, die Quote vermindert sich entsprechend von 23 Prozent auf 19,8 Prozent. Und damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat diese rot-rote Landesregierung die rote Laterne in der Hand.

Und, Frau Ministerin Keler, Sie müssen doch nicht die schlechten westdeutschen Länder, gerade die SPDgeführten, zu einem Vergleich heranziehen, wenn Sie sagen, wir investieren das Dreifache. Nehmen Sie doch Länder wie Bayern, Hessen und Baden-Württemberg, die eine sehr hohe Investitionsquote im Westen Deutschlands haben, als Beispiel.

(Zuruf von Sigrid Keler, SPD – Angelika Gramkow, PDS: Das sind auch reiche Länder. Man sollte die Ausgangsbasis nicht vergessen! – Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Meine sehr verehrte Kollegin Gramkow, trotzdem investieren Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sehr viel.

Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, wir stellen uns ein auf das Jahr 2004 – ich kann das in der Mittelfristigen Finanzplanung nicht erkennen. Meinen Sie denn wirklich, dass Sie weiter mit einem Haushalt von 40 Milliarden DM durchkommen werden? Meinen Sie denn wirklich, dass Sie an einem Verhandlungstisch ...

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: 40 haben wir nie gehabt.)

14, Entschuldigung, 14 Milliarden DM.

Meinen Sie denn wirklich, wenn Sie dort über die Bedarfe in Mecklenburg-Vorpommern reden, dass Sie glaubwürdig sind, ein Ministerpräsident, der die höchste Anzahl von Ministern in der ganzen Bundesrepublik Deutschland in einem Flächenland hat,

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

der den höchsten Besatz von Stellen in der Kernverwaltung hat? Glauben Sie, Sie sind glaubwürdig, Sie, der gerade das neunte Ressort geschaffen hat, wo man durchaus mit sieben Ressorts in Mecklenburg-Vorpommern auskommen könnte,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sechs hat die PDS gesagt, sechs wollte die PDS. – Reinhard Dankert, SPD: Sie wollten doch immer einen Justizminister. Jetzt haben Sie ihn.)

wenn Sie von Modernisierung und Verschlankeung der Verwaltung reden, Herr Ministerpräsident Ringstorff, wenn Sie, Frau Finanzministerin Keler, die Kommunen auffordern, sparsam zu wirtschaften? Sie sind doch nicht glaubwürdig! Wer hier einen neunten Minister einführt, obwohl man mit sieben auskommen kann, dem glaubt doch die Gegenseite kein einziges Wort!

(Siegfried Friese, SPD: Sechs Minister wie bei der CDU-Regierung. – Wolfgang Riemann, CDU: Sechs hat die PDS gefordert.)

Herr Friese, Ihr Koalitionspartner wollte mal sechs haben, aber damit muss er selber klarkommen, inwieweit er dann noch glaubwürdig bleibt.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das ist nicht unser Problem.

(Siegfried Friese, SPD: Wie viel hatten Sie denn vorher?)

Ich bin für sieben. Können wir gerne drüber diskutieren! Und wir waren auf einem guten Wege dahin, das auch realisieren zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Finanzministerin Keler, Sie haben die Debatte 1995/96 angefangen unter dem Stichwort Modellhaushalt. Sie haben von diesem Platz aus erzählt – lesen Sie sich Ihre alten Reden durch –, dass dieses Land eigentlich nur 10,5 bis 11 Milliarden DM ausgeben darf. Das heißt – wenn Sie das heute nicht mehr tun, dann ist das ja sehr löblich –

(Sigrid Keler, SPD: Ach!)

Sie sind die Erste gewesen. Und deswegen habe ich die herzliche Bitte: Lassen Sie uns, und dafür bin ich, auf Basis der Wirtschaftsgutachten unter Führung der sächsischen Staatskanzlei – ich glaube, da ist das sehr gut aufgehoben, sicher besser als in Mecklenburg-Vorpommern, weil die sächsischen Haushaltsdaten die besten in den neuen Bundesländern sind –

(Sigrid Keler, SPD: Ja, aber warum, Herr Rehberg? – Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

für eine angemessene Finanzausstattung der neuen Bundesländer ringen.

(Heiterkeit bei Sigrid Keler, SPD)

Und der Zwischenruf Kommunen kommt. Herr Ministerpräsident, ich muss Sie wirklich mal fragen: Was waren 2,5 Milliarden DM gestern wert, was sind 2,5 Milliarden DM morgen wert und was sind 2,5 Milliarden DM in vier Jahren wert? Sie haben eins vergessen: 2,5 Milliarden DM heute sind in vier Jahren nicht mehr 2,5 Milliarden DM. Und des-

wegen, Frau Keler, Ihre Pressemitteilung ist falsch, keine Kürzung bei den Kommunen. Allein durch die Inflationsrate,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht nur dadurch.)

durchschnittlich zwei Prozent, haben Sie eine jährliche Abzinsung von zwei Prozent. Und das sind nach meiner Rechnung 50 Millionen DM per anno. Und wenn Sie das nicht mal mit Zinseszins rechnen, dann kommen Sie auf die Summe von 2,3 Milliarden DM, die die 2,5 Milliarden dann wert sein werden.

Und Sie vergessen eins – und dafür habe ich sehr viel Verständnis –, Sie haben es ja oft gesagt, Herr Ministerpräsident Ringstorff, dass Sie für eine Stufenangleichung der Tarife im öffentlichen Dienst sind, nur, dann müssten Sie das auch gegenrechnen. Und wenn Sie das noch mit gegenrechnen – das sind jährlich im Minimum drei Prozent, eher vier Prozent –,

(Wolfgang Riemann, CDU: 4,2 Prozent dies Jahr.)

dann kommen Sie auf eine Summe, die bei 2 Milliarden DM liegt im Jahr 2004. Das heißt, die Nichtbeteiligung der Kommunen an den Steuermehreinnahmen – und es sind Steuermehreinnahmen, Frau Keler, gucken Sie sich Ihre eigenen Unterlagen an – führt dazu, dass die Kommunen im Portemonnaie erheblich weniger Geld haben. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und keine andere Tatsache gibt es.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Timm  
ist heute schon gar nicht mehr da.)

Und Sie strangulieren die Kommunen, um die Pläne Ihrer zwangsweisen Gemeindegebietsreform durchzuführen – wegen nichts anderem! Ich sage Ihnen eins voraus: Diesen Plänen wird die CDU massiven Widerstand in diesem Land entgegenbringen, gemeinsam mit ihren 2.500 Kommunalpolitikern, die sie hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht es denn wirklich mit Ihrer Investitionspolitik aus? 64 Millionen DM weniger bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur. 50 Millionen DM nehmen Sie im investiven Bereich im Sozialministerium raus. Herr Holter trägt bei der Städtebauförderung und bei der Wohnungsbauförderung mit 21 Millionen DM dazu bei. Herr Holter, ich habe Ihnen das schon zimal gesagt: Auf der einen Seite brüsten Sie sich, dass Sie im AQMV 5,7 Millionen DM mehr kriegen, und auf der anderen Seite sorgen Sie mit dieser Kürzung von 21 Millionen DM dafür, dass Minimum 100 Millionen DM, eher 120, 130 Millionen DM weniger verbaut werden in diesem Land. Haben wir denn keinen Nachholbedarf mehr in Mecklenburg-Vorpommern gerade bei der Städtebauförderung?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist kein  
Bauminister, das ist ein Abbruchminister.)

Und die Frage, Herr Ministerpräsident, muss man Ihnen mal wirklich stellen. Sie stellen sich hin und sagen, wir wollen, dass junge Leute im Land bleiben. Ja, an welcher Stelle tun Sie denn etwas für junge Leute in Mecklenburg-Vorpommern? Sie tun nichts für die Sanierung von Schulen,

(Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS –  
Heidemarie Beyer, SPD: Nun ist aber genug!)

Sie tun nichts für die Sanierung von Sportstätten, Sie tun nichts bei der Eigenheimförderung. Haben Sie sich schon einmal überlegt, dass man vielleicht eher im Land bleibt, vielleicht eher in den alten Bundesländern auf 500 oder 1.000 DM im eigenen Portemonnaie verzichtet, wenn man hier ein eigenes Haus hat?

(Heike Lorenz, PDS: Also junge Leute denken da  
ein bisschen anders. Da geht es nicht erst ums  
Haus, da geht es um Arbeit. Arbeit, Arbeit! –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Oder meinen Sie denn, der Weg der Privatisierung von Plattenbauwohnungen, den Sie mit gutgeheißen haben, der hält Menschen in Mecklenburg-Vorpommern?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das Programm  
wird gar nicht ausgeschöpft. Das ist ein Flop.)

Haben Sie sich schon einmal Gedanken gemacht, wie Sie Menschen von draußen in dieses Land holen? Das heißt, dass wir Bauplätze anbieten für Zweitwohnungen, für mögliche Altersruhesitze. Denn wenn die Zahlen wirklich eintreten, dass wir im Jahr 2020 nur noch 1,6 Millionen Einwohner haben, dann werden wir für knapp 200.000 Menschen weniger Finanzaufweisungen bekommen.

Sie stellen sich hier hin und sagen, wir machen eine gute Politik für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns. Im Haushalt sehe ich keinen Ansatz, dass junge Menschen in diesem Land bleiben. Und ich sehe keinen einzigen Ansatz, dass Sie Menschen in dieses Land hereinholen. Herr Ministerpräsident, gucken Sie nach Brandenburg! Gerade das letztgenannte Thema, da sind die weiter. Und deswegen fordere ich Sie auf: Legen Sie Ihre Ideen, Ihre Konzepte, wie wir in Mecklenburg-Vorpommern die Abwanderung stoppen und Zuwanderungen ermöglichen können, hier auf den Tisch! Und dann lassen Sie uns darüber diskutieren. Von Ihnen ist zu diesem Thema bisher nichts, aber auch nichts zu hören gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Kürzung bei Bildung und Soziales – wir werden es sehen in der Zweiten Lesung, wir werden es sehen in den Ausschussberatungen, wie die Koalitionsfraktionen damit umgehen werden.

(Heike Lorenz, PDS: Tü!)

Und, Frau Finanzministerin, ich habe noch nicht einmal erlebt – und ich weiß auch nicht, wie das mit der EU-Kommission in Brüssel gehen soll –, dass Sie ein 20-Millionen-Programm auflegen, und die Koalitionsfraktionen, so steht es ja wohl drin, legen die Bedingungen fest.

(Angelika Gramkow, PDS: Tja! –  
Wolfgang Riemann, CDU:  
Toll! Das ist Demokratie.)

Ich bin hoch gespannt, ich bin wirklich hoch gespannt, wenn Sie dieses Geld der gewerblichen Wirtschaft zuführen wollen, wie dann die Notifizierung in Brüssel laufen soll oder ob Sie ganz einfach die 20 Millionen DM an bestehende Programme andoggen müssen. Ich bin wirklich hoch gespannt, was Sie damit machen werden und auch machen wollen.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg, warten Sie's ab! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Frau Kollegin Gramkow, ich hoffe, dass Sie da schon was in der Schublade haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie schüttelt den Kopf. Sie hat nichts in der Schublade. – Angelika Gramkow, PDS: Nein, ich hab's auf dem Schreibtisch.)

Und ich hoffe auch, dass es dann wirklich so eingesetzt wird, dass es auch für die Zukunft des Landes dienlich ist.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident sprach davon, dass wir unser Geld mit dem größten Effekt einsetzen wollen, und er ist stolz darauf, dass Sie EU-Strukturfonds komplementieren. Sachsen-Anhalt, meine Damen und Herren, dient nun wirklich als kein gutes Beispiel. Aber Sachsen-Anhalt

(Wolfgang Riemann, CDU: Steuert um.)

gibt 28 Prozent der EU-Fondsmittel für die gewerbliche Wirtschaft aus. Wir nicht mal 15 Prozent. Herr Ministerpräsident, das sind doch die Zukunftsinvestitionen, wofür Europäische Strukturfonds aus- und angelegt sind. Ich fordere Sie auf: Fahren Sie diese Quote mindestens auf 30 Prozent hoch und ersetzen Sie nicht ständig Landesmittel im investiven Bereich durch Mittel aus den EU-Strukturfonds! Mit dieser Politik verspielen Sie die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Wenn Sie uns vorwerfen, wir reden das Land schlecht, dann muss ich Ihnen eins sagen, ich habe mir noch einmal Ihre Rede auf der Arbeitsmarktkonferenz von letzter Woche durchgelesen. Ich habe den Eindruck, dass Sie von allen guten Geistern verlassen waren. Auf der einen Seite schreiben Sie bei der BMW-Bewerbung, dass wir 8.000 arbeitslos gemeldete Fachkräfte haben. In Ihrer Rede sagen Sie, dass manche Unternehmen Fachkräfte suchen. Und dann ziehen Sie das Thema hoch, dass Menschen, die Transferleistungen haben, also Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, und zumutbare Arbeit ablehnen, dass denen die Leistungen gekürzt werden sollen. Ist das wirklich das zentrale Thema, Herr Ministerpräsident?

Herr Seutemann, der neue Chef des Landesarbeitsamtes Nord, hat Sie darauf hingewiesen, wer so etwas fordert, der muss auch sagen, wie die Lösung aussieht. Entweder Sie kürzen die Transferleistungen oder Sie sagen ja zum Kombilohnmodell. Das Kombilohnmodell haben Sie hier im Landtag abgelehnt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Sie waren nicht einmal bereit, darüber zu diskutieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Also was wollen Sie denn eigentlich?

Ich gebe Ihnen einen guten Rat – ein Kollege aus Ihrer Fraktion hat Ihnen das schon gesagt: Hören Sie auf, die deutsche Arbeitslosenversicherung mit dem steuerfinanzierten Modell in Dänemark zu vergleichen. Dieses kann man schlichtweg nicht vergleichen. Das sind Äpfel und das sind Birnen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bin dafür, dass wir eine Debatte führen über die Höhe der Erwerbseinkommen, aber, Herr Ministerpräsident, dann erwarte ich auch von Ihnen, dass Sie in dieser Konservenfabrik fragen, wie hoch die Bruttolöhne sind. Liegen sie bei 11, 12 oder 13 Mark?

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: 16!)

Dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie auch fragen, wenn einer klagt, dass junge Fachkräfte ihm weglaufen. Wenn einer für einen sehr guten Koch nur 2.600 DM brutto im Monat bezahlt, dann ist es kein Wunder, dass er für 4.000 DM oder 4.500 DM brutto nach Niedersachsen und Schleswig-Holstein geht.

(Martin Brick, CDU: Richtig.)

Dann erwarte ich von Ihnen als Ministerpräsident, dass Sie dieses Thema auch gegenüber Unternehmern, so, wie ich das seit Jahren tue, offensiv ansprechen und sich hier nicht einfach ein kleines Randgebiet,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

ein Segment suchen – Stichwort Transfereinkommen, Erwerbseinkommen – und dann sagen, das muss gekürzt werden. Herr Ministerpräsident, wer so widersprüchlich wie Sie agiert, der muss anderen nicht vorwerfen, dass er Mecklenburg-Vorpommern schlecht redet.

Ich muss Ihnen eins sagen, wir werden in einigen Wochen den 3. Oktober 2000 – 10 Jahre Deutsche Wiedervereinigung – haben.

(Siegfried Friese, SPD: Mit Helmut Kohl.)

Ich erwarte von Ihnen – und das gehört mit dazu –, dass Sie die Arbeit anderer anerkennen und auch, dass viel in den ersten Jahren hier entstanden ist. Sie sind ja sehr stolz, wenn Sie mit Herrn Schröder durch dieses Land fahren. Dieses Land Mecklenburg-Vorpommern, Herr Ministerpräsident, gehört weder Ihnen persönlich noch dieser rot-roten Landesregierung. Dieses Land gehört allen Menschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Jawohl. – Zurufe von Heidemarie Beyer, SPD, und Siegfried Friese, SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

**Volker Schlotmann, SPD:** Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Etwas Richtiges ist an der Rede von Herrn Rehberg doch zu finden. Das Niveau der Rede wird auch maßgeblich vom Vorredner beeinflusst und das werde ich versuchen, mir zumindest an einigen Stellen zu Herzen zu nehmen, obwohl es mir schwer fällt, Ihr Niveau noch unterschreiten zu wollen oder zu können.

Ich will vorab eine Anmerkung machen zu Ihrer Kritik an der Bemühung dieses Landes bezüglich der BMW-Bewerbung. Ich denke, hier ist das ganze Land gefordert, einen solchen Standort hinzubekommen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aber Sie sind doch mit mir einer Meinung, dass das keine Lotterie ist?)

Sie erwecken hier den Eindruck, und das, denke ich, so ungefähr seit Herbst 1998, dass es für Sie als CDU und

ganz besonders für Sie als Opposition das Schlimmste wäre, was Ihnen passieren könnte, wenn dieses Land Erfolg mit einer solchen Bewerbung hätte,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil dann Ihr ganzes Krakeelen umsonst gewesen wäre und Sie könnten sich nicht mit der Tatsache brüsten,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich spiele aber nicht Lotterie, Herr Schlotmann, während Ihr Ministerpräsident Lotterie spielt. Der füllt Lotteriescheine aus! – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Überhaupt nicht.)

andere hier negativ kaputt zu reden und dieses Land kaputt zu reden. Außerdem war Ihre Rede extrem schwach an der Stelle.

Ich sage das und nehme es auch in Kauf, dass man mich dafür maßregeln könnte: Die dummen Zwischenbemerkungen aus den Reihen Ihrer Fraktion zu dem, was Sie zum Schluss angesprochen haben – Kollegen Ihrer Fraktion haben nämlich sehr nachdrücklich bestätigt, dass der MP aus Sicht Ihrer Fraktion etwas Richtiges gesagt habe, mit dem, was er auf dieser Arbeitsmarktkonferenz gesagt hat –, zeigt eigentlich die Scheinheiligkeit Ihrer Fraktion an der Stelle. Das will ich noch einmal deutlich sagen.

Und ein weiterer Punkt, und das ist wirklich das Letzte, was ich hier erwartet hatte, weil ich Ihnen eigentlich zugehört hatte, an der Stelle zumindest gewisse Regeln einhalten zu wollen, ist, dass Sie den Namen Jeddelloh hier im Plenarsaal in der Art und Weise kaputt machen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

verbrennen, ein regelrechtes öffentliches Schlachtfest hier veranstalten,

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

lieber Herr Kollege Rehberg, das spottet jeder Beschreibung, vor allen Dingen wenn ich weiß, dass einige andere Namen auch schon von Ihnen im Vorfeld verbrannt worden sind. Das ist ein Politikstil, für den sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Haushalt: Dieser Haushaltsplanentwurf ist etwas Besonderes, etwas Letztmaliges nämlich. Er wird in die Geschichte eingehen, weil wir Parlamentarier den letzten Entwurf eines Haushaltes hier beraten werden, eines Haushaltes, der mit Haushaltsansätzen in Deutsche Mark beraten wird. In einem Jahr bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2002 müssen wir in Euro-Dimensionen denken.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Dann wird es ja noch weniger.)

Dann reden wir für 2002 nicht über einen Etat von wahrscheinlich 13,8 Milliarden DM, sondern über einen Haushalt von 7 Milliarden Euro. Ganz so neu ist die Materie ja sicher nicht für uns. Die Geldinstitute und auch der Handel stimmen uns als Verbraucher seit längerem darauf ein. Und, meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplanentwurf könnte noch aus einem anderem Grunde etwas Besonderes werden, denn er ist ein seit zehn Jahren bewährter Jahreshaushalt. Die Landesregierung will, so

der Wortlaut der Koalitionsvereinbarung, für 2002/2003 die Aufstellung eines Doppelhaushaltes prüfen. Der Freistaat Sachsen hat zum zweiten Mal die Planung für zwei Haushaltsjahre vorgenommen und nach einigen Geburtswehen gute Erfahrungen damit gemacht. Unsere Brandenburger Nachbarn befinden sich mit ihrem Doppelhaushalt für die Jahre 2000/2001 sozusagen im Testlauf. Und vielleicht sind wir schon im nächsten Jahr die Dritten im Bunde der neuen Länder.

Meine Damen und Herren! Nach meinem kurzen Ausblick auf die Haushaltseinbringung im nächsten Jahr will ich nun zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf kommen. Haushaltsdebatten sind immer wieder spannend. Spannend ist für mich der Streit um die Sache allerdings. Durch sachgerechten Streit verändern ist das Ziel, denn erfahrungsgemäß verlässt kein Haushalt das Parlament ohne Veränderungen. Aber wir müssen und werden uns unserer Verantwortung als Parlamentarier immer bewusst sein.

Mit dem Etatrecht haben wir das Kontrollmittel in der Hand, der Landesregierung die notwendigen Gelder für ihre Politik zu bewilligen oder auch zu verweigern. Wenn man Sie, meine Damen und Herren der Oppositionsfraktion, jedoch hört, könnte man meinen, Sie wollen eher verweigern als bewilligen. Sie zählen reihenweise angebliche Versäumnisse auf. Beim Aufzeigen eigener Alternativen tun Sie sich dagegen schwer. Davon haben wir übrigens vorhin auch nichts gehört.

Sie sitzen seit zwei Jahren auf den harten Oppositionsbänken, aber mir scheint, Sie haben sich immer noch nicht damit auseinander gesetzt, welcher Part Ihnen dann eigentlich zusteht.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD)

Ich versuche mal den Schülerduden hinzuzuziehen. Im Schülerduden wird unter „Opposition“ geschrieben: „Die Opposition spielt in parlamentarischen Regierungssystemen eine wichtige Rolle als Kontrolleur und Kritiker der Regierungsmehrheit. Ihr obliegt es, die Interessen der zur Minderheit gehörenden Bevölkerungsteile zu vertreten und politische Alternativen zu entwickeln. Sie kann gegenüber der Regierung zur Zusammenarbeit bereit sein, auch gleiche Ziele verfolgen, aber auch lediglich hemmend wirken.“

Und, meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, nach dem, was bei Ihnen zu beobachten ist, Sie verharren auf dem letzten Punkt, nämlich lediglich hemmend zu wirken, und Sie reklamieren im Grunde genommen – das hat Ihr Vorsitzender der Fraktion gerade hier noch einmal getan – Narrenfreiheit für sich dabei und ich sage Ihnen, diese ist Ihnen im Wortsinne auch gegeben.

Meine Damen und Herren! Die Regierung ist der Steuermann und wir sitzen mit im Boot. Wem der Kurs des Steuermanns nicht gefällt, soll Kurskorrekturen anmelden. Kurskorrekturen, sprich Alternativen, sind aber – ich sage es noch einmal – aus den Oppositionsreihen kaum zu hören.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Wollen Sie sich allen Ernstes auf Dauer in die Reihe der Hemmenden stellen?

Meine Damen und Herren! Wir bleiben auf Kurs, nämlich auf dem Kurs der Konsolidierung des Landeshaushaltes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und ich sage Ihnen, das ist nicht einfach, es tut oft sogar weh, denn der Gestaltungsspielraum wird immer enger. Am Horizont steht die Neugliederung des Länderfinanzausgleiches und vor uns haben wir die Auswirkungen der Steuerreform, die unserem Haushalt erhebliche Mindereinnahmen bescheren. Durch Spar- und Vorsorgemaßnahmen bleibt unter dem Strich ein Fehlbetrag von rund 200 Millionen DM. Die Finanzministerin hat das in ihrer Einbringungsrede detailliert dargestellt und ich will das Gesagte nicht wiederholen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb im Folgenden noch auf einige Aspekte eingehen, die aus Sicht der SPD-Fraktion von herausragender Bedeutung sind, bevor ich dann nochmals auf die Rolle der Opposition zu sprechen komme.

Meine Damen und Herren! Auch wenn es die Opposition nicht wahrhaben will, wir können im Gegensatz zur Union mit Geld umgehen. Der vorliegende Entwurf des Haushaltes zeigt dies noch einmal überdeutlich. Lassen Sie mich dazu einige Stichworte benennen:

Erstens. Mit dem vorliegenden Haushalt wird ein neues Haushaltsprinzip durchgesetzt. Es regiert nämlich nicht allein der Rasenmäher bei der Ressort einsparung. Vielmehr hat sich die Landesregierung trotz knapper Kassen für einzelne Schwerpunkte entschieden. Damit meine ich einerseits die Tatsache, dass nur noch ein Teil der Ressort einsparungen mit dem üblichen Schlüssel errechnet worden ist. Ein anderer Teil wurde unter Ansehung der Besonderheiten der Einzelressorts durch zugewiesene Einsparbeziehungsweise Entlastungsbeträge erbracht. Dieser Gedanke ist neu, der CDU fremd und man sieht, Solidarität unter den Kabinettsmitgliedern ist möglich und erwünscht. Eine Errungenschaft, meine Damen und Herren, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, eine Errungenschaft, ich sage es noch einmal, die in der großen Koalition völlig undenkbar war. Das Ergebnis: 150 Millionen DM wurden durch die Häuser als Einsparung der Ressorts erbracht. Unter den Aspekten der Umsetzbarkeit und der politischen Schwerpunktbildung war mehr nicht drin, ohne dass den Ressorts jede Luft zum Atmen genommen worden wäre. Ich betone nochmals: Die Landesregierung war so konsequent, der finanzpolitischen Umsetzbarkeit und vor allem der Erhaltung politischer Gestaltungsfähigkeit den Vorrang zu geben vor dem Rasenmäher, meine Damen und Herren!

Zweitens. Doch die Landesregierung ist – nicht zuletzt durch die massive Unterstützung der Koalitionsfraktionen – noch einen Schritt weitergegangen. Meine Damen und Herren, für SPD und PDS steht außer Frage, dass die Bereiche Bildung und Soziales politische Schwerpunktbereiche sind, und sie müssen gerade in der heutigen Zeit weiter gestärkt werden. Dabei ist nur folgerichtig und konsequent, diese beiden Ministerien von Einsparvorgaben von vornherein auszunehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das, meine Damen und Herren, nenne ich dann Mut zum Schwerpunkt. Und da können Herr Rehberg und seine Fraktion noch so viel dagegenwettern.

Drittens. Einsparmöglichkeiten gelangen aber auch an ihre Grenzen. Die Grenzen ausloten, das macht diese Landesregierung. Und sie hat zum Beispiel Arbeitsgruppen

installiert, die Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltsstruktur erarbeiten sollen, um ressortübergreifende Fragen zu untersuchen, die dann auch zu längerfristigen Haushaltsentlastungen führen können. Ob die eine oder andere Maßnahme doch schon im Jahr 2001 wirksam werden kann, sollte dann in den Beratungen der Fachausschüsse hinterfragt werden.

Viertens. Die Landesverwaltung schrittweise zu modernisieren ist ein weiteres Thema, das uns die Landesregierung mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes vermittelt. Mit Hilfe von Steuerungsmodellen sollen die begrenzten finanziellen Ressourcen im Sinne einer sparsamen und wirtschaftlichen Nutzung zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Verwaltungshandelns aufgespürt werden. Mit Beginn des Haushaltsjahres 2001 werden für drei ausgewählte Bereiche der Landesverwaltung, und zwar für das Landesamt für Forst und Großschutzgebiete in Malchin, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Güstrow sowie die Justizvollzugsanstalt in Bützow, zunächst für drei Jahre die Kosten-Leistungs-Rechnung und das Controlling einschließlich einer flexibilisierten Haushaltsführung eingeführt. Wird nach Ablauf des Erprobungszeitraumes das Ergebnis zufriedenstellend sein, muss, so denke ich, über eine Ausweitung des Modells unbedingt nachgedacht werden.

Fünftens. Meine Damen und Herren! Eingangs hatte ich auf Besonderheiten dieses Haushaltsplanentwurfes hingewiesen. Es gibt eine weitere Besonderheit im Ausgabenbereich, etwas, was bisher keine Landesregierung zu Wege gebracht hat, auch das muss mal so gesagt werden, nämlich einen Zukunftsfonds für den Zeitraum von fünf Jahren einzurichten. Er hat zum Ziel, finanzielle Handlungsoptionen zur Initiierung beziehungsweise Unterstützung innovativer, zukunftsweisender und nachhaltiger Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern zu eröffnen. 100 Millionen DM für fünf Jahre sind geplant im Entwurf, meine Damen und Herren. Dabei stellen wir uns vor, insbesondere Initiativen in den Bereichen Multimedia, Risikokapital, innovative Technologieförderung und Jugendpolitik aus dem Fonds zu speisen.

Nun weiß ich ja, wie die Opposition damit gleich wieder umgegangen ist. Kaum hatten wir die Idee dieses Fonds zum ersten Mal in der Öffentlichkeit geäußert, schon donnerte die Opposition los: Wo sind denn die Konzepte für einen solchen Fonds? Es gab Kleine Anfragen dazu und das alles nur mit einem Ziel: Der Öffentlichkeit sollte weisgemacht werden, die ganze Idee sei konzeptlos, und die Idee sollte, das ist immer wieder ihr Ziel, kaputt gemacht werden, weil die CDU eben nicht das Copyright bei dieser Idee hatte.

Meine Damen und Herren der CDU, ich sage Ihnen, das Land hat eine bessere Opposition verdient, als Sie es sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ihr ewiges Nörgeln und Schlechtreden von Ideen und Konzepten ist scheinheilig und nervtötend. Es ist für das ganze Land rufschädigend, was Sie da so treiben. Ich muss Ihnen das so sagen und ich wiederhole, was ich vorhin gesagt habe: Ihnen wäre es am liebsten, wenn die Bewerbung um BMW von vornherein kaputt gemacht werden würde, denn es wäre schlimm für Sie, wenn ein solcher Erfolg für dieses Land zu verzeichnen wäre.

(Lutz Brauer, CDU: Das ist doch Quatsch. –  
Gesine Skrzepski, CDU: Wie kann  
man so was äußern?)

Aber ich versichere Ihnen auch, so wenig, wie die Bevölkerung Ihr ständiges Maulen, Nörgeln und Schreien auch hören kann, so wenig lassen wir uns davon aus der Ruhe bringen. Wir werden in den kommenden Wochen in aller Ruhe und Ernsthaftigkeit Konzept und Inhalt des Zukunftsfonds weiter beraten und auch konkretisieren.

Sechstens. Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige weitere Stichworte nennen, damit Sie nicht in der üblich verdrehten Art und Weise des Kollegen Rehberg im Raum stehen bleiben. Thema Investitionen: Fakt ist, dass wir nach wie vor mit 1.708 DM pro Einwohner Investitionsleistungen um das Dreifache höher liegen als vergleichbare westliche Flächenländer. Und da können Sie so viel schreien, Herr Rehberg, wie Sie wollen, das ist nun mal so. Und im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern liegen wir mit unseren Investitionsausgaben nach wie vor auf einem Mittelplatz. Ich sage das deswegen, damit nicht die Mär des Herrn Rehberg weiter Bestand haben kann, der von einem Ende der Investitionen – zumindest zwischen den Zeilen – ständig redet.

Des Weiteren haben wir eine Ausweitung bewährter Förderprogramme etwa im Bereich des Wirtschaftsministeriums zu verzeichnen. Ich denke hier nur an die Ausweitung der Technologieförderung auf 19,5 Millionen DM.

Meine Damen und Herren! Kein Haushalt verlässt das Parlament unverändert und das wird auch diesmal passieren. Ich sage das ganz bewusst an dieser Stelle, weil gerade die letzte Zeit gezeigt hat, dass wir Mittel an bestimmten Stellen konzentrieren müssen. Ich denke, wir werden prüfen müssen, ob beispielsweise Nachbesserungen im Bereich der Präventionsarbeit notwendig sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Siegfried Friese, SPD: Bravo!)

Die Vorfälle – ja, dazu hat Herr Rehberg zum Beispiel gar nichts gesagt – der vergangenen Monate haben, so denke ich, deutlich genug gezeigt, dass wir hier nicht am falschen Ende sparen dürfen. Dasselbe gilt für den Bereich der Jugendpolitik. Im Übrigen werden die hoffentlich auch von der Opposition – hoffentlich! – sachlich geführten Haushaltsdiskussionen in den Fachausschüssen zeigen, ob weitere Umschichtungen notwendig sind.

Noch einmal zur Rolle der Opposition in Bund und Land, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion:

Erstens. Was die Opposition – also Sie – mit Ihrer so genannten Ökosteuer-Kampagne aufführt, ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus, schlimmstenfalls sogar der öffentliche Aufruf zur Nötigung.

(Dr. Christian Beckmann, CDU:  
Das hat Herr Schröder ja schon gesagt.)

Warum legt sich die Opposition bei diesem Thema eigentlich so sehr ins Zeug? Warum stellt sie zum Beispiel scheinheilig gestern diesen Antrag, der dann von der Mehrheit hier in der Dringlichkeit abgelehnt worden ist? Weil sie Angst hat, ihre Kampagne verpufft, weil die Bundesregierung möglicherweise eine Entlastung bringt, die Ihre Kampagne von vornherein zum Scheitern verurteilt?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen, warum Sie sich so ins Zeug legen: Sie benutzen nämlich diese Kampagne dazu, unsachlich zu debattieren und das als Ablenkmanöver von Ihren eigenen Problemen zu nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine Tatsache ist auch, Sie setzen auf ein sehr kurzes Gedächtnis des Wählers. Das Zukunftsprogramm der CDU für den Bundestagswahlkampf 1998 stellt zum Thema Ökosteuer und Lohnnebenkosten fest – man möge sich das auf der Zunge zergehen lassen: „Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das besonders teuer, wovon wir gegenwärtig im Überfluss haben: Arbeit. Dagegen ist das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie- und Rohstoffeinsatz. Dieses Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden Hauptzielen, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung, näher kommen wollen.“ Das stammt, wie gesagt, aus dem Zukunftsprogramm der CDU aus dem Bundestagswahlkampf von vor zwei Jahren. Schon vergessen?

(Reinhard Dankert, SPD: Was stört  
mich mein Geschwätz von gestern.)

Friedrich Merz, heute CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, äußerte sich vor einem Jahr: „Durch die Ökosteuer sollen Steuereinnahmen erzielt werden, um auf der anderen Seite Sozialabgaben zu reduzieren. Über solch ein Konzept muss man reden.“ Vor einem Jahr!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Heidemarie Beyer, SPD: Richtig. –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Der gleiche führende Funktionär der CDU in der Haushaltsdebatte im Bundestag vor einem Jahr: „Wir sind sogar bereit, mit Ihnen zusammen ein Versprechen einzuhalten, das Sie gegeben haben und nicht wir, nämlich eine solche Steuerreform mit einer Nettoentlastung zum 1. Januar 2001 in Kraft zu setzen. Das ist möglich. Wenn es gelänge, dann ginge ein wirklicher Ruck für mehr Beschäftigung und für mehr Arbeitsplätze durch dieses Land.“ Da frage ich mich: Hat Herr Merz vor einem Jahr für einen kurzen Augenblick den Durchblick gehabt, der ihm inzwischen wieder abhanden gekommen ist?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Reinhard Dankert, SPD: Möglich.)

Eines ist jedenfalls klar, die CDU/CSU betreibt eine unsolide Ökosteuerkampagne. Sie verschweigt bei ihrer Zapfsäulendiskussion, dass in ihrer Regierungszeit zwischen 1989 und 1994 die Mineralölsteuer um 50 Pfennig pro Liter angehoben wurde ohne jegliche Kompensation bei den Lohnnebenkosten. Die rot-grüne Koalition wird in einem vergleichbaren Zeitraum die Steuer um insgesamt 30 Pfennig anheben und die Einnahmen vollständig zur Absenkung der Lohnnebenkosten verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Die Behauptung der Opposition, der Staat würde sich durch die Ökosteuer bereichern, ist also schlichtweg falsch und Demagogie. Sie haben ein verdammt kurzes Gedächtnis, meine Damen und Herren der CDU, und offensichtlich sind Sie sehr schnell bereit, Ihr Fähnchen in den jeweiligen Wind zu hängen.

Der Gipfel der Heuchelei war dann aber Herr Merz am vergangenen Montag, als er gar behauptete, 22 Milliar-

den DM Einnahmeausfall könne der Bundeshaushalt einfach so verkraften. Dazu sage ich Ihnen nur eins: Ein Glück, dass die CDU nichts mehr zu entscheiden hat!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen, wer ernsthaft eine solche Politik betreibt, dem darf man das Geld einfach nicht mehr anvertrauen, meine Damen und Herren.

Zweitens. Das Gebaren der Opposition im Vorfeld der Haushaltsberatungen strotzt nur so vor Populismus und Aktionismus. Wenn man bedenkt, was Sie in den vergangenen Monaten gerade hier so alles an Geld gefordert haben – unser Taschenrechner hat zwischenzeitlich gestreikt, dafür waren nicht genug Ziffern auf dem Taschenrechner –, da muss man den Eindruck bekommen, Sie haben einen Goldesel zur Verfügung: mehr Geld für die Kommunen, mehr Geld für Investitionen, Schulen, Straßenbau. Zugleich üben Sie Kritik an der Maßnahme der Landesregierung, in 2001 die Nettokreditaufnahme nicht wie vorgesehen zu senken. Auch hier zeigt sich, außer heißer Luft und blankem Populismus haben Sie nichts, aber auch gar nichts zu bieten, meine Damen und Herren der Opposition. Es ist auch viel einfacher, bloß in der Ecke zu sitzen und zu schreien, als selbst konstruktive Vorschläge einzubringen.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist richtig.)

Dann zeigt sich nämlich, wenn es um mehr als Lippenbekenntnisse geht, dann fallen Sie wieder um. Und ich sage hier noch einmal: Eine solche Opposition hat Mecklenburg-Vorpommern eigentlich nicht verdient, Sie als Regierungspartei aber erst recht nicht!

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf ihren 1998 eingeschlagenen Kurs bestätigt. Die Richtung stimmt. Wir wissen, dass es allemal leichter ist zu schreien, als sich mit Ernst und Sachlichkeit auf den schwierigen Weg der Konsolidierung zu begeben. Jeder aber, der gewillt ist, ehrlich auf den Haushalt zu schauen, der weiß: Zum eingeschlagenen Weg der Konsolidierung gibt es einfach keine Alternative.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir wissen alle, zusätzliche Kreditaufnahmen führen nicht zu einer nachhaltigen Verbreiterung der politischen Handlungsspielräume, sondern engen den Handlungsspielraum aufgrund des zunehmenden Kapitaldienstes ein. Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte zum Schuldenabbau: „Wir dürfen in unserem Lebensabschnitt nicht aufessen, wovon unsere Kinder und Enkelkinder auch leben wollen und müssen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und, meine Damen und Herren, die Bürger unseres Landes befürworten den harten Sparkurs in Land und Bund, so das Ergebnis der EMNID-Umfrage, die Ihnen natürlich nicht gefallen kann.

Ich lade die Opposition ausdrücklich ein: Gehen Sie sachlich in die anstehenden Beratungen zum Haushalt, meine Damen und Herren! Ich wünsche uns allen eine konstruktive Beratung des Haushaltsplanentwurfes in den Ausschüssen, damit es uns gelingt, den Haushalt wie geplant im Dezember zu verabschieden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Andreas Bluhm, PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Vorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Gramkow.

**Angelika Gramkow,** PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, Ihre Äußerungen zu unserem Vorschlag für die Besetzung des Amtes des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes halte ich für eine Frechheit,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und zwar weil Sie vergessen haben hinzuzufügen, dass Sie nicht bereit sind, den Vizepräsidenten mitzuwählen, weil der Preis dafür nicht gezahlt wird.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –  
Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, wie schnell die CDU dieses Landes vergisst, wer verantwortlich für die gegenwärtige Situation in Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

15 Milliarden DM Schulden ziehen im Jahr 2001 911 Millionen DM Zinsen nach sich. Danke! Danke schön, liebe CDU!

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie wollten  
3,5 Milliarden DM mehr im Haushalt. Haben  
Sie das schon vergessen? Kurzes Gedächtnis! –  
Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Zur Korrektur werden wahrscheinlich, Herr Riemann, vier Jahre nicht reichen. Aber Sie können sicher sein, dass wir nicht aufgeben werden, Ihre Schulden zu begleichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Dr. Christian Beckmann, CDU: Aber Sie haben  
sich selbst gut mit bedient bei den Schulden.)

Die PDS-Landtagsfraktion bekennt sich zur Haushaltskonsolidierung, sie bleibt notwendig. Gleichzeitig sagen wir aber auch klar: Eine sparsame Haushalts- und Finanzpolitik muss genauso Entscheidungen für Prioritäten und neue Politikansätze ermöglichen, dies umso mehr, da sich die Rahmenbedingungen – und Frau Finanzministerin ist ausdrücklich darauf eingegangen – verschlechtern. Unser Landeshaushalt wird insgesamt 203 Millionen DM an Einnahmen verlieren. Dabei kostet uns die Steuerreform im Jahr 2001 circa 499 Millionen DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie mal  
hinter die Zahlen geguckt? Die sind getürkt.)

An die 680 Millionen DM im Jahr 2005, der dritten Stufe der Steuerreform, mag ich noch gar nicht denken.

Nach der Bevölkerungsprognose verlieren wir bis 2004 über 36.000 Einwohnerinnen und Einwohner und mit jedem Einwohner 4.000 DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, und wo ist die  
Vorsorge, dass es nicht passiert, Frau Gramkow?)

Für 2001 ergeben sich allein daraus Mindereinnahmen von 40 Millionen DM. An dieser Stelle, Herr Riemann, sollten Sie mir auch einige Worte weg von den Zahlen gestatten. Die Perspektive für Menschen in unserem Land heißt Arbeit.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,  
und Heike Lorenz, PDS)

Ein toll sanierter Haushalt nützt uns nichts,

(Wolfgang Riemann, CDU: Welche Erkenntnis!)

wenn insbesondere junge Menschen nicht mehr da sind, um die Früchte dieses Haushaltes ernten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und deshalb hatte und hat die Senkung der Arbeitslosigkeit in unserem Land oberste Priorität. Mit den erreichten Ergebnissen, meine Damen und Herren, können wir noch lange nicht zufrieden sein. Auf 100 Arbeitslose in unserem Land kommen rund 20 Stellenangebote. Glauben Sie denn wirklich, Herr Ministerpräsident, dass wir dieses durch Kürzung der Leistungen für Langzeitarbeitslose lösen? Ich sage Ihnen, der Druck auf Arbeitslose hat noch keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Und Sie wissen es doch genau und vielleicht sogar besser als ich, dass trotz prognostizierten drei Prozent Wirtschaftswachstum von einem nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung mit spürbaren Effekten auf dem Arbeitsmarkt nicht die Rede sein kann.

(Gesine Skrzepski, CDU: Hört, hört!)

Darauf sind die Aktivitäten in der Gestaltung für entsprechende wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Bedingungen zu richten. Eine Missbrauchsdiskussion hilft uns da überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der PDS – Gesine Skrzepski, CDU:  
Doch, die muss auch geführt werden.)

Doch zurück zu den Zahlen. Unsere eigenen Steuereinnahmen decken zu 53 Prozent die Gesamteinnahmen. Dies macht unsere hohe Abhängigkeit von den Transferleistungen vom Bund und der Europäischen Union deutlich. Sie sehen, wie wichtig es ist, bereits heute aktiv in den Prozess der Gestaltung des Landesfinanzausgleiches und die Verhandlungen zum Solidarität II einzugreifen, genau so, wie es diese Landesregierung macht.

Die PDS ist froh, dass es uns gelungen ist, die Bundesregierung als Unterstützer der Festschreibung der Dünnesiedlung als einen Maßstab für den zukünftigen Länderfinanzausgleich zu gewinnen, denn es ist ja bewiesen, dass in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern insbesondere im Investitionsbereich Mehraufwendungen entstehen. Im Kampf um die Fortführung der Ostförderung auf hohem Niveau hat die Landesregierung unsere volle Unterstützung.

Allerdings hätte ich mir etwas mehr Initiative aus unserem Land bezüglich des Streits um die Verwendung der Gewinne aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen gewünscht. Fakt ist doch, dass die Erlöse viel größer sind, als sie geplant waren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann können  
Sie ja unserem Antrag heute zustimmen. –  
Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Die PDS hätte erwartet, dass zum Beispiel die Entscheidung der Bundesregierung, die aus Haushaltsgründen getroffen worden ist, Herr Riemann, die Renten von der Nettolohnentwicklung abzukoppeln, zurückgenommen worden wäre, und zwar für die Jahre 2000 und 2001.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber doch nicht bei Rot-Grün! Was für Erwartungen haben Sie denn?)

Dies hätte 3,2 Milliarden DM von 98 Milliarden DM Gewinn bedeutet.

Meine Damen und Herren, wir werden uns der Tendenz widersetzen müssen, dass die Bundesregierung so genannte Wohltaten verteilt und Länder und Kommunen sie bezahlen sollen. Dies gilt auch für die soziale Abfederung der Mineralöl- und Heizölpreise. Die PDS ist für diese Maßnahmen, aber bitte sozial gerecht

(Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb haben  
Sie gestern unseren Antrag auch abgelehnt.)

und somit für alle, Herr Riemann, die es nötig haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Worten,  
Frau Gramkow, mit Worten.)

und nicht nur für die, die Arbeitseinkommen beziehen.

Eine Veränderung der Kfz-Steuer, die durch den Bund ins Spiel gebracht wurde, kann jedenfalls nicht die Lösung sein. Die Kfz-Steuer ist eine Landessteuer und eine Kompensation ist ja wohl nicht in Sicht.

Diese verschlechterten Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, sind dafür verantwortlich, dass wir die Nettokreditaufnahme im Jahr 2001 genau wie in diesem Jahr mit 650 Millionen DM und damit 100 Millionen DM höher veranschlagen müssen als geplant. Hierin zeigt sich die Einschätzung der Landesregierung. Lassen Sie mich aus der Mittelfristigen Finanzplanung zitieren: „In Zeiten allerdings, in denen erhebliche Zukunftsinvestitionen erforderlich sind, ist eine Nettoneuverschuldung gerechtfertigt. Diese muss zum Schutz künftiger Generationen aber begrenzt werden, also deutlich unter der gesetzlich fixierten Obergrenze bleiben.“

Die verfassungsmäßig bestimmte Obergrenze, die eigenfinanzierten Investitionen im Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern betragen 1 Milliarde und 70 Millionen DM. Und natürlich übersehen wir nicht – auch darauf ist Frau Finanzministerin eingegangen –, dass wir mit diesem Haushalt ans Eingemachte gehen.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
An die Kommunen, ja.)

Aber gerade deshalb hält die PDS-Landtagsfraktion den vorgelegten Haushaltsentwurf, Herr Riemann, für äußerst solide,

(Beifall Andreas Bluhm, PDS –  
Wolfgang Riemann, CDU: Wo haben Sie Ihre  
Kompetenz gelassen, Frau Kollegin? Abgegeben  
an der Garderobe der Landesregierung.)

denn trotzdem leisten wir uns nach wie vor ein hohes Investitionsvolumen. 1.708 DM je Einwohner, insgesamt 3 Milliarden DM können sich wahrlich sehen lassen. Darüber hinaus, Herr Riemann, das dürften Sie vielleicht gesehen haben,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

binden wir uns für die folgenden Jahre mit weiteren 3 Milliarden und 41 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigung. Natürlich können wir bei Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen die Investitionen nicht außen vor lassen, aber die Einschnitte, die Ihnen hier vorgelegt worden sind, sind moderat und kein Horrorszenarium, wie es

von Ihnen heute gemalt worden ist, meine Herren und Damen von der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Trotzdem nehmen wir alle Bundesmittel und auch die aus der Europäischen Union und legen Landesgeld hinzu. Und in diesem Zusammenhang will ich darauf verweisen, dass sich dieses Land und sein Landtag bei der Landesregierung, insbesondere bei unserem Umweltminister, bedanken kann, dass wir die FFH-Gebiete ausgewiesen haben.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Nur so ist es gelungen, auch dieses Geld in das Land zu kriegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Na toll! Na toll!)

Herr Riemann, vielleicht gilt ja das Sprichwort „Steter Tropfen höhlt den Stein.“

(Peter Ritter, PDS: Nicht in jedem Fall, nicht in jedem Fall.)

Trotzdem garantieren wir den Kommunen wiederum mindestens 2,5 Milliarden DM über den kommunalen Finanzausgleich und 150 Millionen DM kommunale Investitionspauschale sowie 5 Millionen DM für die Gemeindefusionen. Der kommunale Finanzausgleich, die kommunale Finanzausstattung sind seit 1999 konstant geblieben im Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und die Quoten der Eigenbeteiligung bei den Förderprogrammen erhöhen Sie, Frau Gramkow. Schauen Sie sich die Wohn- und Städtebauförderung an!)

Und trotz dieser Ausgangsbedingungen wird die Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage des Programms „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ konsequent fortgesetzt. Hier werden 130 Millionen DM gesichert. Die Förderung innovativer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist der richtige Weg.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Landesregierung, dass die Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit, insbesondere die Sachkostenzuschüsse für ABM, nicht gestrichen werden. Und das Landesprogramm „Jugend- und Schulsozialarbeit“ wird mit 13 Millionen DM ausfinanziert

(Wolfgang Riemann, CDU: Über die Kofinanzierung für die Kommunen reden Sie nicht. – Heike Lorenz, PDS: Die kommt auch, das wissen Sie.)

und über die Legislaturperiode bis zum Jahr 2004 fortgeschrieben. Trotzdem werden wir 110 Millionen DM für die Ausbildungsplatzförderung zur Verfügung stellen, um somit wieder zu sichern, dass jede und jeder Jugendliche, der es wünscht, einen Ausbildungsplatz in unserem Land erhält.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Trotzdem bleibt die Kulturförderung auf dem Niveau von 1999, trotzdem – und das ist vielleicht doch eher für uns Haushälter wichtig – sind die globalen Minderausgaben nochmals um 2 Millionen DM zurückgefahren worden, ein Ausdruck, Herr Riemann, für Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

(Wolfgang Riemann, CDU: Als wir es gefordert haben, war es unseriös, Frau Gramkow. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, das war dann sicher auch so. – Ministerin Sigrid Keler: Sie wollten es ja gleich wieder ausgeben.)

Und weil es diese Ausgangsbedingungen gibt, meine Damen und Herren, setzen wir bezüglich der Stellenpolitik im Land konsequent auf Reduzierung.

(Wolfgang Riemann, CDU: 66 neue Stellen und 105 gegenüber der eigenen Planung nicht abgebaut. – Barbara Borchardt, PDS: Es spricht jetzt Frau Gramkow, Herr Riemann.)

Dies ist angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht ohne Probleme. Hinzu kommt, dass die Stellenreduzierung keine Entlastung im Personalkostenbereich bringt, denn bekanntlich sind wir noch nicht bei 100 Prozent der Tarife angelangt. Wir werden im Jahr 2001 im Bereich der Landesbehörden insgesamt 46.132 Stellen haben. Bis zum Jahr 2004 soll die Zielzahl 44.801 Stellen heißen. Dies wird ein Kraftakt.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Bei der Polizei, bei den Forstarbeiterinnen und Forstarbeitern, bei Lehrerinnen und Lehrern sowie Angestellten im Hochschulbereich

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt rücken sie in die Sozialhilfe.)

soll es ja nicht sein, insbesondere wenn ich mir die Forderungen der CDU anschau. Der Kernbereich – und ich will Ihnen diese Zahlen einfach nicht ersparen – der Landesverwaltung umfasst aber nur 2.572 Stellen. Mit den nachgeordneten Bereichen – den Landwirtschaftsämtern und den Umweltämtern zum Beispiel – sind es tatsächlich von den 46.000 Stellen nur 8.000. Nach den Forderungen von Frau Schnoor – ich will sie noch mal wiederholen, obwohl Frau Finanzministerin dieses ausargumentiert hat – könnten wir diese komplett abschaffen, und dies ist ja wohl gelinde gesagt kompletter Blödsinn.

(Beifall Heike Lorenz, PDS: Richtig.)

Also lassen Sie die Scheingefechte, meine Damen und Herren von der Opposition, und machen Sie eine reale Oppositionsarbeit!

(Beifall Sigrid Keler, SPD)

Personalentwicklung erfordert nämlich strategische Entscheidungen, ist von hoher Sensibilität und abhängig von der Bereitschaft der Tarifparteien.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nur in den Ministerien wird nicht gespart.)

Die längst überfällige Umstrukturierung des Landeshygieneinstituts durch die Sozialministerin dieses Landes hat genau dies, Herr Riemann, eindrucksvoll bewiesen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Andreas Bluhm, PDS: Richtig.)

Meine Damen und Herren, der Landeshaushaltentwurf der Landesregierung ist nicht nur solide, sondern die PDS-Landtagsfraktion hält ihn auch für kreativ.

(Wolfgang Riemann, CDU: Oh ja.)

Er ist kreativ, weil erstens wesentliche strukturbestimmende Bereiche auf Druck der PDS zusätzlich

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Kreative Trickserei nenn' ich das.)

zur kommunalen und Arbeitsmarktpolitik von den notwendigen Einsparmaßnahmen verschont geblieben sind und zweitens andere Bereiche zusätzlich solidarisch gespart haben. So werden Prioritäten für die Bereiche des Bildungs- und des Sozialministeriums gesetzt.

Und an der Stelle möchte ich Herrn Rehberg, wenn er denn auch nicht da ist,

(Peter Ritter, PDS: Der hat seinen 2-Stunden-Auftritt schon absolviert für heute.  
Der guckt gerade, ob im Haushalt noch was fürs Stadion drin ist in Rostock.)

schon mal erklären, dass das wirklich so ist. Die von ihm gelesenen 50 Millionen DM Reduzierung im Bereich des Bildungsministeriums schlüsseln sich folgendermaßen auf: 45 Millionen DM

(Wolfgang Riemann, CDU: Personalausgaben.)

sind planmäßig durch die Personalmaßnahmen mit 32 Millionen DM durch das Lehrerpersonalkonzept und 12 Millionen DM Strukturanpassung im Hochschulwesen zu realisieren gewesen. Wir reduzieren 13 Millionen DM an Investitionen,

(Wolfgang Riemann, CDU: 13,3.)

weil die Förderung der Plasmaforschung nicht mehr notwendig ist. Sie ist abgeschlossen, minus 5 Millionen DM,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

weil das Bundeskulturprogramm ausgelaufen ist, minus 3 Millionen DM,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie schön. Keinen Ton gegenüber dem Bund äußern Sie da.)

und weil in dem Zusammenhang das Meeresschildkrötenbecken in Stralsund fertiggestellt worden ist, minus 2 Millionen DM.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:  
Haben wir keine Bedarfe mehr in diesem Bereich? Haben wir keine Bedarfe mehr, Frau Gramkow, an Kulturinvestitionen?)

Ich bleibe dabei, es ist zum ersten Mal durch die Landesregierung ein Haushalt vorgenommen worden, der Zukunftsprioritäten für die Bereiche Bildung und soziale Gerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern setzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Wo, Frau Gramkow?!  
Das müssen Sie uns dann mal erläutern! – Siegfried Friese, SPD: Mit den Fremdwörtern von Herrn Riemann.)

Dieser Landshaushalt ist kreativ,

(Wolfgang Riemann, CDU: Kreativ getrickst.)

weil erstmals die Möglichkeit besteht, einen Zukunftsfonds mit einem Volumen von 100 Millionen DM über fünf Jahre zu bilden.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
20 Millionen jedes Jahr.)

Er soll die Förderung nachhaltig innovativer Projekte und Programme ermöglichen, die wir uns sonst nicht leisten würden und könnten. Oder gibt es etwas Wichtigeres, als einen großen Schritt bei den Bedingungen zur Multimediaentwicklung in diesem Land zu tun?

(Wolfgang Riemann, CDU: Überholen ohne einzuholen, hat Erich Honecker gesagt. – Heike Lorenz, PDS: Das hat Walter Ulbricht gesagt. – Peter Ritter, PDS: Der musste immer in der Ecke stehen in der Schule, deswegen weiß er das nicht.)

Drittens. Wir halten den Landshaushalt für kreativ, weil wesentliche Verbesserungen in Förderbereichen erreicht werden konnten. Das Programm „Jugend baut“ hat jetzt 2,2 Millionen DM, die Programme „Soziale Stadt“ 1,78 Millionen DM, die Computerausstattung an den Schulen wird nicht nur stabilisiert, sondern für drei Jahre mit 3 Millionen DM fortgeschrieben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Maßnahmen des Klimaschutzes haben jetzt 2,094 Millionen DM, der Küsten- und Meeresschutz verzeichnet plus 3,5 Millionen DM, die Entwicklung ländlicher Räume erhält 28,1 Millionen DM,

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil Sie die GA anders gelenkt haben, Frau Gramkow. Weil Sie Herrn Backhaus beschnitten haben.)

Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur 13,3 Millionen DM.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Riemann, dass Sie die Zahlen nicht hören wollen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich sag' Ihnen die Zahlen, wo es Verminderungen gibt.)

das ist mir völlig klar, denn dann müssten Sie zugeben, dass es kreative Ansätze im Landshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Sigrid Keler, SPD: Jawohl. – Wolfgang Riemann, CDU: Zu den kreativen Ansätzen werden wir gleich kommen. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und was uns besonders freut, sind natürlich die besonderen Maßnahmen für die Förderung nachwachsender Rohstoffe, was ja vielleicht nicht ganz uninteressant ist in der Debatte um die Mineralölpreise in diesem Land. Und dass wir beim Öffentlichen Personennahverkehr und dem Schienenpersonennahverkehr noch mal fast 28 Millionen DM nachlegen, kann sich wahrlich sehen lassen.

Dieser Landshaushalt ist auch kreativ, weil er trotz der Ausgangsbedingungen wesentliche Bereiche stabilisieren konnte: familienpolitische Maßnahmen 23,6 Millionen DM, Jugend- und Sportförderung 42,9 Millionen DM, Bekämpfung oder Beratung im Bereich Sucht, Drogen, Aids 5,8 Millionen DM, Naturschutzmaßnahmen 37,3 Millionen DM, Bau und Verwaltung von Landes- beziehungsweise Bundesstraßen 280 Millionen DM, Denkmalpflege 33 Millionen DM.

Aber trotz Solidität und Kreativität hält die PDS-Landtagsfraktion den Landshaushalt auch noch für entwicklungsfähig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heike Lorenz, PDS: Richtig. – Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Erstens. In der aktuellen Diskussion ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Nun bin ich aber gespannt. – Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD – Sigrid Keler, SPD: Ich hab's geahnt.)

Frau Keler, Sie verzeihen uns das.

... um den Kampf gegen Gewalt und für Zivilcourage

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat Herr Timm noch nichts eingestellt.)

halten wir ein Landesprogramm für geboten, das auch finanzielle Mittel binden wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

In diesem Sinne können wir die Verringerung der Mittel für den Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung, insbesondere für seine Öffentlichkeitsarbeit und die Unterstützung lokaler Projekte, um 53.000 DM nicht verstehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und dass die 300.000 DM, die für Projekte gegen Gewalt und für Demokratie vorgesehen sind, im Haushalt fehlen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei der Landeszentrale, beim Ministerpräsidenten. Große Worte und nichts dahinter! – Sylvia Bretschneider, SPD: Reden Sie von sich, Herr Riemann?)

kann doch wohl nur ein Versehen der Landesregierung sein. Hier erwarten wir gedeckte Korrekturen.

Zweitens. Die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit bereitet uns Sorgen. Eine weitere Verstärkung des Programms „Jugend baut“, das sich aus unserer Sicht bewährt hat, wird zu prüfen sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, sehr richtig. – Peter Ritter, PDS: Den alten Treptower Bürgermeister müssen wir ansprechen, der kommt von der CDU.)

Darüber hinaus regen wir an zu prüfen, wie diese Art der Förderung auch auf andere Wirtschaftsbereiche angewendet werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Drittens. Wir übersehen nicht, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen angesichts erheblicher Steuermindereinnahmen, Tarifierhöhungen und steigender Sozialausgaben weiter zuspitzt. Ihre Einnahmeschwäche ist erheblich. Nicht umsonst setzt sich ja die Landesregierung dafür ein, die kommunale Steuerkraft der Kommunen stärker als bisher – und damit nicht nur mit 50 Prozent – in den Länderfinanzausgleich einzubeziehen. Und gerade deshalb hält es die PDS-Landtagsfraktion für geboten, über eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung nachzudenken. Der Nachholbedarf bei Kitas, Schul- und Sportsanierung könnte über eine Aufstockung der kommunalen Investitionsfördermittel wirksam beeinflusst werden. Darüber hinaus stehen den Kommunen aus dem Jahr 1999 32,1 Millionen DM rechtlich zu.

Viertens. Die Umsetzung des Konzeptes zur Qualitätsentwicklung und -sicherung an Schulen muss schneller

und effektiver erfolgen und Ausgangspunkt für grundlegende Reformen im Bildungsbereich sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da bin ich aber gespannt, wie Sie unsere Anträge annehmen. Das steht bei mir auch in der Rede, weil ich das auch für wichtig und richtig halte.)

Dabei kommt der Ausgestaltung – Herr Riemann, hören Sie zu, es ist wichtig – der Regionalschule als Nahtstelle zwischen Grundschule und dem Gymnasium oder der Berufsschule eine besondere Bedeutung und damit Priorität zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dies wird zusätzliche finanzielle Mittel notwendig machen. Für das Jahr 2001 muss eine Qualitätsverbesserung durch Aufstockung der Stundentafel in Klasse 3 im Fach Deutsch den 1999 begonnenen Prozess fortsetzen. Für das Haushaltsjahr 2002 ist diese Fortsetzung – in Klasse 4 eine Stunde Deutsch mehr – vorzunehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Mehrkosten würden jährlich 2,1 Millionen DM betragen.

Fünftens. Das erklärte Ziel der Landesregierung, den Modellversuch der Budgetierung von Hochschulhaushalten auf alle Hochschulen auszuweiten, soll aus unserer Sicht mit weiteren Flexibilisierungsmaßnahmen im Sach- und Personalkostenbereich verbunden werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. Da wehrt sich nur das Finanzministerium gegen.)

Da müssen wir auf dem erreichten und getragenen Stand von 2000 aufbauen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Frau Gramkow, da bin ich mal gespannt, ob der Tigersprung gelingt.)

Sechstens. Diskussionswürdig erscheint uns die Ausfinanzierung der Kinder- und Jugendförderung nach dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz. Es findet hier eine Verschiebung zugunsten von Investitionen statt. Damit würden die Möglichkeiten der aktiven Jugendarbeit weiter eingeschränkt. Eine Ausfinanzierung der Beteiligungskampagne, die wir ja hier im Landtag beschlossen haben, darf dadurch nicht gefährdet werden. In diesem Zusammenhang bitte ich alle Fraktionen, die Forderungen der „Jugend im Parlament“ ernst zu nehmen.

(Beifall Heike Lorenz, PDS – Gesine Skrzepski, CDU: Ja, die Legalisierung der Jugend ganz besonders.)

Hier finden sich Ansätze, die wir unbedingt aufgreifen sollten, auch wenn sie hier und da ein bisschen Geld kosten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Da ist doch Frau Keler davor, die hält den Beutel zu.)

Siebtens. Wir wollen das Forstkonzept nicht über den Haushalt beschließen. Es gehört auf den Tisch dieses Hauses. Seine Notwendigkeit stellen wir ebenso wenig in Frage wie auch einen notwendigen Stellenabbau, wenn die Arbeit weniger wird. Insofern gibt es zu zukünftig wegfallenden Stellen keine Alternative. Wie sie umgesetzt werden, hängt von den Tarifparteien ab. Die PDS-Fraktion fordert deshalb die Tarifparteien ausdrücklich auf, alles zu

tun, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Die Erschließung von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten gehört genauso dazu wie eine sozialverträgliche Arbeitszeitreduzierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Diese Lösung sollte bis zur Verabschiedung des Landeshaushaltes auf dem Tisch dieses Landtages liegen.

(Beifall Sigrid Keler, SPD)

Der Haushaltsentwurf 2001 ist eine solide Grundlage mit richtigen und kreativen Elementen und entwicklungs-fähig zugleich. Wir wollen den von der Regierung vorgelegten Entwurf intensiv und gemeinsam beraten. Und ich lade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, herzlich dazu ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion.

**Wolfgang Riemann, CDU:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, bevor ich zu den Einzelplänen komme – zunächst zum Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für das Jahr 2001 –, vier Vorbemerkungen:

Erstens. Der olympische Gedanke

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ringstorff, ich darf Sie zum Gewinn der Bronzemedaille beglückwünschen – Platz 3 von zehn Wettkämpfern bei der Wahl in Demmin. Sie haben trotz Einsatzes des Dopingmittels „SPD-Ministerriege“, trotz Unfairness-Gifttrankes aus dem Innenministerium die PDS wahrhaft entzaubert. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Andreas Bluhm, PDS: Was hat denn das mit Haushalt zu tun? Was hat denn das mit Haushalt zu tun?)

Zweitens. Die Sekundärrohstofffrage

Auch der Haushaltsplan der Landesregierung für das Jahr 2001 ist Altpapier. Trotz Holter'scher Zukunftskommission, trotz Zukunftsfonds – ein „Zukunftsfondsilinileichen“ ist das zu nennen, ganze 0,0014 Prozent des Haushaltsvolumens, auch darauf werde ich zurückkommen – ist weder Innovation noch, Frau Gramkow, sind neue Schwerpunkte, noch ist Zukunftsvorsorge erkennbar. „Weiter so!“ ist das Motto von Rot-Rot. Hier ein Milliönchen gestrichen, da ein Milliönchen draufgepackt ohne erkennbares Ziel und ohne erkennbaren Sparwillen.

(Reinhard Dankert, SPD:  
Ach, Herr Riemännchen!)

Meine Damen und Herren, dritte Vorbemerkung: Die Frage der Ehre und der Ehrlichkeit

Frau Finanzministerin Keler, Sie haben hier gestern in diesem Hause von diesem Platz erklärt, wie auch in Ihrer Pressemitteilung vom 1. August dieses Jahres, 2001 keine Kürzungen für die Kommunen. Sie haben gestern erklärt, die Kommunen werden nicht von den Steuerrechtsänderungen 2001 betroffen, sie könnten sogar mit leichten Steuermehreinnahmen rechnen. Damit haben Sie dieses Haus, damit haben Sie die Öffentlichkeit zweimal belogen.

(Heike Lorenz, PDS: Ach!)

Ich zitiere aus der Pressemitteilung des Städte- und Gemeindetages vom 1. August 2000: „Die geplante Verringerung der Verbundquote bedeutet, dass die Kommunen 2001 173 Millionen DM weniger erhalten, als sie bei der Beibehaltung der bisherigen Rechtslage erhalten würden. Das sind 100 DM je Einwohner, die den kommunalen Kassen fehlen werden. Daneben müssen Städte und Gemeinden wie das Land die Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen in ihren Haushalten verkraften. Die Steuerschätzungen für das Jahr 2001 sind von ursprünglich 1 Milliarde und 80 Millionen DM auf 933 Millionen DM unter Berücksichtigung des jüngst beschlossenen Steuerentlastungsgesetzes nach unten korrigiert worden. Das sind 148 Millionen DM oder mehr als 80 DM je Einwohner, die zusätzlich in den kommunalen Kassen fehlen werden.“

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Dazu kommen 25,5 Millionen DM weniger Finanzausgleichsleistungen oder 14 DM je Einwohner, die in diesem Landeshaushalt verankert sind. In der Summe sind es dann 346,5 Millionen DM oder 194 DM je Einwohner, die den Gemeinden und Landkreisen im kommenden Jahr fehlen.

Sie, Frau Keler, stellen in Ihrer Pressemitteilung vom 1. August zum Haushaltsplan 2000 fest: Steuern für die Gemeinden gemäß Steuerschätzung Mai 2000 932 Millionen und gemäß dieser Steuerschätzung im Haushaltsplan 2001 Steuereinnahmen von 933 Millionen DM. Was für eine positive und punktgenaue Entwicklung, nicht wahr, Frau Finanzministerin?

(Ministerin Sigrid Keler:  
Sie haben doch keine Ahnung!)

Wer sich nun damit nicht beschäftigt, sagt, die Spitzenverbände klagen, das müssen sie ja auch, aber die Zahlen sprechen eine andere Sprache.

(Ministerin Sigrid Keler: Keine Ahnung hat er.)

Auch hier haben Sie, Frau Keler, die Öffentlichkeit belogen.

Ein als vertraulich – meine Damen und Herren, hören Sie zu! – eingestuftes Vermerk aus Ihrem Ministerium, Frau Keler, vom 7. Juni 2000 spricht eine andere Sprache: Die Maisteuerschätzung aus dem Jahre 1999 – und das, meine Damen und Herren, ist die Basis für die Aufstellung der Haushaltspläne der Gemeinden für 2000 und ihrer mittelfristigen Finanzvorschau für das Jahr 2001 – noch 1 Milliarde und 81 Millionen DM, Maisteuerschätzung 2000 974 Millionen DM, Steuerentlastungsgesetz minus 41 Millionen DM macht 933 Millionen DM oder ein Minus von 148 Millionen DM. Das stammt aus Ihrem eigenen Vermerk, Frau Keler, den Sie als vertraulich eingestuft haben.

(Ministerin Sigrid Keler: Herr Riemann!)

Und Sie stellen sich gestern hier hin und sagen, die Kommunen können mit steigenden Einnahmen rechnen. Unredlicher, meine Damen und Herren, geht es nicht mehr!

Vierte Vorbemerkung.

(Ministerin Sigrid Keler:  
Herr Riemann, Sie wissen gar nichts!)

Frau Keler, wenn Sie dazwischenrufen wollen, dann gehen Sie auf die Abgeordnetenbank, da dürfen Sie das. Von hinten dürfen Sie das nicht.

(Andreas Bluhm, PDS: Ach, Herr Präsident Riemann! – Ministerin Sigrid Keler: Sie sind ein Flegel, Herr Riemann!)

Vierte Vorbemerkung. Rosstäuscher und Gebrauchtwagenverkäufer

Das Alter eines Pferdes erkennt man an den Zähnen. Den Zustand eines Gebrauchtwagens sollte ein Fachmann beurteilen.

(Heinz Müller, SPD: Und Sie erkennt man an Ihren Reden.)

Das Verfallsdatum, Herr Müller, eines Haushaltsplanentwurfes wird an den Ist-Ergebnissen deutlich. Sie, Frau Finanzministerin, haben nicht nur die Öffentlichkeit bewusst mit diesem Haushaltsplanentwurf getäuscht wie die oben erwähnten Berufsgruppen, sondern auch Ihre Ministerkollegen haben Sie getäuscht. Ich werde dieses an drei Punkten belegen.

Das Haushaltsvolumen ist mit 12,97 Milliarden DM künstlich unter die 14-Milliarden-DM-Grenze gedrückt worden. Das, meine Damen ...

(Andreas Bluhm, PDS: 13.)

13, das ist richtig. Herr Bluhm, Sie haben Recht.

Das soll Sparsamkeit suggerieren. Von 14,08 Milliarden DM auf 13,97 Milliarden DM – das sind immerhin mehr als 100 Millionen DM weniger.

(Erhard Bräunig, SPD: Na, das ist doch was.)

Aber, meine Damen und Herren, was soll man von einem Haushalt halten, in dem nicht alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt sind, wie beispielsweise für die Twinning-Projekte im Justizbereich oder die Zuweisungen des Bundes aus dem Kinder- und Jugendplan im Arbeitsministerium. Wir haben eine Reihe von nichtdotierten Titeln gefunden, die nur dem einen und nur diesem einen Zweck dienen, den Haushalt unter 14 Milliarden DM zu drücken. Und dieses, meine Damen und Herren, hat dann mit Haushaltsklarheit und -wahrheit nicht mehr viel zu tun.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Zweiter Punkt – überveranschlagte Personalausgaben. 1999 waren die Personalausgaben mit über 40 Millionen DM veranschlagt. Frau Keler, Sie sind die Finanzministerin, Sie haben das zu verantworten und das ist das Ist des Jahres 1999.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Das können wir ablesen, meine Damen und Herren. Gucken Sie in die Mittelfristige Finanzplanung, Seite 73: 40 Millionen DM überveranschlagt!

Im Jahr 2000 wird sich die Zahl der Überveranschlagung auf über 60 Millionen DM entwickeln und auch der vorgelegte Haushaltsplanentwurf weist in den Einzelplänen Steigerungsraten auf, die jenseits von Gut und Böse oder auch nur durch Stellenentwicklung und Tarifsteigerung erklärbar sind. Nichts kann diese prozentualen Steigerungen erklären. Aber damit, meine Damen und Herren, wehrt die Finanzministerin die Bedürfnisse der Ressortkollegen und der Fraktionen des Landtages ab und steht mit den eingesparten Geldern am Jahresende als Sparministerin gut da. Wollen Sie hierfür Beispiele hören, meine Damen und Herren? Hier sind drei:

- a) Einzelplan 05 – Haushalt der Finanzministerin Kapitel 0503 – Vergütung der Angestellten plus 6,3 Prozent Personalkostensteigerung bei 4,2 Prozent verminderter Beschäftigungszahl und bei einer Tarifsteigerung von 4 Prozent
- b) Einzelplan 15 – Kollege Holter 12 Prozent Personalkostensteigerung über den gesamten Einzelplan bei 4 Prozent Tarifsteigerung
- c) Einzelplan 09 Bezüge der planmäßigen Beamten in den Justizvollzugsanstalten plus 18,2 Prozent Personalkostensteigerung bei gleichbleibender Zahl der Beamten und 4 Prozent Tarifsteigerung für die Angestellten

Meine Damen und Herren! Bisher weigert sich der Bundesinnenminister ja noch, die Angleichung für die Beamten vorzunehmen. Ob diese nicht nachvollziehbaren Personalkostensteigerungen im Justizministerium dazu dienen sollen, den neuen Justizminister aus der eingebauten Reserve zu bezahlen?

Drittens – unterveranschlagte Umsatzsteuereinnahmen. Meine Damen und Herren Minister, Sie haben sich hier von Frau Keler wahrhaftig über den Tisch ziehen lassen. Tage- und nächtelang hat Ihnen das Finanzministerium erklärt,

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

es ist kein Geld da, es ist kein Geld da, es ist kein Geld da, und das schon seit 1999. Schauen Sie in den Jahresabschluss 1999 – und wenn Sie es nicht selber können, meine Damen und Herren Minister, dann lassen Sie das Ihre Haushaltsabteilung machen: 140 Millionen DM im Ist mehr Umsatzsteuer als geplant. So, Frau Finanzministerin, sieht seriöse Haushaltsplanung aus.

Im Jahr 2000 setzt sich dieser positive Trend fort. Nur für notwendige Investitionen, für die Gemeinden, meine Damen und Herren, ist nichts da. Hier liegt ihr selbst gestellter Deckel drauf.

Vergleichen wir nun aber die Planung 2000 mit der für 2001.

Bevor wir aber zu den nackten Tatsachen kommen, sehen wir uns die Erläuterungen zum Titel 01501 „Steuern vom Umsatz“ einmal an und ich darf zitieren: „Der Umsatzsteuerentwicklung liegen stabile, moderate Zuwächse zu Grunde. Die Wirkung der Ökosteuerreform führt zu einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.“ So wird dieser Titel erläutert. Aber so, meine Damen und Herren, kann man auch die unsoziale Abzockerei an den Tankstellen vornehm finanzpolitisch darstellen.

Was aber, meine Damen und Herren, erwarten Sie nun für Zahlen nach diesen Erläuterungen? Ich darf noch einmal wiederholen, damit sich das einprägt: „Der Umsatzsteuerentwicklung liegen stabile, moderate Zuwächse zu Grunde. Die Wirkung der Ökosteuerreform führt zu einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.“ Spannend, nicht wahr? Steigen die Einnahmen oder sinken sie? Möchte hier jemand einen Tipp abgeben? Steigen sie oder sinken sie? Wenn Sie sagen steigen, dann haben Sie falsch gelegen. Nein, die Einnahmen steigen nicht, sie sinken, obwohl die Erläuterung sagt, sie haben moderate Zuwächse. Hier, meine Damen und Herren, tut sich die große Sparbüchse der Finanzministerin auf. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sollen im Ansatz von

4.922 Millionen DM um 97 Millionen DM auf 4.825 Millionen DM sinken.

Ich habe lange gerätselt, warum Frau Keler so etwas tut. Ich habe nach Zahlendrehern gesucht. Ich habe mit Sachsen-Anhalt, mit Brandenburg, mit Baden-Württemberg und mit Berlin telefoniert. Wir haben Wanderungsverluste. Frau Keler, mit dieser Ausrede werden Sie nicht durchkommen. Wir haben auch diese Wanderungsverluste nach den Ländern analysiert. Wir haben die Steigerung der gemeindlichen Umsatzsteueranteile 2001 gegenüber dem Jahr 2004 um 4,5 Prozent in dem vertraulichen Papier der Finanzministerin vom 7. Juni 2000 gefunden. 4,5 Prozent steigen also die Einnahmen aus den Umsatzsteueranteilen für die Kommunen. Wir haben Papiere des DIW, welches eine Umsatzsteuersteigerung von 2000 auf 2001 um 3,4 Prozent konstatiert, gewälzt. Aber wir haben nichts, aber auch gar nichts gefunden, meine Damen und Herren, was die Sparbüchse von Frau Keler erklärt. Setzt man jetzt den Vergleich der Umsatzsteuerentwicklung mit den Gemeinden an, dann hat Frau Finanzministerin 318 Millionen DM nicht veranschlagt. Ja, Frau Staszak, Ihnen fehlt das Geld für Frauenprojekte

(Karla Staszak, SPD: Ja. –  
Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

und hier wird es nicht veranschlagt. Ich glaube, das ist unverantwortlich. Es fehlt bei Programmen gegen rechtsradikale Gewalt, wie Frau Gramkow erklärt hat. Aber hier wird Geld einfach nicht veranschlagt, damit man am Jahresende gut dasteht und sagen kann: Guckt mal, was bin ich für eine großartige Finanzministerin!

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist sie ja auch.)

Nimmt man die Bundessteigerungsrate, so sind es 266 Millionen DM, die nicht veranschlagt sind. Ich habe Verständnis dafür, dass Finanzminister und Finanzministerinnen vorsichtig sind. Wenn man die moderateste Steigerungsrate des Landes Sachsen-Anhalt nimmt, so sind es immerhin noch 106 Millionen DM Einnahmeunterveranschlagung. 106 Millionen DM, wovon den Kommunen mindestens 26,5 Millionen DM zustehen. Aber indem man sie nicht veranschlagt, braucht man die Quote nicht weiter abzusenken. Indem man sie nicht veranschlagt, kann man auch die Kommunen betrügen.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh!)

Ein anderes Wort fällt mir hierzu nicht ein.

Der Wert, der tatsächlich unterveranschlagt ist, meine Damen und Herren, dürfte also, ganz realistisch geschätzt, zwischen 100 und 300 Millionen DM liegen. Frau Keler, warum betrügen Sie die Gemeinden? Warum betrügen Sie Ihre eigenen Ressortkollegen? Ist wirklich kein Geld da oder haben Sie es nur vor den Notwendigkeiten versteckt? Das, Frau Finanzministerin, erklären Sie heute und hier dem Parlament, das erklären Sie den Abgeordneten! Das, Frau Finanzministerin, erklären Sie Ihren eigenen Ressortkollegen und das erklären Sie den kommunalen Spitzenverbänden und den Gemeinden im Land! Frau Finanzministerin, diese Unterveranschlagung werden wir Ihnen in der Haushaltsdiskussion nicht durchgehen lassen.

Einzelplan 01

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss kostet 1,4 Millionen DM. Was kommt eigentlich unten raus? Die Enquetekommission wird 1,3 Millionen DM kosten, weil

wir einen Innenminister haben, der – auf gut deutsch gesagt – entscheidungsfaul ist. Für den Landtag werden wir im Staatshochbau fast 14 Millionen DM ausgeben.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Warum, Frau Gramkow, warum, meine Damen und Herren von der SPD, nehmen wir nicht 4 oder 5 Millionen DM als Signal und geben sie in ein Schul- und Kitasanierungsprogramm?

Einzelplan 03 – Haushalt des Ministerpräsidenten

Glücklicher Otto, Sie erhalten ab 2001 endlich die B 10, macht etwa 40 TDM mehr für die Steuerzahler in diesem armen Land. Für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit werden 585 TDM ausgegeben. Dafür – und nun hören Sie zu, Frau Gramkow und Herr Caffier – sinken in der Landeszentrale für politische Bildung die Aufwendungen zur Vertiefung der politischen Bildung um 300 TDM. Bei der politischen Jugendbildung gibt es für 55 TDM einen Schülerwettbewerb und für 50 TDM die Landesverfassung und das Grundgesetz für jeden Schüler. Eine wahrhaftige Kampagne gegen rechtsextreme Gewalt! Ach ja, ich hätte es bald vergessen: Die Chefin kostet dort jetzt auch noch richtiges Geld – 116 TDM.

Einzelplan 04 – unser famoser Innenminister

Nachdem Sie, Herr Timm, gestern zu den Kommunalfinanzen nicht reden durften oder nicht reden wollten, darf die Frage gestattet sein: Sind Sie noch Kommunalminister oder ist dieses schon Frau Keler? Und wenn Sie Kommunalminister sind, Herr Timm, wo im Landeshaushalt sind die Titel nach dem Konnexitätsprinzip veranschlagt? Wo?

(Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS)

Es ist schon beschämend, wenn der Geschäftsführer des Landkreistages, Herr Dr. Meyer, am 12. September 2000 auf dem Landkreistag in Güstrow feststellt: „Die Höhe der Ausgleichsmasse ist an dem ausgerichtet, was das Land für die Kommunen meint übrig haben zu müssen.“

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

Noch beschämender, meine Damen und Herren, ist es aber, wenn die kommunalen Spitzenverbände zum FAG bei Ihnen, Herr Minister Timm, um einen Termin bitten und betteln müssen, bitten und betteln, damit die kommunalen Spitzenverbände einen Termin beim kommunalen Minister bekommen. Das ist mehr als beschämend.

(Gesine Skrzepski, CDU:  
Und nicht bekommen haben.)

Haben Sie einen solchen Termin bis heute vergeben? Hat es einen solchen Termin gegeben?

(Minister Dr. Gottfried Timm: Nein.)

Ich glaube, eher nicht.

Es hat einen Termin mit dem Finanzstaatssekretär gegeben. Aber das zeigt auch, wie der Innenminister seine Kommunen in der Landesregierung vertritt. Schon komisch wird es, meine Damen und Herren, wenn der Innenminister Timm auf die Fragen eines Kommunalvertreters nach den Auswirkungen der Steuerreform auf die Gemeinden antwortet – und das ist wörtlich zu zitieren: „Gehen Sie zur Finanzministerin, wenn Sie Auskunft über ihre Kommunalfinanzen in dem nächsten Jahr haben wollen.“

(Gesine Skrzepski, CDU: Tja.)

Ja, Herr Timm, dann geben Sie doch Ihre Kommunalabteilung oder gleich das ganze Ministerium zur Finanzministerin, dann hätten wir zumindest einen Staatssekretär und einen Minister – 400 TDM – eingespart. Die könnten wir für die Gewaltprävention nutzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine Anmerkung in diesem Zusammenhang: Herr Dr. Timm, Sie werden noch viele Papiere und Konzepte schreiben müssen. Sie werden noch auf vielen Pinnwänden gegen die rechtsradikale Gewalt unterschreiben müssen, um Ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen. Dass in Ihrem Bereich die Mittel für die Kriminalitätsvorbeugung um 12 Prozent sinken, darunter bei lokalen Projekten um 13 Prozent, das ist die Wirklichkeit, und das, wo Sie unterschreiben, ist Ihr Anspruch. Aber genau das erinnert mich an das Wappen der alten DDR: Ein Känguru – nichts im Beutel und große Sprünge machen wollen.

(Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU –  
Gerd Böttger, PDS: Ha, ha, ha!)

#### Einzelplan 05

Unsere sparsame Finanzministerin plant den Neudruck der Landeshaushaltsordnung – 25 TDM, der Innenminister den Neudruck des SOG für 10 TDM. So schön, meine Dame und mein Herr, sind sie nicht, um diese Kosten zu rechtfertigen. Jeder, der es will, kann sich die Gesetzestexte runterladen oder die entsprechenden Verordnungsblätter bestellen. Und die Vorwortschreiber fallen auch noch gleich weg.

#### Einzelplan 06

Vorsicht, Herr Minister Eggert: Der Ministerpräsident macht in Wirtschaft, zumindest tut er so, Herr Holter macht in Wirtschaft, zumindest mit Worten, Backhaus macht mit europäischen Mitteln in Wirtschaft auf dem Lande und der Bund kürzt ihre Mittel. Über kurz oder lang, Herr Professor Eggert, könnten Sie nicht mehr gebraucht werden. Na vielleicht doch noch als Festredner bei der IHK oder den Verbänden. Aber mal im Ernst: Wo ist die Arbeitsgruppe für die Anbindung des Landes an die Metropolen? Wo ist sie für die Netzanbindung der Häfen? Wo sind die Resultate dieser Arbeitsgruppe? Und wie stehen Sie, Herr Minister, zu den Ausführungen des Abgeordneten Gerloff zur Zweckentfremdung der Regionalisierungszuschüsse des Bundes zur Entlastung des Landeshaushaltes in Höhe von 100 Millionen DM? Meine Damen und Herren, wir finden diese Zweckentfremdung, übrigens im Haushaltsplan 2000 in Höhe von 33,1 Millionen DM und 2001 in Höhe von 39,5 Millionen DM. Ja, Herr Staatssekretär Dr. Mediger ist schon sehr kreativ. Aber warum lassen wir in diesem Bereich auch noch solche enormen Reste zu? 1998 35,4 Millionen DM, 1999 schon 42,4 Millionen DM – keine Bedarfe, Frau Gramkow, trotz Streckenstilllegung? Eine wahrhafte Politik für die Bahn!

Ein Wort sei mir noch zu Minister Eggert gestattet. Sie könnten den grünen Frosch als Umweltschützer verliehen bekommen. Wenn ein Minister Jürgen Seidel fast 100 Birken abgeholzt hätte, hätte sich Frau Muth angekettet und Herr Ritter hätte sofort eine außerordentliche Sitzung des Landtages verlangt.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber hier: Von den Koalitionspartnern Säuseln im Walde, die Birkenblätter fallen, es wird Herbst.

(Angelika Gramkow, PDS: Das trifft auf uns nicht zu. Das wissen Sie ganz genau. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

#### Einzelplan 07

Unser Kultusminister Professor Kauffold ist auf Zack. Keine Einsparungen in seinem Bereich, verkünden Landesregierung und Koalitionsfraktionen gleichlautend.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Haben Sie mir nicht zugehört?)

Ich sage gleich was zu Ihnen.

Nur 50,2 Millionen DM weniger Gesamtausgaben als 2000 sind eine Kappung um minus zwei Prozent. Wenn Sie, Herr Professor Kauffold, und wenn Sie, Frau Gramkow, darauf gedrängt und die Minderausgaben aus dem Lehrpersonal-konzept genutzt hätten, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, um ein Programm gegen Gewalt an Schulen aufzulegen, um Universitäten und Fachhochschulen zu stärken, um notwendige Investitionen im Kultusbereich zu leisten – auch hier geht es runter um 13,3 Millionen DM, und Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie das Meereskrötenbassin vergessen?)

Sie haben geschildert, was ausläuft, und die Bedarfe bei Kulturinvestitionen sind bei weitem noch nicht befriedigt –, wenn Sie also all das aus den Minderausgaben geleistet hätten, Herr Kultusminister, Sie wären ein Held geworden.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir haben zur Mittelfristigen Finanzplanung nicht gespart.)

Wenn Sie Kunst- und Kulturausgaben konstant hätten halten können

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

minus 10,3 Prozent oder 4,85 Millionen DM – und auch hier Frau Gramkow gibt es Bedarfe –, wenn Sie die Freiheit von Lehre und Forschung modellhaft an den Fachhochschulen im Haushalt umgesetzt hätten, Sie wären ein wahrhafter Kultusminister. So, Herr Professor Kauffold, sind Sie aber nur ein Abteilungsleiter im Finanzministerium.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ach übrigens, meine Damen und Herren, warum verdient dieses Land mit den Förderschulen auch noch Geld? – Auf dem Rücken der Landkreise und Kommunen 1999 2,028 Millionen DM, auf dem Rücken der Landkreise und kreisfreien Städte!

Zum Haushaltsplan 08 – der Haushaltsplan von Till Backhaus

Landauf, landab verkündet er vor den Bauern, was für ein Kerl er ist. Grüner Diesel gleicht alles aus, Bauern und Fischer können sich darauf verlassen. Agenda 2000 wird schon nicht so schlimm. Dürrehilfe, aber klar und sofort. – Ein wahrhafter Supermann! Nur bei der Forst, da will das nicht so klappen. Also sagt unser Minister: Seid ihr nicht willig, so brauch ich Gewalt!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

192 kw-Stellen für Arbeiter, Streichung in 2002. Frau Gramkow, 2 kw-Stellen in seinem Ministerium 2001, nachdem die Stellenzahl von 2000 auf 2001 erst einmal um 6 steigt. Bei der Forst sinkt sie im selben Zeitraum um 76 Stellen – bei der Forst minus 16 Prozent, beim Ministerium 3,5 Prozent mehr Personal. Na klar, der brave Till spart bei sich selbst zuletzt.

Einen vollen Ausgleich hatte Super-Backhaus über den grünen Diesel versprochen.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Im Landkreis Nordwest-Mecklenburg konstatieren die Landwirte aus diesem Bereich 12,2 Millionen DM Mehrkosten im Jahr 2000. Im Land werden es fast 200 Millionen DM sein. Eichel nimmt Super-Till die Kraft und zu den Entlassungen in dem Bereich schweigt unser Minister lieber.

Einzelplan 09 – Justizministerium

Endlich, endlich, meine Damen und Herren, haben wir Vorpommern einen Minister, der etwas versteht, der ein Experte ist bei Runkelrübenkraftwerken und Brombeerplantagen. Harald, wir danken dir und wollen auch nie wieder die böse CDU in Vorpommern wählen!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Harald, wir danken dir wahrhaftig!

(Gerd Böttger, PDS: Büttenrede hier! Haben wir hier Karneval? – Siegfried Friese, SPD: Gib doch mal 'ne Narrenkappe für Riemann!)

Im Konzept der Landesregierung gegen rechtsradikale Gewalt steht, wir wollen Geldstrafen und Geldbußen für die Opferhilfe und den Täter-Opfer-Ausgleich verwenden. Nur im Haushalt, Frau Gramkow, ist davon nichts zu finden. Leertitel nennt man dieses. Nicht einmal der klitzekleinste Deckungsvermerk – nichts. Herr Sellering, übernehmen Sie!

Gleich mit übernehmen können Sie die Wahlversprechen der SPD in Vorpommern: Vorpommern-Fonds – im Haushalt nicht enthalten, Vorpommern S-Bahn – nicht realisiert, Ortsumgehung Wolgast – noch im Jahr 2000 41 Millionen DM versprochen, vom Peenestromwind verweht oder im berühmigten Wolgaster Stau stecken geblieben. Selbst der Bundeskanzler weiß nichts von unseren Nöten in Vorpommern. Mal sehen, was von den Lubminer Gaskraftwerken bleibt. Vielleicht wird es ja noch ein Runkelrübenkraftwerk à la Sellering. In Ihrem Haushalt erwarten wir übrigens kurzfristig die Veranschlagung des Maßregelvollzuges und Ihrer Personalkosten.

Einzelplan 10 – Sozialministerin

Warum um alles in der Welt wird unsere Sozialministerin Martina Bunge „Mausi“ genannt?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Koplín, PDS: Was soll denn das?)

Vielleicht, weil sie sich so klein wie eine Maus macht, damit keiner ihre Verantwortlichkeit für die Vorkommnisse in Ueckermünde erkennt?

(Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Nein, Frau Bunge, da beißt Maus keinen Faden ab. Politisch verantwortlich waren Sie und kein anderer. Aber

vielleicht brauchen Sie dafür als einziger Minister zwei Staatssekretäre, um das zu erklären.

(Siegfried Friese, SPD: Wir sind im Parlament, Herr Riemann! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Erklären müssen Sie die Einrichtung eines Landesgesundheitsamtes – wofür übrigens noch kein Gesetz vorliegt –, welches die Aufgaben von den Landkreisen und kreisfreien Städten auf das Land umverlagern will. Und, Frau Ministerin, was wird denn aus dem Personal bei den betroffenen Gebietskörperschaften? Wo gibt es hier den Ausgleich? Keine Kürzungen im Sozialbereich haben SPD und PDS, hat die Landesregierung versprochen. Sind minus 11,3 Millionen DM – davon bei Investitionen um 11 Prozent – nichts?

Gespannt sind wir auf die Verlängerung Ihres Vertrages, Frau Ministerin Bunge, für den Ersatzstaatssekretär über den 31. Dezember 2000 hinaus. Den entsprechenden Titel im Haushalt haben wir schon gefunden.

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Warten Sie mal ab! Sie werden überrascht sein.)

Integration von Behinderten hat sich die Koalition auf die Fahnen geschrieben. Das Feigenblatt Integrationsförderungsgesetz – hier können Sie mal zuhören, Herr Ritter, und was von Haushalt lernen –

(Peter Ritter, PDS: Habe ich schon was gesagt, Herr Riemann? Aber ich höre Ihnen gerne zu. Das ist allerdings sehr anstrengend. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

sieht hierfür 16,5 TDM vor – ganze 0,0000011 Prozent des Haushaltes!

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

Schämen Sie sich, meine Damen und Herren! Schämen Sie sich, Frau Bunge! Das ist kein Feigenblatt, das ist Bonsaikultur.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Ach, Herr Riemann, bleiben Sie mal ruhig!)

Das Landesblindengeld sinkt um 100 TDM, aber immerhin Frau Keler freut's. Frau Müller schweigt, Sozialpolitik à la Rot-Rot!

(Irene Müller, PDS: Das Landesblindengeld ist festgeschrieben.)

Um 23 Prozent sinken die Ausgaben in der Familienpolitik, um mehr als 7 Millionen DM gegenüber 2000 und um 16,3 Millionen DM gegenüber 1999.

(Torsten Koplín, PDS: Dann sagen Sie auch, was auf uns zukommt!)

Kommentar: Maus, mach dich klein bei den Familien! 1,6 Prozent minus in der Jugendarbeit. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Können Mäuse auch rot werden?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Ministerin Dr. Martina Bunge: Sie schaffen das nicht.)

Einzelplan 11

Die Finanzministerin kriegt mehr Macht. Plus 77,2 Millionen DM oder 2 Prozent hat Frau Keler mehr, warum? Warum, meine Damen und Herren? Warum aber ist keine

Vorsorge für BAföG und die Wohngeldnovelle getroffen? Sieht so solide Finanzpolitik aus? Der Zukunftsfonds findet sich unter Verstärkungsmitteln. Also sollen damit Titel in den Ministerien verstärkt werden, die zu gering dotiert sind? Holter'sche Hausmeister oder Wirtschaftsförderung, Schulsozialarbeiter oder innovative Unternehmensunterstützung aus dem Wirtschaftsministerium? Man darf gespannt sein.

Meine Damen und Herren! Die Erläuterung des Titels ist aber der eigentliche Skandal, deshalb darf ich sie hier zitieren. Es geht hier um den Zukunftsfonds: „Die Einzelheiten seiner Verwendung und die Zuordnung auf die Sachbereiche soll unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen erarbeitet werden.“ Meine Damen und Herren, haben wir einen Haushalt im Parlament oder haben wir ihn bei den Koalitionsfraktionen? Aha, meine Damen und Herren, ich kenne keine Parteien mehr, keinen Landtag, sondern nur noch Koalitionsfraktionen, oder so ausgedrückt, wie es ein Karikaturist formulierte: Der MP mit Lorbeerkrantz auf dem Sofa, Untertitel: Am Anfang schuf ich Mecklenburg-Vorpommern. Und ich füge hinzu, und danach die Koalitionsfraktionen.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU –  
Angelika Gramkow, PDS: Nee,  
die waren auch schon da.)

#### Einzelplan 12 – Staatshochbau

Paläste für die Landesregierung in der Kernverwaltung, Verfall bei Schulen, Kitas, Polizeidienststellen.

(Heinz Müller, SPD: Ach ja.)

Sehen Sie sich die Schlossstraße an, dann werden Sie dieses Beispiel belegt finden.

Einsparpotential, meine Damen und Herren, für das Finanzministerium 1999: minus 20 Millionen DM. Können Sie sich noch entsinnen, wie wir einen Antrag gestellt hatten, aus dem Staatshochbau Geld herauszunehmen, wie das alles so unseriös gewesen ist? Und dann wurden plötzlich in der Jahresabrechnung 20 Millionen DM eingespart. Ich bin die Super-Ministerin, aber die Schulen verfallen und die CDU-Vorschläge zur Verwendung dieser Mittel für Schulsanierung sind unseriös.

#### Einzelplan 13 – Umweltministerium

Professor Methling zum Haushaltsplan 2000: „Das ist aber das letzte Mal, dass bei mir gespart wird.“ Herr Professor Methling, als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Minus 2,3 Prozent in diesem Bereich, nur die ministeriellen Personalausgaben steigen, alle anderen Umweltmaßnahmen sinken. Wozu hat eigentlich die PDS dieses Ministerium haben wollen, nur wegen des Ministers? Alleinförderung – Ansatz 0, Einnahmen 0, Reste in 1999 1,237 Millionen DM. Noch Fragen Kienzle oder Methling?

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Klimaschutz weniger als 1999, Moorschutz sinkt um 14,7 Prozent. Abfallwirtschaft, Kreislaufwirtschaft minus 28,8 Prozent. Kreislaufwirtschaft, Frau Gramkow, war angesprochen. Herr Ritter, Kreislaufwirtschaft ist Ihr Hobby – mit den Worten, aber nicht mit den Taten.

(Peter Ritter, PDS: Gucken Sie mal den Abfallwirtschaftsplan an und dann werden Sie das sehen! Aber davon haben Sie ja keine Ahnung.)

Naturschutz minus 950 TDM zu den Ansätzen 2000. Wozu haben wir eigentlich ein eigenständiges Ministerium?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Nicht einmal im Moorschutz und im Klimaschutz kann sich Professor Methling profilieren, wozu also ein eigenständiges Ministerium?

#### Einzelplan 15 – Ministerium für Arbeit und Bau

Herr Holter, „Hoffentlich ist es Beton“ wirbt die Industrie. In Ihrem Bereich finden wir das Strohhäuschen der drei kleinen Schweinchen. Nach dem Landwirtschaftsministerium mit 4,1 Prozent wird Ihr Bereich am zweistärksten gekürzt. Und zu beiden Ministerien, zum Landwirtschaftsministerium und zu Ihrem Ministerium, Herr Holter, fällt mir noch ein anderer DDR-Witz ein, der auch mit dem Wappen der DDR zu tun hatte:

(Gerd Böttger, PDS: Sie sind  
ja ein richtiger Nostalgiker.)

Das Krokodil – bis zum Hintern im Schlamm, aber das Maul weit aufgerissen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Minister Holter, die Personalausgaben Ihres Ministeriums steigen um 3 Millionen DM, dafür sinken die Investitionen um 34,4 Millionen DM oder 6,2 Prozent. Herr Holter, sind Sie eigentlich ein Bau- und Arbeitsminister oder sind Sie vielmehr ein Abbruchminister? Die Zahlen sind deutlich. Und warum, Herr Minister, haben Ihre Stellhalter im Parlament eigentlich so viel Angst vor einer Anhörung zum AQMV, Frau Gramkow, zu Ihrer Arbeitsmarktpolitik.

(Angelika Gramkow, PDS: He? Das ist eine  
Frechheit! Ich habe einen anderen Vorschlag  
gemacht im Ausschuss, um sie zu unterstützen.  
Das ist schon Diffamie, was Sie hier machen!)

Im Arbeits- und Bauausschuss wurde sich massiv dagegen gewehrt und im Finanzausschuss wurde sich auch massiv dagegen gewehrt. Vielleicht, Frau Gramkow, weil die Jugendarbeitslosigkeit unter Ihrer Zuständigkeit um 16 Prozent gestiegen ist,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe schon  
mal gesagt, nennen Sie die Ursachen dafür!  
Überbetriebliche Ausbildung wird nun mal  
nicht übernommen von einer Wirtschaft,  
die nicht stabil ist, verdammt noch mal!)

weil die Mittel ineffizient verwandt werden, weil sie teilweise mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit in Konkurrenz stehen, weil Sie mehrfach unkorrekt neue Felder der Arbeitsmarktpolitik veranschlagen und dann wieder neue Wege der Arbeitsmarktpolitik?

Wo, Herr Minister Holter, sind bei diesen vielen neuen Wegen und Feldern eigentlich die in den Straßengraben versenkten Steuermillionen? Davor, meine Damen und Herren, haben Frau Gramkow und der Ausschussvorsitzende des Fachausschusses Angst,

(Angelika Gramkow, PDS: Ach nee?!)

davor, dass sie eingestehen müssen, dass bei Schulsozialarbeitern ihre Wahlversprechen nicht einmal mit 50 Prozent erfüllt werden, dass im ÖBS von 5.000 zusätzlich versprochenen Arbeitsplätzen allenfalls zur Halbzeit

nicht einmal vier Prozent realisiert werden. Deshalb haben Sie Angst vor einer Anhörung dieses Bereiches. Und, meine Damen und Herren, deshalb kann ich auch mit Fug und Recht sagen, dass dieser Haushalt nur kreativ ist in der Trickserie, in der Unterveranschlagung, in der Vorenthaltung von Steuereinnahmen und dass dieser Haushalt kommunalfeindlich ist und dass er, Frau Gramkow, da gebe ich Ihnen Recht, erhebliche Verbesserungen trägt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Ums Wort gebeten hat noch einmal die Finanzministerin. Bitte sehr, Frau Keler, Sie haben das Wort.

**Ministerin Sigrid Keler:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie geben mir Recht, die Rede von Herrn Riemann war eigentlich nur noch Kasperkram und primitiv.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Dr. Martina Bunge, PDS)

Aber wir haben jetzt neben dem Stellenplanexperten auch einen Steuerschätzungsexperten. Und es überrascht mich schon, wenn Herr Riemann sich aus dem gesamten Bereich Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen von mehr als 9,2 Milliarden DM Volumen die Umsatzsteuer herausgreift

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und daran die gesamte Steuerveranschlagung glaubt als unsolide darstellen und erschüttern zu können.

Nur zu Ihrer Information, Herr Riemann und meine Damen und Herren Anwesende hier: Herr Riemann vergleicht das Soll 2000 mit der Veranschlagung 2001.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee, neel)

Es stimmt, dass die Veranschlagung im Jahre 2001 niedriger ist, niedriger ist als 2000,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich vergleiche auch andere Haushalte und den Bundeshaushalt.)

aber es entspricht der regionalisierten Steuerschätzung des Bundes und der Länder.

(Wolfgang Riemann, CDU: Eben nicht!)

Und das ist wohl auch richtig so, denn wenn man sich die Ist-Zahlen von 1999 ansieht, dann wird das klar. Die sind nämlich deutlich niedriger als die Veranschlagung fürs Jahr 2000.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann gucken Sie doch mal in das Ist, in Ihr eigenes Ist rein im Verlauf dieses Jahres! Gucken Sie doch da mal rein!)

Herr Riemann, ich habe Ihnen ja gesagt, wir haben ein Volumen von über 9,2 Milliarden und wenn es da um 100 Millionen Abweichungen geben sollte, dann ist das ein Prozent. Und wenn Sie glauben, dass dieses eine Prozent dann gleich wieder für zusätzliche Ausgaben genutzt werden kann, dann kann ich nur sagen: Herr Riemann, was sind Sie für ein finanzpolitischer Sprecher?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Wolfgang Riemann, CDU: Finanzpolitik muss was ermöglichen und nicht verhindern.)

Und ich sage Ihnen noch eins, es wird Ihnen nicht gelingen – das war doch die Absicht heute hier in Ihrer Rede –, einen Keil zwischen meine Ministerkollegen und mich zu treiben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir werden das gleich sehr hellhörig überprüfen. –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das wird Ihnen nicht gelingen, denn wir haben das sehr transparent veranschlagt. Ihre Rede hier fand ich schon mehr als primitiv.

Im Übrigen, es verwundert mich, dass ein finanzpolitischer Sprecher einer Oppositionspartei, der ja für sich in Anspruch nimmt, für den Landeshaushalt und für die Kommunal Finanzen so zu kämpfen, dass der nicht ein Wort zur Nettokreditaufnahme gesagt hat. Da schweigt er.

(Wolfgang Riemann, CDU: Den Spielraum, den kenne ich, den Sie haben, Frau Keler.  
Der steht im Haushalt drin. Warum soll ich das noch erläutern?)

Herr Riemann, wir werden sehen, wie das Ist 2000 ausgeht, Herr Riemann, und erst dann rede ich mit Ihnen weiter über die anderen Sachen. Es ist schon peinlich, wenn Sie sogar Minderbedarfe, die aufgrund von Rückgängen in den Schülerzahlen da sind, gleich wieder für andere Sachen ausgeben wollen, ohne mal zu sagen, wie Sie eigentlich mit der Nettokreditaufnahme umgehen wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das wollte Frau Gramkow übrigens auch. Das hat sie in ihrer Rede gesagt. Weil Bildung eine Zukunftsfrage ist, Frau Keler, und kein Steinbruch.)

Das tun Sie nämlich überhaupt nicht. Und da wird, Herr Riemann, ganz deutlich, wie unsolide Sie sind und wie primitiv Ihre ganze Herangehensweise ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Ich schließe hiermit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1400, die Ergänzung auf Drucksache 3/1475 sowie die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/1399 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Landwirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, den Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung, den Sozialausschuss, den Umweltausschuss und den Tourismusausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung einstimmig an die genannten Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Gesundheitsbericht für das Jahr 1998, auf Drucksache 3/1249.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:  
Gesundheitsbericht für das Jahr 1998  
– Drucksache 3/1249 –**

Im Ältestenrat wurde zu diesem Tagesordnungspunkt vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minu-

ten durchzuführen. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Das Wort hat als Erste die Sozialministerin Frau Dr. Bunge. Bitte sehr.

**Ministerin Dr. Martina Bunge:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Berichterstattungen, erst recht Sozialberichterstattungen, sollten niemals Selbstzweck sein. Jede Situationsanalyse macht nur dann Sinn, wenn sie als Steuerungselement für Politikentscheidungen nutzbar ist. Leider ist es um die Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik und auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht so gut bestellt, dass dieses Ziel auch immer erreicht wird. Aber die Berichterstattung ist im Umbruch.

Nach jahrzehntelangen Verweigerungen von Bundesregierungen nimmt die derzeitige rot-grüne Koalition endlich eine qualifizierte Armut- und Reichtumsberichterstattung in Angriff. Und in Mecklenburg-Vorpommern? Nicht erst die vernichtende Kritik des Landesrechnungshofes an der bisherigen Sozialberichterstattung ließ mich den Entschluss fassen, zu einer indikatorgestützten Berichterstattung für Mecklenburg-Vorpommern überzugehen. Statt bisher punktueller Analysen, die nur Situationen schlagartig darstellen, lassen Indikatoren, kontinuierlich verfolgt, Entwicklungen erkennen und Reaktionen auf veränderte Rahmenbedingungen zu. Natürlich braucht diese Umstellung Zeit. Derzeit werden geeignete Indikatoren ermittelt. Mit der fälligen Jugendberichterstattung soll mit dieser neuen Methodik begonnen werden.

Eine lobenswerte Ausnahme im Sozialberichterstattungsgeschehen bildet die Gesundheitsberichterstattung. Die Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden hat in einem langen Abstimmungsprozess zwischen den Ländern einen Indikatorensatz bestimmt, der, von allen angewandt, hohe Aussagefähigkeit und Vergleichbarkeit der Daten ermöglicht.

Mit dem uns heute vorliegenden Gesundheitsbericht 1998 für Mecklenburg-Vorpommern wurde der vereinbarte AOLG-Indikatorensatz nahezu vollständig realisiert. Erlauben Sie mir, mich an dieser Stelle bei allen daran Beteiligten recht herzlich zu bedanken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Neben den Zahlen der Bevölkerungsentwicklung stehen vielfältige Aussagen zum Gesundheitszustand unserer Bevölkerung, zu deren gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen, zu den Gesundheitsrisiken aus der natürlichen und technischen Umwelt, zum medizinischen und sozialen Arbeitsschutz bis hin zur materiell-technischen und personellen Infrastruktur im Gesundheitswesen zur Verfügung.

Noch sind wir von der Bevölkerung her das jüngste Bundesland. Doch seit 1990 ist ein Alterungsprozess zu registrieren, der sich künftig noch verschärfen wird. Die Verschiebung in der Altersstruktur wird signifikant sichtbar beim Rückgang der 0- bis 15-Jährigen von 22 Prozent im Jahre 1990 auf 15,2 Prozent im Jahre 1998 und dem Anstieg der über 65-Jährigen im selben Zeitraum von 10,9 Prozent auf 13,8 Prozent. Im Jahre 2020 wird der Anteil der über 65-Jährigen bei circa 22 Prozent liegen. Politik und Verwaltung sind gut beraten, sich heute langfristig darauf einzustellen.

Dieser Alterungsprozess ist übrigens in ganz Deutschland, ja in allen entwickelten Industrienationen zu verzeichnen. Auch die gerade veröffentlichte 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder geht davon aus, dass sich der Anteil der Altersgruppe über 65 in Deutschland von derzeit 16 Prozent auf 22 Prozent im Jahre 2020 erhöhen wird. In Mecklenburg-Vorpommern geht es allerdings mit größerer Dynamik, so dass wir nach 2020 – wie eine EUROSTAT-Aussage voraussagt – neben Ligurien zu den ältesten Regionen Europas zählen werden.

Sich dem demographischen Wandel zu stellen, heißt aber nicht nur, mehr Pflegeheime zu bauen. Längeres Leben sollte auch gute Lebensqualität ermöglichen. Deshalb sind vor allem die Potenzen, die in geriatrischen Behandlungsangeboten stecken, dringend für mehr ältere Patientinnen und Patienten zu erschließen.

(Beifall Torsten Koplín, PDS)

Hier steht Mecklenburg-Vorpommern noch ganz am Anfang. Obwohl vor zweieinhalb Jahren ein Geriatriekonzept vereinbart wurde, sind die Resultate ernüchternd. Einerseits werden geriatrische Rehabilitationseinrichtungen völlig unzureichend genutzt, während Ältere mit geriatrischen Indikationen entgegen wissenschaftlicher Erkenntnisse viel zu lange in unseren Krankenhäusern verbleiben. Seit dem Frühjahr dieses Jahres analysieren wir im Sozialministerium die Ursachen, im Sommer wurden die Krankenhäuser befragt, jetzt wird ein Diskussionsprozess aller Beteiligten von mir moderiert, der uns hoffentlich die Hindernisse überwinden hilft.

Erforderlich ist meines Erachtens hier eine abgestimmte Entwicklung von geriatrischen Leistungen, ambulanten und stationären Pflegeangeboten sowie vielfältigen betreuten Wohnformen. Hierbei kommt es insbesondere darauf an, bestimmte Sachverhalte in der Landespolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen und umzusetzen. Erste Schritte dazu werden in Vorbereitung der 2001-er Planung gegangen.

Erfreulich ist, dass bei den Geburten seit 1990 wieder ein leichter Aufwärtstrend zu verzeichnen ist. Allerdings ist mit 68 Lebendgeburten je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner gegenüber den alten Bundesländern mit 102 Lebendgeburten noch ein deutlich niedrigeres Geburtenniveau zu registrieren, auch wenn tendenziell eine Angleichung erkennbar ist. Entscheidend dafür, dass diese Entwicklung so weitergeht, wird sein, dass es gelingt, die Abwanderung vor allem junger Frauen aus Mecklenburg-Vorpommern zu stoppen. Allerdings ist auch bemerkenswert, dass wir bei der diesjährigen Regelkostenermittlung für unsere Kindertagesstätten feststellten, dass mehr Kinder im Land sind, als hier geboren wurden, wir also auch Zuzüge gerade junger Familien haben.

Erfreulich ist, dass das Ja zum Kind in Mecklenburg-Vorpommern bei jungen Frauen steigt. Hatten wir in den Jahren 1990 bis 1992 noch jährlich 7.000 Abbrüche zu verzeichnen, so waren es 1997 bis 1999 jährlich noch circa 3.500 Schwangerschaftsabbrüche. Diese lassen im Land vor allem verheiratete Frauen vornehmen, die bereits ein oder mehrere Kinder geboren haben. Mit Sachsen haben wir von den neuen Bundesländern die geringsten Abbruchraten. Das spricht doch von Zukunftszuversicht der hier lebenden jungen Familien.

Der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns steht ein gutes Angebot an Einrichtungen und Personal im

Gesundheitsbereich für die Vorsorge, Behandlung und Rehabilitation zur Verfügung. Die Krankenhausplanung ist für die Jahre 2000 bis 2003 fortgeschrieben. Nicht starre Vorgaben prägen diese Planung, sondern ein an der Auslastung orientiertes, optimiertes Ausgangsniveau wird mit Hilfe sachgerechter Grundsätze kontinuierlich dem sich ändernden Bedarf anzupassen sein.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im ambulanten Bereich haben wir einen – im Bundesvergleich – hohen Versorgungsgrad mit Ärztinnen und Ärzten sowie Zahnärztinnen und -ärzten zu verzeichnen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im öffentlichen Gesundheitsdienst konnte 1998 erstmals der Personalabbau gestoppt werden, eine Entwicklung, die angesichts der vielfältigen Aufgaben auch dringend erforderlich war.

Gewaltig sind für den Gesundheitsbereich aus dem Bundes- und Landeshaushalt sowie von den Krankenkassen zur Verfügung gestellte finanzielle Mittel. Unübersehbar ist, dass es nicht einfach sein wird, auch bei Haushaltskonsolidierung das ehrgeizige Ziel zu erfüllen, die Krankenhaussanierung und -erneuerung an allen Standorten bis 2004 erreicht oder zumindest baulich begonnen zu haben. Um die prekäre Finanzsituation der Krankenkassen abzumildern, die wesentlich natürlich die Krankenhausbudgets, das Honorarbudget für die Niedergelassenen sowie das Arzneimittelbudget bestimmen,

(Harry Glawe, CDU: Ein ganz wichtiges Thema!)

hat die Landesregierung vielfältige Initiativen unternommen. Ich darf Sie nur erinnern an die im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform vereinbarte bundeseinheitliche Ausgestaltung des Risikostrukturausgleichs oder an die derzeitigen Bemühungen, einen Teil der aus dem Risikostrukturausgleich zur Verfügung stehenden Mittel auch für die Verbesserung der ambulanten Versorgung im Osten zu erschließen. Eine kollektive Haftung der Ärzte für die notwendigen Kosten der Arzneimittelversorgung der Patientinnen und Patienten werden wir darüber hinaus auch nicht dulden.

(Harry Glawe, CDU: Das hat doch aber Ihre Regierung in Berlin beschlossen. –  
Heiterkeit bei Irene Müller, PDS)

Sie müssen ein bisschen schneller reden, ich kriege immer den Schluss nicht mit, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Das hat doch aber Ihre Regierung in Berlin beschlossen.)

Nein, wir haben ja eine Abmachung dazu, dass wir uns dann dagegenstellen werden. Warten Sie ab!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zu einigen spezifischen Erkrankungen und der daraus resultierenden möglichen Einflussnahme der Politik machen. Bedenklich ist in Mecklenburg-Vorpommern vor allem der Umgang mit Alkohol und Tabakwaren. Der Alkoholmissbrauch führt zu deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden alkoholbedingten Erkrankungen und zu erhöhten Sterblichkeitsraten. Vor allem Männer im jüngeren Alter beziehungsweise in den so genannten „besten Jahren“ sind betroffen. Wenn Menschen doppelt bis dreifach so viel wie in der gesamten Bundesrepublik an Alkohol-

psychosen, Alkoholabhängigkeit oder Leberzirrhose erkranken, müssen die Alarmglocken einer Gesundheitsministerin anschlagen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wo ist denn eigentlich der Riemann hin?)

Die Gesundheitsministerkonferenz, deren Vorsitz ich in diesem Jahr führe und deren 73. Tagung im Juni in Schwerin unter Beteiligung von 14 Landesministerinnen und -ministern und Senatorinnen und der Bundesministerin stattfand, die GMK, nutze ich daher intensiv, um die vollständige Umsetzung des Aktionsplans Alkohol, zu dem sich die Konferenz 1997 in Saarbrücken einstimmig bekannte, einzufordern. Offen war und ist die Überprüfung der Preisgestaltung zum Zwecke der Konsumreduzierung und die Überprüfung produktgebundener Abgaben zum Zwecke der Prävention. Es ist meines Erachtens nicht einzusehen, dass die Alkoholindustrie durch gesellschaftlich nahezu ungebrochene Akzeptanz und eine unverzeihliche Verharmlosung von Alkohol gigantische Gewinne einfährt und die öffentlichen Kassen allein mit den millionenschweren Folgen von Alkoholmissbrauch zurechtkommen müssen.

Das strikte Einfordern dieses bisher nicht umgesetzten Punktes des Alkoholaktionsplanes durch den Antrag Mecklenburg-Vorpommerns an die Konferenz führte dazu, dass die Alkoholindustrie in hochrangiger Besetzung wieder an den Verhandlungstisch mit der Politik kam.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Am 22. Juni trafen in Berlin die Bundesgesundheitsministerin, die schleswig-holsteinische Sozialministerin und ich – wohlgemerkt drei Frauen – auf 25 Vertreter – wohlgemerkt Herren –

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:  
Na, die haben Sie doch geschafft.)

der Vereinigungen der Alkoholindustrie und der Werbewirtschaft. Es kam zu einer Vereinbarung,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und zwar zu der Vereinbarung, aktiv und konstruktiv zusammenzuarbeiten, um risikohaften Alkoholkonsum zu vermeiden und dazu gemeinsam Präventionsmaßnahmen zu erarbeiten, die insbesondere Kinder und Jugendliche erreichen sollen. Die GMK verständigte sich im Juni – also eine Woche danach – bei ihrer Tagung darauf, die endlich wiedergewonnene Verhandlungsbereitschaft nicht mit dem Beharren auf dem so genannten Alkoholpfennig zu belasten, forderte jedoch ein, das Zusammenwirken dahin gehend zu ergänzen, dass zur Umsetzung der Präventionsstrategien, ich zitiere, „auch gemeinsame Finanzanstrengungen erforderlich“ sind. Dieser Tage nimmt eine gemeinsame Arbeitsgruppe die Tätigkeit auf, um konkrete Maßnahmen zu verabreden beziehungsweise diese dann auch schnellstens umzusetzen.

Anders als beim Alkohol, wo immer noch die Balance zwischen Genuss und Missbrauch zu finden ist, ist Nikotin a priori Suchtmittel, von der ersten Zigarette an.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, oh, oh!)

Auch hier liegt Mecklenburg-Vorpommern sowohl bei den Erkrankungen als auch bei den Sterberaten über dem Bundesdurchschnitt. Lungenkrebs ist bei Männern die

häufigste Krebsart und die Anzahl der Erkrankungen ist im Land im Steigen begriffen.

(Dr. Manfred Reißmann, SPD:  
Auch bei Frauen! Auch bei Frauen!)

Ich gucke hier ganz bestimmte Leute an.

Auf Antrag Mecklenburg-Vorpommerns und Bremens verständigte sich die GMK darauf, von der Bundesregierung zeitnah einzufordern, dass die Zugänglichkeit von Tabakwaren aus Automaten deutlich eingeschränkt wird, dass überprüft wird, die Abgabe auf Tabakwaren zugunsten gesundheitsfördernder Maßnahmen zu erhöhen, und dass der rechtliche Nichtraucherschutz zu verbessern ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Beim Verzicht auf den Glimmstengel, meine ich, könnten ja eigentlich Politiker und Politikerinnen mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, PDS und Lutz Brauer, CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Und ich prophezeie: Es geht Ihnen besser danach, ich weiß, wovon ich rede. Ich habe vor zehn Jahren mich von einem Tag auf den anderen von 30 auf 0 gesetzt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Dr. Henning Klostermann, SPD – Volker Schlotmann, SPD: Ich in sechs Wochen, aber von 60 auf 0. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Weitermachen! Beispiel nehmen!

Die häufigste Krebsart bei Frauen ist der Brustkrebs. Bei den Sterberaten liegen wir in Mecklenburg-Vorpommern zum Glück nur bei rund drei Vierteln des Bundesdurchschnitts,

(Zuruf von Dr. Manfred Reißmann, SPD)

allerdings steigen die stationären Behandlungsfälle deutlich an. Um hier die Situation für die Zukunft zu verbessern, startet im Lande in Bälde ein Modellversuch zur Einführung einer qualitätsgesicherten Mammographie im Rahmen eines umfassenden Vor- und Nachsorgeprogramms. Dieses Modell ist nicht zu verwechseln mit dem von der Bundesregierung initiierten so genannten Mammographie-Screening-Modellprojekt. Diese Modellprojekte stellen faktisch eine Reihenuntersuchung aller 50- bis 70-Jährigen dar.

An unserem Programm, das in der Region Rostock vorgesehen ist, sollen alle Fachdisziplinen teilnehmen, die einen Beitrag für eine Verbesserung sowohl der Vorsorgeleistungen als auch der kurativen Maßnahmen einschließlich der psychischen Betreuung und gegebenenfalls der Nachsorge leisten können. Anspruch auf diese Maßnahme sollen Frauen allen Alters haben, wenn sie einen entsprechenden Verdacht haben oder sicherheitshalber einen solchen „nur“ ausschließen wollen. Es wird dabei vor allem darauf ankommen, Frauen zum sorgsamem Umgang mit ihrem Körper zu befähigen, zu animieren, die Vorsorge ernst zu nehmen, und eine qualitätsgesicherte Untersuchung und Betreuung auch anzubieten.

Der Gesundheitsbericht schließt ab mit der Mitgliederstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung im Land. Wir sehen die unterschiedliche Versichertenstruktur zwi-

schen den Kassen. Der 30. September als möglicher Termin des Kassenwechsels naht und zu befürchten ist, dass Wanderungen zu weiteren Verwerfungen in der Kassenlandschaft führen. Was als Wettbewerbsstimulator zwischen den Kassen gedacht war, hat längst zu einer ungerichten Belastungsverzerrung geführt. Wenn hier nicht schnellstens durch den Bundesgesetzgeber Abhilfe geschaffen wird, ist Schlimmes zu erwarten. Das Sozialministerium setzt sich daher energisch dafür ein, dass so schnell wie möglich Regelungen getroffen werden, dass sachwidrigen Wettbewerbsverzerrungen nachhaltig entgegengewirkt werden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zwischen den Kassen darf es keine Konkurrenz um gesunde und relativ finanzstarke Versicherte geben, wie das heute leider der Fall ist. Das ist falsch verstandener Wettbewerbsgedanke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber er ist so möglich.

Benachteiligt sind heute insbesondere die großen Krankenkassen wie die AOK, die Barmer Ersatzkasse und die DAK. Diese werden, wenn nicht schnell gehandelt wird, ihre Beitragssätze anheben müssen. Solidarität innerhalb der Versichertengemeinschaft beim Risikostrukturausgleich ist also das Gebot der Stunde.

(Harry Glawe, CDU: Da sagt Frau Fischer aber ganz was anderes.)

Vieles ist also im Gesundheitsbereich im Fluss.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Wirkungen von Politik widerspiegeln sich in Berichterstattungen sehr zeitverzögert. Wir können also auf die Berichterstattung der nächsten Jahre gespannt sein. – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Bunge.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. König von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

**Dr. Artur König, CDU:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Ministerin, Sie haben ja einen sehr ausführlichen Bericht gegeben, den Gesundheitsbericht 1998. Ich werde mich im Wesentlichen auf drei Schwerpunkte konzentrieren.

(Ministerin Dr. Martina Bunge:  
Ich habe viel getan.)

Ich denke, das sind sehr wesentliche Dinge, über die wir dann vielleicht gemeinsam ins Gespräch kommen können.

Seit dem Frühjahr diesen Jahres liegt der Gesundheitsbericht 1998 vor. Damit steht einer interessierten Öffentlichkeit ein Nachschlagewerk zur Verfügung, das über alle Teilaspekte eines tiefgegliederten Gesundheitswesens in Mecklenburg-Vorpommern, seine wichtigsten Zusammenhänge und aktuellen Problemlagen informiert. Insofern, Frau Ministerin, möchte ich ausdrücklich die von Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums vorgelegte, qualitativ anspruchsvolle und

auch aussagekräftige Gesundheitsberichterstattung hervorheben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Hier, Frau Ministerin, folgen Sie einer guten Tradition Ihrer Amtsvorgänger. Dankenswerterweise erstrecken sich Ihre Änderungswünsche nur auf die Farbe des Einbandes. So weit dazu.

Meine Damen und Herren, die Volksdroge Alkohol – und darauf wies die Ministerin ja schon hin – ist und bleibt ein besonderes Problem in unserem Bundesland. Über 10.500 Patienten wurden '98, so steht es in dem Bericht, mit der Diagnose Alkoholpsychose, Alkoholabhängigkeit oder Leberzirrhose aus den Krankenhäusern Mecklenburg-Vorpommerns entlassen. Besonders stark war dabei die Altersgruppe der 35- bis 45-jährigen Männer betroffen. Hier gibt es je 100.000 Einwohnern 1.421 Alkoholranke. Der Bundesdurchschnitt weist etwa die Hälfte aus.

Diese Zahlen sind erschreckend, aber sie sind nicht erst seit heute bekannt. Ich gehe einmal davon aus – und, ich denke, da braucht man kein Prophet zu sein –, ein wesentliches Absinken dieser Zahlen wird wohl auch in den kommenden Gesundheitsberichten für die Jahre 1999 und 2000 nicht zu konstatieren sein.

Frau Ministerin, ich glaube Ihnen, dass Ihnen das Problem Alkohol- und Drogenmissbrauch in unserem Land genauso unter den Nägeln brennt wie uns. Aber wenn ich im Gesundheitsbericht auf Seite 166 lese: „Im Regionalvergleich fällt auf, dass die Alkohol bedingte Sterblichkeit insbesondere in den Landkreisen Demmin, Mecklenburg-Strelitz, Nordvorpommern und Ostvorpommern, weit über dem Landesdurchschnitt liegt“, dann frage ich Sie, Frau Ministerin: Wie wollen Sie dort gegensteuern? Welche Konzepte und Handlungsansätze werden in Ihrem Hause erarbeitet? Und vor allen Dingen, wann werden sie auf den Weg gebracht? Nur zur Erinnerung, Frau Ministerin: In einem Monat ist die Hälfte der Legislaturperiode bereits abgelaufen.

Frau Ministerin, es ist zu wenig, es ist zu kurz gesprungen, wenn Sie dieser diffizilen Problematik nur dadurch beikommen wollen, indem Sie den Gesundheitsministern und -ministerinnen der Bundesländer im Juni vorgeschlagen haben, alkohol- und nikotinbedingte Kassenausgaben aus Steuern finanzieren zu wollen. Man kann über diesen Vorschlag diskutieren, es bleiben aber noch so viele Fragezeichen, dass dieser Vorschlag als Handlungsansatz zurzeit wohl völlig ungeeignet ist. Das Anschlagen der Alarmglocken, so, wie Sie es in Ihrer Einbringungsrede bezeichnet haben, Frau Ministerin, ist da einfach zu wenig.

Die Frage bleibt, was an dieser Stelle von Ihnen, Frau Ministerin, Substantielles getan wird. Wenn man dieses Problem, so, wie gestern in einem Zeitungsartikel aus dem Armutsbericht zu lesen war, als gesamtgesellschaftliches Problem begreift, unter dem Einfluss des Arbeitsmarktes und der Situation auf dem Arbeitsmarkt, kann diese Frage auf die gesamte Regierung ausgedehnt werden.

(Heike Lorenz, PDS: Ja, das stimmt.)

Herr Ministerpräsident, was tun Sie in diesem Feld? Was tun Sie speziell für die Menschen in den oben von mir angesprochenen Regionen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heike Lorenz, PDS: Wissen Sie auch, dass der Bericht zu '98 Stellung nimmt?)

Ich denke hier besonders an die ständig steigenden Zahlen von Langzeitarbeitslosen, an die schwerbehinderten Arbeitslosen und an die arbeitslosen Jugendlichen im Alter von 20 bis 25 Jahren,

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig, Herr König.)

deren Zahl im letzten Jahr um 15 Prozent gestiegen ist, und im gleichen Zuge an die ständige Reduzierung von ABM- und SAM-Stellen gerade in den von mir genannten Regionen Demmin, Nordvorpommern, Ostvorpommern und Mecklenburg-Strelitz.

Meine Damen und Herren, so viel dazu. Ein weiteres Thema möchte ich hier anreißen, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was ist eigentlich mit Uecker-Randow?)

Das kommt noch dazu.

... nämlich das der Arbeitsunfälle. Deren Zahl konnte laut Gesundheitsbericht von 1998 zu 1999 um 1.000 reduziert werden – ein durchaus positives Signal. Insgesamt gesehen ist die Zahl von 17.500 Arbeitsunfällen im Jahr 1999, davon etwa ein Drittel in der Baubranche, aber weiterhin viel zu hoch. Was unternehmen Sie dagegen, Frau Ministerin?

In einer Pressemitteilung Ihres Hauses vom 7. September 2000 appellieren Sie an die Unternehmer und an die Beschäftigten. Auch das ist notwendig, es reicht aber nicht aus. Ebenso repressive Maßnahmen, von denen Sie dort berichten, also Kontrollen – es wurden 8.400 durchgeführt –, bringen nur bedingt eine Besserung. Frau Ministerin, dann kündigen Sie verstärkte Anstrengungen bei der Durchführung von präventiven Maßnahmen an. Als Beispiel nennen Sie hier, „dass bei Bauvorhaben schon im Projektstadium verstärkt Kooperationen und Kontrollen zur Gewährleistung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes durchgeführt werden“ sollen. Sind das nur Worte und fromme Wünsche oder gibt es da konkrete Handlungsansätze? Haben Sie, Frau Dr. Bunge, mit Ihrem Kollegen aus dem Bau- und Arbeitsministerium, Herrn Holter, schon Kontakt aufgenommen? Wann ist mit ersten Ergebnissen zu rechnen?

Und einen letzten Bereich möchte ich hier ansprechen, weil er oft ein bisschen unter den Tisch fällt. Das ist der Bereich der Zahngesundheit. Auf die Zahngesundheit unserer Kinder muss einmal verstärkt hingewiesen werden. Wenn man liest, dass durch den Jugendzahnärztlichen Dienst der Gesundheitsämter 1998 lediglich 83,4 Prozent der Kinder an den Grundschulen erreicht werden konnten, stellt sich die Frage: Was passiert mit den anderen Kindern? Jedes sechste Kind im Grundschulalter ist nicht untersucht worden. Sogar in den Kindertagesstätten wurden lediglich zwei Drittel der Kinder erreicht. Das heißt, jedes dritte Kind in den Kindertagesstätten wurde durch den Jugendzahnärztlichen Dienst nicht erreicht und damit nicht untersucht. Auch ein Blick in den Rostocker Gesundheitsbericht vom vergangenen Jahr macht auf diese Problematik ausdrücklich aufmerksam. Dort heißt es: „Probleme gibt es mit der Absicherung der allgemeinen und zahnärztlichen Reihenuntersuchungen für Kinder und Jugendliche – hier gibt es nicht genügend Stellen.“ Frau Ministerin, hier besteht auch von Seiten der Landesregie-

Handlungsdruck. Hier sind Sie aufgerufen, zu agieren und zu handeln.

Meine Damen und Herren, die Gesundheitspolitik steht vor neuen Herausforderungen und neuen Anforderungen. Das ist unstrittig. Ich erinnere nur an die gegenwärtige öffentlich geführte Diskussion über das umstrittene Gesetzesvorhaben der Gesundheitsreform 2000. Jede Woche kann man dazu in den Medien neue Korrekturen, neue Ansätze, neue Überlegungen lesen und hören.

Über die Auswirkungen dieser vom Grundsatz her verfehlten Gesundheitspolitik werden die Gesundheitsberichte für die kommenden Jahre wohl deutliches und drastisches Datenmaterial liefern. Schlimm ist es, dass es erst so weit kommen muss, ehe wohl auch die Landesregierung begreift, dass die gegenwärtige Gesundheitspolitik ein Irrweg ist.

(Heike Lorenz, PDS: Das ist der Bericht von '98. Noch mall!)

Meine Damen und Herren, eine sozial verantwortungsbewusste Gesundheitspolitik – und darauf wies ja die Ministerin auch schon hin –, die modernen Anforderungen gerecht werden will, benötigt als Entscheidungshilfen zweifellos fundiertes Zahlen- und Datenmaterial.

(Heike Lorenz, PDS: Richtig.)

Das liefert der vorliegende Gesundheitsbericht aus dem Jahre 1998, ohne Zweifel. So ein Bericht darf aber nicht als Selbstzweck hingenommen werden und darf vor allen Dingen kein Selbstzweck sein – diesem Eindruck kann man erliegen, wenn man gelegentlich die vielen Berichtsanträge der Koalitionsfraktionen sieht –, sondern er soll ja eigentlich Handlungsgrundlage für die Entscheidungsfindung der Regierung sein. Nur, das setzt voraus, dass die Landesregierung Entscheidungen trifft. Und in diesem Bereich sieht's doch mächtig trübe und dunkel aus.

(Heike Lorenz, PDS: Das stimmt aber nun nicht.)

Die Ministerin sprach hier auch von einem Steuerungsinstrument. Frau Ministerin, nutzen Sie den Bericht als Steuerungsinstrument! Ergreifen Sie die Handlungsinitiative!

(Heike Lorenz, PDS: Warum haben Sie eigentlich unseren Antrag für qualifizierte Datenerhebung abgelehnt?)

Ohne das Ziel, etwas bewegen zu wollen – in der Gesundheitspolitik als auch auf anderen Politikfeldern –, verkommt die schönste Gesundheitsberichterstattung rasch zu einer ungenutzten Medizinalstatistik und damit zu einem „Datenfriedhof“.

(Heike Lorenz, PDS: Das stimmt.)

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie, Frau Ministerin, und auch die Koalitionsfraktionen noch einmal an den bereits von mir zitierten Satz von Karl Marx erinnern: „Ein Schritt realer Bewegung ist besser als hundert Berichte.“ – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Er hat Parteiprogramme gesagt.)

Ja, das mögen Sie ja besser wissen als ich.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wenn Sie schon Karl Marx zitieren, dann richtig.)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Kollege.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann von der SPD-Fraktion.

**Dr. Manfred Reißmann, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Ministerin auf grundsätzliche Dinge der Gesundheitsberichterstattung mit Recht eingegangen ist, kann ich mich auf einige spezielle Aspekte beschränken, jedoch nicht, ohne für den ausführlichen und guten Bericht denen zu danken, die ihn erstellt haben, und nicht, ohne den Appell an dieser Stelle an Sie zu richten, ihn nicht in irgendeiner Form als Friedhof von Daten zu betrachten, sondern dass jeder, der irgendeinen Bezug zur Verantwortung für seine eigene Gesundheit herstellen möchte, hier ein Datenmaterial zur Verfügung hat, das man nicht hoch genug einschätzen kann und das natürlich für die nächsten Jahre erkennen lassen muss, wo man hier Einfluss genommen hat. Und da stehen wir eigentlich nicht am Anfang, aber in einer hohen Verantwortung.

Ich möchte mich zunächst einmal auf den Aspekt der Vorsorge beziehen. Bei Krebserkrankungen gibt es die Möglichkeit der Früherkennung für Frauen ab dem 20. Lebensjahr für Erkrankungen der Genitalorgane, ab dem 30. Lebensjahr für die Brust, ab dem 45. Lebensjahr für Dickdarm und Enddarm. In unserem Bundesland haben 351.068 Frauen von diesen Früherkennungs- oder Vorsorgemaßnahmen Gebrauch gemacht. Insgesamt kann man sagen, dass in den einzelnen Städten und Kommunen zwischen zwei Drittel und drei Viertel in den größeren Städten und zwischen der Hälfte und einem Drittel in den Landkreisen diese Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch genommen haben. Das ist ein ordentlicher Wert.

Demgegenüber sind nur 45.861 Männer, die die Vorsorgeuntersuchungen ab dem 45. Lebensjahr für Dickdarm- und Prostata-Untersuchungen in Anspruch genommen haben, ein Armutszeugnis. Die Männer gehen schlampig mit ihrer Gesundheit um. Ich sage das hier an dieser Stelle so deutlich und ausdrücklich. In Neubrandenburg und Rostock ist es jeder dritte Mann, der diese Untersuchung in Anspruch genommen hat, in Schwerin und Stralsund jeder vierte, in Greifswald und Wismar jeder fünfte und in einigen Landkreisen jeder zwanzigste Mann. Das ist eine Schande, die nur dadurch relativiert werden kann, dass einige aus den Landkreisen in der Nähe größerer Städte wohnen und dadurch unter Umständen Informationen über die durchgeführten Untersuchungen nicht ganz exakt zuzuordnen sind.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem schlampigen Umgang mit seiner Gesundheit? Die einfachste und auch aus dem Gesundheitsbericht ablesbare Konsequenz ist die, dass die Sterbefälle an Krebs insgesamt zwar gleich geblieben sind, Frauen etwa in gleicher Anzahl an Krebserkrankungen wie in den anderen Bundesländern versterben, dass jedoch der Anteil der Männer unter 65 Jahren, die an Krebs versterben, mehr als 20 Prozent höher liegt. Das heißt, sie kommen zu spät zur Behandlung. Die Behandlung ist optimal, die Nachsorge ist optimal, ob das Bestrahlung, Operation oder Medikamente sind, aber ein zu spätes Aufsuchen der ärztlichen Behandlung führt zu Todesfällen, die vermeidbar wären. Früherkennung, Gesundheitscheck, Gesundheitsbewusstsein für die ganz normale gesundheitliche Situation – jeder hat innerhalb von zwei Jahren das Recht, eine solche Untersuchung in

Anspruch zu nehmen: Blutdruckmessung, Blutfettwerte-, Blutzuckerbestimmung, Urinuntersuchung. Erkrankungen, die hier im Vorfeld erkannt werden können, sparen Kosten und führen zu einer besseren Gesundheit der Bürger in unserem Land.

Konsequenzen, wenn diese Möglichkeit nicht ausgenutzt wird? Nur jeder Fünfte nutzt diese Möglichkeit im Bundesland, einmal in zwei Jahren eine Vorsorgeuntersuchung vornehmen zu lassen. Konsequenzen? Ganz einfach, auch wieder an den Todesursachen abzulesen: Bei 40 Prozent der Männer und 55 Prozent der Frauen sind die Todesursache Herzkreislauferkrankungen. Diese Todesursache liegt in unserem Bundesland 20 Prozent über dem Durchschnitt der Bundesländer. Das ist ein weiterer Hinweis darauf, dass diese Konsequenz die falsche ist, die Konsequenz, einfach hinzunehmen, dass diese Relation so ungünstig ist, und dass auch ein Handeln, es in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen, seitens unseres Ministeriums, seitens aller, die in der Gesundheitspolitik Verantwortung tragen, notwendig ist.

Auf das Problem Alkohol ist hier von Herrn König und auch von der Ministerin eingegangen worden. Ich erwähne nur noch einmal der Vollständigkeit halber, es ist mit ausgeführt worden: Die dreifache Menge an Sterbefällen bei Männern im Vergleich zur Bundesrepublik – das Dreifache an Todesfällen! – ist alkoholbedingt. Dabei spielen natürlich auch die Unfälle eine Rolle, aber im Wesentlichen ist diese dreifach höhere Rate durch Erkrankungen, an denen die Menschen sterben, bedingt. Bei den Frauen ist es das Zweifache. Das ist etwas Neues im Vergleich zu der bekannten Alkoholsituation in Mecklenburg-Vorpommern vor 1989. Da war das Verhältnis etwa eins zu vier, also vier Männer, eine Frau, wo die Todesursache durch Alkohol ausgelöst wurde.

Lassen Sie mich noch etwas zu einem anderen Bereich sagen. Aus dem Gesundheitsbericht geht hervor, dass gerontopsychiatrische Erkrankungen in unserem Bundesland weniger zu Krankenhausaufenthalten geführt haben. Das mag dazu verleiten zu sagen, die ambulante Betreuung durch engagierte Organisationen in der Gemeindepsychiatrie ist gut.

Ich möchte aber an dem heutigen Tag, heute ist der Weltzheimerstag, auf eine Situation hinweisen. Die bisherigen Regelungen der Pflegeversicherung und Krankenversicherung berücksichtigen nicht in dem nötigen Maße den Pflegeaufwand, den Alzheimer-Patienten benötigen. Es ist also wichtig, diesen Aspekt in den Mittelpunkt des Interesses und der Aktivitäten für die nächsten Jahre zu stellen. Das ist ein Aspekt, der natürlich auch in einem qualifizierten Gesundheitsbericht in den nächsten Jahren stärker beachtet werden sollte.

Nun noch ein Wort zu den Jüngsten in der Gesellschaft, drei Aspekte Kinder betreffend: Impfungen sind seit 1990, in der Durchimpfungsrate der Bevölkerung erkennbar ausgewiesen, von Werten um 99 Prozent inzwischen in einzelnen Bereichen auf Werte um 90, 92 Prozent gesunken. Meine Damen und Herren, wenn man einen sicheren Impfschutz gegen bestimmte Erkrankungen haben will, braucht man eine Durchimpfungsrate, die in etwa bei 95 Prozent liegt.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Und ein anderer Aspekt dazu: Kinder überstehen Erkrankungen, gegen die heute geimpft werden kann, zumeist doch noch relativ glimpflich. Je älter jemand ist,

der eine solche Infektionskrankheit – als Kinderkrankheit deklariert – erleidet, desto häufiger sind die Komplikationen und desto häufiger muss man auch mit Todesfällen rechnen. Wenn wir nachlässig mit der Möglichkeit umgehen, durch die Impfung einen sicheren Schutz gegen Erkrankungen zu erreichen, dann müssen wir damit rechnen, dass in absehbarer Zeit bei uns auch wieder Todesfälle aufgrund von Masern oder anderen Erkrankungen wie Diphtherie vorkommen können. Kein nachlässiger Umgang mit diesem Thema ist dabei gefragt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD – Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Nächster Aspekt, den ich hier noch anführen muss: Es taucht ganz verschämt im Gesundheitsbericht das Problem Übergewichtigkeit der Kinder bei den Einschulungsuntersuchungen auf. Wir haben uns so langsam von einer Rate von 3, 3,5 auf eine Rate von 4, 4,8, nahe 5 Prozent bei den einzuschulenden Kindern, die zu dick sind, hochgearbeitet.

Ich nenne einmal Beispiele aus den Vereinigten Staaten. Hier ist im Laufe der Jahre 1965 bis 1995, ausgehend von Werten um 4 bis 5 Prozent, eine Verdreifachung bei den Mädchen und eine Vervierfachung bei den Jungen zu verzeichnen gewesen. 1991 hatten in den USA nur vier Bundesstaaten eine Rate von Übergewichtigen von über 14 Prozent in der Gesamtbevölkerung. 1998 sind es inzwischen 37 der US-amerikanischen Bundesstaaten mit einem Anteil von Übergewichtigen von mehr als 14 Prozent. Das ist eine Entwicklung, die sich in 30 Jahren abgespielt hat und die uns deutlich macht, wenn wir diesen Aspekt heute nicht beachten, dann müssen wir wie in den USA schon bei Jugendlichen in stärkerem Maße mit Herzkreislauferkrankungen rechnen und mit der Todesursache Herzkreislauferkrankungen. Die von der Fettleibigkeit abhängigen Erkrankungen wie Diabetes und Schlaganfall werden bei uns bei den Krankheitsursachen und Todesursachen nicht von der Spitzenposition verschwinden, wenn wir diesem Aspekt nicht volle Aufmerksamkeit schenken.

Ein letzter Aspekt noch: In den vergangenen Jahren ist von Pädiatern, von Kinderärzten, immer wieder gesagt worden, eigentlich dürften wir eine Vielzahl der Medikamente bei Kindern überhaupt nicht anwenden, weil bei Kindern keine Untersuchungen über die Wirksamkeit, exakte Untersuchungen über die Nebenwirkungen existieren. Die Anzahl dieser Medikamente, die bei Kindern angewendet werden, liegt bei 80 Prozent. Das ist ein höchst wichtiger Aspekt, dass genau diese Reaktionsweisen der Kinder auf Medikamente genauer untersucht werden müssen, denn es ist vorstellbar, dass eine Krankenkasse daher kommt und sagt, Medikamente bei diesem Patienten bitte schön nur, wenn eine Sicherheit in der Anwendung irgendwo nachgewiesen ist. Der Arzt kann nur sagen, meine Erfahrung und mein Gewissen, nötige Medikamente anzusetzen, rechtfertigen die Behandlung bei Kindern mit den nicht bei Kindern getesteten Medikamenten.

Es ist also von dieser Stelle aus ein Appell, auch in der Gesundheitsberichterstattung darauf abzuheben, dass in unserem Land eine kritische Analyse für die Anwendbarkeit von Medikamenten bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen eingefordert wird,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

dass also speziell die Kinder und auch die Frauen, darauf wird Frau Staszak nachher noch eingehen, andere Bedingungen bei den Medikamenten haben. Diejenigen, die Medikamente herstellen, und diejenigen, die in politischer Verantwortung sind, haben die Pflicht, auf diese Belange hinzuweisen und auf ein Abstellen dieser noch unklaren Situation einzuwirken.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Aufmerksamkeit und noch einmal bei denen, die den Bericht erstellt haben, jedoch nicht ohne den ernsten Hinweis, dass manches in der Verantwortung unseres Ministeriums noch nicht mit der nötigen Konsequenz bedacht worden ist und wir für die nächsten Jahre einen größeren Aktionsradius bei den Aspekten, die mit guten Zahlen unterlegt sind, die bei uns im Lande deutlich sind, in der Arbeit, aufgrund der Verantwortung für die Gesundheit der Patienten, hier im Landtag und im Ministerium gemeinsam wahrzunehmen haben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Dr. Reißmann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion.

**Torsten Koplín, PDS:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gesundheit einer Gesellschaft ist Teil der sozialen Kultur des Gemeinwesens. Individuelles und soziales Wohl sind auf das Innigste miteinander verwoben. Ein Bericht über die Gesundheit in unserem Land ist deshalb nicht nur ein Spiegelbild individueller Gesundheitszustände, sondern auch der Kultur des Zusammenlebens der Menschen untereinander.

Erstmals beschäftigt sich der Landtag in einer Parlamentsdebatte mit dem Gesundheitsbericht unseres Landes. In dem elf Kapitel umfassenden Gesundheitsbericht des Jahres 1998 finden sich eine Fülle an Daten und Fakten, die erwähnenswert sind, wieder. Und es wäre ja zu vermuten, dass aus ihm hervorgehen würde, wie gesund die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind. Dem interessierten Leser wird jedoch schnell klar, dass es sich bei all dem Berichteten um Krankheiten handelt. Und es drängt sich die Frage auf, worin die Ursachen für all diese Krankheiten bestehen. Ursachen können in Veranlagung, in Umwelteinflüssen, aber auch in den gesellschaftlichen Verhältnissen liegen. Robert Koch sagte bei seinem Nobelpreisvortrag: „Das Bakterium ist nichts, der Wirt ist alles.“ Ihm war klar, dass im Wechselverhältnis zwischen bakteriellem Angriff und individueller Lage eines Menschen Krankheit entsteht oder Gesundheit verteidigt wird.

In Ansehung dieser Tatsache ist der Gesundheitszustand von sozial Benachteiligten von erstrangiger Bedeutung. Also steht insbesondere die Frage nach dem Wohlergehen und der Gesundheit der Kinder und jungen Erwachsenen, der Menschen ohne Obdach, der Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen und weiterer. Eine solche Betrachtung entspringt nicht allein rechtsstaatlicher Gründe wie dem im Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes fixierten Persönlichkeitsrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Vor allem entspringt diese Betrachtung dem Wissen darum, dass die Kultur des Helfens und Heilens stets mit den Verhältnissen einer Gesellschaft verknüpft ist, in der die Menschen leben.

Aus diesem Grund möchten wir seitens der PDS-Fraktion vier Aspekte herausgreifen, die sich aus der Beschäftigung mit dem Gesundheitsbericht, für den wir auch recht herzlich danken, ergeben:

1. den Zusammenhang von Armut und Krankheit in Bezug auf Kinder
2. die Gesundheitssituation von Wohnungslosen
3. die Risikoversorge am Beispiel von Diabeteserkrankungen
4. die Krankheitsfrüherkennung

Sehr geehrte Damen und Herren, in der kommenden Woche wird sich die Landesarmutskonferenz mit dem Thema „Armut und Gesundheit“ beschäftigen. Unweigerlich werden sich die Konferenzteilnehmer auch mit Zahlen und Fakten aus dem aktuellen Gesundheitsbericht auseinandersetzen. Bestandteil des Berichts ist unter anderem statistisches Material zu den Sozialhilfeempfängern. In aller üblichen Sachlichkeit und Nüchternheit heißt es dort, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger 1998 drastisch angestiegen ist, und, wörtlich, „Kinder sind besonders betroffen“.

Um Armut zu bestimmen, gibt es unterschiedliche Definitionsansätze. So sagen die einen, dass Armut gegeben ist, wenn die Kriterien zum Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt erfüllt sind. Andere wiederum sprechen dann von Armut, wenn weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Nettoeinkommens zur Verfügung stehen. Für weitere ist die Armut nach dem Lebenslagenkonzept definiert, das heißt, wenn sie sich in mindestens zwei von vier zentralen Lebensbereichen wie Einkommen, Arbeit, Ausbildung und Wohnen wiederfindet. Egal, welcher Definition man zustimmen will, Armut ist immer der größte Risikofaktor für Krankheit. Arme Menschen haben generell ein höheres Risiko zu erkranken und weniger Möglichkeiten, Potentiale und Bedingungen, um Belastungen durch Krankheit, Gewalt und Unfälle zu bewältigen.

Es bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft, dass sich dieses Risiko für Kinder und Heranwachsende wesentlich nachhaltiger auswirkt. Kinder und Jugendliche befinden sich in einer sensiblen Lebensphase der Identitätsfindung und Lebensorientierung. Wenn diese Phase durch eine familiäre Situation geprägt ist, die von Sorgen und Zukunftsängsten der Eltern bestimmt wird, wirkt sich das unweigerlich auf die Gesundheit der Menschen aus. Je nach Dauer dieser prägenden Situation kann sich der ausgelöste Stress bei Kindern mit Symptomen wie Nervosität, Verunsicherung und Ängstlichkeit sowie Ess- und Schlafstörungen niederschlagen.

Armut ist häufig mit Fehlernährung und gesundheitlichen Belastungen verbunden und erhöht das Risiko, chronisch zu erkranken. Das heißt, diese Kinder haben in erheblich höherem Umfang gesundheitliche Beeinträchtigungen und in Bezug auf ihre Gesundheit eine ungünstigere Prognose.

Die Beeinträchtigung des Wohlbefindens und des Selbstvertrauens ist eine emotionale Belastung. Diese drückt sich in einem veränderten Umgang mit Problemen aus. Sie schlägt sich in Gefühlen wie Hilflosigkeit, Ängstlichkeit und depressiven Neigungen nieder. Andererseits zeigt sie sich auch in aggressiven Reaktionen und erhöhter Bereitschaft zu Normverstößen.

Armut wird hierzulande meist nicht als äußeres Elend sichtbar. Dafür verliert sie für die Betroffenen jedoch keineswegs an Brisanz. Für Kinder ist sie darüber hinaus um so stärker erlebbar. Ihre Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten werden stark beschränkt. Ihre Lebenssituation wirkt auf ihre weitere Entwicklung ein.

Deshalb sollte die sachliche Feststellung im Gesundheitsbericht, dass Kinder besonders stark von Sozialhilfe betroffen sind, uns gerade in Bezug auf ihre körperliche und psychische Unversehrtheit zutiefst berühren. Aus dem Bericht ergeben sich sowohl gesellschaftliche Erfordernisse wie Forderungen an die Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche.

Was den gesellschaftspolitischen Bereich betrifft, ist deshalb aus unserer Sicht die Initiative der Sozialministerin für existenzsicherndes Kindergeld durchaus zu begrüßen.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Man mag über die Höhe des Betrages auch unterschiedlicher Meinung sein, entscheidend ist das Ziel der Verringerung der Einkommensarmut.

In Bezug auf die Forderungen an die Gesundheitsversorgung sei die Stärkung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen genannt. Wie das funktionieren kann, zeigt ein Projekt des Jugendamtes meiner Heimatstadt Neubrandenburg mit 55 Kindern zur speziellen Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern in Kitas. Hier arbeiten speziell ausgebildete Erzieherinnen für verhaltensauffällige Kinder mit den betroffenen Eltern daran, die Förderung ihres Kindes optimal zu gestalten. Sie werden dabei von einer Psychologin des Gesundheitsamtes und Mitarbeitern der Kommunalen Beratungsstelle und des Jugendamtes unterstützt. Ein wichtiger Vorteil besteht darin, dass das Kind während dieser Zeit seine Gruppe nicht verlassen muss, sondern im gewohnten Umfeld verbleiben kann und trotzdem eine individuelle Hilfe erfährt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wie festgestellt Armut ein Risikofaktor für die Gesundheit des Menschen darstellt, dann betrifft dies auch in besonderem Maße die Situation von Wohnungslosen. Während ich zur Situation von Kindern und Jugendlichen auf eine Quelle im Gesundheitsbericht verweisen konnte, so kann ich dies in Bezug auf Wohnungslose nicht tun. Auch in dieser Frage hat die Landesarmutskonferenz die Öffentlichkeit sensibilisiert. Bedauerlicherweise sind bundesweit die Gesundheitsberichte so strukturiert, dass die gesundheitliche Situation von Wohnungslosen keine Erwähnung findet.

Detaillierte medizinische Untersuchungen zum Gesundheitszustand von wohnungslosen Menschen wurden in der Bundesrepublik bisher kaum durchgeführt. Dies scheint kennzeichnend für die Bedeutungsbeimessung der gesundheitlichen Situation dieser Personengruppe in unserer Gesellschaft innerhalb der Medizin zu sein. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass die Landesregierung in ihrer Unterrichtung über die Vermeidung und Behebung von Wohnungslosigkeit einen Exkurs über die medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eingearbeitet hat. Ich werte diesen Umstand nicht als Nebensächlichkeit. Schließlich macht er deutlich, dass unsere Landesregierung auch im bundespolitischen Maßstab einen neuen Weg beschreitet, indem sie sich diesem Thema zuwendet.

Die Gesundheitssituation wohnungsloser Menschen kann als exemplarisch für den Komplex Armut und Gesundheit betrachtet werden. Wohnungslose nehmen vergleichsweise seltener medizinische Vorsorgeeinrichtungen und -untersuchungen sowie gesundheitsfördernde Maßnahmen beziehungsweise generell medizinische Hilfe in Anspruch. Als Grund dafür wird oftmals auf die große Hemmschwelle, in eine Praxis zu gehen, verwiesen, die mit der Angst vor Abweisung verbunden ist. Aber auch eine Wertschätzung der eigenen Person zeigt sich in diesem fehlenden Gesundheitsbewusstsein. „Für wen bin ich denn noch wichtig?“ ist die Frage, die jüngst ein Betroffener stellte. Wohnungslose leben direkt auf der Straße oder in entsprechenden Unterkünften, aber fast immer in der Öffentlichkeit. Sie verfügen über keinerlei Privatsphäre, keine Rückzugsmöglichkeit. Deshalb sind psychiatrische Erkrankungen und der Alkoholkonsum hier auffällig häufig anzutreffen.

Neben der Tatsache, dass zukünftig die Gesundheitssituation von Wohnungslosen mehr in den Blickwinkel geraten muss,

(Harry Glawe, CDU: Wie viel haben wir denn im Land, Herr Koplin?)

sollten interdisziplinäre Handlungskonzepte mit niedrigschwelligem Angeboten sowie aufsuchende ambulante Hilfen ...

(Harry Glawe, CDU: Wie viel Wohnungslose haben wir denn in Mecklenburg-Vorpommern?)

Habe ich das jetzt richtig verstanden, wie viele wir haben?

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Über 6.000.

(Harry Glawe, CDU: Und die können nicht zum Arzt gehen und werden abgewiesen?)

Schauen Sie mal in die Unterrichtung, die ist jetzt im Juni/July gekommen!

(Harry Glawe, CDU: Die können zum Sozialamt gehen und sich einen Schein holen und ...)

Es gibt Angst. Ich habe über Ängste gesprochen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Seien Sie so nett und hören Sie mir zu! Es stört mich schon ein wenig, wenn Sie die ganze Zeit brubbeln.

(Harry Glawe, CDU: Das müsste Ihnen doch bekannt sein, wenn Sie so was erzählen hier.)

Vielleicht haben Sie noch die Gelegenheit zu sprechen.

Neben der Tatsache, dass zukünftig die Gesundheitssituation von Wohnungslosen mehr in den Blickwinkel geraten muss, sollten interdisziplinäre Handlungskonzepte mit niedrigschwelligem Angeboten sowie aufsuchende ambulante Hilfen mehr als bisher verfolgt werden. Somit würden sowohl die Sozialämter und Mitarbeiter von Obdachlosenunterkünften als auch die Gesundheitsämter und Wohnungsloseninitiativen gemeinsam handelnd den Betroffenen zur Seite stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die bisher angesprochenen Aspekte aus dem Gesundheitsbericht sind eher der Nachsorge zuzuordnen. Die Verhältnisse, die dazu führen, dass Gesundheit verteidigt wird und Krankheiten nicht erst entstehen, lassen sich aber nur durch Prävention herbeiführen.

(Beifall Heike Lorenz, PDS: Sehr richtig.)

Nicht von ungefähr sagt der Volksmund, dass Vorbeugen besser sei als Heilen. Nach diesem Motto verfahren AOK und Kassenärztliche Vereinigung mit ihrer optimierten Therapie von Diabetes mellitus. Dem Gesundheitsbericht sind die 40 häufigsten Entlassungsdiagnosen aus den Krankenhäusern Mecklenburg-Vorpommerns zu entnehmen. Mit 7.738 Diagnosen im Jahr '98 ist Diabetes dabei die dritthäufigste Diagnose. Eine Vereinbarung zwischen der AOK und der Kassenärztlichen Vereinigung soll zur Verbesserung der Lebensqualität von Diabetikern in Mecklenburg-Vorpommern führen. Etwa 85.000 Menschen unseres Landes leiden derzeit an Diabetes mellitus, der so genannten Zuckerkrankheit. Die zunächst symptomarme Krankheit bedroht Betroffene mit schlimmen Spätfolgen wie Fußamputationen, Erblindung, Herzinfarkt, Schlaganfall oder Dialysebehandlung.

Dahinter verbergen sich nicht nur menschliches Leid, sondern auch aufwendige Therapien. Experten haben an Studien nachgewiesen, dass eine konsequente Risikovor-sorge und eine wirksame Therapie diese Spätfolgen der Krankheit entscheidend reduzieren und eine hohe Lebensqualität der Betroffenen erhalten können. Durch das Zusammenwirken der AOK, der behandelnden Praxis, der diabetologischen Schwerpunktpraxis und die Mitwirkung des Diabetikers selbst wird die Verbesserung der Lebensqualität angestrebt. Im Kern geht es um Ernährungsprogramme, die für den jeweiligen Diabetiker sozusagen maßgeschneidert sind, um das Aufzeigen von Bewegungsmöglichkeiten und anderes mehr.

(Harry Glawe, CDU: Die Praxis sieht ein bisschen anders aus.)

Die AOK verfolgt mit ihren Partnern das ehrgeizige Ziel,

(Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja. Jaja.)

meine Herren, bis zum Jahresende alle Hausärzte, Internisten, Augenärzte und Gynäkologen in dieses Modellprojekt aufzunehmen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Im November sollen zum Thema der Risikovor-sorge bei Diabetes Gesundheitstreffs in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg initiiert werden. Das Wertvolle an diesem Projekt – auch wenn Sie den Kopf schütteln, Herr Rehberg, AOK scheint so ein Reizwort zu sein –

(Harry Glawe, CDU: Nein, aber die Taten müssen dann auch diesen Wünschen folgen.)

ist die klare Orientierung der medizinischen Leistung an Qualitätskriterien.

Sehr geehrte Damen und Herren, der eben beschriebene Präventionsgedanke liegt auch der Krankheitsfrüherkennung bei Kindern zugrunde. Die Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen dienen dem Ziel, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Krankheiten festzustellen, die die normale körperliche und geistige Entwicklung des Kindes gefährden würden. Bei der Inanspruchnahme der Untersuchungen kommt es sehr auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten der Eltern an. Die auch als U1 bis U9 bezeichneten Untersuchungen reflektieren die Lebensverhältnisse und beeinflussen sie zugleich. Genau darin liegt die unschätzbare Bedeutung dieser Untersuchungen.

Dem Gesundheitsbericht ist zu entnehmen, dass die ersten Untersuchungen außerhalb des Krankenhauses, also die U3 und U4, noch recht gut, die folgenden Untersuchungen schon weniger wahrgenommen werden. Bei der U5, hier geht es insbesondere um die Untersuchung des Hörsinns, fehlen bereits 10 Prozent der Kinder. Bei der U7, wo vor allem die Sehfähigkeiten getestet werden, wurden gar 20 Prozent weniger Kinder vorgestellt.

Die Konsequenz aus diesen verpassten Möglichkeiten, Fehlentwicklungen frühzeitig zu diagnostizieren, zeigt sich dann dramatisch an anderer Stelle. So ist allein im Landkreis Mecklenburg-Strelitz die Anzahl der Hörstörungen bei Kindern von 3,8 Prozent in '97 auf 4,8 Prozent in '98 gestiegen. Im gleichen Landkreis stieg die Häufigkeit von Sprachstörungen von 5,6 Prozent in '97 auf 10,2 Prozent in '98. Man möge sich das einmal vorstellen! Jedes zwanzigste Kind hat Hörstörungen, jedes neunte Kind Sprachstörungen. Experten vermuten, dass die Sprachstörungen vor allem darauf zurückzuführen sind, dass Eltern sich mit den betroffenen Kindern kaum unterhalten. Kinder, die übermäßig viel Zeit vor Bildschirmen verbringen, entwickeln logischerweise nicht eine angemessene Sprachfähigkeit.

Es stellt sich also die Frage: Wie kann zur vermehrten Inanspruchnahme der Krankheitsfrüherkennung motiviert werden? Einzelne Krankenkassen verschicken diesbezüglich automatisch Erinnerungsbriefe. Dennoch entwickelt die genannte Zahl der Eltern nicht das erforderliche Gesundheitsbewusstsein für ihre eigenen Kinder. Amtsärzte sagten mir, dass es oftmals eben diese Kinder sind, deren Vorstellung notwendig wäre, um Verhaltensauffälligkeiten beziehungsweise Entwicklungsrückstände zu erkennen und zu vermeiden. Ich war fast versucht, eine Art Begrüßungsgeld für die Inanspruchnahme der Frühdiagnostik anzulegen. Zu Recht haben meine Mitstreiterinnen im Arbeitskreis Gesundheit der PDS-Fraktion aber darauf hingewiesen, dass es moralisch gesehen ein Armutszeugnis wäre, wenn solche Mittel notwendig wären, um Eltern dazu zu bewegen, die Verantwortung für ihre Kinder wahrzunehmen. Insofern sprechen wir uns aber für eine Frühdiagnostik und -förderung von gefährdeten Kindern, notfalls auch unabhängig vom elterlichen Willen, aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen, dass eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren des Gesundheitswesens und somit für die soziale Kultur des Zusammenlebens die Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Eine EMNID-Umfrage aus dem Juni diesen Jahres hat ergeben, dass bundesweit 84 Prozent der Versicherten es für richtig halten, dass in der gesetzlichen Krankenversicherung Junge für Alte und Gesunde für Kranke einstehen.

(Präsident Hinrich Kuessner übernimmt den Vorsitz.)

Interessanterweise – und da würde ich gern auch die Aufmerksamkeit von Herrn Glawe und Herrn Rehberg erheischen –, interessanterweise waren sich die Befragten auch über Parteigrenzen hinweg in dieser Frage einig. 87 Prozent der erklärten CDU-Wähler, 88 Prozent der erklärten SPD-Wähler und 86 Prozent der PDS-Wähler sprachen sich in dieser Umfrage für das Solidarprinzip aus.

(Harry Glawe, CDU: Das ist überraschend. Das ist überraschend.)

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, wie sehr der Mensch doch ein soziales Wesen ist. Eine Solidarität nur unter Kranken ist ebenso wenig machbar wie eine Solidarität nur unter Gesunden, denn ein Gesundheitswesen, das nicht auf dem Solidargedanken beruht, kann selbst nicht gesund sein. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Staszak von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Staszak.

**Karla Staszak, SPD:** Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gesundheitsorganisation definiert die Gesundheit als ein Grundrecht des Menschen. Gesund sein bedeutet nicht nur, nicht krank zu sein, sondern gesund sein bedeutet auch geistiges und seelisches Wohlbefinden. Die Sozialministerin hat Ähnliches gesagt in Bezug auf die Lebensqualität von Menschen. Wenn der Mensch sich wohl fühlt, ist dies eng mit der jeweiligen Lebenswelt, mit seinen Lebensumständen verbunden.

Dabei wird erst in den letzten Jahren erkannt, dass Frauen anders gesund beziehungsweise krank sind als Männer. Frauen sind erst seit wenigen Jahren im Fokus der Gesundheitsforschung. Krankheitsbezogene Studien, die Antworten zu Ursachen, Diagnosen und Therapien und dem Verlauf von Krankheiten geben, orientieren sich fast noch immer am Gesundheitsempfinden der Männer.

Gesundheitsempfinden von Frauen, ihre Krankheitsbilder und ihre Lebenssituation bleiben unbeachtet, denn geschlechtsspezifische Einflussfaktoren auf die Gesundheit sind bislang weitgehend unerforscht. So gilt zum Beispiel das Herzinfarktrisiko noch immer als eine Männerkrankheit und wird bei Frauen deshalb sehr häufig nicht erkannt. Das führt dazu, dass zum Beispiel in den USA Herzinfarkte bei Männern nur zu 31 Prozent tödlich verlaufen, bei Frauen aber zu 39 Prozent. Die Zahlen kann ich alle belegen.

Aber auch Arzneimittel müssen auf ihre unterschiedliche Wirkung bei Frauen und Männern untersucht werden. Derzeit werden die meisten Medikamente an männlichen Probanden getestet und dann auch für Frauen angewandt. So sind zum Beispiel Herzmedikamente nur an 85 Kilo schweren Männern erprobt worden. Nebenwirkungen und Risiken sind nicht geschlechtsspezifisch festgestellt. Dabei wird auch völlig außer Acht gelassen, dass der weibliche Stoffwechsel aufgrund des weiblichen Hormonhaushaltes anders arbeitet als der männliche. So macht sich in den letzten Jahren auch die Erkenntnis breit, dass Medikamente, die für männliche Krankheitsbilder angebracht sind, bei Frauen schädlich sein können. 1997 zum Beispiel musste ein verbreitetes Allergiemittel vom Markt genommen werden, denn es hatte bei Frauen in Kombination mit anderen Medikamenten zu Herzrhythmusbeschwerden geführt.

Legt man die erheblich höhere Lebenserwartung von Frauen gegenüber den Männern als Maßstab zugrunde, so scheint eine Verbesserung der Frauengesundheit überflüssig. Das könnten Sie hier sagen. Es bietet sich stattdessen geradezu an festzustellen, warum Männer eine kürzere Lebenserwartung haben als Frauen. Mehr als die Hälfte der weiblichen Bevölkerung kann heute damit rechnen, 80 Jahre alt zu werden.

(Unruhe bei den Abgeordneten –  
Glocke des Präsidenten)

Nur ein Drittel der Männer wird dieses Alter erreichen. Deshalb, denke ich, ist das Thema für die Männer auch interessant. Auch Männer könnten also von einer geschlechtsspezifischen Gesundheitsforschung profitieren.

Aber Männer und Frauen sind nicht nur anders krank, sie gehen auch unterschiedlich mit ihrer Krankheit, ihrer Gesundheit und ihrem Körper um. Das sagten schon meine VorrednerInnen. Meine Kollegin aus Kiel fasste es einmal mit den Worten zusammen: „Frauen pflegen ihren Körper, Männer pflegen ihr Auto.“

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –  
Andreas Bluhm, PDS: Na ja! Na ja! ... –  
Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das wird sicher sehr unterschiedlich sein.

Deshalb wären Prävention und Gesundheitsberatung um einiges effektiver, wenn genau diese Unterschiede berücksichtigt würden. Warum zum Beispiel werden Frauen sechsmal häufiger als depressiv eingestuft als Männer? Auch im Bereich der Suchterkrankungen gibt es deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Bei Frauen und Mädchen findet man eher die autoaggressiven Süchte wie Essstörungen und Medikamentenabhängigkeiten. Unter den Alkoholabhängigen, dazu hat die Sozialministerin auch ausführlich gesprochen, ist der Anteil der Männer größer,

(Georg Nolte, CDU: Noch!  
Die holen auf, die Frauen.)

obwohl auch hier die Frauen aufholen. In ihrer Sucht sind sie aber unauffälliger und weniger wahrnehmbar.

(Georg Nolte, CDU: Das stimmt.)

Es ist deshalb nur konsequent, eine Gesundheitsberichterstattung auch an Fragen der Frauengesundheit zu orientieren. Das ist hier mein Anliegen. Es muss eine geschlechtsdifferenzierte Berichterstattung stattfinden. Der vorliegende Gesundheitsbericht differenziert bei Daten über Mortalität und Morbidität weitgehend zwischen Frauen und Männern. Darüber bin ich auch sehr froh. Dies reicht aber noch nicht aus, sondern es müssen künftig auch die weiblichen Lebenszusammenhänge berücksichtigt werden.

Diese Erkenntnis ist auch bei der 1. Frauengesundheitskonferenz in Mecklenburg-Vorpommern, die ich anregte, im Dezember 1998 in Rostock zum Thema „Frauengesundheit in der Gleichstellungspolitik“ ganz deutlich geworden. Als Ergebnis der Konferenz gemeinsam mit dem Landesfrauenrat und dem Frauenbildungsnetz hat sich ein landesweiter Arbeitskreis „Frauengesundheit“ gegründet. Darin arbeiten Selbsthilfegruppen, Verbände, der Landesfrauenrat, Gesundheitsorganisationen und die Landesregierung mit. Im November 2000 findet auf Initiative dieses Arbeitskreises eine Konferenz zum Thema Brustkrebs statt.

Das Ziel des Arbeitskreises ist es, ein Programm zur Förderung der Frauengesundheit in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Das soll in der Zusammenarbeit interessierter gesellschaftlicher und privater Personen geschehen und zu einer breiteren Sensibilität in der Öffentlichkeit für die unterschiedlichen Gesundheits-

problematiken von Männern und Frauen führen, und das sowohl für Laien als auch für Ärzte und Ärztinnen und andere medizinische Fachkräfte.

Bereits 1998 ist das für Mecklenburg-Vorpommern vorhandene Zahlenmaterial aufgearbeitet worden, das über Krankheiten, Verhalten und Sterben der Frauen öffentlich zugänglich ist. Daraus ist ein inoffizieller Frauengesundheitsbericht unter dem Titel „Wie geht es uns heute?“ von Frau Professor Karin Reis entstanden. Dieser Bericht dient dem Arbeitskreis als Grundlage, die Weiterentwicklung eines Frauengesundheitsberichts für Mecklenburg-Vorpommern voranzutreiben.

Eine künftige Gesundheitsberichterstattung für Mecklenburg-Vorpommern müsste auch über geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Ursachen, der Ausprägung, der Symptomatik und bei der Empfindung von Gesundheit und Krankheit Auskunft geben. Eine Gesundheitsberichterstattung muss nach den biologischen und sozialen Faktoren für die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Gesundheitslage fragen. Es muss danach gefragt werden, welchen Einfluss die Teilnahme am Erwerbsleben für die Gesundheit von Frauen hat. Das wurde hier auch schon kurz erwähnt. Das Thema „Frauen, Arbeitsmarkt und Krankheit“ gerät je nach Arbeitsmarktlage immer wieder in die Diskussion. Frauen haben allerdings nicht mehr Fehlzeiten aufzuweisen als Männer und es ist danach zu fragen, ob sich auch in Mecklenburg-Vorpommern bestätigen lässt, dass die Teilnahme am Erwerbsleben einen positiven Einfluss auf die Gesundheit von Frauen, natürlich auch von Männern hat.

Eine Frauengesundheitsberichterstattung ist also zukünftig notwendig, um zu zeigen, dass Frauen in unserem Land Gesundheit anders als Männer erleben, anders definieren und ihre Belastungen anders bewältigen. Nur mit einer derzeit dezidierten Berichterstattung ist es auch möglich, eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik für unser Land zu machen. Ich denke, wenn man das so durchführen würde, hätten beide Geschlechter Vorteile davon. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/1249 verfahrensmäßig für erledigt erklären? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten gemäß § 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages – Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern mit dem Aktenzeichen LVerfG 4/98, Drucksache 3/1502.

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (Rechtsausschuss) gemäß § 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages:**

**Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern mit dem Aktenzeichen LVerfG 4/98**

**– Drucksache 3/1502 –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist auch das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf die Ziffern 1 und 2 der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 3/1502. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 1 und 2 der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 3/1502 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Entschließung für Demokratie und Toleranz – gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Drucksache 3/1487, in Verbindung mit Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt, Drucksache 3/1492.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Entschließung für Demokratie und Toleranz – gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus – Drucksache 3/1487 –**

**Antrag der Fraktion der CDU: Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt – Drucksache 3/1492 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1487 hat die Abgeordnete Frau Gramkow, die gleichzeitig Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion ist. Bitte sehr, Frau Gramkow.

**Angelika Gramkow, PDS:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im sächsischen Freiberg griffen am Freitagabend Jugendliche zwei Asylbewerber an. Ein 31-jähriger Tunesier kam nach dem Überfall mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. Ein 24-jähriger Libyer erlitt ebenfalls Verletzungen. Als Tatverdächtigen nahm die Polizei einen 17-jährigen Stollberger fest. Türkische und iranische Staatsbürger wurden am Sonnabend in einer Rostocker S-Bahn von rechtsgerichteten Jugendlichen beschimpft, mit Fäusten geschlagen und mit Füßen getreten. Die Opfer waren Frauen und Männer im Alter zwischen 13 und 60. In Sachsen-Anhalt hatten Jugendliche in der Nacht zum Sonnabend eine Gruppe von Sinti und Roma überfallen, die an einem See campierten. In Gotha versuchte ein 24-jähriger Mann, die vor dem Rathaus gehisste israelische Flagge herunterzureißen. Mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschrifteten Unbekannte im thüringischen Mühlhausen einen Kindergarten. Am Dienstag sind in Anklam zwei aus Togo stammende Asylbewerber von rechtsorientierten Jugendlichen beschimpft und angegriffen worden.

Das, meine Damen und Herren, ist die nüchterne und traurige Bilanz nur weniger Tage. So geht es nun Woche für Woche, nein, eigentlich schon Jahr für Jahr. Die Berichte über rechtsextremistische, insbesondere frem-

denfeindliche Gewalt erreichen uns wie der tägliche Wetterbericht. Allerdings ist die rechtsextremistische Gewalt, über die sich Politik und Medien und Öffentlichkeit gegenwärtig so sehr entsetzen, durchaus nicht wie ein plötzliches Unwetter über uns gekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Im Bericht über das Investitionsklima für ausländische Investoren finden wir im Jahr 1991 zahlreiche Verweise auf ausländerfeindliche Übergriffe, bekanntlich ja auch in Rostock. Diese finden wir genauso im Bericht für das Jahr 2000. Allerdings ist dieser um generelle Hinweise erweitert. Ich zitiere: „Ausländer werden deshalb aufgefordert, öffentliche Verkehrsmittel nie allein zu benutzen. Die Zugverbindung Leipzig-Berlin sollten sie ganz meiden. Es wird Ausländern auch dringend davon abgeraten, nach Einbruch der Dunkelheit ihre Wohnungen zu verlassen. Die Polizei kann ihre Sicherheit nicht gewährleisten.“

Wer je geglaubt hat – und das ist ja leider von Politikern gesagt und geschrieben worden –, Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und neonazistische Parteien sind keine Gefahr, der hat verkannt, verbrämt und er verniedlicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir wollen mit unserem heutigen Antrag, meine Damen und Herren, der „Entschliebung für Demokratie und Toleranz – gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“, die Öffentlichkeit erneut auf den Ernst der Situation hinweisen. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt sind eine politische Belastungsprobe für die Demokratie und die verfassungsmäßige Ordnung in unserem Land. Und in dieser Einschätzung besteht, wenn ich die Resolution der CDU richtig lese, Übereinstimmung.

Einigkeit sollte aber auch darin bestehen, dass wir vor allen Haustüren gründlich fegen, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sollten nicht mit Häme nach Italien oder Österreich schauen. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und ihre Ursachen sind, das ist unsere Überzeugung, kein Problem Ost oder West. Sie sind ein Problem Ost und West.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Natürlich sind sie nicht über Nacht entstanden und keine zufälligen oder zeitweiligen Ausrutscher. Sie sind Erbe. Und, meine Damen und Herren, Erbe kann man sich bekanntlich nicht aussuchen. Man muss mit ihm umgehen. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind das Erbe des einen deutschen Staates, der demonstrativ einen Antifaschismus nicht für sich in Anspruch nehmen wollte, und Erbe des anderen, der den Antifaschismus verordnete und ausschließlich für sich reklamierte. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben handfeste sozialökonomische, politische, geistig mentale und ideologische Wurzeln.

Wer allerdings die offenkundige Tatsache ausspricht, dass im Osten und somit auch in Mecklenburg-Vorpommern rechtsextremistische, faschistische Gewalt besonders ausgeprägt sei, sollte auch sehen, dass die Anfälligkeit dafür heute im Westen kaum geringer wäre, gäbe es dort dieselben sozialen und die vielfältigen anderen Probleme wie im Osten – die sozialen Verwerfungen im Gefolge der Deutschen Einheit, den Bruch in zahlreichen Lebensbiographien, fehlende Perspektiven gerade für

junge Menschen, eine drastische Umorientierung im Wertgefüge. Und das ist gewiss keine Entschuldigung für Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit im Osten.

Wie man aber, meine Damen und Herren, die DDR auch im Nachhinein heute einschätzen und ihre Verantwortung sehen mag, die DDR war keine Puppenstube für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Und diese Feststellung wird selbst dann nicht anders, wenn man bestimmte inzwischen bekannt gewordene Fakten von Fremdenfeindlichkeit heutzutage addiert.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU, und Dr. Berndt Seite, CDU)

Nein, meine Damen und Herren, da halte ich Ihr Gelächter auch für inakzeptabel.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die DDR hatte von Anbeginn kraft Verfassung ein antifaschistisches Fundament. Nazismus und Rassismus waren kraft Verfassung verboten und niemand konnte es straflos wagen, auf Straßen und Plätzen öffentlich Nazi-Parolen zu grölen und Nazisymbole zu zeigen.

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Und selbstverständlich wurden nazistische Gewalttaten rücksichtslos und hart bestraft.

Gerhard Zwerenz, bekanntermaßen ein Intimfeind der SED, hat wohl Recht, wenn er schreibt: „Was immer gegen die SED-Politbürokratie eingewendet werden muss, Duldung, gar Förderung des Alt- und Neonazismus zählt nicht dazu.“ Und weiter: „Nichts ... legitimierte die DDR so sehr wie ihr Antifaschismus, dessen klischeerte Auswüchse die Sache selbst zwar partiell entwerten, jedoch nicht ungültig machen konnten.“

Meine Damen und Herren, gegenseitige Schuldzuweisungen und Aufrechnungen sind üblich, führen aber noch nicht zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit und zu Einsichten für die Zukunft. Wir sollten uns nichts vormachen. Gewöhnung an Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt, das Wegsehen einer schweigenden Mehrheit, es ist vorhanden und die Hemmschwelle für rechtsextremistische Täter sinkt immer weiter. Gewalt scheint als Mittel zur Konfliktbewältigung gesellschaftlich akzeptiert zu werden. Das verlangt von uns, von uns allen, mit allen Mitteln sich dagegen zur Wehr zu setzen.

(Beifall bei der PDS und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass es allerhöchste Zeit ist, dass dieser Landtag, was den grassierenden Rechtsextremismus betrifft, endlich mit einer Stimme spricht. Das ist aber leider von der CDU ausgeschlossen worden. Es ist von der CDU dasselbe gemacht worden wie im November 1998. Denn da war die SPD/PDS-Koalition bereit, sich auf einen Resolutionstext mit der CDU zu einigen. Er wurde einfach zurückgezogen. Wir werden Sie jedoch, meine Damen und Herren von der CDU, heute wiederum beim Wort nehmen und Ihren Antrag in die Ausschüsse zur Beratung überweisen.

Nur, Herr Rehberg, ich kann natürlich nicht verstehen, wie Sie dazu kommen zu sagen, wir hätten nun endlich Ihre ausgestreckte Hand ergriffen. Nein, die offene ausgestreckte Hand hatte nicht die CDU. In Ihrer Regierungsverantwortung jedenfalls haben Sie sich mit diesem Thema sehr, sehr schwer getan.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber sehr effektiv.)

Und es ist darum ja auch kein Zufall, Herr Dr. Jäger, dass es in Ihrer gesamten achtjährigen Regierungszeit zu keinem Programm oder Konzept gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit gekommen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Lesen Sie doch mal nach im März!)

Dieses Thema haben Sie leider, leider erst erkannt, seit Sie auf der Oppositionsbank sitzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann müssen Sie zwei Jahre verschlafen haben. – Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Aber immerhin jetzt. Die offene Hand kam und kommt von uns, der SPD- und PDS-Koalition.

(Herbert Helmrich, CDU: Jaja.)

Der Koalitionsvertrag ist in den entsprechenden Passagen geradezu eine an Sie gerichtete Einladung. Ich zitiere: „SPD und PDS werden den politischen Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus, sowie dessen Ursachen bekämpfen. Sie streben an, alle im Landtag vertretenen Parteien zu gemeinsamen Maßnahmen gegen diese politischen Kräfte zu gewinnen. Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Konflikte wird abgelehnt.“ Beschlossen 1998.

Und an anderer Stelle verweisen wir darauf: „Die Landesregierung unterstützt ein breites ‚Bündnis gegen Rechts‘, in dem Projekte, Verbände, Initiativen und Parteien zusammenarbeiten.“ Das, meine Damen und Herren, ist die offene Hand, die wir der CDU wie auch allen anderen demokratischen Kräften im Land reichen wollen. Und da ist es doch wohl mehr als bedauerlich, wenn Frau Schnoor, Ihre Landesvorsitzende, meine Damen und Herren von der CDU, verkünden lässt, man würde nicht an den Bündnissen teilnehmen, weil diese sich pauschal gegen Rechts richteten.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Hui!)

Ich frage Sie: Wer hat denn das gesagt? Und wo steht das geschrieben? Frau Schnoor, bitte, prüfen Sie Bündnis für Bündnis! Ich bin davon überzeugt, Sie werden keines finden, wo es nicht darum geht, gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit aufzutreten, selbst wenn sich ein Bündnis schlicht und einfach als „Bündnis gegen Rechts“ bezeichnen sollte. Es zählt doch nicht der Name. Es ist doch die Sache, die entscheidet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und, Frau Schnoor, auch das will ich Ihnen nicht ersparen: Wie kann man angesichts der gegenwärtigen rechtsextremistischen Exzesse und der Welle von Ausländerfeindlichkeit sagen, wie Sie es in einer Pressemitteilung getan haben, es stelle sich die Frage, ob man den Rechtsextremisten derzeit nicht mehr Bedeutung zumesse, als ihnen eigentlich zukommt? Wollen Sie wirklich eine Politik fortsetzen, die versucht, den Rechtsradikalen das Wasser abzugraben, indem man ihre Parolen übernimmt? Ich kann nur sagen: Welche Verkennung der Situation!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vielleicht nehmen Sie doch in diesem Zusammenhang einmal zur Kenntnis, was Ihr und nicht mein Parteifreund

Heiner Geißler dieser Tage schrieb: „Dem Rechtsradikalismus dadurch das Wasser abzugraben, dass Parteien, wenn auch in abgeschwächter Form, selbst deren Parolen übernehmen, ist zum Scheitern verurteilt, weil damit die eigentlichen Ursachen für rechtsradikales Denken nicht beseitigt werden. Entgegen aller Warnungen haben die großen Parteien die Ausländerfrage von der doppelten Staatsbürgerschaft bis zur Greencard zum Wahlkampfthema gemacht. Die Verbindung von Kriminalität und Ausländern, verbunden mit der Aufforderung, straffällig gewordene Ausländer hinauszuerwerfen, tauchte in den Reden fast aller Spitzenpolitiker von CDU, CSU und manchmal sogar von der SPD auf. Rechtsradikalismus ist noch keine Gefahr für Deutschland. Aber sie kann eine werden, wenn die großen Parteien statt geistige Führung zu zeigen an niedrige Instinkte appellieren, um im weiten Umfeld des Rechtsradikalismus Wählerstimmen zu gewinnen.“ Den Worten von Heiner Geißler ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der handelt auch so.)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie sehr, insbesondere die Damen und Herren der CDU unter Ihnen, natürlich auch Frau Schnoor, überlegen Sie richtig, wenn Sie die national-konservative Karte spielen. Wie Sie dem Antrag der SPD- und PDS-Koalition entnehmen können, wollen wir, dass ein Programm für Kampf gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ausgearbeitet wird. Die CDU schlägt einen Maßnahmedreiklang aus Erziehung, Prävention und Repression vor. Auch hier besteht offensichtlich in den Auffassungen über die Herangehensweise eine bestimmte Gemeinsamkeit. Und ich denke auch, dass die Koalition und die Opposition wissen, dass es nicht um vordergründigen und blanken Aktionismus gehen kann und insbesondere die Prävention ein Maßnahmengeflecht erfordert. Es gibt leider keine einfachen Antworten und Lösungen. Es ist richtig, dem Schulwesen größte Aufmerksamkeit zu widmen, neben der Bildung auch die Erziehung wieder mehr zu ihrem Recht kommen zu lassen sowie auf die Vorbildwirkung der Lehrer zu achten. Aber wir dürfen die Schule nicht einseitig zum Sündenbock machen, denn auch die Erwachsenenbildung und -qualifizierung muss qualifiziert werden, belegen doch Untersuchungen, dass rechtsextremistisches Gedankengut in noch höherem Maße von den älteren Jahrgängen vertreten wird als von den jüngeren. Nicht selten wird eben zu Hause gedacht und geäußert, was junge Menschen dann ausführen.

Es ist richtig, Jugendpolitik und Jugendarbeit verstärkt darauf zu richten, dass junge Menschen befähigt werden, aktiv gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit aufzutreten. Jugendschulsozialarbeiter sind doch ein erster Schritt. Und es ist richtig, dass Justiz und Polizei mit allen rechtlichen Mitteln und Befugnissen zügig und konsequent gegen rechtsradikale Straftaten vorgehen. Es ist richtig, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien zu bitten, ebenfalls die Auseinandersetzung mit Gewalt und Fremdenfeindlichkeit offensiv und couragiert zu führen. Und es ist auch richtig, die Frage zu erörtern, ob es nicht angebracht wäre, in der Landesverfassung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach rassistisches und faschistisches Gedankengut, sofern es sich öffentlich zeigt, zu verbieten ist. Es kann nicht sein, dass derartiges Gedankengut vom Grundsatz der freien Meinungsäußerung und von anderen Grundrechten gedeckt ist.

Das Programm, was wir vorschlagen, beziehungsweise der „Dreiklang“ der CDU muss gründlich überlegt werden,

denn es geht um konkrete Maßnahmen und gemeinsames Handeln. Auch wenn ich den „Dreiklang“, wie ihn die CDU gern möchte, akzeptiere, geht es mir, geht es der PDS-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, was die Reaktion auf Extremismus und Ausländerfeindlichkeit betrifft, geht es uns um Einklang. Landtag und Regierung, Vertreter von SPD, PDS und CDU müssen mit einer Stimme sprechen.

(Beifall bei der PDS und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1492 hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

**Eckhardt Rehberg, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! In diesem Sommer wurde uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass Gewalt in unserer Gesellschaft, rechtsextreme Gewalt, ein Ausmaß angenommen hat, das zum Handeln zwingt. Rechtsextremismus und Gewalt sind Probleme, die schon länger akut sind und immer schlimmere Formen annehmen. Wenn ich an die grausame Tötung von Obdachlosen oder an die brutale Ermordung des 15-jährigen Jungen in Neubrandenburg denke, dann bin ich, dann kann man nur fassungslos sein, genauso fassungslos wie bei rechtsextremistischen Gewalttaten, Aufmärschen von Rechtsradikalen, Hetzjagden auf Ausländer, Naziparolen und Hakenkreuzen an Häuserwänden, Schändungen jüdischer Friedhöfe und wenn ich höre, dass Touristen auf Campingplätzen von prügelnden und randalierenden Jugendlichen überfallen werden. Solche Nachrichten machen mich nicht nur fassungslos, sondern vor allem auch wütend, wütend darüber, dass so etwas hier in Deutschland, hier in meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern passiert. Aber nicht allein die Tatsache, dass so etwas passiert, ärgert mich, es ist auch die Art und Weise, wie mit diesem Problem umgegangen und wie solchen Erscheinungen entgegengetreten wird.

Richtig ist, dass über Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund natürlich berichtet werden muss. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass das Thema zerredet wird und nichts passiert. Wir müssen endlich mit Nachdruck etwas unternehmen gegen diese extremistischen Gewalttäter, gegen die sich grundsätzlich ausbreitende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und vor allem gegen die wachsende Gleichgültigkeit unter jungen Menschen. Wenn ich sage wir, dann meine ich natürlich zunächst uns als Politiker. Wir müssen und können die notwendigen Weichenstellungen vornehmen, aber das setzt voraus, dass wir das auch wollen und uns nicht von fatalen politischen Erwägungen leiten lassen.

(Heike Lorenz, PDS: Eben.)

Da solche und ähnliche Willensbekundungen immer wieder von allen Seiten zu hören sind, will ich einmal etwas deutlicher werden. Die CDU-Fraktion hatte bereits auf der Landtagssitzung vom 24. Mai 2000 einen Antrag zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewaltstraftaten eingebracht. Dieser ist, wie Sie sicherlich noch alle wissen, von Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und PDS, abgelehnt worden. Ich hätte ehrlich gesagt erwartet, dass Sie, wenn Ihnen die Bekämpfung des Rechtsradikalismus am Herzen gelegen hätte, zumindest für eine Überweisung des Antrages gestimmt hätten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie müssen ja gar nicht alle Einzelheiten genauso betrachten wie wir. Nur, darüber reden sollte man doch auch können, dafür ist die Bewältigung des Problems einfach zu dringend. Wir als CDU sehen die Dringlichkeit der Problembewältigung stärker denn je und werden nicht müde, für die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremdenhass, Gewaltbereitschaft und rechtsextremistischem Gedankengut zu werben. Dabei lassen wir uns von niemandem, von niemandem in eine Ecke drängen. Und schon gar nicht lassen wir uns unterstellen, wir seien gegen eine entschlossene Bekämpfung des Rechtsextremismus!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nein, wir sind dafür, dass dieses gesamtgesellschaftliche Problem auch gesamtgesellschaftlich gelöst wird, und da beziehe ich alle demokratischen Kräfte und Organisationen ein. Die Definition dieser Aufgabe als „gesamtgesellschaftlich“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Extremismus in jeder Form nur mit konkreten Maßnahmen und nicht mit allgemein gehaltenen Appellen und Aufrufen bekämpft werden können.

(Beifall Thomas Nitz, CDU)

Deshalb haben wir unseren Antrag vom Mai 2000 im Wesentlichen unverändert gelassen und vielmehr um einige Punkte ergänzt. Diese Ergänzungen, das will ich hier ganz offen sagen, sind in einem intensiven Meinungsbildungsprozess innerhalb unserer Fraktion entstanden. Es ist nicht so, dass wir unsere Maßnahmen, die wir schon im Mai und zum Teil auch schon weitaus früher gefordert haben, als Allheilmittel sehen. Es leitet uns die Erkenntnis, dass der Ansatz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft ein vielseitiger sein muss, der zuallererst im Bereich der Erziehung und Bildung beginnen muss.

Da wir als Staat und Gesellschaft nicht die Erziehung in den Familien bestimmen, müssen wir uns darauf konzentrieren, Möglichkeiten zur Vermittlung von Grundwerten und zur kritischen Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Gedankengut vor allem in den Schulen zu organisieren. Der von uns zu leistende Beitrag wird dort konkret, wo wir mit Kindern und Jugendlichen am engsten in Kontakt kommen, und das ist und bleibt in erster Linie die Schule. Hier können und hier müssen wir Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen nehmen. Hier ist eine möglichst frühzeitige und anschauliche Auseinandersetzung mit der Geschichte erforderlich. Deshalb unser Vorschlag, Gedenkstättenbesuche obligatorisch zu machen. In diesem Zusammenhang muss allerdings klar sein, dass Geschichte nicht teilbar ist. Wir hatten bisher wenig Gelegenheit, über Ursachen der aktuellen Entwicklung zu diskutieren. Ich meine aber, zumindest ein Aspekt liegt im verordneten Antifaschismus der DDR, der aufgrund seiner einseitigen Ausrichtung schon Glaubwürdigkeitsprobleme aufwies.

Frau Kollegin Gramkow, die DDR war sicher keine Puppenstube,

(Peter Ritter, PDS: Bei den heute 16-Jährigen.)

Herr Ritter, ich sage Ihnen noch etwas dazu.

(Peter Ritter, PDS: Ich auch.)

In der DDR gab es keine Versammlungsfreiheit, es gab keine Meinungsfreiheit, es gab keine Pressefreiheit – die

wesentlichen Merkmale eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates – und deswegen können Sie dieses überhaupt nicht miteinander vergleichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Sie können es nicht miteinander vergleichen.

Und, Herr Ritter, wie ging es einem 15- bis 16-Jährigen, der in der neunten Klasse DDR-Geschichts- und -Staatsbürgerkundeunterricht hatte, wenn sein Vater von seiner Flucht aus Ostpreußen erzählt und die Mutter von der Vertreibung aus dem Sudetenland?

(Peter Ritter, PDS: Die sind aber  
zehn Jahre hier zur Schule gegangen.)

Herr Ritter, wie geht es so einem, und das war ich, der dann diese DDR-Geschichte und diesen Staatsbürgerkundeunterricht vermittelt bekommt?! Und so wie mir ist es vielen gegangen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich will nur darauf hinweisen, dass die Zwiespältigkeit vielfach ist, und ich akzeptiere, dass heute 15- und 16-Jährige zehn Jahre in diese, in unsere Schule gegangen sind.

(Heike Lorenz, PDS: Die sie uns übergestülpt  
haben, weil sich die Lehrer nicht getraut  
haben, öffentlich Position zu beziehen.)

Mein Ansatz war, dass wir uns darüber unterhalten müssen, wie vielfältig Ursachen von Rechtsorientierung von Jugendlichen und von Kindern sind. Und da schaden Ihre Zwischenrufe, Herr Ritter, mehr als das. Beide Aspekte und den einen Aspekt, so habe ich den Eindruck, sind Sie überhaupt nicht in der Lage, zur Kenntnis zu nehmen, nämlich den, dass Geschichte nicht teilbar ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einen Satz, Frau Gramkow, zur offenen Hand. Wir haben im Dezember 1998 einen Antrag eingebracht, der sehr substantiell war. Wir haben es dann noch einmal im Mai 2000 wiederholt. Wenn Sie sich heute hier hinstellen und sagen, wir haben Ihre ausgestreckte Hand ausgeschlagen, das ist schon mehr als komisch. Nehmen Sie sich, wenn Sie ehrlich sind, noch einmal Ihren Antrag zur Hand, Ihren Änderungsantrag, was dann aus diesem Antrag vom Dezember 1998 geworden wäre – nichts Konkretes. Dazu sind wir damals nicht bereit gewesen und dazu sind wir heute auch nicht bereit. Selbstverständlichkeiten, Appelle und Aufrufe, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um konkretes Handeln in den Bereichen Bildung, Erziehung, Prävention und Repression.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Heike Lorenz, PDS: Und ein Landesprogramm.)

Ich stimme der GEW-Vorsitzenden Eva-Maria Stange in ihrer Forderung, die Lehrer müssen Position gegen Rechtsextremismus beziehen, ausdrücklich zu und ergänze: aber nicht nur die Lehrer. Weil die Lehrer unbestritten eine enorme Einwirkungsmöglichkeit haben, müssen sie besonders darin geschult werden, diese optimal zu nutzen. Doch, meine Damen und Herren, soeben ist das Heft „L.I.S.A. Aktuell“ mit dem Fortbildungskatalog für das Schuljahr 2000/2001 erschienen. Obwohl im Vorwort ausdrücklich auf die Herausforderung rechtsextremer Gewalt eingegangen wird, findet sich nicht ein einziges

Fortbildungsangebot, das sich konkret mit dieser Problematik befasst.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Hier zeigt sich dramatisch, dass gehandelt werden muss,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

dass allgemeine Appelle dagegen nicht ausreichen.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:  
Da sind wir uns doch wohl einig.)

Meine Damen und Herren, das ist eigentlich die konkreteste Maßnahme schlechthin, die Einflussnahme auf die jungen Menschen. Und bei dem Begriff „junge Menschen“ beziehe ich alle Kinder und Jugendlichen, alle Heranwachsenden, die jungen Erwachsenen, die Jugend, die sich innerhalb unserer Rechts- und Werteordnung bewegt, aber auch diejenigen ein, die mit der rechtsextremistischen Szene sympathisieren und die zum Teil auch schon mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind.

Wir wollen niemanden ausgrenzen. Im Gegenteil, wir wollen, dass alle Jugendlichen und Kinder das Gefühl entwickeln, ein fester Bestandteil unseres demokratischen Gesellschaftssystems zu sein. Aber wir dürfen uns auch nicht der Möglichkeit berauben, junge Menschen zu ordentlichen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu erziehen. Und, meine Damen und Herren, dazu gehört auch möglicherweise, dass wir rechtsorientierten Jugendlichen Aufenthaltsmöglichkeiten bereitstellen. Dazu gehört aber auch, dass sie betreut werden. Das kann der Bürgermeister sein. Das kann ein Übungsleiter beim Sport sein. Das müssen aber, wenn es dann pädagogisch sinnvoll gemacht werden soll, nicht ABM und Schulsozialarbeiter sein, sondern das müssen dann Ausgebildete sein.

(Heike Lorenz, PDS: Da haben  
Sie vollkommen Recht.)

Und wer solche Jugendlichen erreichen will, der muss eine Kommunikationsbrücke zu ihnen finden. Der muss, ich sage es, Vertrauen bei ihnen erwerben, denn sonst wird er sie nicht erreichen. Das heißt, nicht Ausgrenzung dieser rechtsorientierten Jugendlichen dürfen wir als Politiker in den Mund nehmen, sondern wir müssen sagen, wir müssen sie in die Gesellschaft zurückholen. Das ist unsere Verantwortung und dazu müssen wir die Mittel und Möglichkeiten auch schaffen. Eine wesentliche Voraussetzung für die Anwendung von Erziehungsmaßnahmen ist die Anpassung des Jugendstrafrechts.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, damit das Problem verdeutlicht wird. Wenn mein ältester Sohn früher verbotene Sachen gemacht hat, dann hatte ich auch immer zu berücksichtigen, dass mein jüngerer Sohn ganz genau darauf geachtet hat, welche Bestrafung sein älterer Bruder nun bekommen würde. Er hat einfach darauf geachtet, weil er für sich abwog, ob es sich lohnte, es seinem großen Bruder bei Gelegenheit gleichzutun oder nicht. Ich habe also immer gleich mit der Erziehungsmaßnahme gegenüber meinem Ältesten auch ein Stück weit meinen jüngerer Sohn davor abzuschrecken versucht, eben dieses Verbotene zu tun. Ich denke, jeder, der Kinder hat oder sich an seine Kindheit zurückerinnert, weiß, wovon ich spreche.

Warum erzähle ich das? Nun, ganz einfach – dieser Gedanke der Abschreckung nennt sich Generalprävention. Doch die darf nach der geltenden Rechtsprechung im Jugendstrafrecht nicht berücksichtigt werden. Das ist doch geradezu grotesk. Wenn nicht bei Jugendlichen, wo dann kann man mit beispielgebendem Verhalten noch etwas erreichen? Kinder und Jugendliche neigen nun einmal sehr stark dazu, auf das Verhalten anderer zu schauen, in der Gruppe etwas nachzuahmen. Wenn sich aber in der Gruppe nicht herumspricht, dass Kriminalität, ob nun Gewaltkriminalität oder Kriminalität an sich, mit oder ohne rechtsextremistischem Hintergrund, sich nicht lohnt, weil sie konsequent bestraft wird, dann läßt das doch nicht gerade zur Nachahmung ein. Deshalb fordern wir, dass im Jugendstrafrecht bei der Verhängung von Strafen und Erziehungsmaßnahmen auch der Gedanke der Abschreckung anderer berücksichtigt werden kann.

Wir sind uns schon dessen bewusst, dass Jugendstrafrecht Bundesrecht ist. Trotzdem ...

(Heike Lorenz, PDS: Vor allem, dass es auch schon Rechtslage ist.)

Wissen Sie, Frau Lorenz, dann sagen Sie bitte im nächsten Satz aber auch, dass 90 Prozent der 19- bis 21-Jährigen in diesem Land nach dem Ausnahmefall abgeurteilt werden und nicht nach dem Regelfall.

(Heike Lorenz, PDS: Richtig.)

Das heißt, 90 Prozent, das hat eine Kleine Anfrage aus dem letzten Jahr unsererseits ergeben, werden nach dem Jugendstrafrecht abgeurteilt und nicht nach dem Erwachsenenstrafrecht. Und ich bin dafür, dass ein 19-Jähriger, der 20 Autos knackt, der gewalttätig wird gegen Personen, nach dem Erwachsenenstrafrecht abgeurteilt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Erhard Bräunig, SPD)

Und wenn es dort Zweifel gibt, dann sollte man unabhängige Gutachter dazu bestellen. Aber diese Spruchpraxis der Gerichte ist nicht akzeptabel. Gehen Sie mal bitte in eine Gruppe junger Leute hinein und dann kommt ein 19-Jähriger, der bestimmte Straftaten begangen hat, und erzählt, wie „toll“ ihn der Richter abgeurteilt hat. Das meine ich mit meinen Ausführungen zur Generalprävention. Und wenn Sie auch der Meinung sind, dass das gerade für 19- bis 21-Jährige nicht gängige Rechtspraxis sein darf, wenn die Richter aber so Recht sprechen, dann lassen Sie uns bitte das Gesetz miteinander ändern.

(Heike Lorenz, PDS: Nicht das Gesetz.)

Das beantragen wir ja nicht zum ersten Mal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in unseren Anträgen zum Teil gleiche Ansatzpunkte. Wir sind aber schon etwas überrascht, wenn man Forderungen zur Gestaltung des Haushalts 2001 mit dem vorliegenden Entwurf vergleicht. Hier ergibt sich über alle Präventionsmaßnahmen hinweg – von den Aus- und Fortbildungsmaßnahmen über die Jugendpflege und die Kriminalitätsvorbeugung bis zur Landeszentrale für politische Bildung – eine Kürzung von rund 2,1 Millionen DM im Vergleich zum Jahr 1998. Dabei sind noch nicht mal Millionen nötig, um vernünftige Maßnahmen zu fördern. Nehmen wir zum Beispiel die von allen einmütig geforderten Schülerreisen, die vom Land gefördert werden. Da werden im laufenden Jahr 89.000 DM bereitgestellt, um Klassenfahrten nach Israel und in die osteuropäischen Länder zu för-

dern. Im kommenden Jahr sollen es nur noch 64.000 Mark werden. Lapidare Begründung: „Weniger wegen geringerer Anzahl der Anträge.“

(Heiterkeit bei Georg Nolte, CDU)

Anstatt also für die Abrufung der vorhandenen Mittel zu werben, werden die Gelder aus billigen Haushaltsgründen eingespart. Wo Werbung für die Reisen nötig wäre, kehrt diese Landesregierung den Buchhalter heraus. So stelle ich mir Jugendaufklärung gewiss nicht vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, hier wie bei der Lehrerfortbildung wird deutlich, dass es Zeit für konkretes Handeln ist. Wir müssen endlich Fakten schaffen und wir müssen uns, das zeigen die genannten Widersprüche zwischen Wort und Tat, insbesondere auch die Landesregierung, für konkrete Maßnahmen verpflichten. Diese Verpflichtung sollte aus einem Dreiklang, aus Erziehung, Prävention und Repression bestehen, damit erfolgreich Rechtsextremismus und Gewalt bekämpft werden können.

Ich möchte nicht länger erleben, dass Lehrer nicht wissen, wie sie mit rechtsextremistischem Gedankengut in der Schülerschaft umgehen sollen. Ich möchte nicht länger erleben, dass Polizisten gezwungen sind, rechtsextremistische Demonstrationen zu begleiten, weil der Rechtsstaat nicht die Kraft hat, diese Demonstrationen zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, PDS)

Ich möchte nicht länger erleben, dass 19-jährige Gewalttäter als Erwachsene zuschlagen, aber wie Kinder bestraft werden. Ich möchte nicht länger erleben, dass Opfer von Gewalttaten oder diejenigen, die Zivilcourage haben und Hilfestellung geben und dabei selbst Schaden erleiden, hinterher zum zweiten Mal Opfer werden, weil sie im bürokratischen Hindernislauf Entschädigungen geradezu erbetteln müssen oder sich gar selbst Anzeigen gegenübersehen.

Meine Damen und Herren, deshalb finde ich es schade, dass SPD und PDS angekündigt haben, ihren Antrag heute abzustimmen und den unseren zu überweisen.

(Jürgen Seidel, CDU: Unfair so was. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich hätte mir nach dem Gespräch beim Ministerpräsidenten gewünscht, dass beide Anträge überwiesen werden können, um seitens des Landtages endlich den Weg zu ebnen

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

für konkretes Handeln gegenüber Rechtsextremismus und Gewalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Zeichen, so meine ich, sind mittlerweile viele gesetzt. Jetzt erwarten die Menschen im Land und übrigens auch das Ausland konkretes Handeln.

Frau Gramkow, die ehemalige Landesregierung hat im Frühjahr 1998 ein 10-Punkte-Programm vorgelegt gegen Gewalt, gegen Rechtsextremismus, für Toleranz und Demokratie. Und gucken Sie, wie viel davon übernommen worden ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch ein ganz persönliches Wort sagen. Jeder Politiker,

der das Wort „Zivilcourage“ in den Mund nimmt, sollte bedenken, was dieses Wort gerade in der konkreten Situation bedeutet. Das ist nicht die Unterschrift am Einkaufscenter, es ist für mich auch nicht die Teilnahme am Friedensfest, sondern es bedeutet, in einer ganz konkreten Situation für Bedrängte einzustehen. Und jeder, der dieses Wort, ob morgens um 7.00 Uhr in der Headline bei den elektronischen Medien oder in Aufrufen oder Appellen, für sich selbst in Anspruch nimmt, sollte sich fragen, ob er in der entscheidenden Situation auch selber in der Lage ist, Zivilcourage zu zeigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Es wurde eine Aussprachezeit mit einer Dauer von 77 Minuten angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dass wir es so machen, dann ist das auch so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat der Ministerpräsident um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident Dr. Ringstorff.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Überall im Land finden sich Menschen zusammen, um in gemeinsamen Initiativen der Gewalt entgegenzutreten. In den Betrieben ziehen Unternehmer und Gewerkschaften an einem Strang, Einkaufszentren sammeln Unterschriften, namhafte Sportler des Landes, darunter nahezu alle Olympiateilnehmer, haben sich zu Wort gemeldet und auch Künstler engagieren sich. Die Kirchen nehmen sich des Themas an, Bürgermeister und Landräte verstärken ihre Jugendarbeit. Wohl kein politisches Thema seit der Gründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat die Menschen so sehr zum Mittun bewegt wie dieses.

Auch der Staat leistet seinen Beitrag. Es ist nicht so, dass nicht gehandelt wird, aber sicherlich kann man sich darüber verständigen, was noch zusätzlich gemacht werden muss. Die Polizei verstärkt ihren Druck auf die gewalttätige Szene, die Justiz bemüht sich um die Beschleunigung der Strafverfahren und Innenminister Gottfried Timm verstärkt die Präventionsarbeit. All dies, meine Damen und Herren, kann uns optimistisch stimmen.

Das Neue, das besonders Erfreuliche an dieser Entwicklung ist jedoch das enge Zusammenwirken von Staat und Bürgern. Und ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, dass wir nur gemeinsam das Problem der Gewalt in den Griff bekommen. In meinem Aufruf „Gemeinsam gegen Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern“ habe ich darauf hingewiesen, Polizei und Justiz allein können das Problem nicht lösen. Wenn Polizei und Justiz eingreifen müssen, ist es bereits zu spät. Wir sind alle gefordert – die Eltern, die Großeltern, die Ausbilder, die Lehrer, die Erzieher, die Sportler und die Vereinsvorsitzenden, jeder an seinem Platz.

Und natürlich ist auch die Politik gefordert. Ich habe deshalb am letzten Mittwoch die Vorsitzenden der drei Landtagsfraktionen zu mir in die Staatskanzlei gebeten, um die Chancen für ein gemeinsames Vorgehen auszuloten. In drei Punkten, so war meine Überlegung, müsste doch Einvernehmen herzustellen sein:

Erstens bei der Erkenntnis, dass Einsatz von Gewalt in jeder Form und aus welchen Motiven auch immer verabscheuungswürdig ist und von der Politik geächtet werden

muss. Allein der Staat, meine Damen und Herren, darf über das Gewaltmonopol verfügen.

Zweitens in der Feststellung, dass zurzeit in Mecklenburg-Vorpommern politisch motivierte Straftaten allein von der rechtsextremistischen Seite ausgehen. Und aus diesem Grunde, so meine Schlussfolgerung, müssten sich doch auch alle politischen Kräfte darin einig sein, dass der Bekämpfung des Rechtsextremismus besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Und drittens ging es mir darum, zu einem gemeinsamen Signal der Politik zu kommen. Wir sollten, so meine Überlegung, die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam dazu aufrufen, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen und sich auch weiterhin der Gewalt mit allem Nachdruck entgegenzustellen. Dies auch öffentlich deutlich zu machen, etwa durch einen gemeinsamen Aufruf oder Auftritt vor der Presse, das war das Ziel meiner Einladung. Wenn die Bürger sehen, dass die Politik in dieser entscheidenden Phase zusammensteht und zur Gemeinsamkeit ermutigt, dann ist, glaube ich, schon eine ganze Menge gewonnen im Kampf gegen die Gewalt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, war ich auch gerne bereit, mit den Fraktionsvorsitzenden über konkrete gesetzgeberische Maßnahmen zu reden, die insbesondere der CDU am Herzen liegen. Lassen Sie mich einige nennen: Ich bin wie die CDU der Auffassung, dass es sinnvoll sein könnte, das Angebot an Ganztagschulen auszubauen. Ich bin wie die CDU der Auffassung, dass die Arbeit der kommunalen Präventionsräte gestärkt werden sollte. Und ich bin wie die CDU der Auffassung, dass gegen Graffiti-Schmierereien mit größerer Härte vorgegangen werden soll, wenngleich ich bei diesem Vorschlag keinen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Thema Rechtsextremismus sehe. Über all diese Vorschläge können wir im Landtag und in seinen Ausschüssen ja reden und die Fraktionsvorsitzenden von SPD und PDS haben dazu ihre Bereitschaft überaus deutlich signalisiert. Und das wissen Sie genau, Herr Rehberg. Das haben wir Ihnen deutlich gemacht am letzten Mittwoch in der Staatskanzlei.

Meine Damen und Herren, wir hätten zu einer gemeinsamen Erklärung kommen können. SPD und PDS sind im Interesse der Sache weit entgegengekommen. Sie jedoch haben sich leider nicht beteiligt, im Übrigen ja auch nicht an Demonstrationen gegen rechte Aufmärsche, während sich sonst überall in der Gesellschaft die Bürger zum gemeinsamen Handeln zusammenfinden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Unverschämtheit! –  
Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Und ich war wirklich schon etwas verwundert und erstaunt darüber, wie man in meinem Aufruf gegen Gewalt eine gewisse Attacke gegen die Union hineininterpretieren konnte. Das bleibt mir, meine Damen und Herren, bis heute unverständlich. Ich sage Ihnen, im gemeinsamen Kampf gegen die Gewalt gibt es keine Verlierer, sondern nur einen Gewinner – unser Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und, meine Damen und Herren, trotz aller Enttäuschung über das Scheitern des Gespräches mit den Frak-

tionsvorsitzenden gebe ich die Hoffnung nicht auf. Auch ich persönlich, auch die Regierungsfraktionen hier im Lande sind bereit, sich mit Ihnen an einen Tisch zu setzen. Sie haben am letzten Mittwoch gesehen, unsere Hand bleibt ausgestreckt. Springen Sie über Ihren Schatten und nehmen Sie unser Angebot an!

Und, Herr Rehberg, lassen Sie mich das zum Schluss noch hinzufügen, einen Aufruf, eine gemeinsame Erklärung kann man entweder unterstützen oder nicht. Wir waren bereit, Ihnen bei der Formulierung so weit entgegenzukommen, wie Sie es nur wünschen. Ich halte es nicht für sinnvoll, eine gemeinsame Erklärung in einen Ausschuss zu überweisen. Das demonstriert doch nur nach außen, dass man sich über den Inhalt dieser Erklärung nicht einig ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Das bitte ich Sie zu bedenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Ritter.

**Peter Ritter,** PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte im Vorfeld dieser Debatte gehofft, dass wir es endlich einmal schaffen, uns gemeinsam zu einer Erklärung und, was noch wichtiger ist, zum gemeinsamen Handeln gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu verständigen. Allerdings, ich gebe es zu, ich habe nicht so richtig daran geglaubt, denn zu negativ sind die Erfahrungen, die ich hier seit 1994 sammeln musste, und auch die aktuellen Entwicklungen bestätigen mich leider in dieser Befürchtung. Da wurde in der Auseinandersetzung um den Rechtsextremismus in unserem Land eine kleinkarierte Diskussion angezettelt, wer oder was rechts, rechtsradikal oder rechtsextrem ist, da wird festgestellt, dass man sich nicht über Rechtsextremismus zu wundern brauche, wenn man die linksradikale PDS ins Regierungsboot holt,

(Dr. Berndt Seite, CDU: Richtig.)

da weigert man sich – richtig – an einer Aktion für Toleranz teilzunehmen, weil diese von einer Stadtpräsidentin eröffnet wird, die PDS-Mitglied ist. Und dann wird bedauert, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die von der CDU ausgestreckte Hand nicht angenommen wurde.

Ach ja, ausgestreckte Hand, Herr Rehberg, der Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Mecklenburg-Vorpommern reichte den Fraktionen im Landtag die Hand zum gemeinsamen Handeln. Die PDS-Fraktionsvorsitzende nahm die Einladung zur Delegiertenkonferenz des Verbandes an, die SPD-Fraktion übermittelte ein Grußwort und bot die Zusammenarbeit an. Eine Reaktion von der CDU-Fraktion – Fehlanzeige. Der Landesvorstand des VVN-BdA bat um Gespräche mit den Fraktionen im Landtag. Mit der PDS fand dieses Gespräch bereits statt, mit der SPD-Fraktion wird es zurzeit vorbereitet. Eine Reaktion von der CDU-Fraktion – Fehlanzeige. Vielleicht liegt es ja daran, Herr Rehberg, dass das linksextremistische PDS-Mitglied Peter Ritter stellvertretender Landesvorsitzender dieses Verbandes ist?

(Eckhardt Rehberg, CDU:  
Was hat das hier zu suchen?)

Gut, wenn das Ihre Hemmschwelle ist, diese ausgestreckte Hand anzunehmen, dann treffen Sie sich wenigstens mit den Mitgliedern des Verbandes, die im Konzentrationslager saßen oder Angehörige im Konzentrationslager verloren haben! Reden Sie mit ihnen über die Ursachen des Faschismus, über Möglichkeiten, aktiv gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit zu kämpfen!

Es gibt aber auch mit Blick auf Ihren Antrag genügend weitere Möglichkeiten, aktiv zu werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie fordern eine Aufstockung der Fächer Geschichte und Sozialkunde. Gut, aber ich frage Sie, warum damit warten. Sicher, Herr Rehberg, Sie haben Recht, Geschichte ist unteilbar. Das gilt aber nicht nur für die Zeit von 1933 bis 1989, sondern auch für die letzten zehn Jahre. Ich will das an einigen Beispielen verdeutlichen:

In meiner Heimatstadt gab es zwei Schulen, die den Namen von Ernst Schneller und Edwin Hörnle trugen. Wer oder was hindert die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern daran, den Schülerinnen und Schülern schon jetzt zu erklären, wer Ernst Schneller und Edwin Hörnle waren, warum die Schulen ihren Namen erhielten und warum die Schulen diese Namen heute nicht mehr tragen? Da muss man nicht auf eine zusätzliche Geschichtsstunde warten.

Im Heimatkundeunterricht der 3. oder 4. Klasse steht das Thema „Meine Heimatstadt“ auf dem Lehrplan. Wer oder was hindert denn die Lehrerinnen und Lehrer daran, den Kindern zu erklären, warum es in ihrer Heimatstadt eine Straße gibt, die nach den Geschwistern Scholl benannt ist, und warum so mancher Straßename verschwunden ist?

Wer oder was hindert denn die Lehrerinnen und Lehrer oder uns Eltern daran, unseren Kindern den Roman „Nackt unter Wölfen“ oder „Das Tagebuch der Anne Frank“ zum Lesen zu geben?

Ich nenne diese Beispiele, um zu verdeutlichen, und ich weiß, dass es natürlich Lehrerinnen und Lehrer gibt, die so handeln. Aber gerade in den Anfangsjahren nach der Wende fehlte vielen der Mut dazu, weil es von der Politik damals auch nicht so gewollt war.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Und so müssen wir eben auch feststellen, dass die Schülerinnen und Schüler, die in diesem Jahr die 10. Klasse beenden, die also 1990 eingeschult wurden, auch wesentlich von dieser Erziehung geprägt wurden und nicht von den antifaschistischen Nachttöpfen in der sozialistischen Kinderkrippe, die ja von einigen als Ursache für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in unserem Land angesehen werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Er disqualifiziert sich selber. – Harry Glawe, CDU: Toller Partner!)

Zurück zu Ihrem Antrag, Herr Rehberg. Sie fordern zu prüfen, ob der Besuch von Gedenkstätten obligatorisch werden kann. Ich muss mich wundern. Soll da etwas verordnet werden? Ich erinnere mich an meine Jugendweihe. Der Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald gehörte zum obligatorischen Programm. Aber noch heute läuft Ihnen ja beim Wort „Jugendweihe“ ein kalter Schauer über den Rücken. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will nicht zurück, ich will also auch keine obligatorischen Besuche. Ich will eine Kinder- und Jugendpolitik und eine Politik überhaupt, die die Men-

schen selbst befähigt und motiviert, aktiv gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus aufzutreten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wissen um historische Wurzeln und Auswirkungen des Rechtsextremismus muss dabei vermittelt und angeeignet, darf aber nicht verordnet werden. Eine Erkenntnis, die man gewinnt, wenn man sich ernsthaft mit seiner eigenen Vergangenheit auseinandersetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, rechtsextremistische Erscheinungen können nur dann zurückgedrängt werden, wenn es gesamtgesellschaftliche Anstrengungen über einen längeren Zeitraum gibt. Eine gewollte Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt und Beförderung von Demokratie und Toleranz unter der Prämisse der Finanzneutralität wird da keinen Erfolg haben. Das sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

auch unter dem Gesichtspunkt, dass eine Kampagne allein nicht ausreicht, sondern längerer Atem vonnöten sein wird. Weiter denke ich, dass eine Zurückdrängung von Fremdenfeindlichkeit als eine tragende Säule rechts-extremer Weltbilder ohne Veränderung der ausländerrechtlichen Bestimmungen nicht möglich sein wird, da sie dem Grundsatz von der Ungleichwertigkeit und Ungleichbehandlung von Menschen ständig neue und staatlich praktizierte Nahrung geben. Die neuerlichen Diskussionen zur Abschaffung des Asylrechts laufen dabei genau in die falsche Richtung.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich mit beiden vorliegenden Anträgen nicht ganz zufrieden bin. Dennoch meine ich, dass wir heute die Entscheidung gemeinsam verabschieden sollten, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen, und den Antrag der CDU zum Anlass nehmen sollten, hier im Landtag eine Anhörung durchzuführen, bei der wir gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen und allen, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, über konkrete Handlungsschritte beraten und sie festlegen. Vielleicht können wir Parlamentarier dabei auch lernen, wie man trotz unterschiedlicher politischer Herkunft etwas gemeinsam gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus tun kann. – Danke schön.

(Beifall bei der PDS und  
einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

**Volker Schlotmann, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zitieren aus dem „Nordkurier“ vom 21.09. diesen Jahres, also, wenn ich mich recht entsinne, vom heutigen Morgen. Da steht im Kommentar über unsere Sitzung gestern – und ich übertrage das mal auf Ansätze, die ich jetzt schon wieder habe konstatieren müssen, und ich denke, da passt das: „Zwar wählte sich der Beobachter gestern kaum noch in ernsthaften politischen Gefilden – so oft wie in Schimpfkanonaden von Polemik, Heuchelei und unseriösen Machwerken die Rede war. Aber das sind Stilfragen. Und mit denen hatte das Parlament schon immer ein Problem.“ So wir-

ken teilweise unsere Diskussionen hier und den Ansatz dazu habe ich vorhin – ich habe es gerade gesagt – schon wieder feststellen müssen. Es ist mir zuwider, ich sage das persönlich mit allem Nachdruck, mir ist das wirklich zuwider, bei gerade diesem Thema diese Auseinandersetzung immer wieder erleben zu müssen, wie wir sie hier ständig erleben müssen, nämlich den anderen in aller Öffentlichkeit schlecht zu reden, schlecht zu machen mit der vielleicht vagen Hoffnung, nachher selber viel besser oder gut dazustehen. Ich glaube, das hat die Öffentlichkeit und das haben diejenigen, die unsere Diäten bezahlen, nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, allein in dieser Wahlperiode hat sich der Landtag schon mit etlichen Anträgen und auch in einigen Aktuellen Stunden mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandergesetzt. Unstrittig ist dabei, denke ich auch, so hoffe ich zumindest, dass es richtig und wichtig ist, dies am heutigen Tage erneut zu tun, denn nach den Vorfällen der letzten Wochen und Monate, vor allem auch in der Sommerpause, haben sich die Maßstäbe verschoben. Endlich hat eine breite, gesamtgesellschaftliche Diskussion eingesetzt und es hat den Anschein, als sei nichts mehr wie vorher. Es ist eben nicht so, wie manche Politiker doch tatsächlich öffentlich von sich geben, dass es sich hier um eine überzogene Debatte handle und die Diskussionen der vergangenen Woche an der Wirklichkeit vorbeigehen. Meine Damen und Herren, wer so redet, der verkennt die Tatsachen und schwächt dabei alle Bemühungen demokratischer Bündnisse gegen Rechts.

Aber, meine Damen und Herren, ich habe in den vergangenen Wochen mit Freude zur Kenntnis genommen, dass sich zum Beispiel auch die Wirtschaft dieser Republik und dieses Landes zu Wort meldet und klarstellt, dass sie die gewalttätigen und rechtsextremen Vorfälle verurteilt und gemeinsam mit allen Demokraten, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften dagegen vorgehen wird. Es werden seitdem beispielsweise Argumentationshilfen für Arbeitgeber erarbeitet, die gegen rechtsextreme Mitarbeiter arbeitsrechtlich vorgehen wollen.

So erfreulich und gut dies auch ist, so darf doch eins dabei nicht verkannt werden. Der Hauptbeweggrund, warum alle demokratischen Kräfte gemeinsam gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit vorgehen müssen, ist der völlig unakzeptable Verstoß der Gewalttäter gegen die elementaren Grundsätze der Menschlichkeit. Und das muss allen klar sein und nochmals nachdrücklich ins Bewusstsein gerufen werden, meine Damen und Herren.

Ich möchte auch festhalten, nicht die Ausländer und Wehrlosen stehen außerhalb dieser Gesellschaft oder verletzen die Grundregeln unserer Gesellschaft. Außerhalb dieser Gesellschaft stehen diejenigen, die Wehrlose in bislang ungekannter Brutalität zu Tode treten, Ausländer hetzen und zusammenschlagen. Deshalb muss von diesem Landtag das unmissverständliche Signal ausgehen, dass wir denjenigen die Hand entgegenstrecken, die an solchen Menschenrechtsverletzungen nicht beteiligt waren und ernsthaft der rechtsextremistischen Ideologie abschwören.

Meine Damen und Herren, den anderen aber will ich, sollten wir von dieser Stelle aus ein anderes Signal senden. Wer so handelt, der steht außerhalb dieser Gesell-

schaft und wird von diesem Staat mit aller Entschiedenheit verfolgt und bestraft werden. Für sie kann nur eins gelten: null Toleranz!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Entschiedenheit eines solchen Signals ist davon abhängig und erfordert es, dass alle politischen Kräfte dieses Landes und vor allem natürlich die des Landtages zusammenarbeiten und nicht vorhandene Aktivitäten schwächen. Und an dieser Stelle, meine Damen und Herren, entscheidet es sich, wie man weiter umgeht mit dem Thema und der so oft beschworenen Gemeinsamkeit der Demokraten.

Ich habe lange darüber nachgedacht, an dieser Stelle habe ich nämlich mein gesamtes Manuskript geändert. Ich könnte nun deutlich machen, wer sich hier wem verweigert. Ich könnte wirklich für die Galerie und medienwirksam über bestimmte Parteien oder Fraktionen herfallen und Anlässe dazu sind auch vorhin eigentlich schon geliefert worden. Aber ich sage es noch mal, es ist mir einfach zuwider, und ich denke, uns allen ist es zuwider. Es geht hier nicht im Wettbewerb darum, wer ist der bessere Demokrat, meine Damen und Herren. Ich frage Sie allen Ernstes: Ein solcher Streit zwischen den Fraktionen und Parteien hier im Landtag, in aller Öffentlichkeit geführt, ohne die Gemeinsamkeit überhaupt nur zu versuchen, kann so etwas Sinn machen? Kann es Sinn machen, angesichts von Toten, der misshandelten und gefolterten Opfer einen solchen Zank, denn Streit ist das nicht mehr, einen solchen Zank hier auszufechten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Ist es tatsächlich zu verantworten, dies zu tun? Ich frage Sie das.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn wir das so tun, wie es hier schon angedeutet worden ist, laden wir dann nicht wirklich Schuld auf uns? Sind wir nicht vielmehr verpflichtet – und damit meine ich alle hier –, parteipolitische Vorbehalte, Taktiken und Strategien zur Seite zu schieben und zusammen gegen die Feinde unserer gemeinsamen Demokratie anzugehen?

(Herbert Helmrich, CDU,  
und Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und ich sage Ihnen aus tiefster Überzeugung: Ja, das ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Herbert Helmrich, CDU: Wir wollen das auch.)

Da kommen wir ja zu.

Ich sage auch ganz bewusst, jede Seite – und da schließe ich meine Seite mit ein – hat in diesem Parlament in den vergangenen Monaten Fehler gemacht. Dazu muss man dann auch mal stehen. Aber ich sage ganz bewusst noch mal, jede Seite. Und bei diesem Thema wäre es ein Zeichen von Stärke aller hier, dies einzugestehen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und im Interesse der Sache auf den anderen zuzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das tue ich hiermit. Das tue ich hiermit, lieber Kollege Beckmann.

Meine Damen und Herren, schaffen wir es nicht, über unseren eigenen Schatten zu springen, wir über unseren und Sie über Ihren, wer wird dann der lachende Dritte sein? Das frage ich Sie allen Ernstes. Diese Frage müssen wir uns stellen und wir müssen sie uns beantworten. Meine Antwort auf diese Frage ist relativ einfach. Es werden lachen die Neonazis, die rechtsextremistischen Verbände, Organisationen und Klubs werden immer dreister und werden uns auslachen. Sie lachen über die zerstrittenen Demokraten, die noch nicht einmal in der Lage sind, gemeinsam eine Entschließung im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zu verabschieden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Sie werden weiterhin ihre Opfer verhöhnern und es wird bitter in unseren und Ihren Ohren klingen.

Meine Damen und Herren, zu dem Thema Selbstverständlichkeiten: Unsere Kolleginnen und Kollegen im Landtag von Niedersachsen haben sich fraktionsübergreifend für eine Entschließung entschieden. SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen haben nicht lange gezögert, sind über ihre Schatten gesprungen, sind aufeinander zugegangen und haben heute vor 16 Tagen, nämlich am 5. September, im Landtag von Niedersachsen gemeinsam ein Signal gegeben, ein Signal, dessen Charakter durch Ihren Fraktionsvorsitzenden mit Selbstverständlichkeiten überschrieben sind, nämlich ein Signal gegen fremdenfeindliche Übergriffe, ein Signal gegen Gewalt und Extremismus, ein Signal für Toleranz und Achtung der Menschenwürde, dass man als Landtag den Jugendgruppen und Initiativen dankt, dass Polizei und Verfassungsschutz weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen haben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion hier, lassen Sie uns doch daran ein Beispiel nehmen, denn das sind ja nicht eben nur Selbstverständlichkeiten, sondern es ist ein Signal. Darauf kommt es an, auch wenn einige bei Ihnen das nicht verstehen wollen. Herr Rehberg, Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, zeigen Sie einfach mal Stärke, stimmen Sie dem Entschließungsantrag zu! Denn, um bei Ihrer Termini zu bleiben, Selbstverständlichkeiten in einen Ausschuss zu überweisen macht erst recht keinen Sinn.

(Herbert Helmrich, CDU:  
Beide in den Ausschuss!)

Auch das sei mir mal erlaubt an dieser Stelle.

(Herbert Helmrich, CDU:  
Beide in den Ausschuss!)

Also, Selbstverständlichkeiten und eine Entschließung überweist man nicht, man entscheidet sich dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Herbert Helmrich, CDU: Dann können  
Sie auch bei uns Zustimmung erwarten.)

Dieser Entschließungsantrag ist doch so gefasst, dass alle in diesem Landtag vertretenen Parteien ihre Zustimmung geben können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Deswegen  
sagt er eigentlich gar nichts.)

Es geht gar nicht darum, nur Selbstverständlichkeiten zu beschließen. Dieser Antrag zum Beispiel ist in etlichen Formulierungen erheblich konkreter als die Entschließung aus Niedersachsen. Aber, ich sage es noch mal, es geht

um ein wichtiges politisches Signal aus diesem Parlament heraus. Ich betone das wirklich noch einmal. Es ist einfach notwendig, sich auf die einfachsten menschlichen Grundwerte zu besinnen und sich auch gemeinsam dazu zu bekennen. Meine Damen und Herren, so etwas spiegelt auch die Grundwerte unserer Gesellschaft wider.

Der Antrag der CDU. Meine Damen und Herren, etliche Punkte im Antrag der CDU-Fraktion – wir haben es auch schon vom Ministerpräsidenten gehört – sind mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen konsensfähig – das haben auch und vor allem Diskussionen in den letzten Tagen gezeigt –, andere eben nicht. Diese sind auch einer 30- oder 40-jährigen Geschichte geschuldet, die wir miteinander haben. Das Anliegen insgesamt ist aber so wichtig, dass wir eben nicht von vornherein alles ablehnen oder zu der Methode greifen, über einen Änderungsantrag Ihren Antrag so zu verändern, dass Sie ihn selber vielleicht nicht mehr wiedererkennen, sondern wir sagen, dieser Antrag soll und muss in die Ausschüsse, wo wir ihn ernsthaft diskutieren. Und nur nebenbei bemerkt, diese Vorschläge oder ein Teil dieser Vorschläge kostet auch Geld. Das heißt, wir sind eh gezwungen, Ihren Antrag zu überweisen, und wir werden das zügig und zielgerichtet tun. Es wird keine Verzögerung von uns geben und wir werden so schnell wie möglich über die Ergebnisse zu Ihrem Antrag dann wieder hier im Plenum beraten und beschließen. Ich halte das für fair, für konsequent und für ein ehrliches Miteinander.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Abschließend möchte ich noch einmal Folgendes festhalten: Wir bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, stimmen Sie der EntschlieÙung im Interesse der Demokratie und des Signals zu! Wir werden Ihren Antrag überweisen und mit Ihnen gemeinsam daran arbeiten. Lassen Sie uns gemeinsam ein Signal geben! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Jäger.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schlotmann hat eben mit Recht darauf hingewiesen, es liegen zwei Anträge vor. Und die einfache Frage, wenn zwei Anträge im Plenum in erster Beratung nicht zur Deckung zu bringen sind, können wir sie dann nicht in den Ausschüssen zu gemeinsamen machen, hat er deswegen verneint, weil der eine eine EntschlieÙung ist und der andere sachliche Forderungen und Feststellungen enthält. Und da genau liegt das Problem.

Meine Damen und Herren, es hilft uns überhaupt nicht, wenn wir aus diesen zwei Beschlussvorlagen die eine zur Abstimmung stellen, die – und das werden Sie zugeben – nur eine Aufforderung an andere ist, nicht aber eine Festlegung, was wir, der Landtag, tun werden und was die Landesregierung tun soll, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Das stimmt nicht.)

Das steht so in den Anträgen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Da haben Sie nicht genau gelesen.)

Heute lasse ich mich nicht provozieren, mir ist das Thema zu ernst.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Ich habe auch gar keine Lust dazu.)

Prima.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie haben offensichtlich den Antrag nicht gelesen.)

Aber wenn uns der Ministerpräsident einen EntschlieÙungsantrag vorlegt, in dem der Zeigefinger nur nach außen gerichtet ist, nämlich was wir von anderen erwarten, dann, Herr Schlotmann, ist genau das nicht erreicht, was wir, glaube ich, gemeinsam wollen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

nämlich zeigen, dass wir als Demokraten auf eine Herausforderung mit den Mitteln reagieren, die uns der Rechtsstaat zur Verfügung stellt, und da, wo unsere Rechtsordnung, wie sich zeigt – und das hat dieser Sommer gezeigt –, an Punkten renovierungs-, veränderungsbedürftig ist, darum zu ringen, auch da einig zu werden. Es bringt nichts zu appellieren, aber selber nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, Sie haben selber in Ihrem Antrag gesagt, die Landesregierung wird aufgefordert, ein Programm vorzulegen. Nun wollte ich heute eigentlich sagen: Was wollen Sie eigentlich, die Landesregierung hat ja ein Programm vorgelegt? Aber – bitte, bitte, nehmen Sie mir das jetzt nicht übel – das ist nicht das, was ein Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ist. Das ist mit Sicherheit auch nicht so gemeint. Die Überschrift ist auch eine andere. Aber muss erst ein solcher Sommer wie dieser kommen, dass wir hier an diesem Pult versuchen, uns zu einigen? Haben wir nicht zwei Jahre im Grunde damit verloren, dass der eine oder der andere Recht haben wollte? Wir reden heute über Situationen, in denen sich Eltern befinden.

Herr Rehberg hat den Kabinettsbeschluss aus dem März 1968 zitiert, Entschuldigung, 1998. So lange ist es nun doch wieder nicht her.

(Heinz Müller, SPD: '68 war  
aber auch ein heißes Jahr.)

Das war auch ein heißes Jahr, Herr Müller. Das wissen wir beide.

1998, im März 1998 gab es ein klares Konzept für die Lehrerfortbildung. Was ist denn daraus geworden?

(Heike Lorenz, PDS: Es wird umgesetzt.)

Meine Damen und Herren, es ist nicht allein die Schuld des jetzigen Kultusministers, es ist nichts davon umgesetzt. Das Einzige, was geschehen ist – das muss ich auch fairerweise sagen –, sind Veranstaltungen der Landespolizeischule und der Fachhochschule in Güstrow. Und die werden von Lehrern auch angenommen.

(Heike Lorenz, PDS: Und der  
Landeszentrale für politische Bildung.)

Heute steht wieder zur Debatte – und richtig, das müssen wir in den Haushaltsberatungen natürlich auch sehen –, dass hier etwas getan werden muss.

Sie haben Forderungen gestellt. Sie fordern in diesem EntschlieÙungsantrag Kommunen und Polizei dazu auf zu verhindern, dass rechtsradikale Strukturen die Vorherrschaft auf öffentlichen Plätzen bekommen. Meine Damen

und Herren, dann müssen Sie an das Versammlungsgesetz heran!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber dann müssen wir auch einmal reden über die Umbenennung von Namen in der polizeilichen Organisation. Ich nehme Ihnen gar nicht übel, Herr Innenminister, dass Sie die Gruppe, die sich mit der rechtsextremistischen Gewalt zu meiner Zeit beschäftigte, umbenannt haben, aber ich nehme Ihnen übel, dass Sie auf eine „Panorama“-Sendung hin, in der unsere Beamten so gezeigt wurden, als würden sie Rechtsextremisten die Bierdosen halten – wer es gesehen hat, wird mir das zugeben – und sich zurückziehen, wenn es gewalttätig wird, dass Sie da nicht öffentlich entgegengetreten sind, denn das fördert doch im Grunde dieses Bestreben von jungen Leuten zu sagen, jetzt wollen wir doch mal gucken, was wir dürfen. Und das heißt, dass nach außen, weil Sie die Auslandsbeziehungen, Herr Ministerpräsident, genannt haben, ein Bild vom Lande entsteht, von dem wir wissen, dass es so gar nicht ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da muss auch die Regierung Stellung beziehen.

Und, meine Damen und Herren, wir haben eine ganze Menge Vorschläge gemacht. Ich weiß, dass nicht alle sofort Ihre Zustimmung finden. Ich weiß, dass man auch Abstriche machen muss, selbstverständlich. Aber warum geben wir uns eigentlich nicht die Chance, dass nach einer Beratung im Rechts- und im Innenausschuss – ich glaube, das sind die beiden Ausschüsse, die dazu berufen sind – zwei Dinge herauskommen: gemeinschaftliche ganz konkrete Maßnahmen und eine gemeinsame Entschliebung aller Demokraten. Lassen Sie es uns doch einmal bitte versuchen! Es geht nicht an, dass der eine vorformuliert und sagt, wenn du das nicht mitmachst, dann kriegen wir keine Entschliebung zustande,

(Angelika Gramkow, PDS: Das haben wir nicht getan, Herr Dr. Jäger.)

und wenn du konkrete Forderungen stellst, dann muss man die erst im Ausschuss beraten.

(Heidemarie Beyer, SPD: Es geht um Entscheidungen. – Angelika Gramkow, PDS: Soweit sie haushaltsrelevant sind, müssen sie in den Ausschuss.)

Meine Damen und Herren, Sie wissen auch, dass man nur politisch handeln kann, wenn man sich wenigstens über die Eckpunkte der weiteren Arbeit einig wird. Und das bedeutet, Sie können niemandem zumuten, heute einer Entschliebung, die durchaus in Ordnung ist – das ist nicht mein Problem, aber sie geht nicht an das Problem heran –, zuzustimmen und wieder darauf zu vertrauen – und da haben wir im Augenblick nicht das Vertrauen, denn eineinhalb Jahre ist nichts geschehen, erst musste dieser Sommer kommen –,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

darauf zu vertrauen, dass Sie dann in den Ausschüssen die konkreten Vorhaben einfach wieder niederstimmen.

Ich bitte Sie herzlich – und da greife ich den Appell von Herrn Schlotmann gerne auf –, lassen Sie uns doch nicht das Schaubild geben, dass wir nicht in der Lage sind, da, wo wir ein Riesenproblem für dieses Land sehen, uns gemeinschaftlich zu verhalten und zu zeigen, wir Politiker

sind uns einig gegen den Rechtsextremismus. Und wenn Sie diesem Vorschlag folgen, Sie verzögern, nein, Sie gewinnen – Sie verlieren einen knappen Monat, Sie wissen, wann wir die nächste Landtagsitzung haben –, Sie gewinnen eine Einheitlichkeit der Demokraten zu ganz konkreten Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus. Ich hoffe, dass es Ihnen wert ist, und bitte Sie noch mal, beide Anträge in die Ausschüsse zu verweisen, damit wir einen und dann konkreten daraus machen können. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Justizminister Herr Selling. Bitte sehr, Herr Minister.

(Siegfried Friese, SPD: Glück auf!)

**Minister Erwin Selling:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns einig in dem Erschrecken und in der Abscheu über die Gewalttaten der letzten Monate, egal ob diese Hass- und Gewaltexzesse nun von rechtsextremer Ideologie oder von einer sonst menschenverachtenden Haltung gesteuert sind. Für unser Land Mecklenburg-Vorpommern liegt darin auch ein schwerer Ansehensverlust, ein politischer, sogar ein wirtschaftlicher Schaden. Auch wenn ich erkenne und an dieser Stelle ausdrücklich betonen will, dass vergleichbare Erscheinungen nicht ein Problem des Ostens oder der neuen Länder sind, sondern an vielen anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland ebenso vorkommen, so haben wir doch allen Grund, das Problem des Rechtsradikalismus in unserem Land nicht klein zu reden. Wir müssen uns diesem Problem mit aller Entschlossenheit und mit aller Tatkraft stellen. Die aus dem Kreis rechtsextrem oder fremdenfeindlich eingestellter Straftäter begangenen Gewalttaten, das Maß an Ablehnung von Menschen allein wegen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder weil sie obdachlos oder behindert sind, fordern zu einem entschlossenen politischen Handeln heraus.

Meine Damen und Herren! Unabhängig von Prävention und Erziehung – wozu hier mehrere Vorredner gesprochen haben, der Rechtsstaat, für den ich als Justizminister eine besondere Verantwortung trage – sind diese Taten mit Nachdruck, Konsequenz und Härte zu verfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist mir besonders wichtig, an dieser Stelle Folgendes festzuhalten: Die Justiz hat diese Aufgabe mit großer Ernsthaftigkeit, mit Nachdruck, mit großem persönlichen Einsatz bewältigt, immer in dem Bemühen, der Tat die Strafe auf dem Fuße folgen zu lassen. Für diese bisher geleistete Arbeit möchte ich den Staatsanwälten und Richtern sowie ihren Mitarbeitern ausdrücklich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die diesen Tätern von den Gerichten auferlegten Strafen sind in der Öffentlichkeit auf breite Zustimmung gestoßen. Diese Strafen haben Signalgebung und die eindeutige Botschaft lautete: Der Rechtsstaat weicht vor der Gewalt nicht zurück. Vollzugsdefizite bei der Anwendung des geltenden Rechts brauchen wir uns nicht vorhalten zu lassen. Diese gute Arbeit allein reicht aber nicht aus. In der Verantwortung für den Schutz der Bürger vor brutaler Gewalt müssen wir darüber nachdenken, ob das Instru-

mentarium, das uns das Strafrecht bietet, zu verbessern ist. Meine Damen und Herren, das will gut überlegt sein. Gerade wegen der Qualität der Bedrohung durch rechts-extremistische Gewalttaten müssen wir sehr genau analysieren, an welcher Stelle Verbesserungen möglich und notwendig sind. Es reicht nicht aus, noch einmal das vorzuschlagen, was schon in den letzten Jahrzehnten in Deutschland diskutiert, mit guten Gründen abgelehnt worden und dann in der Mottenkiste verschwunden ist. Deshalb, meine Damen und Herren von der CDU, führt Ihr Antrag nicht weiter.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nach meiner Überzeugung brauchen wir Gesetzesänderungen, die deutlich machen, dass Straftaten aus Hass und Menschenverachtung gegen Ausländer oder Randgruppen besonders verwerflich und besonders verabscheuungswürdig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, solche Straftaten härter zu bestrafen, als das bisher möglich war.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Okay.)

Mit den Strafen, die wir für einzelne Taten und für Täter gesetzlich vorsehen, zeigen wir sehr deutlich, ob wir ein bestimmtes kriminelles Verhalten weniger schwer oder eben ganz besonders schwer bewerten. Hier müssen wir ein Zeichen setzen.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich weiß mich einig mit meinem Amtsvorgänger Ministerpräsident Dr. Ringstorff, dass es an der Zeit ist, entsprechende Maßnahmen und Initiativen zu erarbeiten, die auf einer soliden Basis stehen und wirklich eine Antwort auf die aktuellen Probleme geben. Diese Konzepte werde ich Ihnen in Kürze vorstellen. Ich bitte um Verständnis dafür, dass das am zweiten Tag meiner Amtszeit nicht möglich ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Ich denke, es ist schon alles fertig.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schädel von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schädel.

**Monty Schädel,** PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Durchsicht meiner letzten Rede an dieser Stelle zum Thema „Rechtsextremismus im Land Mecklenburg-Vorpommern“ stellte ich fest, dass ich eigentlich alles das, was ich hier sagen könnte, schon gesagt habe. Allerdings war ich auf die Reden der CDU gespannt, denn die hatte beim Thema Rechtsextremismus beim letzten Mal vom Steine werfenden Minister Fischer, von der PKK, dem Linksextremismus, von Chaostagen in Hannover gesprochen. Ihr heutiger Antrag ist ein großer Fortschritt. Deshalb werden wir ihn in die Ausschüsse mit überweisen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Schädel, bei aller Liebe, Ihre Einschätzung brauchen wir nicht, Ihre wahrlich nicht!)

Ich denke, dass wir darüber diskutieren sollten. Sie haben, denke ich, sehr gute Ansätze.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ihre wahrlich nicht!)

Leider muss ich jedoch auch feststellen, dass sich seitdem im Land nicht so sehr viel verändert hat.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wer die linke Gewalt bejubelt, dessen Einschätzung brauchen wir nicht.)

Das heißt nicht, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Schädel ist genauso ein Abgeordneter wie Sie, Herr Rehberg. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Barbara Borchardt, PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, ich bitte, die Ausführungen des Redners zu beachten und auch zu achten. Es ist wichtig, dass wir aufeinander hören, sonst kommen wir in die politische Diskussion nicht hinein.

Bitte, Herr Schädel.

**Monty Schädel,** PDS: Ich musste leider auch feststellen, dass sich seitdem im Land aus meiner Sicht noch nicht so sehr viel bewegt. Das heißt nicht, dass ich die Bemühungen der Behörden der Landesregierung, der vielen Menschen, die sich in diesem Bereich engagieren, gering schätzen möchte, dass ich diesen Menschen vorwerfe, dass sie sich nicht bemühen darum.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist schon hanebüchen! Das ist wirklich hanebüchen!)

Ihnen in den Bündnissen gegen Rechts, in antifaschistischen Gruppen, in den Vereinen und Verbänden, in den Behörden, Gewerkschaften, Parteien, Schulen gebührt unser Dank. Hätten sie nicht immer wieder auf das Thema aufmerksam gemacht – noch bevor andere plötzlich und unerwartet zu Antifaschisten geworden sind – und darauf hingewiesen, dass Faschisten in den öffentlichen Raum drängen, und wären sie nicht so mutig gewesen, sich den Nazis in den Weg zu stellen und ihnen öffentliche Räume nicht kampfflos und widerspruchslos zu überlassen, müssten wir heute vielleicht von noch katastrophaleren Bedingungen in unserem Land ausgehen. Diesen Menschen gilt unser Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich werde nicht weiter auf diese Erscheinungen eingehen. Das haben meine VorrednerInnen bereits getan. In der Einschätzung der beiden vorliegenden Anträge schließe ich mich meinem Kollegen Peter Ritter an. Ich möchte nur nochmals wiederholen, was ich bereits in meiner Rede vor einigen Monaten hier im Haus sagte: Das Hauptproblem sind nicht die gewalttätigen Nazis und die anderen Gewalttäter, die gegen andere vorgehen. Es sind meiner Meinung nach die vielen stillen, duldbenen, zuschauenden AnhängerInnen des politischen Extremismus. Es sind der alltägliche Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit, die sich in kurzen Bemerkungen auf der Straße, in Geschäften, im Nichteingreifen, in den Juden-, Türken-, Russen-, Polen-, Schwulenwitzen ausdrücken oder in Parolen wie „Kinder statt Inder“ gipfeln, die die Gesellschaft der Bundesrepublik durchsetzt haben und leider von der Mitte der Gesellschaft zu oft mitgetragen oder widerspruchslos hingenommen werden.

Trotz aller gegenteiliger Bekundungen gibt es in der Gesellschaft der Bundesrepublik eine permanente Angst

vor dem und den Fremden. Bis in die Mitte der Gesellschaft, in allen sozialen Schichten und in allen Altersgruppen gibt es diese Sympathie für diejenigen, die umsetzen, was sie und andere denken. Die einen denken und sagen „Das Boot ist voll.“ und die anderen schlagen diejenigen tot, die in dieses trockene Boot reinwollen. Die einen grübeln über und reden von „Sozialbetrüger“ und die anderen schlagen diese „Betrüger“ eben tot. Die einen erlassen diskriminierende Asyl- und Ausländergesetze, die anderen diskriminieren AsylbewerberInnen und Ausländer. Die einen unterscheiden zwischen „nützlichen und anderen AusländerInnen“, die anderen verprügeln die „Unnützen“.

Ich rechtfertige hier keineswegs Gewalttaten. Doch wie soll diese Gesellschaft, die bereits dadurch ausgrenzt, dass sie nur Starke, Gesunde und Leistungsfähige benötigt, und wo die Heuchelei es zu besonderen Blüten bringt, wie soll diese Gesellschaft für ein friedliches Miteinander aller werben, wenn sie so bleibt, wie sie ist? Es bringt doch nichts, sich vor so einem Hintergrund damit auseinander setzen zu wollen, dass sich in dieser Gesellschaft Strukturen entwickelten, die darauf aus sind, „minderwertiges“ Leben auszusondern und nur noch „reinen“ zu wollen. Bildung und das Erleben menschlicher Verhältnisse und Umgangsformen sind notwendig.

(Beifall Götz Kreuzer, PDS,  
und Heike Lorenz, PDS)

Dafür müssen dann auch einige Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden als die, die bisher in allen Haushalten eingeplant sind. Dazu muss investiert werden, wie auch in andere Zukunftsbereiche investiert wird. Vom Reden allein kommt noch nicht viel.

Der Landesjugendring hat in seinem offenen Brief vom Februar des Jahres an die Landesregierung sehr ausführlich verschiedene Betätigungsfelder aufgezeigt. Nochmals brachten sich Jugendliche im Frühjahr und Sommer mit ihren Vorstellungen in Schriftform sowie mit der Demokratie-Tour und der StrandGut-Tour auch mit Handlungen für Demokratie und Toleranz in unserem Land ein. Vor 14 Tagen ist die gelungene Veranstaltung „Jugend im Landtag“ gelaufen. Jugendliche machen was!

Jetzt hat der Landesjugendring ein umfassendes Landesprogramm für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt – ein Programm, das nicht darauf aus ist, Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit einzuengen, ein Programm, das sich an den erprobten und durchgeführten Programmen „Tolerantes Brandenburg“ und „Weltoffenes Sachsen-Anhalt“ orientiert und die dort gemachten Erfahrungen berücksichtigt, ein Programm, das einen gesellschaftlichen Ansatz vertritt, einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, das Politik und Schule, Wirtschaft und Ehrenamt zusammenholt, das mobilisierend und initiiierend wirken soll, das Information, Prävention, Repression und Opferschutz beinhaltet, das akzeptierende Jugendarbeit nur dann zulassen will, wenn sie qualifiziert und wissenschaftlich begleitet wird, ein Programm, das Bildung, Beteiligung und Integration zum Ziel hat, das AusländerInnen und die sie unterstützenden Gruppen nicht als Gegner, sondern als Verbündete gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sieht, das Mecklenburg-Vorpommern nicht nur helfen will, sich für die ausländische Wirtschaft zu öffnen, sondern den hier lebenden Menschen auch einen Weltblick ermöglichen soll, das Schule, Ausbildung und Arbeit zu lebenswerten Orten umgestalten will, das den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zur Chefsache der Landes-

regierung und des Ministerpräsidenten macht und in die Zukunft gewandt ist.

Versuche in diese Richtung wurden ja bereits unternommen – ich ging darauf vorhin schon mal ein und einige Vorredner taten es auch –, zum Beispiel im „Für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern e. V.“, von der Landesregierung unterstützt. Doch über den Versuchsstatus ist mensch dabei leider nicht hinausgekommen, denn für Arbeit gegen Rechtsextremismus reicht guter Wille der Beschäftigten nicht mehr aus. Wenn Stellen nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten in diesem Verein wie in vielen anderen des Landes besetzt werden und nicht zuerst nach der fachlichen Qualifikation geschaut wird, dann wird es unmöglich, sich auch einmal externen Sachverstand nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen, dann bleibt es bei einem Versuch.

Die Tageszeitung (TAZ) titelte gestern „Billig gegen Rechts“ in Bezug auf diesen Versuch in unserem Land. Wer in den Kampf gegen Rechtsextremismus für Demokratie und Toleranz investiert, investiert in die Zukunft. Er zeigt jungen Menschen eine Zukunftsperspektive in unserem Land auf. Nehmen Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung und KollegInnen Abgeordnete, die Idee der Jugendlichen ernst und greifen Sie dieses Programm auf! Wer unter diesen Bedingungen bei diesem Thema immer noch von Sparen oder haushaltsneutralem Agieren redet, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und sorgt letztlich dafür, dass weiter faschistische und rechtsextremistische Auswüchse verharmlost werden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Bildungsminister Herr Professor Kauffold. Bitte sehr, Herr Minister.

**Minister Dr. Peter Kauffold:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorliegende Entschließung, der Antrag und die Aussprache behandeln eine komplexe Problematik, die uns alle beunruhigt, betrifft, beschäftigt. Ich gehöre auch zu denen, die meinen, dass diese Problematik nicht geeignet ist für die gegenseitige Profilierung der im Landtag vertretenen demokratischen Parteien, dass sie Gegenstand von Sorge ist und von Aufeinanderzugehen und Zusammenarbeit auch unter der Überschrift „Tun wir überhaupt genug, kann man hier überhaupt genug tun?“, so, wie sich die Situation abzeichnet. Und so habe ich auch den Ministerpräsidenten verstanden, den ich nun seit langem kenne und dessen Bereitschaft zur Polemik Sie auch kennen. Und diese Polemik habe ich heute völlig vermisst. Ich meine, wir müssen hier aufeinander zugehen.

Ich möchte mich auf die Aspekte beziehen, auch wenn sie vielleicht allgemeiner sind, die mit der Praktikabilität, mit der Umsetzbarkeit zu tun haben. Dazu gehört natürlich, dass das gesamtgesellschaftliche Problem auch gesamtgesellschaftliche Anstrengungen erfordert. Keine einzige Kraft wird das allein in den Griff kriegen – keine. Natürlich ist das Bildungs- und Erziehungssystem besonders angesprochen und hat besonders wichtige Aufgaben bei der Prävention von Gewalt und politischem Extremismus, der uns hier als Rechtsextremismus entgegensteht, aber es wird es alleine nicht schaffen. Das müssen wir wissen und das wissen Sie ja auch. Wenn Verbände, Vereine, Kirchen, Wirtschaft, Politik, Parteien, Medien, Eltern, Leser, Schüler hier nicht zusammenwirken, dann wird das

nichts. Deswegen brauchen wir ein Bündnis gegen Gewalt und da darf keiner fehlen.

Das Zweite, was ich sagen wollte: Die Grundhaltung, die die Voraussetzung ist für Mitmachen, ist nicht wegsehen. Also nicht wegsehen, sondern hinsehen und dann mitmachen. Und das Wegsehen ist eine sehr verbreitete Haltung in diesem Land. Das ist heute noch nicht gesagt worden. Warum wird denn weggesehen? Ich glaube, es wird auch weggesehen aus Angst, aus verschiedenen Gründen:

- a) Angst vor körperlicher Beschädigung oder Sachbeschädigung, aber auch Angst davor, dass irgendein Standort schlecht geredet wird, ganz egal welcher Standort, ob es eine Kommune ist oder eine Schule. Solche Angst kann man nicht nebenbei per Verfügung korrigieren. Da muss Überzeugung geleistet werden. Eine wichtige Maßnahme der Überzeugung ist dabei die Wahrnehmung der Geschlossenheit der verantwortlichen Kräfte, auch der politischen Kräfte, auch der Parteien. Und deswegen ist es ein Jammer, wenn nicht alle demokratischen Parteien sich hier eintakten, sich hier zusammenschließen. Das ist also auch etwas, was für die Praktikabilität dieses Problems von Bedeutung ist.
- b) Aus der gesamtgesellschaftlichen Aufgabenstellung ergibt sich natürlich auch die Notwendigkeit, Schnittstellen zu besetzen, und die müssen wir beachten. Ganz wichtig ist die Schnittstelle Eltern/Schule. Gerade dieser Bereich zeigt sehr deutlich, wie notwendig das ist, wie leicht aber an diesen Schnittstellen Schuldzuweisungen erfolgen. Eltern verlangen von der Schule viel mehr, als die Schule leisten kann, und verlagern die Schuld auf die Schule und die Schule verweist auf die Eltern. Alle müssen mehr tun. Und mit Schuldzuweisungen ist hier überhaupt nichts getan, absolut nichts.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das lähmt, blockiert nur und zwingt zu Rechtfertigungen, veranlasst zu Rechtfertigungen, anstatt dass man sich gemeinsam überlegt, was man besser machen kann.

(Beifall Herbert Helmrich, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bedanke mich bei Ihnen für Kritiken, ich bedanke mich sehr. Ich habe den erfreulichen Eindruck im Verlaufe dieser Diskussion,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

dass sich hier vielleicht doch Haltungen, Meinungen, Bereitschaften aufeinander zu bewegen. Vielleicht ergibt sich das dann auch am Ende der Beratung der vorliegenden Entschließung des Antrages in den Ausschüssen. Ich biete Ihnen schon jetzt an, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Zusammenwirken von Exekutive und Legislative – Sie fordern ja ständig auf zu konkreten helfenden Kritiken: Ich werde Sie einladen zu Beratungen, die die Problematik der Gewalt des Rechtsextremismus zum Gegenstand haben. Vielleicht kommen wir dann auch gemeinsam weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich bin der Letzte, der nicht bereit ist, Kritiken anzuhören. Natürlich muss man da ein bisschen aufpassen,

Herr Rehberg. Bei Ihnen muss man da ein bisschen aufpassen. Heute früh haben Sie schon etwas von 50 Millionen DM erzählt

(Dr. Berndt Seite, CDU: Aha.)

und mir schlotterten schon beinahe die Knie, muss ich sagen, aber ich bin schnell darüber informiert worden, dass das 50 Millionen DM waren, die überhaupt nicht disponibel sind. Sie werden das noch merken bei der Ausschussberatung. Ich hätte sie gerne mehr, aber ich konnte sie nicht mehr kriegen, das muss ich sagen, und Sie werden sie auch nicht heranschaffen.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Da hätten Sie sich erst mal informieren müssen, Herr Kauffold! Ist das traurig!)

Sie werden sie auch nicht heranschaffen. Wenn Baumaßnahmen abgeschlossen sind, dann kann ich nicht sagen: Aber dafür möchte ich jetzt noch mal ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Treten Sie lieber dafür ein, dass wir ein Sanierungsprogramm für Schulen kriegen!)

Herr Rehberg, wenn wir wirklich so miteinander arbeiten wollen, wie ich es Ihnen anbiete, dann müssen wir auf Tricks verzichten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Doch, doch, doch!

Und bei L.I.S.A. habe ich bei der Vielzahl nicht alles drauf, was die machen. Da muss ich um Nachsicht bitten. Ich habe mir schnell jetzt mal sagen lassen, was die alles machen. Und L.I.S.A. macht ziemlich viel. L.I.S.A. macht sicherlich immer noch nicht genug, aber L.I.S.A. macht sehr viel auf diesem Gebiet. L.I.S.A. macht Schulleiterfortbildung, die wird gezielt angeboten. L.I.S.A. hat dazu beigetragen, die Problematik der Gewaltprävention in die Rahmenpläne für Geschichte und Sozialkunde einzuarbeiten. Das ist dort verankert, aber es reicht noch nicht. Wir werden diese Rahmenpläne überarbeiten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es werden Schulschlichterprogramme angeboten. An allen Schularten sind sie etabliert. Sie arbeiten mit Erfolg – ich sage dazu aber noch was. Es werden ständig zur Gewaltproblematik schulinterne Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Es ist in Vorbereitung ein ...

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Herr Rehberg, ich finde das nicht lächerlich.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein. Sagen Sie, dass es kein Fortbildungsangebot zum Thema Rechtsextremismus gibt!)

Bei dieser Problematik gibt es hier nichts zu lachen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es wird vorbereitet ein Sozialkundelehrertag.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es geht um Ihre hilflosen Rechtfertigungsversuche.)

Nein, jetzt keine Rechtfertigungsversuche. Aber ich möchte der Behauptung, die Sie hier aufstellen, ein paar konkrete Angaben gegenüberstellen.

Es werden Lehrerfortbildungen für die deutsche Diktaturgeschichte angeboten. Es werden auch Multiplikatoren für die Berufsschulen und für die allgemein bildenden Schulen für die schulinterne Fortbildung für die Gewaltproblematik ausgebildet. Das sind also laufende Aktivitäten.

Es ist allerdings eine Tatsache, dass die schulinterne Fortbildung zu diesen Problembereichen nicht so angenommen wird wie zu anderen Problemen.

(Heidemarie Beyer, SPD: Tja.)

Das ist eine Tatsache. Das liegt aber nun auf dem Tisch des Bildungsministers. Da muss ich mich fragen, ob ich da genug tue. Und hier werde ich verfügen. Hier werde ich nämlich verfügen, dass diese schulinterne Fortbildung anzunehmen ist, und zwar regelmäßig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich habe mich in den letzten Monaten sehr intensiv mit Schulleitern über die Problematik unterhalten. Es wird mir deutlich, dass in den Schulen nicht systematisch analysiert wird:

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Wie ist die Situation in den Schulen? Welche Gefahrenpotentiale, welche Auffälligkeiten sind da? Und das ist auch verfügbar. Ich werde also verfügen, dass in den Schulen regelmäßig die Situation analysiert wird. Das ist eine weitere Problematik.

Es ist auch in Vorbereitung und wird in der nächsten Woche noch in den Druck gehen eine Handreichung für die Lehrer zur Gewaltprävention. Sie werden sie dann Anfang Oktober zur kritischen Begutachtung bekommen.

Es läuft allerhand, es läuft aber immer noch nicht genug. An den allgemein bildenden und beruflichen Schulen gibt es über 300 Gewaltpräventionsprojekte. Wir werden diese Gewaltpräventionsprojekte auch benennen und in den Bildungsserver stellen. Wir werden eine Angebotsmesse veranstalten für die Lehrer, die dazu ermutigt, die Schulen, die noch nicht solche oder vergleichbare Maßnahmen haben, aufzunehmen.

Es sind eine Reihe von Initiativen im Gange. Ich selbst habe in Gang gesetzt die Initiative „Kultur gegen Gewalt“, die recht erfolgreich angelaufen ist und die auch aus dem Haushalt unterstützt wird.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir arbeiten im Bereich dieser Problematik, aber wir tun immer noch nicht genug. Und es ist auch nicht so, dass wir keine programmatische Grundlage haben. Ich weiß nicht, ob der Innenminister noch sprechen wird. In dieser Woche ist im Kabinett das Landesprogramm zur Kriminalprävention beraten und verabschiedet worden und das sieht konkrete Handlungsaufträge vor für die Landesregierung, auch im Bereich der Bildung und Erziehung, die uns dann in der nächsten Zeit Grundlage zum Handeln sein werden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

**Steffie Schnoor,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzte Aktuelle Stunde

zum Thema Rechtsextremismus liegt kaum sechs Monate zurück und es ist fast auf den Tag genau vier Monate her, als SPD und PDS im Landtag einen umfassenden Antrag der CDU-Fraktion zum Vorgehen gegen extremistisch motivierte Gewalttaten ablehnten.

(Andreas Bluhm, PDS:  
Sehr eingeleigt, Frau Schnoor!)

Sie müssen sich daher die Frage stellen lassen, ob nicht vieles, was wir in diesem Sommer erlebten, vermeidbar gewesen wäre, wenn Sie im Dezember 1999 oder im Mai des Jahres 2000 unseren Anträgen gegen Rechtsextremismus und Gewalt zugestimmt hätten.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:  
Sie verkennen die Realität, Frau Schnoor. –  
Peter Ritter, PDS: Wie wär's denn mit Dezember '91 gewesen? Wie wär's denn mit Dezember '91? – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Im Übrigen frage ich mich nach wie vor: Wo war eigentlich der Ministerpräsident, als kriminelle Gewalttäter Obdachlose töteten? Warum sind Sie, Herr Ministerpräsident, nicht vor Ort gewesen und haben Zeichen gesetzt oder der Innenminister oder der stellvertretende Ministerpräsident?

(Dr. Berndt Seite, CDU: Ja.)

Und ich stelle mir auch die Frage, wo der Aufschrei der Landesregierung war, als ein Mitglied einer Regierungsfraktion, was hier heute auch geredet hat, die kriminellen Gewaltausbrüche so genannter Linker Autonomen in diesem Sommer in Rostock rechtfertigte.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Ja bitte.)

Auch diese Gewalttäter, meine Damen und Herren, sind Kriminelle.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Sie haben allen Realitätssinn verloren, Frau Schnoor.)

Wer deren Tun rechtfertigt, macht mit Kriminellen gemeinsame Sache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute reden wir im Parlament wieder über extremistische Gewalt. Dabei wäre es doch wohl endlich an der Zeit zu handeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen keine immer neuen symbolhaften Handlungen oder Fensterreden. Die Erwartung an die Gesellschaft allein reicht nicht.

(Heidemarie Beyer, SPD: Ja, Sie können auch was tun, Frau Schnoor. Einigkeit zeigen!)

Jeder muss sich in seinem engsten Verantwortungsbereich konkret für die Demokratie einsetzen. In unserem ganz persönlichen Einflussbereich gilt es, Nägel mit Köpfen zu machen.

(Heidemarie Beyer, SPD: Ja, wir können Toleranz zeigen in diesem Haus.)

Deshalb ist es wichtig, dass wir als Abgeordnete an die Schulen und Berufsschulen gehen, dass wir Vereine und Jugendgruppen unterstützen. Projekte wie „Sport statt Gewalt“ und „Kunst statt Gewalt“ sind erforderlich und benötigen weiter eine breite Unterstützung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Die Initiative der Wirtschaft gegen Gewalt und Extremismus ist ein Weg, wie ganz konkret etwas für die Demokratie getan werden kann. Solche Wege gilt es weiter zu beschreiten. Und deshalb, meine Damen und Herren, ist es notwendig, dass wir hier im Landtag die Grundlage dafür schaffen, dass der Staat endlich tatsächlich eingreifen kann, wo unsere demokratische Grundordnung in Frage gestellt wird. Dazu möchte ich Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten der Regierungsfractionen, auffordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schädlich für die Auseinandersetzung mit extremistischen Gewalttätern, wenn nur wohlfeile Reden gehalten werden. Statt zu polemisieren und zu schwadronieren muss der Staat handeln und klare Grenzen aufzeigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Genau dies vermisste ich in Ihrem Antrag. Sie ergehen sich in Worthülsen und Selbstverständlichkeiten, sind aber nicht bereit, Gesetze und Verordnungen den Erfordernissen anzupassen.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:  
Unverschämt! Das ist unverschämt, Frau Schnoor, was Sie hier sagen! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wer tatsächlich etwas für die Demokratie in unserem Land tun will, muss dies an jeder Stelle deutlich werden lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. –  
Heidemarie Beyer, SPD: Ja, ist richtig,  
Frau Schnoor, auch wir, auch wir. –  
Volker Schlotmann, SPD: Ach, lass sie!)

Wir werden den Haushalt noch beraten.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Aber lassen Sie mich trotzdem schon heute als einen Vorgriff illustrieren, dass bei Ihnen Reden und Tun nicht ineinander greifen. Sie haben zum Beispiel im Haushalt 2000 die Maßnahmen für Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer halbiert.

(Volker Schlotmann, SPD: Wie weit ist das mit der Union gekommen, dass Sie hier Landesvorsitzende sind?! – Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Und dies, Herr Minister, ist sehr konkret. Obwohl jetzt allen ersichtlich wird, dass dies der falsche Weg war, soll sich daran in diesem Jahr nichts ändern. Nötig ist aber – das wissen wir alle – mehr Aus-, Fort- und Weiterbildung, um die Lehrer für die Auseinandersetzung mit extremistischen Ideen und Vorstellungen fit zu machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Unruhe bei Ministerin Sigrid Keler)

Beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung wollen Sie im Jahr 2001 zu Lasten der Unterstützung lokaler Projekte kürzen

(Harry Glawe, CDU: Ja. –  
Dr. Berndt Seite, CDU: Die Hälfte sogar.)

und auch in der Landeszentrale für politische Bildung soll der Rotstift angesetzt werden. Meine Damen und Herren, dort fallen im Übrigen mit den Projekten „Gewalt und

Demokratie“ sowie „Gegen Rechtsextremismus“ offenbar genau jene Projekte weg,

(Harry Glawe, CDU: Das kann nicht gehen.)

die wir jetzt in diesem Moment besonders dringend brauchen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: So ist es. –  
Angelika Gramkow, PDS: Das habe ich Ihnen heute schon in der Haushaltsrede erzählt, Herr Glawe. – Harry Glawe, CDU: Sie erzählen aber öfter was.)

Meine Damen und Herren, ich frage mich, was Ihr Antrag hier soll, wenn Ihre tatsächliche Politik das Gegenteil bewirkt. Und ich glaube da nicht mehr an ein Versehen, wie Frau Gramkow behauptete.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade wenn es um das Ringen für die Demokratie geht, ist sprachliche Genauigkeit sehr wichtig. Deshalb habe ich darauf hingewiesen, dass der Begriff „rechts“ für die politische Auseinandersetzung zu unscharf und daher ungeeignet ist.

(Peter Ritter, PDS: Kleinkariert.)

Deshalb habe ich zu einem positiven Engagement für unsere Demokratie aufgerufen. Wir, die wir politische Verantwortung tragen, haben die Aufgabe, die Menschen für ein Engagement in und für die Demokratie zu motivieren und zu begeistern. Und wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass nicht der Eindruck entsteht, der Staat verliere in manchen Regionen sein Gewaltmonopol. Das gilt es zu ändern. Der Staat muss die Möglichkeit haben, Grenzen zu ziehen, deren Überschreitung harte Sanktionen nach sich ziehen. Deshalb fordere ich Sie auf: Setzen Sie ein Zeichen und stimmen Sie dem Antrag der CDU-Fraktion zu

(Volker Schlotmann, SPD: Na, wat denn nu?!)

oder überweisen Sie, wie bereits vorgeschlagen, beide vorliegenden Anträge in die Ausschüsse!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Volker Schlotmann, SPD: Die Aufforderung zum Rechtsbruch. – Angelika Gramkow, PDS: Nee, Ihr Antrag kann nicht beschlossen werden, er ist haushaltsrelevant, Frau Schnoor.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm. Bitte sehr, Herr Minister.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Innenminister dieses Bundeslandes ist mir das Thema Rechtsextremismus und Gewalt dasjenige, was mich am meisten berührt, auch persönlich am meisten berührt, und zwar nicht nur des Umfangs von Gewaltstraftaten wegen, sondern weil es hier um eine Frage nach den Voraussetzungen unseres demokratischen Gemeinwesens geht, die der demokratische Staat sich selber nicht geben kann.

Artikel 1 Grundgesetz sagt, die Achtung der Menschenwürde steht im Mittelpunkt der demokratischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Angesprochen sind damit Grundwerte wie Humanismus, Toleranz und der Umgang mit Minderheiten wie Schwache und Fremde. Und als Innenminister muss ich sagen, die Polizei verfolgt Straftaten hart und konsequent, aber es ist bereits zu spät, wenn die Polizei einschreiten muss, näm-

lich dann, wenn Obdachlose in diesem Land ermordet werden. Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die CDU sagt, sie wolle eine gemeinsame Erklärung nicht unterschreiben, nicht Worte, sondern Taten seien hier gefordert. Ich sage Ihnen, die Ächtung der demokratiefeindlichen Auffassungen und Bestrebungen muss von allen Demokraten unterschrieben werden können, auch in Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

und zwar auch in diesem Landtag.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner  
übernimmt den Vorsitz.)

Oder aber sollten etwa die Herren Merz und Glos in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Recht haben und sozusagen die CDU-Landtagsfraktion an ihrem Gängelband führen, wenn sie sagen, dass die PDS-Regierungsbeteiligung die Ursache für den Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern sei?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist klar. –  
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich sage Ihnen, ich habe mir beispielsweise am 14. September 2000 eine Pressemitteilung aus Thüringen durchgelesen, in der mein Kollege Köckert, Innenminister in Erfurt, sagt, in Thüringen gebe es immer mehr Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Allein in den ersten sechs Monaten 2000 seien 687 rechtsextremistische Vergehen verfolgt worden, 133 Fälle mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern haben wir vom 01.01.1999 bis 31.08.1999 180 Straftaten in diesem Bereich gehabt, im Vergleichszeitraum des Jahres 2000 127 – ein Rückgang. Und ich sage Ihnen, die Maßnahmen, die die Landesregierung begonnen hat, können offensichtlich so falsch nicht sein, auch dann, wenn selbstverständlich jede einzelne Straftat eine Straftat zu viel ist.

Wir haben mit der Regierungsübernahme im November 1998 in der Landespolizei durch den MAEX-Erlass einige Polizeibeamte, mehr als 30 insgesamt, für den besonderen Einsatz gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt eingesetzt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir haben durch den so genannten Konzert-Erlass klar gestellt, wie die Ordnungsbehörden der Kommunen gemeinsam mit den Polizeidienststellen getarnte rechtsextremistische Musikveranstaltungen unterbinden können. Der Bäderdienst ist deutlich ausgerichtet auf das Thema Rechtsextremismus in den Sommermonaten. Wir haben ein Programm der Landesregierung zur Kriminalitätsprävention soeben in dieser Woche verabschiedet. Außerdem haben wir dem Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung eine Geschäftsstelle gegeben und dieser Geschäftsstelle einen eigenen Haushalt und so weiter. Ich will nur noch erwähnen, dass wir eine Reihe von Broschüren als konkrete Handreichungen herausgebracht haben.

Ich sage noch einmal ganz klar: Wir werden mit aller Konsequenz jedwede Form des Rechtsextremismus und

der Jugendgewalt in diesem Lande zurückdrängen. Der Staat wird mit Klarheit und mit Deutlichkeit sein Gewaltmonopol unmissverständlich vertreten. Er wird nicht zögern, hier entschlossen vorzugehen.

Das Defizit, das ich als Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern derzeit sehe, liegt nicht unbedingt im Bereich der Strafverfolgungsbehörden, bei Polizei oder etwa beim Verfassungsschutz, meine Damen und Herren, das Defizit liegt in unserer Gesellschaft, in der junge Menschen davon auszugehen scheinen, dass das Umbringen von Obdachlosen nicht scharf geächtet, sondern vielleicht sogar eher still befürwortet wird.

Meine Damen und Herren, die latente fremdenfeindliche, intolerante, gewaltbereite Stimmung im Land und darüber hinaus – nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern tatsächlich ist dies eben leider inzwischen ein europäisches Problem geworden –, die bei Kindern und Jugendlichen zum Ausdruck kommt, ist das Defizit, ist das Thema, um das es uns Demokraten gemeinsam gehen muss.

Die Ursachen hierfür liegen teilweise in der DDR, teilweise natürlich in der Umbruchszeit und teilweise auch in anderen Bereichen. Frau Gramkow, ich will meine Auffassung zu Ihrem Zitat aus der Verfassung der DDR, die DDR sei kraft Verfassung antifaschistisch gewesen, auch mitteilen. Ich meine, die Frage ist durchaus zu stellen, ob die DDR sozusagen in ihrer Gesellschaft tolerant war, ob sie fremdenfreundlich war, ob sie humanistisch war. Oder aber es ist durchaus die Frage zu stellen, ob der verordnete Antifaschismus in der DDR nicht eine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Phänomen des Nationalsozialismus eher verhindert hat. Die Frage darf man ja wohl stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Angelika Gramkow, PDS: Das ist auch völlig  
berechtigt. – Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Und ich meine, sie muss auch gestellt werden. Ich erinnere mich noch an die Skinheadbewegungen in den achtziger Jahren – da war ich Pastor an der Müritz –, vielleicht Sie auch, Herr Dr. Seite,

(Herbert Helmrich, CDU: Pastor?)

im damaligen Landkreis, in dem wir gelebt haben, oder auch an die Vorgänge mit Skinheads an der Berliner Zionskirche. Das war zur DDR-Zeit, nur es war sozusagen nicht die veröffentlichte Meinung. Man durfte dieses Phänomen in der DDR-Zeit jedenfalls öffentlich und offiziell nicht diskutieren. Ich erinnere mich auch an die Diskreditierung der Solidarnosc-Bewegung mit teilweise antipolnischen Untertönen, die wir in den achtziger Jahren erlebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und deswegen, meine ich, ist durchaus die Frage zu stellen, wo in unserer Geschichte Ursachen für den jetzigen Ausbruch von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit liegen.

Das war nur ein Aspekt. Es gibt sicherlich vielfältige andere Ursachen: Mangelnde Konfliktfähigkeit in unseren Familien, aber auch Schulklassen und anderen Gruppen, insbesondere Jugendgruppen, Andersdenkende und Anderslebende werden nicht als Bereicherung, sondern eher als Bedrohung empfunden, die Frage, nach welchen Erziehungsprinzipien wir selbst – und wir selbst erziehen uns – zu DDR-Zeiten erzogen worden sind,

(Dr. Berndt Seite, CDU: Erzogen sind wir in unseren Elternhäusern.)

all das sind meiner Meinung nach Fragen, die berechtigt gestellt werden dürfen. Aber ich sage auch, es gibt keine Entschuldigung – mit einem Hinweis, auf welche Ursachen im Einzelnen auch immer – für Straftaten eines Ausmaßes, die in keiner Weise hier in diesem Land und darüber hinaus geduldet werden dürfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, ich will auch sagen, dass ich mich in meiner Arbeit als Innenminister vom christlichen Menschenbild leiten lasse. Dieses Menschenbild hat solche Elemente wie Vergebung und Neuanfang. Und deswegen ist es mein Ansatz, auch Jugendlichen im rechtsextremistischen Milieu eine Chance zum Neuanfang zu geben, auch dann, wenn sie straffällig geworden sind.

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Und deswegen sage ich, wir dürfen diese Jugendszene nicht tolerieren, wir dürfen sie nicht akzeptieren, aber wir sind herausgefordert, sie kritisch zu integrieren in diese Gesellschaft und ihre Zukunft. Wir können nicht 30 Prozent der Jugendlichen in unserer Gesellschaft verloren geben. Das wäre aus meiner Sicht für diese Demokratie der Untergang.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Und, meine Damen und Herren, weil uns wissenschaftliche Untersuchungen sagen, dass 30 Prozent der Jugend anfällig sind für fremdenfeindliche, rassistische, rechtsextremistische Ideologien, Gedankengänge und Symbole, meine ich, sind wir alle herausgefordert, an diesen Voraussetzungen des demokratischen Gemeinwesens gemeinsam zu arbeiten. Hier sind die Polizei, die Staatsanwaltschaft sowie der Verfassungsschutz völlig überfordert, bei dieser Herausforderung allein Präventionsarbeit machen zu wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und das, meine Damen und Herren, zeigt mir auch sehr deutlich, dass wir in diesem Bundesland, in dem wir derzeit von 800 bekannten gewaltbereiten Personen im Bereich der Skinheadszene ausgehen müssen, klar und unmissverständlich durch die Polizei, durch die MAEX-Einheiten Flagge zeigen müssen, in dieser Gesellschaft offensichtlich einen Consensus haben, der bestimmte Straftaten in diesem Milieu eben gerade nicht ächtet. Das ist die Herausforderung, vor der wir Demokraten gemeinsam stehen.

Ich will es abschließend so sagen: Es gibt ein Defizit, es gibt eine gewisse Überzeugung bei rechtsextremistischen Straftätern, dass ihre Handlungen in dieser Gesellschaft geduldet oder möglicherweise sogar heimlich befürwortet werden. Und dagegen müssen wir gemeinsam vorgehen, auf allen Ebenen, wo wir dieses machen können, und das nenne ich Präventionsarbeit. Da gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten und letztlich ist jede einzelne Möglichkeit immer dann besser, wenn man sie ergreift, als darüber zu lamentieren, was man nicht macht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Innenminister.

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr.

**Volker Schlotmann,** SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vier Bemerkungen zur abgelaufenen Diskussion, zum einen zum Redebeitrag von Frau Schnoor. Frau Schnoor, Kleingeistigkeit bleibt jetzt von mir hier unkommentiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, oh, oh! – Harry Glawe, CDU: Ganz schön dreist.)

Zweitens. Wir haben als Fraktion sehr ernsthaft darüber nachgedacht, ob wir eine namentliche Abstimmung zu unserer Entschließung durchführen wollen. Wir haben uns dann darauf geeinigt, dass wir die Methoden, die die CDU sonst an dieser Stelle anwendet, diesmal nicht praktizieren.

Dritte Anmerkung. Im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe muss das Werte- und Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen gestärkt werden. Dafür lassen Sie uns gemeinsam ein Signal setzen, bei allem Streit und bei allen Unterschieden.

Und viertens meine Aufforderung und Bitte an die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion: Bei diesem Thema darf es eigentlich keinen Fraktionszwang geben. Haben Sie den Mumm und stimmen Sie unserer Entschließung gemeinsam zu!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Danke, Herr Schlotmann.

Ich schließe hiermit die Aussprache.

Die Fraktionen der PDS und SPD haben in Bezug auf ihren Antrag auf Drucksache 3/1487 Abstimmung in der Sache beantragt. Seitens der Fraktion der CDU ist jedoch im Rahmen der Debatte beantragt worden, diesen Antrag zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss zu überweisen. Der Überweisungsantrag geht dem Antrag auf Abstimmung in der Sache vor. Deshalb lasse ich zunächst über diesen Überweisungsantrag abstimmen.

Wer der Überweisung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1487 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Vielen Dank.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schade, liebe Kollegen.)

Gegenprobe. – Danke.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schön.)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1487. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1487 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei

einer Gegenstimme eines Abgeordneten der CDU, ansonsten Stimmenthaltung angenommen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1492 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entlassung der Sozialministerin, auf Drucksache 3/1491.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Entlassung der Sozialministerin  
– Drucksache 3/1491 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Thomas von der CDU-Fraktion.

**Reinhardt Thomas**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es gab in Deutschland einmal eine forensische Skandalklinik. Das war bis zu den Vorfällen in Ueckermünde die Forensik in Düren in NRW. Der gefährlich laxer Umgang mit Schwerverbrechern und Sexualstraftätern in Düren kostete einige Frauen das Leben, andere wurden vergewaltigt. Bis heute setzen einige Politiker auf ein Therapiekonzept, das die Gefährlichkeit der Straftäter zu wenig berücksichtigt. Sie nehmen damit in Kauf, dass Leib und Leben unschuldiger Bürger, vor allen Dingen Frauen und Kinder, gefährdet werden.

Ueckermünde ist aus meiner Sicht eben kein Zufall. Wer nach den Ursachen von Ueckermünde fragt, der muss nach den Einstellungen einiger Damen und Herren zum Maßregelvollzug fragen. Die fängt in den Köpfen an, nämlich in den Köpfen vieler deutscher Azzolas, die immer noch daran glauben, aus allen Gewalt- und Sexualstraftätern nette und friedliche Freigänger machen zu können. Zwangsläufig wird bei dieser Grundeinstellung die Frage der Sicherheit vernachlässigt. Und dass das so ist, hat uns die Pannenserie von Ueckermünde leider bewiesen. Das begann doch schon 1997

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das begann viel früher. Viel früher hat das begonnen!)

mit dem ersten Ausbruchversuch und einem verletzten Pfleger. Daraufhin forderten die Pfleger einen Alarmplan und ein Training für solche Zwischenfälle. Sicherheitsmängel gab es also schon länger, von mir aus auch schon davor, Herr Dr. Schoenenburg.

Circa dreieinhalb Wochen vor dem ersten Ausbruch von Zander wurden der Chefarzt Ludwig und Pflegedienstleiter Schindler auf die Sicherheitsprobleme schriftlich von ihrem Personal hingewiesen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Nach dem Ausbruch von Zander und Ziegler am 30. Oktober vorigen Jahres erhielten Frau Dr. Bunge und Professor Azzola diese Information. Laut Radio MV sprach Frau Dr. Bunge mit einem Pfleger über dessen

Befürchtungen. Trotz der deutlichen Hinweise auf das fehlende Sicherheitskonzept blieb die Sozialministerin aber untätig. Die Statements von Frau Dr. Bunge und ihrem Staatssekretär Professor Azzola in der Sitzung des Sozialausschusses am 8. November vorigen Jahres machten uns klar, dass solche Ausbrüche wieder passieren müssen. Für Frau Dr. Bunge war Ueckermünde eine der ausbruchssichersten Kliniken Deutschlands, Professor Azzola eierte nur herum und versuchte die Fragesteller in der ihm eigenen Art zu belehren. Erst nach unseren hartnäckigen Nachfragen versprach er, den Problemen nachzugehen. Die Antworten fehlen allerdings bis heute. Mit widersprüchlichen Aussagen über Informationen der Klinik an das Sozialministerium über die Gefährlichkeit der einsitzenden Straftäter und über vorhergegangene Ausbruchversuche, von denen das Sozialministerium wiederum nichts wusste oder nichts wissen wollte, versuchten sich die Verantwortlichen in hochnotpeinlicher Weise gegenseitig herauszureden. Die dabei offenbarte Einstellung von Frau Dr. Bunge, von Professor Azzola und der Anstaltsleitung zu einem Sicherheitskonzept, das diesen Namen eigentlich nicht verdient, war erschreckend.

Für die SPD war die Gefährdung von Leib und Leben nur ein Schlechttreden der Anstalt.

(Reinhard Dankert, SPD: Na, na, na!)

Der Betreiber der Anstalt war nicht einmal in der Lage

(Dr. Margret Seemann, SPD:  
Das ist ja 'ne Unverschämtheit!)

– nachzulesen im Protokoll – zu sagen, wie viele Schwerstkriminelle und Sexualstraftäter dort in Ueckermünde untergebracht sind. Und für Professor Azzola lag die Definitionsmacht, also die Entscheidungsmacht, für Freigänge nur – ich betone, nur – beim behandelnden Arzt. Noch in der Sitzung des vorigen Monats am 9. August war Professor Azzola nichts aufgefallen, was der Klinikleitung vorzuwerfen ist. Ich wiederhole: In den Köpfen fängt der Stellenwert der Sicherheit an.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist doch nicht wahr, Herr Thomas, was Sie da erzählen!)

Deshalb fehlte auch die notwendige Abstimmung zwischen dem Innenministerium, dem Justizministerium und dem Sozialministerium. Uns wurde schon im November 1999 klar, dass es ein Sicherheitskonzept, das diesen Namen verdient, mit Frau Dr. Bunge und Professor Azzola niemals in Ueckermünde geben wird.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Wir haben Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit sowie zur Übertragung der Fachaufsicht auf das Sozialministerium bei den Beratungen zum PsychKG eingebracht. Sie wurden leider allesamt und ganz locker abgelehnt. Um das noch einmal deutlich zu sagen, es gibt keine Anstalt, die hundertprozentig sicher ist. Ihre Einstellung aber ist es, die Ausbrüche von Schwerstkriminellen und Sexualstraftätern aus dem Maßregelvollzug begünstigt und damit Leib und Leben Unschuldiger gefährdet.

(Heike Lorenz, PDS: Das ist eine ungezogene Unterstellung.)

Wer in der Abwägung von Therapie und Sicherheit die Sicherheit im Maßregelvollzug trotz konkreter Forderungen der CDU und wiederholter Ausbrüche so sträflich schleifen lässt, der muss auch die politische Verantwort-

tung dafür übernehmen. Das heißt, die Sozialministerin und ihr Staatssekretär tragen für alles, was nach dem 8. November vorigen Jahres passierte, die volle persönliche und politische Verantwortung.

Schon die Ausschusssitzung am 3. August 2000 zeigte, dass weder Frau Dr. Bunge noch Professor Azzola die Forderungen und Kritiken der CDU vom 8. November 1999 ernst genommen, geschweige denn umgesetzt haben. Die Vergewaltigung vom 21.07.2000 offenbarte eine Flut von Missständen und einen unglaublichen Kompetenzwirrwarr. Die offenkundige Hilflosigkeit der PDS-Sozialministerin gegenüber den unhaltbaren Zuständen in der Klinik war eine permanente Gefahr für die Bevölkerung in der Region. Eine schriftliche Abmahnung gegenüber zwei Mitarbeitern der mittleren Leitungsstufe angesichts der Tatsache, dass zwei Frauen einer tödlichen Gefahr ausgesetzt wurden, ist nur noch als skandalös zu bezeichnen. Frau Dr. Bunge hat es aus meiner Sicht billigend in Kauf genommen, dass nach mehreren Ausbrüchen weder die Sicherheitsvorkehrungen verbessert noch fachliche Schwachstellen beseitigt wurden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist aber ganz und gar falsch, was Sie da erzählen!)

Die Forensik in Ueckermünde hat sich unter Frau Dr. Bunge und Professor Azzola längst verselbständigt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Die Protokolle sagen aber was anderes, Herr Thomas. Dann lesen Sie sie mal!)

Es ist leider so. Der laxer Umgang mit gefährlichen Straftätern gehört dort zur Tagesordnung. Das stand im Übrigen ja auch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage. Frau Dr. Bunge und den Vertretern des freien Trägers fiel nichts anderes ein, als ein Gutachten in Auftrag zu geben, anstatt selbst konkrete Maßnahmen durchzusetzen.

Die Handhabung des Freigangs in der Klinik konnte man nur noch als unfassbar bezeichnen. Straftäter, die wegen schwerer Straftaten und schwerster Sexualdelikte eingewiesen wurden, waren in der Klinik in so genannte Wohngruppen integriert. Unter Leitung eines ärztlichen und eines pflegerischen Leiters wurde in der Gruppe der Grundsatzbeschluss über den Freigang getroffen und die Lockerungsstufe festgelegt. Das aber geschah nur auf der Basis des Verhaltens in der Wohngruppe. Der Betroffene hatte sogar das Recht, jemanden zu bestimmen, der ihn beim Freigang begleitet. Die Einweisungsgründe für gefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter über Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie die dazugehörigen Gutachten spielten bei diesen Entscheidungen in der Klinik keine Rolle. All das war Frau Dr. Bunge und Herrn Professor Azzola bekannt. Und das haben sie bis zur letzten Minute verteidigt. Beide haben von dieser unverantwortlichen und äußerst gefährlichen Praxis gewusst.

In den Ausschusssitzungen des vorigen Monats verteidigte Frau Dr. Bunge diese Praxis noch vehement. Einen von der CDU geforderten und vom Aufsichtsratschef für gut befundenen unabhängigen Gutachter lehnte Frau Dr. Bunge im Ausschuss vehement ab. Mit einer schriftlichen Abmahnung und einem Blumenstrauß für die vergewaltigte Frau glaubte sie ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist ja!)

Das ist schon mehr als makaber.

Und für Frau Koburger, die alle Frauen der Welt schützen will, waren unsere Fragen nur Panikmache, und es brachte sie natürlich auf die Palme.

Die Flucht von Zander und sein Anruf bei N3 im „Nordmagazin“ offenbarte dann für jedermann die Sicherheitsmängel, über die Frau Dr. Bunge und Professor Azzola spätestens seit Dezember 1999 informiert waren, und deren gefährliche Untätigkeit. Zander hat Frau Dr. Bunge, Professor Azzola, aber auch Herrn Dr. Ringstorff in peinlichster Weise vorgeführt. Nach solch einer Pannenserie, spätestens aber nach dem Ausbruch von Zander am 8. August 2000, hätte jeder Minister, der auf seine Akzeptanz in der Bevölkerung noch etwas Wert legt, seinen Rücktritt eingereicht. Der Ausbruch von Zander brachte aber offenbar nur etwas Unruhe in die Koalition von SPD und PDS.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Das ärgert Sie natürlich.)

Die Enttäuschung von einem SPD-Mann und die indirekte Rücktrittsforderung von einem PDS-Mann waren die einzigen vernünftigen Reaktionen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Das haben Sie völlig falsch gelesen.)

auf diese unglaublichen Zustände.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Sie waren aber bestimmt mit Zander im Heizungskeller, Herr Thomas.)

Fünf Wochen vergingen. Die Presseerklärung des Ministerpräsidenten vom 13.09.2000 mit der Übertragung der Verantwortung für den Maßregelvollzug auf den neuen Justizminister war trotzdem eine herbe Ohrfeige für Frau Dr. Bunge und Professor Azzola, peinlich besonders für Frau Dr. Bunge und für die PDS, weil sie am gleichen Tag ihr so genanntes optimiertes Sicherheitskonzept im Sozialausschuss vorstellen wollten. Unter mitteleuropäischen Koalitionspartnern heißt das: Ihr seid nicht tragbar, Leute, geht freiwillig, weil ich euch wegen der Koalitionsvereinbarung nicht rauswerfen kann! Was Ihre Pflicht, Herr Ministerpräsident, wäre, fordern wir als Opposition von Ihnen, endlich die überfällige Entlassung dieser Sozialministerin wegen der skandalösen Pannen und der Gefährdung von Leib und Leben unserer Bürger bekannt zu geben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Es wurde eine Aussprachezeit mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch.

Dann erhält als Erster das Wort unser Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Populismus ist kein Politikersatz, Herr Thomas, und über meine Pflichten als Ministerpräsident lasse ich mich nicht von Ihnen belehren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie machen es sich zu einfach, meine Damen und Herren von der Opposition. Nach dem Motto „Einer muss ja schuld sein“ machen Sie die Sozialministerin zum Sündenbock für die Vorfälle in der forensischen Klinik in

Ueckermünde. Damit werden Sie der komplexen Sachlage beim Thema Maßregelvollzug in keiner Weise gerecht. Es geht um die Sicherheit der Menschen in unserem Land

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

und da bringt uns Ihre Hau-drauf-und-Schluss-Taktik wieder einmal kein Stück voran.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Die Sozialministerin leistet gute Arbeit. Sie hat ihre Aufgabe der Fachaufsicht über den Maßregelvollzug in der forensischen Klinik Ueckermünde erfüllt. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten hat sie getan, was man tun muss und was man tun kann. Sie kann nicht für das individuelle Fehlverhalten Einzelner persönlich zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie, meine Damen und Herren, wissen genauso gut wie ich, die Gewährleistung der Sicherheit im Maßregelvollzug dieser Klinik ist an erster Stelle Aufgabe des Trägers. So steht es auch im Vertrag. Und er wird dabei durch die Sozialministerin überwacht. Im Rahmen dieser Überwachung sind die Sicherheitsmaßnahmen ständig intensiviert und verbessert worden. Die Sozialministerin hat den Träger der Klinik mehrfach zur Einhaltung und Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen im Maßregelvollzug aufgefordert. Gemeinsam mit allen Verantwortlichen hat sie bereits am 15. Dezember 1999 einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Sicherheit in der Fachklinik Ueckermünde erarbeitet und festgelegt.

Zu den zehn Punkten gehörten beispielsweise die Einrichtung zusätzlicher Streifengänge auf dem Gelände, die Aussetzung des unbewachten Hofganges im Rahmen der Lockerungsstufe eins, eine größere Anzahl von Kontrollgängen in den Wohngruppen und ihre genaue Dokumentation, die Überprüfung der Alarmanlage, die Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen bei Beleuchtung, Videüberwachung, Zäunen und Toren ebenso wie der Auftrag an den Träger, wirksame personelle Konsequenzen zu ziehen. Und Ziel all dieser Maßnahmen war es, die Bevölkerung besser zu schützen, ohne den therapieorientierten Ansatz des Maßregelvollzuges zu vernachlässigen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Diese Reihenfolge wurde aber nicht eingehalten.)

Nach den letzten Vorfällen hat die Sozialministerin eine noch härtere Gangart eingeschlagen. Der Träger wurde zu durchgreifenden Konsequenzen verpflichtet, das heißt, er sucht einen neuen ärztlichen Direktor. Der Geschäftsführer des Christophorus Diakoniewerkes GmbH ist von seiner Zuständigkeit in Ueckermünde entbunden worden. Der ärztliche Dienst und die Pflegedienstleistung wurden verstärkt. Außerdem ist die Überwachung und Kontrolle des Trägers der Klinik durch das Sozialministerium in den letzten Wochen erheblich verstärkt worden. Darüber hinaus ist Mitte August eine Projektgruppe eingesetzt worden und diese hat zunächst bis Ende des Jahres den Auftrag, die bestehenden und geplanten Sicherheitskonzepte in allen – ich betone, in allen – vorhandenen Standorten für forensische Psychatrien im Land sowie der im Bau befindlichen Einrichtung Rostock zu überprüfen und Vorschläge für deren Verbesserung zu erarbeiten. Dies umfasst weitere Maßnahmen zur Optimierung der Außen-sicherung und Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung

bestehender Sicherheitseinrichtungen. Es darf keine Schwachstellen im Sicherheitsgürtel geben, denn Defizite bei der Gewährleistung und Einhaltung von Sicherheitsmaßnahmen waren die Ursache für die Entweichung von Patienten. Und davor, meine Damen und Herren, müssen wir die Bürger schützen.

Im Justizvollzug, aber auch im Maßregelvollzug wird individuelles Fehlverhalten vor Ort niemals völlig auszuschließen sein, aber die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern müssen sich darauf verlassen können, dass alles für ihre Sicherheit getan wird. Und dafür wollen wir sorgen, das geht vor und das ist für uns das Wichtigste. Aber wir müssen noch mehr tun und das ist keine Aufgabe, die eine Sozialministerin allein lösen kann.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie fordern die Entlassung der Sozialministerin. So einfach kann man es sich nicht machen. Das ist wirklich nur Kurzstreckendenken.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD – Heike Lorenz, PDS: Wie immer parteipolitisch kalkuliert.)

Richtig.

Wir müssen grundsätzlich die Strukturen beim Maßregelvollzug verbessern, und wir haben entschieden und gehandelt.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir haben im Kabinett und im Koalitionsausschuss einvernehmlich vereinbart, dass die Zuständigkeit für den Maßregelvollzug vom Sozialministerium auf das Justizministerium übertragen wird. Unsere Entscheidung wird somit von allen politisch Verantwortlichen mitgetragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Reinhard Dankert, SPD)

Herr Helmrich, derzeit ist die Fachaufsicht über den Maßregelvollzug in allen Bundesländern bei den Sozialministerien oder entsprechenden Stellen angesiedelt. Aber nur weil alle es so machen, ist das nicht zwangsläufig der Weisheit letzter Schluss. Und die jüngsten Vorkommnisse in Ueckermünde verlangen von der Politik, weiter zu denken, neue Lösungen zu suchen und zu handeln. Und wir sind gemeinsam – ich betone, gemeinsam – der Auffassung, dass die Aufsicht über den Maßregelvollzug beim Justizministerium besser aufgehoben ist. Dieser Entschluss wurde in völliger Übereinstimmung mit der Sozialministerin getroffen. Es kann überhaupt nicht davon die Rede sein, dass der Sozialministerin hier etwas weggenommen wurde.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Denn es ist ja richtig, es handelt sich um psychisch Kranke, aber – und da haben Sie Recht, Herr Thomas – eben auch um Straftäter. Und bisher wurde der erste Aspekt stark und im Laufe der Zeit vielleicht auch zu stark in den Vordergrund gerückt. Ich meine, hier ist ein Stück umdenken nötig. Und wenn ich vor der Alternative stehe – so etwas wurde ja da diskutiert –, im Sicherheitsraum darf kein Gitter vor dem Fenster sein, weil dadurch die Psyche des Patienten Schaden nehmen könnte, auf der anderen Seite dadurch aber ein erhöhtes Ausbruchrisiko besteht, dann, denke ich, hat der Schutz der Bevölkerung Vorrang.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, ist bereit, die Priorität im Bereich der Justiz zu setzen. Und für uns gilt: Das Wichtigste sind der Schutz und die Sicherheit der Bürger in unserem Land, das steht für uns an erster Stelle. Ich würde nicht unglücklich darüber sein, wenn es Nachahmer geben würde für die Vorgehensweise Mecklenburg-Vorpommerns. Und, Herr Abgeordneter Thomas, Sie können ja die Erfahrungen, die es hier gibt, Ihren Kollegen in den CDU-geführten Ländern mitteilen

(Reinhardt Thomas, CDU: Ich möchte das mal in Rostock angewendet wissen, das ist praktischer.)

und für Ähnliches plädieren, was wir hier in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion.

**Harry Glawe, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Entlassung der Sozialministerin hat die CDU beantragt und ich denke, es gibt dafür genügend Gründe. Ich will noch mal auf den Ministerpräsidenten eingehen.

Also, Herr Ministerpräsident, wenn Sie vom Kriseninterventionsraum reden und davon, dass der nicht vergittert sein darf, dann ist das ja auf den ersten Blick richtig. Nur, Sie haben selbst in Ihrer Rede gesagt, dass es keine Schwachstellen mehr geben darf. Und da die Sozialministerin spätestens am 15. Dezember vorigen Jahres erklärt hat, dass eine Schwachstellenanalyse aufgestellt ist und alles punktuell abgearbeitet werden soll, frage ich mich schon und die CDU insbesondere fragt sich: Wie kann es sein, dass ein Eingewiesener in einem Kriseninterventionsraum untergebracht wird, der eigentlich nur für einige wenige Stunden zu belegen ist? Der Ausbrecher Zander, Herr Ministerpräsident, war dort sechs Wochen untergebracht. Das hätte bedeutet, dass Sie sofort, wenn Sie Ihre eigenen Schwachstellen und Sicherheitskonzepte ernst genommen hätten, das Sozialministerium, das LKA und das Justizministerium, entscheiden hätten müssen, wie die Sicherheit für diesen Raum hätte hergestellt werden können.

(Heike Lorenz, PDS: Das wäre das erste Problem, dass Sie dafür Mitarbeiter nehmen müssen, wenn das überhaupt bekannt wird.)

Ich sage Ihnen, hier hat Ihr Sicherheitskonzept versagt und das ist oberste Fachaufsicht,

(Heike Lorenz, PDS: Die Fachaufsicht liegt beim Gesundheitsamt der Kommune.)

sprich Landesregierung, sprich Zuständigkeit Sozialministerium, meine Damen und Herren.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Glawe, das glauben Sie doch selber nicht, was Sie da erzählen!)

Und das, was Sie hier treiben, der Opposition Populismus vorzuwerfen, das ist schon hanebüchen, meine Damen und Herren, so können wir nicht miteinander umgehen.

(Andreas Bluhm, PDS: Ah!)

Das geht wirklich nicht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nee, das können wir wirklich nicht.)

das können wir wirklich nicht. So viel noch mal zu den Vorträgen von Herrn Ringstorff.

(Andreas Bluhm, PDS: Ziehen Sie doch Ihren Antrag zurück!)

Meine Damen und Herren, Sicherheit und Therapie psychisch kranker Straftäter im Maßregelvollzug ist ein Thema, das in der Bevölkerung zu großen Verunsicherungen und auch zu Ängsten geführt hat, insbesondere durch die Straftaten und Mehrfachausbrüche von Gewalttätern im vergangenen und in diesem Jahr. Auf der Grundlage von Bundesgesetzen wird der Maßregelvollzug als landeshoheitliche Aufgabe durch die Bundesländer wahrgenommen. Die wiederholten Ausbrüche von verurteilten Straftätern nach Paragraphen 63 und 64 Strafgesetzbuch haben erhebliche Mängel in der inneren Organisation der forensischen Psychiatrie in Mecklenburg-Vorpommern offenbart.

Was ist passiert, meine Damen und Herren? Es bleibt festzustellen, dass die Sozialministerin Frau Dr. Bunge den Ereignissen von Anfang an hinterhergelaufen ist. Statt zu agieren, hat sie weitestgehend nur reagiert. Gleiches gilt für die Koalitionäre dieser rot-roten Koalition.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und überhaupt für alle SPD- und PDS-Mitglieder in diesem Land.)

Die Sozialministerin kam über Ankündigungen, Sicherheitskonzepte, optimierte Sicherheitskonzepte und Arbeitsgruppen nicht hinaus. Lassen Sie mich folgende Daten nennen:

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nur die gepanzerte CDU hat richtig gearbeitet.)

Hören Sie doch mal zu!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ich hör' doch zu.)

30. Oktober 1999, 12. Dezember 1999, 12. Mai 2000, 16. Juli, 25. Juli, 8. August – an diesen Tagen funktionieren die Sicherheitskonzepte der Ministerin und dieser Landesregierung nicht. Straftäter übersteigen Zäune, sägen sich aus Einrichtungen, übersteigen sechs Meter hohe Mauern,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

vergewaltigen eine Pflegerin

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wie viel Straftäter waren das?)

und brechen aus einem Kriseninterventionsraum aus. So weit die nüchterne Bilanz. Das ist ganz nüchtern dargestellt.

Meine Damen und Herren, wie kamen diese Ausbrüche aus der Forensik in Ueckermünde in der Öffentlichkeit an? Außenstelle Bahrenstorf: Zwei Männer bitten auf einem gelben Zettel, an die Tür geheftet, um Ruhe. Auf dem Zettel steht: Wir räumen um. Tatsächlich verbarrikadieren sie die Tür und sägen sich ungestört durch die vergitterten Fenster,

(Reinhard Dankert, SPD: Und die Sozialministerin war nicht dabei. So ein Pech aber auch! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nein, die Sozialministerin hat den Zettel geschrieben. – Barbara Borchardt, PDS: Sie hat umräumen geholfen.)

zwei Männer, denen die Ärzte ein hohes Maß an Aggressivität bescheinigt haben.

Meine Damen und Herren, so lief die Sache ab. Warum sage ich das hier? Die Frage ist doch, wenn sich jemand stundenlang unbeobachtet in einem Wohnraum aufhalten kann, wenn Musik weit über Zimmerlautstärke spielt, wenn das Personal abgelenkt wird und keine Kontrollen durchgeführt werden, was dieses Sicherheitskonzept der Landesregierung wert ist. Die Bürger haben Wertungen vorgenommen. Ich zitiere einige:

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh!)

„Ich finde es irgendwie schon ein bisschen eigenartig, dass da nichts getan wird für die Sicherheit.“

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Ein anderer Bürger: „Schlafen die da oder was machen die da? Da muss man doch mal Klarheit schaffen.“ Andere fordern schärfere Gesetze.

Meine Damen und Herren, die Sozialministerin blieb davon offenbar unbeeindruckt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Die Luft ist raus.)

Beeindruckt haben muss es den Ministerpräsidenten, denn dieser entließ sich vor acht Tagen selbst als Justizminister

(Peter Ritter, PDS: Diesen Witz haben wir nun schon dreimal gehört.)

und überträgt die Verantwortung für die forensische Psychiatrie dem Justizminister.

Meine Damen und Herren, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Ministerpräsident unseren Antrag nur bedingt verstanden hat.

(Caterina Muth, PDS: Oh nee! –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, das ist bei Ihren Anträgen ja auch wirklich ein Problem.)

Die Bevölkerung hat einen Anspruch auf Sicherheit. Daher ist es wichtig, dass das Justizministerium, das Landeskriminalamt und das Sozialministerium als Fachaufsicht sich nicht um Kompetenzen und Zuständigkeiten streiten, sondern sicherstellen, dass durch Koordinierung eine lückenlose Kette entsteht.

Meine Damen und Herren, es ist überfällig. Ich darf Ihnen noch einmal einige Schwachstellen in Erinnerung bringen: Installierte Alarmanlagen funktionieren nicht. Es finden kaum Kontrollgänge in den Wohnanlagen statt. Die das Gebäude überwachenden Videokameras liefern keine verwertbaren Bilder. Das Außengelände ist durch Lampen nicht effektiv ausgeleuchtet. Das Feuerwehrtor ist nicht gesichert. Weiterbildungsangebote für das Personal gibt es de facto nicht.

(Reinhard Dankert, SPD: Der Innenminister muss auch zurücktreten als Feuerwehrminister.)

Herr Dankert, Sie haben von den Dingen keine Ahnung, das ist das Problem.

(Caterina Muth, PDS: Aber Sie, natürlich! –  
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Weitere Schwachstellen sind, dass bis heute keine Hausordnung und Dienstordnung durch die Sozialministerin genehmigt wurden.

(Reinhard Dankert, SPD: Was Sie jetzt erzählen, ist ganz großer Schwachsinn!)

Das sind Tatsachen, Herr Dankert.

(Reinhard Dankert, SPD: Aber Sie reihen sie in unzulässiger Weise aneinander.)

Ich hätte mich ja mal gefreut, wenn Sie als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD sich um diese Dinge gekümmert hätten. Ich habe Sie dort nie gesehen.

(Volker Schlotmann, SPD: Die Tätigkeit, die Sie beschreiben, sieht ein wenig anders aus.)

Ich habe Sie dort nie gesehen. Ich habe auch nie gehört, dass Sie sich zu diesem Thema überhaupt sachkundig gemacht haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ja, Sie wissen nicht alles, Herr Dankert.)

Lockerungsstufen werden eingeführt, aber nicht kontrolliert. Beim letzten Ausbruch aus dem Kriseninterventionsraum werden alle Ihre selbst gestellten Ziele durchbrochen.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Herr Glawe, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Schlotmann?

**Harry Glawe,** CDU: Bitte, Herr Kollege.

**Volker Schlotmann,** SPD: Lieber Kollege Glawe, ich habe eine wichtige Frage, eine für das Selbstverständnis dieses Parlamentes wichtige Frage. Ist Ihr Antrag wirklich ernst zu nehmen bei der Anwesenheit von acht Abgeordneten Ihrer Fraktion, die Entlassung einer Sozialministerin zu fordern? Ist der Antrag ernst gemeint?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Harry Glawe,** CDU: Der Antrag ist von 24 CDU-Abgeordneten in der Fraktion einstimmig genehmigt worden.

**Volker Schlotmann,** SPD: Ah ja.

(Siegfried Friese, SPD, und

Dr. Margret Seemann, SPD: Wo sind die denn?)

**Harry Glawe,** CDU: Bitte schön, zählen Sie mal Ihre Reihen durch!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:

Wir haben aber mehr als Sie. –

Reinhard Dankert, SPD: Wir wollen ja die Entlassung der Sozialministerin nicht.)

Noch mal zum letzten Ausbruch von Herrn Zander,

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

als es nämlich um das hochgelobte Sicherheitskonzept dieser Landesregierung ging. Es war eben so, dass Herr Zander fehluntergebracht war in diesem Raum. Dieser Raum ist für eine längere Unterkunft nicht geeignet. Dieser Raum war nicht vergittert. Im Übrigen waren dort nur ein normaler Zaun, keine Bewegungsmelder, keine Videokameraüberwachung installiert oder eine Videokameraüberwachung doch,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Aber ein ausbruchssicheres Fenster.)

aber nur in Richtung Außengelände,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD –  
Andreas Bluhm, PDS: Wer hat das entschieden, dass er da untergebracht wird?)

also nach dem Motto, es könnte ja sein, dass einer von außen in die Forensik einbrechen will.

Ich denke mal, da muss nachgebessert werden, so kann es nicht weitergehen. Und ich sage auch, den Vorschlag vom Ministerpräsidenten, das der Justiz zuzustellen, halte ich durchaus für geeignet.

(Volker Schlotmann, SPD: Oh!)

Allerdings muss man über die Dinge reden, wie man die Fachaufsicht dann auch weiter beim Sozialministerium definiert oder wie das Sozialministerium seine Fachaufsicht weiter ausüben kann.

Meine Damen und Herren, es ist gesagt, was zu sagen ist.

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, das war aber nicht doll. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Vorkommnisse reichen aus, um den Rücktritt der Sozialministerin zu fordern.

Frau Sozialministerin, nehmen Sie sich ein Beispiel an NRW, denn Sie zitieren immer Nordrhein-Westfalen. Auch dort ist der Sozialminister nach diesen Vorkommnissen zurückgetreten. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion.

(Der Abgeordnete Reinhard Dankert verzichtet.)

Weitere Redemeldungen liegen mir nicht vor.

Wir sind damit am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1491. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke.

(Dr. Margret Seemann, SPD:  
Neun Jastimmen für die CDU.)

Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1491 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Überführung der überregionalen Förderschulen, auf Drucksache 3/1488.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:  
Überführung der überregionalen  
Förderschulen  
– Drucksache 3/1488 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat die Abgeordnete Frau Polzin von der SPD-Fraktion.

**Heike Polzin, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Übernahme der vier Förderschulen mit überregionalem Einzugsbereich durch das Land Mecklenburg-Vorpommern zum 01.01.1998 wurde ein vorläufiger Abschlusspunkt unter monatelange Bemühungen um die beste Lösung gesetzt, die beste Lösung im Sinne derjenigen Kinder und Jugendlichen, die wegen ihrer Behinderung die besondere Fürsorge der Gesellschaft benötigen.

Aus dem Studium der Unterlagen wurde mir sehr deutlich, diese Überführung in Landsträgerschaft war in der Tat keine leichte Geburt und sie geschah vornehmlich wegen des Engagements der betroffenen Eltern, Lehrer und Träger. Die Landsträgerschaft war deutlich mit einer umfassenden Erwartungshaltung verknüpft, Erwartungen in konzeptioneller und pädagogischer Hinsicht, aber auch Erwartungen, die sachliche Ausstattung und das Integrationsbemühen betreffend.

Seit nunmehr zweieinhalb Jahren gibt es sie also, die Landsträgerschaft für die Landesschule Blinde und Sehbehinderte Neukloster, die Schulen für Hörgeschädigte in Güstrow und Ludwigslust sowie die Sonderschule für Körperbehinderte in Neubrandenburg. Es ist Zeit, um eine Zwischenbilanz zu ziehen:

- Inwieweit wurde die Erwartungshaltung der Betroffenen erfüllt?
- Wie steht es um die Entwicklung von Konzepten zur ganzheitlichen Förderung von hör- und sehgeschädigten sowie körperbehinderten Kindern und Jugendlichen?
- In welchem Zeitraum und mit welchem Konzept ist die Einrichtung des Landesförderzentrums für Hörgeschädigte vorgesehen?
- Über welche Zeiträume erstreckt sich die notwendige Sanierung der Immobilien? Welche Probleme gibt es hierbei?
- Ist die umfassende Betreuung der Kinder durch Fachkräfte gesichert?
- Welche Bemühungen um eine weitgehende Integration der Kinder und Jugendlichen gibt es?
- An welcher Stelle kann das Parlament unterstützen?

Damit seien einige grundsätzliche Fragestellungen genannt, die einen Sachstandsbericht begründen. Bei unserem Antrag geht es zunächst also um eine Darstellung der gegenwärtigen Entwicklung. Handlungskonsequenzen, falls sie denn erforderlich erscheinen, können ein weiterer Schritt sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Polzin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, werden wir so verfahren.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion.

**Steffie Schnoor, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag hat 1996 für die überregionalen Förderschulen eine ganz bewusste Entscheidung getroffen. Die Überführung dieser Schulen in Landsträgerschaft im Paragraphen 132 des Schulgesetzes sollte der Tatsache Tribut zollen, dass in speziellen Förderschulen Kinder aus allen Landesteilen ihrer Behinderung gemäß Förderunterricht erhalten sollen. Die Blindenschule in Neukloster, die Schwerhörigenschule in Ludwigslust, die Landesschule für Körperbehinderte in Neubrandenburg und die Gehörlosenschule in Güstrow gingen damit in Landsträgerschaft über.

Dieses Vorhaben wurde in der zweiten Legislaturperiode dann realisiert, allerdings nicht ohne Schwierigkeiten. Zu gut erinnere ich mich da an die Probleme mit der Schwerhörigenschule in Ludwigslust. Probleme gibt es dort immer noch, aber ich habe inzwischen die Hoffnung, dass nunmehr die Zusammenführung von Gehörlosenschule und Schwerhörigenschule von Güstrow und Ludwigslust eine Entscheidung im Interesse der Kinder sein wird.

Es ist aber auch Zeit, an dieser Stelle Bilanz zu ziehen.

Gerade die Probleme mit der Zusammenführung der genannten Förderschulen zeigen hier und da Defizite in der Anpassung an eine moderne Behindertenpädagogik. Hier besitzt das Land, das Bildungsministerium als Schulträger, Vorbildfunktion. Wie will man andere Schulen, andere Schulträger für die Berücksichtigung moderner Schulpädagogik motivieren, wenn das Land selbst die Tatsache ignoriert, dass integrativer Unterricht von Schwerhörigen und Gehörlosen in Regelschulen einen höheren Personalaufwand erfordert, dies aber seitens des Bildungsministeriums nicht berücksichtigt wird? Die Betreuung dieser Kinder findet durch Pädagogen der Förderschulen statt. Die Stundenzuweisung für diese engagierten Kolleginnen und Kollegen muss dementsprechend angepasst werden. Das ist leider bis heute nicht erfolgt, obwohl die Zahl integrativ beschulter Kinder ständig ansteigt.

Das ist aber nicht ausschließlich ein Problem der Förderschulen, es ist auch eines der Kindertagesstätten. Gerade in einem Gebiet der Sozialpolitik, in dem die Landesregierung für sich besondere Fortschrittlichkeit in Anspruch nimmt, sieht es mit der konkreten Umsetzung in den Schulen und Kindertagesstätten düster aus. Da ist weit mehr möglich! Wenn diese Landesregierung schon beim Integrationsfördergesetz einen Rückzieher gemacht hat, dann sollte sie wenigstens die Integration der jüngsten behinderten Menschen vorantreiben und hier nicht mit Mitteln geizen. Hier klaffen bei dieser Landesregierung Anspruch und Wirklichkeit wieder einmal noch sehr weit auseinander.

(Beifall Harry Glawe, CDU –  
Volker Schlotmann, SPD: Störmanöver der CDU.)

Daher, meine Damen und Herren, wäre es schön, wenn die Landesregierung diesen Berichtsauftrag nicht nur dazu nutzen würde, ihre Leistungen bezüglich des Finanztransfers in die Schulen einer Lobpreisung zu unterziehen, sondern auch dazu nutzen würde, eine kritische Bilanz zu ziehen. Die sollte uns dann gemeinsam als Grundlage dienen, um in diesem Bereich mehr als bisher zu tun.

Meine Damen und Herren, einen weiteren Bereich will ich in meiner Wunschliste nicht ausnehmen. Es wäre nämlich ebenso wünschenswert, wenn die Landesregierung darstellen würde, inwieweit sich die Übernahme der überregionalen Förderschulen sowohl strukturell als auch finanziell positiv oder negativ für die Schulen selbst ausgewirkt hat.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS: Sehr richtig.)

Auch hier kann man Schlussfolgerungen für andere Bereiche ziehen.

Im Interesse der Förderschulen wünsche ich mir von der Landesregierung einen ausführlichen und kritischen Bericht. Meine Damen und Herren, in der Hoffnung darauf

wird die CDU-Fraktion dem Berichtersuchen von SPD und PDS zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU und Heike Lorenz, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Kollegin.

Das Wort hat jetzt der Bildungsminister. Herr Professor Kauffold, Sie haben das Wort.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was ist eigentlich mit der CDU los? Es ist ja überhaupt keiner mehr da. – Ministerin Sigrid Keler: Herr Glawe zählt für zwei. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Minister Dr. Peter Kauffold:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Was sagt Herr Schoenenburg? Was sollen die ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was sollen die Bürger von dieser CDU denken?)

Na, das ist ...

(Harry Glawe, CDU: Ihr seid ja auch nicht viel mehr. – Volker Schlotmann, SPD: Aber hallo! – Ministerin Sigrid Keler: Wir sind ein paar mehr hier.)

Ja, Frau Schnoor hat Erwartungen ausgedrückt an den Bericht der Landesregierung zum Stand der Integration der Förderschulen. Ich bedanke mich, das gibt gleich hier Gelegenheit, die Disposition zu überdenken und vielleicht den Ansatz auch auszudehnen auf die integrativen Bemühungen im Bereich der Förderschulen.

Lassen Sie mich bitte erwähnen, damit die Abgeordneten, die hier sind, auch darüber informiert sind, und alle Abgeordneten, die sich auch mit anderen Politikfeldern befassen, dass wir ja nicht nur die Landesförderschulen haben, sondern hier im Lande eine intensive Förderschulpolitik und eine intensive Förderschultätigkeit betrieben wird. Wir haben 97 Förderschulen mit 14.800 Schülern. Insgesamt sind dort 2.400 hochgradig motivierte, gut ausgebildete, engagierte Lehrer tätig. Und wir haben auch noch in den letzten Jahren an den Grundschulen Diagnoseförderklassen entwickelt, die sich bewährt haben in der Behindertenpädagogik. Weiterhin ist es eine sehr glückliche Konstruktion der Behindertenpädagogik, die ich auch schon zu Beginn meiner Amtszeit angetroffen habe, dass wir im Land Förderzentren haben, in denen verschiedene Schulen kooperieren, um das Problem der Integration der Behinderten in die Normalschule zu optimieren.

Ich nehme mich also dieser Förderzentren sehr gerne an und möchte Ihnen sagen, dass wir am kommenden Montag das 25. Förderzentrum in Rostock eröffnen, das die Hansestadt und das Land mit über 23 Millionen DM errichtet haben, um hier sonderpädagogischen integrativen Unterricht zu verbessern.

Also, wir haben vier Landesschulen. Ich möchte Ihnen auch sagen, wie viel Schüler dort erwartet oder beschult werden: im Landesförderzentrum für Hörgeschädigte 130 Schüler, in der Landesschule für Schwerstkörperbehinderte Neubrandenburg 120 Schüler und in der Landesschule für Blinde und Sehbehinderte circa 100 Schüler. In diesen Landesschulen betreibt das Land einen großen notwendigen Einsatz und Aufwand für eine relativ geringe Schülerzahl.

Wir sind froh über diese Landesschulen und wir wollen sie systematisch entwickeln. Es gibt für all diese Landesschulen Konzepte. Die beiden Standorte Güstrow und Ludwigslust für die Hörgeschädigten werden in der Perspektive zusammengeführt. Hier ist eine inhaltliche Konzeption neu erarbeitet worden. Hier werden intensive Gespräche mit den Eltern über den Standort geführt, die zum Teil auch kontrovers verlaufen.

(Detlef Müller, SPD: Ludwigslust.)

In absehbarer Zeit wird nach Anhörung der Eltern eine Entscheidung über den Standort getroffen. Danach wird dieses Konzept umgesetzt. Das alles ist dem zuständigen Landtagsausschuss schon bekannt.

Ich freue mich aber darüber, dass wir Gelegenheit haben, diese Gesamtproblematik kompakt darzustellen, damit wir die Problematik der Landesschulen auch im Kontext behandeln können und vielleicht auch die Aufmerksamkeit für einige Probleme schärfen, die hier entstehen. Probleme bestehen im investiven Bereich, die wir langfristig lösen müssen. Aber hier werden wir das Wünschenswerte, das Notwendige und das Machbare ins Verhältnis setzen müssen, um einen tragfähigen Weg zu finden. Und dabei werden Sie der Exekutive mit Ihren Vorschlägen helfen. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bluhm von der PDS-Fraktion.

**Andreas Bluhm,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Jahre 1998 wurden die Förderschulen aus der kommunalen Zuständigkeit in Landesträgerschaft, also die hier in Rede stehende, übernommen. Sie erfüllen als allgemein bildende Schulen auch in der beruflichen Bildung einen wichtigen spezifischen pädagogischen Auftrag. Kinder und Jugendliche mit geistigen oder körperlichen Nachteilen, mit Verhaltensstörungen und Lernbehinderungen erhalten hier die Möglichkeit einer chancengleichen Bildung entsprechend ihrer individuellen Problemlage.

Der im vorliegenden Antrag geforderte Bericht erfasst die überregionalen Förderschulen, also die Schulen, die sich in Trägerschaft des Landes befinden. Daneben gibt es natürlich – und das wurde schon deutlich – viele weitere kommunale Förderschulen. Das muss auch so sein, denn die Art oder der Grad der Behinderung erfordern sehr spezielle Unterrichtsmethoden und Lehrerbefähigungen. Sie würden die Kommunen überfordern. Und es ist natürlich auch eine Frage der Pädagogik, Schülern einen gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen. Nicht vergessen werden sollte auch, dass gerade für diese Schüler lange Fahrwege zu den Schulen ein zusätzliches Handicap sind.

Die sonderpädagogische Förderung an einer dafür speziell eingerichteten Schule ist dann notwendig, wenn die Schüler in ihrer Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeit so beeinträchtigt sind, dass sie im Unterricht an der allgemein bildenden Schule – selbst mit sonderpädagogischer Hilfe – nicht ausreichend gefördert werden können. Deshalb – und das will ich ausdrücklich betonen – muss trotzdem jede Möglichkeit der Integration von

Schülern mit Behinderungen in die regulären Schulen konsequent genutzt werden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Das macht die Förderschulen nicht überflüssig, aber Integration sollte immer dann den Vorzug haben, wenn es pädagogisch sinnvoll ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Auch wenn die Landesregierung erst im Januar berichten wird, möchte ich einige Bemerkungen zu den Förderschulen machen, denn diese betreffen sowohl die überregionalen als auch die regionalen Einrichtungen.

In der aktuellen Diskussion um die Reform im Bildungswesen wird auf die Förderschulen kaum eingegangen, obwohl es auch dort eine ganze Reihe von Problemen gibt. Das mag vielleicht auch daran liegen, dass die Lehrerinnen und Lehrer in diesem sensiblen Bereich ihre engagierte Arbeit sehr unspektakulär, aber mit großer Initiative und Hingabe versehen. Und dafür möchte ich mich bei diesen Lehrerinnen und Lehrern, bei diesen Erziehern ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Andererseits ist der Anteil der Schüler, gemessen an der Gesamtschülerzahl, relativ gering. Trotzdem gibt es einige Aspekte, die sehr zum Nachdenken anregen müssen.

Die Schülerzahl an den Förderschulen steigt seit 1993 kontinuierlich an. Waren es 1993 noch 13.255 Schüler, also 4,67 Prozent, so waren es 1998 schon 14.690 Schüler, also fast 6 Prozent, und jetzt über 14.800. Bedenkt man aber, dass sich die Gesamtschülerzahl im Zeitraum von 1993 bis 1998 um 35.400 Schüler reduziert hat, so stieg sie im gleichen Zeitraum an den Förderschulen um 1.021 Schüler an. Und sieht man genauer hin, so ist der Anstieg folgenden Bereichen zuzuordnen: bei den lernbehinderten Schülern ein Zugang von 1.311, bei sprachbehinderten Schülern 378 und – für mich überhaupt nicht erklärbar – bei den geistig behinderten Schülern 1.125 mehr als 1999. Es wird deutlich, dass diese Steigerungen den absoluten Wert der Gesamtentwicklung übersteigen. Dafür muss es Ursachen geben.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Signifikant ist auch, dass der Anteil der Schüler erheblich höher liegt als der bei den Schülerinnen. Zum Beispiel betrug 1998 der Anteil der Schüler an der Gesamtschülerzahl 63,5 Prozent, bei den Lernbehinderten 63,2 Prozent und bei den Sprachbehinderten sogar 71,6 Prozent. Auch dafür muss es Ursachen geben.

Diese Entwicklung macht mir große Sorgen, denn die Anzahl der körperlich und geistig behinderten Kinder ist statistisch relativ konstant. Woher also kommt die Zunahme der Sprachstörungen? Woher also kommt die Zunahme der Lernbehinderungen? Bei der Lernbehinderung stellt sich für mich außerdem die Frage: Wenn alle den Niveauperlust und den Leistungsverfall an unseren Schulen beklagen, dann müsste doch zumindest dieser Anteil sinken. Denken wir also diesen Ansatz konsequent zu Ende, dann könnten zwei unterschiedliche Thesen aufgestellt werden: Erstens, es gibt einen statistisch nachweisbaren Anstieg der physischen oder psychischen Erkran-

kungen von Kindern und Jugendlichen, oder zweitens, nicht alle Schüler, die sich an den Förderschulen befinden, gehören dort auch hin.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Übernahme der überregionalen Förderschulen in die Landsträgerschaft war verwaltungstechnisch ein Novum. Es gab verschiedene Bedenken, ob die damit verbundenen strukturellen und pädagogischen Vorstellungen erreicht werden. Nun ist es an der Zeit – wie es neudeutsch so schön heißt – zu evaluieren. Es geht also darum, den Prozess und seine Ergebnisse zu bewerten und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, natürlich auch bei Notwendigkeit nachzusteuern. Ich möchte deshalb noch ein paar Fragen formulieren, die die Intentionen für diese Antragstellung und das Berichtersuchen deutlich machen:

- Welche positiven und auch welche negativen Erfahrungen sind bei der Übernahme in Landsträgerschaft zu verzeichnen gewesen?
- Welche Probleme gab und gibt es mit kommunalen Schulträgern?
- Sind in der Folge der Übernahme oder des Betriebes durch das Land höhere Kosten aufgetreten? Wenn ja, worin liegen die Ursachen?
- Wie funktionieren die Regelungen des Schullastenausgleiches und welchen Anteil haben sie an der Deckung der Kosten dieser Schulen?
- Wie viele Mittel wurden mit welchen Effekten in die Sanierung investiert?
- Wie gestaltet sich die Auslastung der Schulen vor und nach der Übernahme durch das Land?

Ich möchte Sie nicht mit noch mehr Fragen langweilen, doch wenn wir einen Bericht fordern, dann müssen wir zumindest auch klarstellen, welche pädagogischen und strukturellen Aussagen für die Bewertung wesentlich sind.

Ich denke, wir werden nach Vorlage des Berichtes im zuständigen Ausschuss noch intensiv über die Ergebnisse zu beraten haben, denn, ich wiederhole es noch einmal, auch wenn gegenwärtig nur circa sechs Prozent der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen beschult werden und nur ein verschwindend geringer Teil an den überregionalen, so ist natürlich die Bedeutung dieser Schulen für die Schüler, die dort beschult werden, immens. Menschen, die ohnehin benachteiligt sind, haben einen weit größeren Anspruch auf gesellschaftliche Fürsorge und Solidarität als andere. Und dabei geht es nicht um ein Beschützen durch Isolation, sondern um die Eröffnung von Chancen und eine optimale Förderung entsprechend den spezifischen Voraussetzungen.

Gestatten Sie mir abschließend noch den Hinweis, dass wir trotz dieser Aufgabe die sonderpädagogische Förderung als Präventionsmaßnahme zum Beispiel von Verhaltensstörungen an den Grund-, Haupt-, Real- oder Gesamtschulen und Gymnasien nicht aus den Augen verlieren dürfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Hier gilt der alte Grundsatz: Vorbeugen ist besser als heilen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank.

Das Wort hat noch einmal die Abgeordnete Frau Polzin von der SPD-Fraktion.

(Beifall Detlef Müller, SPD)

**Heike Polzin, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landsträgerschaft, so meine Wahrnehmung aus zahlreichen Gesprächen, Vor-Ort-Besuchen und Vorträgen von Schul- und Elternvertretern, wird von niemandem in Frage gestellt, gilt sie doch als Voraussetzung für die landesweite Koordinierung der Arbeit mit Kindern, die sonderpädagogische Förderung besonders benötigen – von der frühestmöglichen Diagnostik und vorschulischen Förderung über individuelle pädagogische Begleitung und Fürsorge bis hin zu größtmöglicher Integrierung in den gesellschaftlichen Alltag. In einem Landesförderzentrum können diese hohen Ziele inhaltlich konzeptionell und sächlich am besten umgesetzt werden.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Die weitere Profilierung der Schulen seit der Übernahme beweist es. Da muss man sich nur mal am Tag der offenen Tür, zum Beispiel in der Blinden- und Sehbehindertenschule in Neukloster, umsehen. Großes pädagogisches Engagement, ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Schule und Internatsbetreuung, Integration durch unmittelbare Nähe und zahlreiche Kontakte zum Gymnasium und der benachbarten Realschule lassen hier ein Wohlfühlklima entstehen, das den Kindern Heimat und Obhut bietet, aber auch Förderung für ein selbstbestimmtes Leben. Chor- und Instrumentalgruppe, Kinder, die auf dem Spielplatz tollkühn klettern und rutschen, Greif spielen, ja, eine Rhönradvorführung boten, die mich tief beeindruckte und große Hochachtung verdient, Hochachtung vor der täglichen Leistung der vielen Engagierten, aber auch Hochachtung vor dem Lebensmut und Gestaltungswillen der Kinder, die kein Mitleid wollen, sondern Chancen für ein anerkanntes gleichberechtigtes Leben.

Das Konzept stimmt also in Neukloster. Probleme tauchen jedoch in der sächlichen Ausstattung auf. Zum einen sieht man vor allem im Internatsbereich große Fortschritte. Die liebevoll gestalteten Wohnbereiche, die Sanitäranlagen, technische Hilfsmittel zur Pflege schwerbehinderter Kinder zeigen eine enorme Verbesserung der Lern- und Freizeitbedingungen. Dennoch befürchten die Verantwortlichen vor Ort Stückwerk in der weiteren Sanierung der Gebäudekomplexe. Auch wenn die Finanzsituation nur ein schrittweises Neugestalten zulässt, muss ein schlüssiges Gesamtkonzept erstellt werden, das eine langfristige und ganzheitliche Planung ermöglicht. Es reicht dabei nicht aus, per Haushaltsbeschluss Investitionsscheiben für zehn Jahre festzulegen, weil ohne Gesamtkonzept die Gefahr besteht, mit den kostbaren Mitteln nur Flickschusterei zu betreiben. Diese Problematik betrifft nach meiner Kenntnis nicht nur die Landesschule in Neukloster, sondern ebenso Neubrandenburg und das zukünftige Landeszentrum für Hörgeschädigte.

Zum Letztgenannten noch einige Gedanken zum Abschluss.

Der Bildungsausschuss beschäftigte sich in den letzten Monaten intensiv mit dem geplanten Landeszentrum, vorrangig mit konzeptionellen Fragen. Mit der aktuellen Konzeption vom Mai 2000 steht hier unter Einbeziehung aller Verantwortlichen offensichtlich eine abgestimmte schlüs-

sige Arbeitsgrundlage, die das multifunktionale Profil des Landesförderzentrums umfassend herausarbeitet. Beratung, Diagnostik und Frühförderung, die Förderschule selbst, der gemeinsame Unterricht mit hörenden Kindern und die Internatsbetreuung sind Bestandteile des landesweiten Förderprogramms für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche. Bis 2004 soll das Konzept umgesetzt sein – noch etwas Zeit also, um Nägel mit Köpfen zu machen.

Die Standortentscheidung, so ist wahrzunehmen, wird gründlich vorbereitet und sollte zügig umgesetzt werden, denn die verbleibende Zeit ist nötig, um mit aller Kraft den favorisierten Standort ausstattungsmäßig vorzubereiten. Zudem sollte auch die Befürchtung der Fachleute, es gäbe einen immer größeren Mangel an Personal mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung, in der Zukunft ernst genommen werden.

Wir beabsichtigen mit unserem Antrag also eine Verständigung über Erreichtes und noch zu Leistendes, eine konkretere Zieldefinition. Dabei kann das Ziel nur heißen, eine optimale Förderung eines jeden einzelnen Kindes zu gewährleisten. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und Heike Lorenz, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Kollegin.

Wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1488 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1488 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung der Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Fünfter Bericht des Bürgerbeauftragten gemäß § 8 Absatz 7 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1999, Drucksache 3/1232.

**Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Fünfter Bericht des Bürgerbeauftragten gemäß § 8 Absatz 7 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1999 – Drucksache 3/1232 –**

Hierzu wurde eine Aussprachezeit mit einer Dauer von 23 Minuten angemeldet. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, dann werden wir so verfahren.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Koburger von der PDS-Fraktion.

**Annegrit Koburger,** PDS: Frau Präsidentin! Mit dem mittlerweile Fünften Tätigkeitsbericht des Bürgerbeauftragten sehen wir die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieses Verfassungsorgans für die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes dokumentiert. Die zunehmende

Inanspruchnahme verdeutlicht einerseits den wachsenden Bekanntheitsgrad dieser Institution und andererseits das wachsende Bedürfnis von Einwohnerinnen und Einwohnern, mit Hilfe des Bürgerbeauftragten persönliche beziehungsweise gesellschaftliche Probleme zu lösen oder Vorschläge für die Veränderung an die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger heranzubringen. Darin sehen wir eine wichtige Ergänzung zu dem Aufgabefeld des Petitionsausschusses.

Für die Arbeit der Fachausschüsse wie auch des Parlamentes in Gänze bilden die vorgebrachten Bitten, Beschwerden oder Vorschläge ausreichend Handlungsfelder für ihr fachpolitisches Agieren, wenn dies auch in sehr unterschiedlicher Art und Weise wahrgenommen wird.

Gegenüber der Landesregierung obliegt dem beziehungsweise der Bürgerbeauftragten eine besondere Aufgabe. Hier geht es zum einen um die Umsetzung oder Anwendung gesetzlicher Regelungen mit den entsprechenden Auswirkungen auf die einzelnen Einwohnerinnen und Einwohner, um die Realisierung einer einwohnernahen und -freundlichen Verwaltung und andererseits um das Einbringen von Vorschlägen zur Veränderung unzulänglicher gesetzlicher Regelungen.

In den vorangegangenen Debatten haben wir die Arbeit des Bürgerbeauftragten und die Empfehlungen einschließlich deren Umsetzung einer kritischen Analyse unterzogen und notwendige Handlungen für unser Agieren daraus abgeleitet. Die im Bericht vorgelegte Übersicht verdeutlicht jedoch, dass hier noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. So muss es nach Überweisung des Tätigkeitsberichtes in die Ausschüsse des Landtages zu einer zügigen Beratung hinsichtlich der einzelnen Empfehlungen – alt wie neu – und deren Umsetzung, soweit nicht schon begonnen, kommen. Nach den abschließenden Beratungen in den Ausschüssen werden wir uns sicherlich im Plenum noch detaillierter mit den Vorschlägen auseinandersetzen können und müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte es aber nicht versäumen, noch ein paar Worte zur Person des Bürgerbeauftragten, zu Herrn Jelen, zu sagen. Herr Jelen war ein streitbarer Bürgerbeauftragter, unbequem, jedoch auch mit einem großen Engagement, für das ich namens unserer Fraktion meinen Dank aussprechen möchte.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

War Herr Jelen anfangs wenig kritisch gegenüber der Landesregierung, was die PDS-Fraktion auch entsprechend bemängelte, zeigen die letzten Berichte, dass sich dies wesentlich gewandelt hat. Es ließe sich trefflich darüber orakeln, ob dies auf unsere Kritik oder auf die Veränderung der Regierungszusammensetzung zurückzuführen sei.

(Norbert Baunach, SPD:  
Da braucht man nicht zu orakeln.)

Wichtig für uns bleibt, dass ein Anwalt der Einwohnerinnen und Einwohner – und als solches verstehe ich die Aufgabe und die Funktion eines Bürgerbeauftragten – sich, ausgehend von den Bitten, Beschwerden und Vorschlägen aus der Bevölkerung, kritisch mit dem Handeln der öffentlichen Verwaltung aller Ebenen und den Auswirkungen gesetzlicher Regelungen auseinandersetzt. Für seine neue Tätigkeit als Landrat wünschen wir ihm eine glückliche Hand, insbesondere bei der Umsetzung seiner

berechtigten und immer wieder angemahnten einwohnerfreundlichen und -nahen Verwaltung.

(Erhard Bräunig, SPD: Richtig.)

Wenn dies gelingt, kann man den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landkreises Demmin nur gratulieren.

Ausgehend von den bisherigen Erfahrungen sollte die oder der neu zu Wählende neben den notwendigen Außensprechstunden für Einwohnerinnen und Einwohner die Zusammenarbeit mit den Ausschüssen intensivieren. Das halten wir für dringend notwendig, um die berechtigten Forderungen und Empfehlungen gründlich zu debattieren und kontrollierend an deren Umsetzung mitzuwirken. Dann würde eine Übersicht über den Umgang und die Umsetzung von Empfehlungen nicht, wie heute ersichtlich, einen so erheblichen Abarbeitungsstau zu verzeichnen haben. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Koburger.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Mahr von der SPD-Fraktion.

**Beate Mahr, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bürgerbeauftragte unseres Landes hat uns seinen inzwischen Fünften Bericht vorgelegt. Dem bisherigen parlamentarischen Verfahren folgend, ist bei der Einbringung des Berichtes und vor seiner sach- und fachgerechten Beratung in unseren Ausschüssen eine Aussprache aus guten Gründen parlamentarisch eigentlich nicht üblich. Dennoch ist die gestrige Verabschiedung des bisherigen Amtsinhabers für mich und meine Fraktion Anlass genug, von diesem Verfahrensritual einmal abzuweichen und dem scheidenden Bürgerbeauftragten Frieder Jelen auch von dieser Stelle für seine Arbeit herzlich zu danken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Mit Blick auf die im Tätigkeitsbericht enthaltenen Anregungen für die Arbeit der Verwaltung bin ich gespannt, wie der neue Verwaltungschef des Landkreises Demmin seine bisherigen Erfahrungen umzusetzen versteht. Ich wünsche ihm dabei jedenfalls viel und schnellen Erfolg, da schließe ich mich meiner Kollegin Koburger gerne an.

Meine Damen und Herren, über die Inhalte des Berichtes und die Schlussfolgerungen hieraus wird der federführende Petitionsausschuss diesem Hohen Hause erst dann vortragen, wenn der Tätigkeitsbericht unter Hinzuziehung der Stellungnahmen der Fachausschüsse gemeinsam mit dem Bürgerbeauftragten ausführlich beraten wurde.

Ein kurzes Wort sei hier an dieser Stelle aber zu dem Amt an sich gestattet.

Unsere Landesverfassung sieht aus gutem Grund zwei Institutionen für das Anliegen der Menschen in unserem Lande vor: den Petitionsausschuss, der regelmäßig mit seinen Beschlussvorlagen dem Parlament die Ergebnisse seiner Arbeit vorlegt, und den Bürgerbeauftragten, der zwar annähernd gleiche Aufgaben wie der Petitionsausschuss hat, jedoch anders als dieser Ausschuss direkt vor Ort Ansprechpartner für die Menschen sein kann. Dies ist ein Vorteil insbesondere für die Menschen, die sich eventuell mit dem Schreiben schwer tun, die direkten menschlichen Kontakt brauchen, um ihr Anliegen vorzutragen.

Dass es gelegentlich bei der Arbeit der beiden Einrichtungen Doppelungen gibt, ist nicht zu bestreiten, aber im Interesse der Betroffenen hinnehmbar, gibt es doch auch Eingaben, die gleichzeitig an den Ministerpräsidenten, alle Minister, den Petitionsausschuss und den Bürgerbeauftragten gehen. Kurzum: Der Bürgerbeauftragte ist notwendig und sein Bericht ist wichtig und ernsthaft und gründlich zu beraten, weil er Ansprechpartner und damit Sprachrohr der Menschen ist, die sich im Wort leichter ausdrücken als auf dem Papier.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich beantrage hiermit die Überweisung des Berichtes des Bürgerbeauftragten auf der Drucksache 3/1232 federführend an den Petitionsausschuss und mitberatend an die übrigen Ausschüsse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Reinhard Dankert, SPD: Tosender Beifall bei der SPD-Fraktion! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Mahr.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Nitz von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

**Thomas Nitz, CDU:** Der Bericht ist geprägt von einer Handschrift und nicht etwa von Behördendeutsch.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es auch so halten wie meine Vorrednerinnen und vielleicht erst mal etwas zu der Position und der Person des Bürgerbeauftragten insgesamt sagen.

Der Bericht ist der Abschluss einer Fünferreihe und er ist auch der Beweis dafür, dass man in der Sache, am konkreten Problem und da, wo es tatsächlich schon manchmal sehr weh tut, parteiübergreifend den menschlichen Konsens finden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wie wichtig das ist, zeigt uns, glaube ich, auch gerade die gegenwärtige Diskussion, die geführt wird.

Vielleicht einen Satz dazu: Lange vorher gründete der Bürgerbeauftragte ein Bündnis für Demokratie und er warnte – er war damals als gewichtige politische Größe einbezogen – vor den Auswirkungen der Debatte um das Staatsbürgerschaftsrecht. Unermüdlich war auch sein Einsatz für die Opfer der Diktatur. Auch das ist gelebte Demokratie und das ist gelebter Einsatz für Toleranz und gegen Gewalt. Die Institution des Bürgerbeauftragten gehört mit großer Selbstverständlichkeit und ohne peinliches Hin und Her dem Verein für Toleranz und Demokratie an.

Seit dem April 1995 wurden 7.600 Petitionen mündlich, schriftlich, telefonisch oder eben direkt vor Ort an einem der etwa 400 durchgeführten Sprechstage entgegengenommen. 7.600! Wie viel Menschen und wie viel Sorgen das sind, vermag niemand zu sagen, auch und vor allem deshalb nicht, weil niemand weiß, wie viel Menschen sich gar nicht erst an ihn gewandt haben, weil sie schon wieder resignieren. Und das ist es auch – das sage ich jetzt für die Zukunft –, was es so wichtig macht, einen Bürgerbeauftragten zu haben, von dem man weiß, dass er da ist, und zwar auch für den, wie Frau Mahr gesagt hat, der dieser ganzen Amtlichkeit und dem Behördendeutsch etwas

hilfflos gegenübersteht. Wenn man sich die Vorgänge ansieht, dann verwundert einen das wenig.

Das alles nützte aber wenig, wenn der Bürgerbeauftragte nicht unabhängig wäre. Es war sehr klug, ihm damals Verfassungsrang und Gewicht zu geben. Es nützte aber nichts, wenn sich der Bürgerbeauftragte nicht mit ganzem Herzen der Aufgabe gewidmet hätte – das hat mit Mut zu tun –, und es nützte sicher auch nichts, wenn es ihm nicht gelungen wäre, eine kleine schlagkräftige und zuverlässige Mannschaft zusammenzuschweißen.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Zahlenspiel aus der Andacht gestern noch einmal aufgreifen. Das sind fünf Jahre Frieder Jelen als Bürgerbeauftragter und die daraus resultierenden fünf Tätigkeitsberichte. Das ist praktisch wie die fünf Kieselsteine aus dem Bach und dem immer währenden Kampf zwischen Gut und Böse. Das war der Beitrag von Frieder Jelen, dieses Land und diese Welt ein wenig besser zu machen. Ich wünsche mir vor allen Dingen, dass die Nachfolge jetzt würdig geregelt wird. Mit Dank und guten Wünschen für die neue Funktion verbleibt meine Fraktion und erlaubt sich, darauf hinzuweisen, dass der Nachfolger in sehr große Stiefel steigen muss. In der Hoffnung auf eine lebendige Gesellschaft freier Bürger, danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der CDU und Heike Lorenz, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Nitz.

Unserem scheidenden Bürgerbeauftragten, der heute nicht hier ist, müssen ganz kräftig die Ohren klingen. Lassen Sie mich auch noch ergänzen, dass auch ich ihm alles Gute wünsche für seine zukünftige Tätigkeit. Wir hoffen, dass wir einen guten Bürgerbeauftragten oder vielleicht eine Bürgerbeauftragte finden für dieses Land, die diesen Platz würdig ausfüllt.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Ich komme damit zum Ende der Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten auf Drucksache 3/1232 zur federführenden Beratung an den Petitionsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, an den Sozialausschuss sowie an den Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung zu überweisen. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz in Malmö (Schweden) am 4. und 5. September 2000, Drucksache 3/1490.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz in Malmö (Schweden) am 4. und 5. September 2000 – Drucksache 3/1490 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kuessner. Bitte sehr.

**Hinrich Kuessner, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit 1991 hat sich die Ostseeparlamentarierkonferenz unter regelmäßiger Beteiligung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern als Partner bei internationalen Institutionen und Foren in Europa etabliert und unterstützt insbesondere die grenzüberschreitende regionale und auch die subregionale Zusammenarbeit. Als repräsentatives Gremium dient die Ostseeparlamentarierkonferenz der Stärkung der gegenseitigen Identität des Ostseeraumes durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten auf der Grundlage der Gleichheit, der Einleitung und Begleitung politischer Maßnahmen im Ostseeraum, der Förderung der Zusammenarbeit im Ostseeraum, besonders mit dem Ostseerat und anderen nichtstaatlichen Organisationen, und schließlich als Forum für Diskussionen und für einen Informationsaustausch zwischen Parlamenten sowie anderen Gremien und Organisationen im Ostseeraum auf nationaler und interregionaler Ebene.

Leitthema war diesmal „Chancen und Herausforderungen der regionalen und subregionalen Zusammenarbeit im Rahmen der nördlichen Dimension“. Auffallend war, dass nahezu alle Redner die Auffassung betonten, dass Russland mit der Kaliningrad-Region und auch mit der Sankt-Petersburg-Region eine zentrale beziehungsweise strategische Rolle im Rahmen der EU-Osterweiterung einnimmt. Ohne die Einbeziehung Russlands kann das Wohlstandsgefälle nur unzureichend abgebaut und damit auch die Teilung des Ostseeraumes nicht überwunden werden.

(Beifall Monty Schädel, PDS)

Am Rande erzählten zum Beispiel die Finnen, dass die Lebenserwartung an der russischen und finnischen Grenze zum Teil einen Unterschied von bis zu 20 Jahren hat. Da sieht man, wie dramatisch das Wohlstandsgefälle an dieser Grenze ist. Russland darf von der Entwicklung des baltischen Raumes nicht abgekoppelt werden und muss gleiche Chancen erhalten.

Die finnische Initiative der nördlichen Dimension bedeutet nicht, dass Russland politisch und wirtschaftlich isoliert werden soll, sondern dass das vorhandene Potential auf einer freiwilligen Basis besser als bisher genutzt werden kann. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass militärische Auseinandersetzungen umso unwahrscheinlicher seien, je weiter die gegenseitigen wirtschaftlichen Verpflichtungen gingen. Darum darf Russland beim Prozess der EU-Osterweiterung nicht außen vor gelassen werden und Russland muss sich auf eine aktive Kooperation im Ostseeraum auch selbst einlassen.

Erstmals tagten während der Konferenz Arbeitsgruppen, die die Bereiche „Transeuropäische Netzwerke“ sowie „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ diskutierten.

Die Arbeitsgruppe 1, also „Transeuropäische Netzwerke“, erörterte während der Konferenz die Bedeutung dieser Netze für ein wirtschaftlich geeintes Europa. Das hoch gesteckte Ziel, die bereits neun vorhandenen Korridore besser auszubauen und einen zehnten von Schweden über Sankt Petersburg und Moskau bis zum Schwarzen Meer zu entwickeln, bleibe aufgrund von Finanzierungsproblemen hinter den Planungserwartungen zurück. Zukünftig werden innovative Modelle unter Einbringung privaten Kapitals notwendig sein.

Vertreter baltischer Staaten forderten den Ausbau der Via Baltica als wichtiges Bindeglied zwischen Helsinki und

Berlin, die für Gesamteuropa von grundlegender Bedeutung ist. Bedenken wurden gegen den einseitig ausgerichteten Ausbau der Verkehrsnetze geäußert. Insbesondere die Zunahme des straßengebundenen Schwerverkehrs zieht negative Umweltauswirkungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen der Bevölkerung nach sich. In diesem Zusammenhang wurde moniert, dass Konzepte zur Verkehrsentflechtung vielerorts fehlen. In Westeuropa seien die Verbraucher zwar in der Lage, Druck auf die Industrie auszuüben, um sie zu umweltgerechten Produktionsweisen zu zwingen, doch kann dies nicht ohne Weiteres auf die osteuropäischen Beitrittskandidaten übertragen werden. Dem Ausbau des schienengebundenen Verkehrs sowie des Seeverkehrs muss zukünftig mehr Beachtung geschenkt werden.

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe 2 hat insgesamt gezeigt, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum unterschiedlich ausgeprägt ist und vielerorts immer noch am Anfang eines sehr arbeitsreichen Prozesses steht. Grundlegend war herausgearbeitet worden, dass es eine große Bandbreite grenzüberschreitender Kooperation gibt, die von der direkten grenzüberschreitenden Kooperation zweier Nachbarn bis hin zu großen Raumkooperationen zu bestimmten Ostseeregionen reicht. Dabei war auch hervorgehoben worden, wie wichtig die Initialzündung und die Legitimation von Zusammenarbeitsprozessen durch die Parlamente für die Umsetzung und wie bedeutsam ein Austausch über solche Prozesse in der Ostseeparlamentarierkonferenz ist.

Eingangs wurden die Bedeutung der EU-Erweiterung und das Phänomen der Regionenbildung im Ostseeraum erörtert, die sich beide auf der Grundlage grenzüberschreitender Zusammenarbeit vollziehen. Dabei wurde herausgestellt, dass das Leitmotiv der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die Kohäsion, der Zusammenhalt – das heißt der Abbau regionaler Ungleichgewichte zur Stärkung des inneren Zusammenhalts – auch für den Ostseeraum gilt.

Unsere Delegation hat einen Antrag zur Diskussion gestellt, in dem es um die Thematik der Vorbeugung und Bekämpfung von Schiffsunfällen, der Verbesserung der Schiffssicherheit, der Sicherheit von Seestraßen sowie des internationalen Katastrophenschutzes ging. Wir wollten erreichen, dass in Vorbereitung der nächsten Konferenz, die ja bei uns in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden wird, versucht wird, dieses Thema so zu vertiefen, dass es zu einer inhaltlichen Beschlussfassung kommen kann. Alle fanden das Anliegen wichtig als einen konkreten Beitrag zur Verbesserung grenzüberschreitender Zusammenarbeit, aber wir standen mit unserem Antrag trotzdem ziemlich allein. Einige befürchteten, dass wir damit weitere Hürden für den Schiffbau errichten wollten. Letztlich gelang es mit Hilfe der russischen Delegation, das Anliegen in die Beschlussfassung einzubringen.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD)

Wir haben jetzt also die Möglichkeit, hier für die nächste Konferenz Vorarbeiten zu leisten.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD)

In mehreren Beiträgen wurde immer wieder die Bedeutung einer Verstärkung des Jugendaustausches hervorgehoben. Dies wurde auch unter dem Aspekt gesehen, dass der Blick der westlichen Ostseeanrainerstaaten jahrzehntelang nach Süden und Westen gerich-

tet war und es erst im Laufe eines länger währenden Entwicklungsprozesses, insbesondere bei der Jugend, gelingen dürfte, diese Focussierung auf den östlichen Bereich zu lenken. Das Thema des Jugendaustausches wurde im Rahmen der Schlussresolution aufgegriffen. Diese Thematik soll aber im Rahmen der kommenden Konferenzen weiter vertieft und ihre Umsetzung auf der Ebene der Ostseeparlamentarierkonferenz weiter begleitet werden.

Des Weiteren war auch die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten thematisiert worden. Dabei war ein Aspekt die Ausweitung der Möglichkeit, in einem anderen Ostseeanrainerstaat zeitweise studieren zu können. Außerdem war angeregt worden, das europäische Sprachjahr 2001 dafür zu nutzen, über die Regierungen durch entsprechende Förderprogramme Sprachbarrieren im Ostseeraum zu reduzieren. Man muss dazu sagen, dass wir die größten Sprachbarrieren als Delegation hatten. Alle konnten Englisch, selbst die Russen sprachen Englisch und Deutsch. Dass wir sprachlich unterentwickelt sind, ist ein echtes Hemmnis, und ich denke, wir müssen daran hart arbeiten, damit wir hier einen Schritt vorankommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

In ihrer Resolution hat sich die Konferenz des Weiteren dafür ausgesprochen, die Informations- und Telekommunikationstechniken auszubauen, um die Bevölkerung in dieser Region an der ökonomischen und sozialen Entwicklung gleichermaßen teilhaben zu lassen, die Energieversorgung unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit sowie des Umweltschutzes zu verbessern, die Transportmöglichkeiten zu verbessern, die Handelsschranken und wirtschaftlichen Hemmnisse weiter abzubauen, die nationalen Normen zu verbessern, die die Grundrechte der Menschen garantieren, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verstärken, die INTERREG-Programme der Europäischen Union stärker auf die besonderen Belange einzelner Staaten auszurichten und dass die Agenden 21 auf allen Ebenen sowie die HELCOM-Strategien umgesetzt werden.

Der Prozess der europäischen Osterweiterung eröffnet große Chancen für unsere Wirtschaft, auch für das Zusammenleben der Menschen im Ostseeraum. Damit wir diese Chance nutzen können, brauchen wir das Mitwirken unserer Bürgerinnen und Bürger, da müssen wir mehr als bisher für eine gemeinsame Identität im Ostseeraum tun und Begegnungen der Menschen im Ostseeraum besser organisieren. Das Verhältnis der Ostseeanrainerstaaten basiert heute nicht mehr auf dem Konfrontations-, sondern auf dem Kooperationsprinzip.

Mit Zustimmung aller Delegationen wurde die Ihnen vorliegende Resolution beschlossen, das heißt, es ist ein einstimmiger Beschluss. Das ist Voraussetzung in dieser Konferenz. Um ihr die demokratische Legitimation auch in Mecklenburg-Vorpommern zu erteilen, bitte ich um Ihre Zustimmung zum vorliegenden interfraktionellen Antrag. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Präsident, für die Einbringung dieses Antrages.

(Norbert Baunach, SPD:  
Er ist auch Abgeordneter.)

Wir haben im Ältestenrat eine Aussprachezeit mit einer Dauer von 33 Minuten vereinbart. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, werden wir so verfahren.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion.

**Reinhardt Thomas, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag zur Umsetzung der Beschlüsse der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz in Malmö ist einschließlich der Zustimmung zum Beschluss der am 4. und 5. September versammelten Teilnehmer ein wichtiger Schritt für eine gemeinsame und gedeihliche Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Die Ausrichtung der 10. Parlamentarierkonferenz Anfang September nächsten Jahres in Greifswald ist auch und vor allem ein Erfolg für die Region Vorpommern, die seit Jahren mit ihren Aktivitäten in der Pomerania Maßstäbe für die Zusammenarbeit im Ostseeraum gesetzt hat. Die Resolution mit ihren Forderungen an Parlamente und Regierungen der Teilnehmerstaaten ist, wenn wir sie gemeinsam mit Leben erfüllen, eine große Chance für alle Anrainerstaaten, aus der Region eine Jahrhundertregion zu machen. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Jugendaustausch, Bildung und Forschung, Ostsee-Daten-Autobahn, Forcierung und Erleichterung des Handels und gemeinsame Konzepte im Energiebereich – wenn wir das gemeinsam packen, dann können wir in eine sichere Zukunft blicken.

Wichtig und zukunftsweisend ist die besondere Betonung der Unterstützung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Zusammenarbeit in der Ostseeregion, die damit die Chance hat, nicht zum Spielball von Großkonzernen zu werden, die nur eigene globale und keine regionalen Interessen in den Vordergrund stellen. Die Gesamtentwicklung der Ostseeregion hängt dabei ganz entscheidend von der Stärke der parlamentarischen Demokratien der einzelnen Anrainerstaaten ab.

Und nicht zuletzt wird in der Resolution auch auf die Gefahren für die Ostseeregion durch grenzüberschreitende Kriminalität, organisierte Kriminalität und Katastrophen auf See hingewiesen. Hier ist Deutschland noch in der Pflicht, die rechtlichen Möglichkeiten für die Strafverfolgung allgemein zu verbessern und vor allem bessere rechtliche Voraussetzungen für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu schaffen.

Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Europa, insbesondere im Ostseeraum, sichert unsere Zukunft. Einen hohen Stellenwert haben aus diesem Grunde auch gemeinsame Maßnahmen zur Prävention und zur Bekämpfung der Gefahren für die Entwicklung in der gesamten Ostseeregion. Dazu gehört natürlich auch ein optimiertes internationales Sicherheitskonzept für die gesamte Ostsee zur Verhinderung und zur Bekämpfung von Seeunfällen und Katastrophen. Es ist gut, dass es der Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gelungen ist, diesen wichtigen Themenkomplex mit in die Resolution einzubringen.

Im vorliegenden Antrag wird der Vorbeugung und Bekämpfung von Schiffsunfällen sowie der Verbesserung der Schiffsicherheit und der Sicherheit der Seestraßen in der Ostsee Priorität eingeräumt. Mit der Unterschrift unter Punkte 3 und 4 des Antrages haben Sie sich, meine Damen und Herren der Koalition, in dankenswerter Weise von Ihrer ablehnenden Haltung gegenüber unseren Anträ-

gen „Sicherheitskonzept Ostsee“ und „Sofortmaßnahmen für ein Sicherheitskonzept Ostsee“ doch etwas verabschiedet. Das ist vernünftig, weil ich glaube, dass Sie an unseren Sach- und Fachargumenten langfristig nicht vorbeikommen.

Wir haben mit unserem Antrag vom 2. Februar den besten gemeinsamen Weg zum Schutz unserer für Mecklenburg-Vorpommern wichtigen Ostsee-Region gesucht. Unser erstes 7-Punkte-Programm war richtungsweisend und wurde in wesentlichen Bereichen von der Grobecker-Kommission und dem „Pallas“-Untersuchungsausschuss bestätigt. Die haben das nur etwas parlamentarischer formuliert, wir aber praktikabler auf der Linie von Seerechts-Experten, Bergungsprofis, Lotsenbrüderschaften, nautischen Vereinen und nicht zuletzt auf der Linie der Tourismusverbände in unserem Land.

Ich gebe gern zu, dass wir Sie da vielleicht etwas überfordert haben, aber wir haben mit unserem zweiten Antrag „Sofortmaßnahmen für ein nationales Sicherheitskonzept“ im Mai nachgelegt und trotz Ablehnung wurden die Inhalte beider Anträge in kleinen Schritten aufgegriffen und argumentativ verwendet. Ich finde, das ist gut so. Das Problem ist nur, dass wir uns als Land, dessen Küste von allen Ostseeanrainerstaaten am stärksten gefährdet wird, viel zu wenig bewegen und öffentlich und politisch Druck machen. Mecklenburg-Vorpommern müsste eigentlich die Speerspitze für ein nationales Sicherheitskonzept sein und nicht der Abnicker für immer neue Arbeitsgruppen, mit denen doch Zeit verschwendet wird.

Ich darf dran erinnern: Nach den Tankerunfällen mit den Tankern „Braer“ 1993 und „Seampres“ 1995 vor der englischen Küste wurde auf Mehrzweckschiffe mit entsprechendem Pfahlzug gesetzt. Mit den Mehrzweckschiffen „Mellum“ und „Neuwerk“ stehen zwei in der Nordsee mittlerweile zur Verfügung. Als Mehrzweckschiffe haben sie ihre Schleppvorrichtung aber achtern und nicht wie bei Hochsee- und Hafenschleppern mittschiffs, also an Idealpositionen für Notschleppensätze auf See.

Bei einer Notschleppübung in der Deutschen Bucht im Oktober 1998 sollte die Qualität der „Neuwerk“ getestet werden. Bis zur In-Dienst-Stellung der „Neuwerk“ charterte der Bund noch die „Oceanic“. Mit der In-Dienst-Stellung der „Neuwerk“ sollte der Chartervertrag für die „Oceanic“ gelöst werden. Die Wunderwaffe „Neuwerk“ der deutschen Behörden, die 100 Millionen DM kostete, hatte aber erhebliche Probleme bei der Übung, den Tanker „Bergina“ auf den Haken zu nehmen, sicher in Fahrt zu bringen und abzuschleppen. Der schon 1969 gebaute Hochseeschlepper „Oceanic“ nahm das Schiff professionell und schnell bei einigen Windstärken auf den Haken und schleppte den Tanker ohne Probleme ab. Warnende Stimmen von Bergungsprofis, die bundeseigenen Schiffe seien für viele Aufgaben konzipiert, könnten aber keine davon hundertprozentig erfüllen, wurden von den Behörden jahrelang weggewischt.

(Peter Ritter, PDS: Steht das alles in der Erklärung von Malmö?)

Eine Woche später, am 24. Oktober, bewies die „Oceanic“ mit dem Abschleppen des ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Annegrit Koburger, PDS: Zum Thema bitte!)

Das gehört zu dem Antrag. Haben Sie ihn nicht gelesen? – Punkte 3 und 4, der meiste Teil des Antrages.

(Peter Ritter, PDS: Dazu steht doch in der Erklärung von Malmö gar nichts drin über die ganzen Sachen hier.)

Wenn Sie das nicht hören wollen, dann gehen Sie doch bitte raus.

(Peter Ritter, PDS: Na gut. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

... des 60.000-Tonnen-Massengutfrachters „Rybi XL“ bei Sturm von Stärke 9 bis 11 ihre Qualitäten in der Deutschen Bucht.

Während der gleichen Zeit bahnte sich weiter im Nordlicht das „Pallas“-Drama an, mit dem die Mehrzweckschiffe „Neuwerk“ und „Mellum“ hinsichtlich ihrer Technik etwas überfordert waren. Die „Pallas“-Katastrophe machte deutlich, dass nur geeignete Bergungsschlepper mit einer Profi-Besatzung das Know-how haben, solche Schiffsbergungen durchzuführen. Nach der „Pallas“-Katastrophe wurde die „Oceanic“ wieder gechartert und liegt seitdem in der Deutschen Bucht vor Helgoland. Und deswegen haben wir gefordert – im Übrigen auf dem Weg einer Kleinen Anfrage –, die gefährliche Notschleppkapazitätslücke für die Ostsee mit der „Mellum“ zu schließen, was auch diesem Antrag entsprechen würde. Nach der „Pallas“-Havarie 1998 nur auf Vereinbarungen vom Vorjahr zu verweisen, ich glaube, das hält der Entwicklung nicht stand. Und die „Mellum“ mit 5,76 Meter Tiefgang und 110 Tonnen Pfahlzug mit der „Scharhorn“ mit 0 Pfahlzug zu vergleichen, das ist doch wohl nicht der richtige Weg. Die dramatischen und für die Ostsee gefährlichen Schiffsunfälle ereigneten und ereignen sich auf der 10-Meter-Linie wie in der Kadet-Rinne. Und 110 Tonnen Pfahlzug ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also man kann hier wirklich einbringen, was man will, Herr Thomas redet immer über das, was ihm gefällt. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, das steht nun mal mit drin. Nun hören Sie es sich doch an!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Ich höre das doch, ich höre das doch.)

Das ist der Hauptteil des Antrages. Sie werden es mir doch wohl nicht übel nehmen, wenn ich das nutze.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Machen Sie nur! Beschreiben Sie doch weiter!)

Wenn Sie manövrierunfähige Großtanker auf Position halten wollen ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Na ja, es hat ja schon was gebracht. Ein bisschen was davon haben Sie ja aufgegriffen, was wir Ihnen gesagt haben.

Die Übung am 21. September vor Rügen war aus unserer Sicht sicher ein Fortschritt. Wo aber waren die Bergungsprofis? Wo waren die Schlepper mit genügend Pfahlzug? Und wo waren genügend Schiffe mit Ölaufnahmekapazität?

Und jetzt kommen wir doch wieder zu einem Punkt, den wir schon angesprochen haben. Nach einer solchen angenommenen Kollision wie vor Rügen nur mit 45.000 Liter

auslaufendem Bunkeröl mit circa 4,5 Tonnen zu rechnen, das ist doch aus meiner Sicht sehr unrealistisch.

Mit der Landespressekonferenz am 29.08. hat sich Ihr Staatssekretär – er ist nicht da – doch ein Stück in unsere Richtung bewegt. Dazu einige Beispiele:

#### 1. Havariekommando Cuxhaven

Von 30 Mann 7 herausziehen, das ist eine Straffung der Befehlsstruktur. Das wollten wir straffer in Richtung Küstenwache. Ich denke, hier haben Sie unsere Intention aufgegriffen.

#### 2. Lotsenpflicht

Das haben Sie auch von uns, und das ist gut so. Aber bitte so schnell wie möglich umsetzen, bevor die Lotsendienste wie geplant in der Ostsee abgebaut werden. Die Gefahr ist akut.

#### 3. Die Betonung in der Kadet-Rinne haben Sie zwar etwas überbewertet, aber ich denke, das war in Ordnung. Wieder Projektgruppen mit Unterprojektgruppen sind aus unserer Sicht aber Zeitverschwendung, weil die Bergungsprofis ungenügend mit einbezogen werden und deren Vorschläge schon vorliegen.

#### 4. Anordnungsbefugnis für Schlepper an den Bund abgeben, das ist unsere Küstenwache, und der Befehlshaber sollte dann die Schlepper einsetzen – also auch in Ordnung. Und zusätzliche Schleppkapazität ist notwendig, das ist richtig. Das fordern wir schon lange. Die „Mellum“ hätte heute schon längst in der Ostsee sein können, weil die „Oceanic“ und die „Neuwerk“ in der Nordsee zur Verfügung stehen und das dort erfahrungsgemäß genügt.

#### 5. Ein Beispiel, das eingebracht wurde auf der Pressekonferenz – satellitengestützte Überwachung als Allzweckwaffe –, funktioniert nicht, weil eben auf Billigflaggenschiffen solche Anlagen abgeschaltet werden können. Die Radarüberwachung der Kadet-Rinne von Warnemünde aus ist realistischer und nicht so störanfällig.

Wir haben also klar unsere Forderungen für ein Sicherheitskonzept Ostsee mehrfach und heute nochmals im Rahmen dieses Antrages definiert. Ich glaube, das genügt aber nicht. Wir benötigen insgesamt in der Nord- und Ostsee ein überarbeitetes Sicherheitskonzept, das auch den zukünftigen Anforderungen genügt.

In der Nordsee laufen nach dem Ausbau von Tiefwasserhäfen in Cuxhaven und Wilhelmshaven mehr hochbordige Containerschiffe und Pkw-Transporter in die Deutsche Bucht ein, die 10.000 bis 20.000 Tonnen Treibstoff gebunkert haben. Bei Manövrierunfähigkeit treiben sie wie Segelboote ab. Das präventive Vorhalten von Notschleppkapazitäten von 180 bis 200 Tonnen Pfahlzug ist also unverzichtbar.

Nach einem Kommentar des BUND ist das fehlende Sicherheitskonzept Ostsee eine akute Bedrohung für unsere Küste. Beiden – Nord- und Ostsee – fehlen also die Sicherheitsschlepper, die bei großen Schiffshavarien und Zusammenstößen Evakuierungskapazitäten vorhalten und die dafür ausgelegt sind, unter dramatischen Bedingungen Passagiere von Fährschiffen und Passagierschiffen zu retten. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass im August vorigen Jahres die Passagiere und die Besatzung des norwegischen Kreuzfahrtschiffes

„Norwegian Dream“, das im Übrigen zwei Mal in diesem Jahr in Warnemünde war, nur durch Zufall einer Katastrophe entgangen sind. Bei einer Kollision mit dem Containerschiff „Ever Decent“ im Ärmelkanal fielen zwei Container des brennenden Containerschiffes auf den Luxusliner, der zu diesem Zeitpunkt 2.400 Passagiere an Bord hatte. Solche schweren Schiffsunfälle und Havarien können jeden Tag in der Nord- und Ostsee passieren. Mit dem steigenden Schiffsverkehr steigt natürlich auch die Gefahr.

Am 13. September wurde in der Bremer Landesvertretung in Berlin das Modell eines Sicherheitsschiffes mit 180 Tonnen Pfahlzug, einer Evakuierungskapazität für 1.500 Personen sowie modernster Schlepp-, Bergungs- und Feuerlöschkapazität vorgestellt.

(Annegrit Koburger, PDS: Redezeit beenden!)

Das Mehrzweckschiff kostet circa 80 Millionen DM, könnte 2005 auf Fahrt gehen und ein weltweiter Exportartikel auch für unsere Werften werden. Die so genannte SPD-Küstengang, das dürfte Sie übrigens interessieren, war von diesem Projekt ganz angetan. Wir brauchen also ein neues Bündnis ...

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Herr Thomas, Ihre Redezeit ist beendet.

**Reinhardt Thomas,** CDU: Ich danke für den Hinweis. Ich beende meine Rede sofort.

Die CDU-Fraktion wird sich weiterhin in diesem Bereich engagieren und Ihnen die entsprechenden Vorschläge unterbreiten und natürlich darauf hoffen, dass Sie die wie gehabt – wenn auch etwas langsamer – aufgreifen. Das Gefährdungspotential vor unseren Küsten wird dramatisch größer und, ich denke, wir sollten diese Gefahr gemeinsam anpacken. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und dafür, dass Sie trotz Ablehnung unsere Intention der beiden Anträge aufgegriffen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Thomas.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schädel von der PDS-Fraktion.

**Monty Schädel,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nicht über Schiffe zu reden ist bei der Ostsee schwierig.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Die PDS-Fraktion begrüßt die Ergebnisse der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz selbstverständlich, denn sie sind Ausdruck dessen, dass die Menschen im Ostseeraum diesen Raum miteinander gestalten wollen. Dass die Menschen, die bei uns im Land leben, nicht nur zuschauen, sondern sich einbringen können, dafür müssen wir sorgen. Um dieses zu erreichen, wird an vielen Stellen des Landes geworben und gearbeitet, werden Projekte organisiert und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, jeder hat seine Schwerpunkte und ich werde jetzt nicht darauf eingehen, was durch das Engagement der Delegation unseres Landes und vor allem des Delegationsleiters, des Landtagspräsidenten Hinrich Kuessner, Eingang in die Abschlussresolution gefunden hat. Dieses ist im Antrag festgehalten

und hervorgehoben sowie bereits durch den Kollegen Thomas sehr ausführlich dargestellt worden.

Meine Schwerpunkte sind andere. Nur so viel: Es ist ein Erfolg, dass die Länder im Ostseeraum aufgefordert und ermuntert werden – wir müssen auf die Handlungen warten – und dieses durch die delegierten Parlamentarier auch angenommen wurde, sich im Ostseeraum gemeinsam zur Vorbeugung und Bekämpfung von Schiffsunfällen, zur Verbesserung der Schiffssicherheit, der Sicherheit von Seestraßen zu verständigen, denn die Ostsee, das ist ja nicht nur Wasser,

(Sylvia Bretschneider, SPD, und  
Dr. Armin Jäger, CDU: Doch!)

sondern sie ist ja auch für die Erholung und die Arbeit sowie auf vielen anderen Gebieten für die hier lebenden Menschen rings um die Ostsee von immenser Bedeutung. Diesen Wert gilt es zu schützen und zu erhalten.

Meine Schwerpunkte der Resolution sind andere, denn auch diese Bereiche, denke ich, sind wichtig. Und auch die Diskussionen auf der Konferenz in Malmö waren natürlich nicht nur von diesem Thema bestimmt. Der Landtagsabgeordnete Kuessner hat dazu ja schon einige Ausführungen gemacht. Viele, wenn nicht alle Redner und Rednerinnen machten deutlich – und so ja auch das verkürzte Motto der Tagung: „Brücken bauen“ –, dass es im Ostseeraum nur um eine gemeinsame Arbeit, um Kooperation gehen kann. Mehrfach wurde auf vergangene Zeiten verwiesen, als die Ostsee ein Raum der Konfrontation war, und der Schluss gezogen, dieses darf sich nicht wiederholen, dieses wollen wir nicht zulassen, die Ostsee muss zu einem Meer des Friedens werden.

Bei diesem Vorhaben, und auch darauf ging der Abgeordnete Kuessner ein, darf Russland nicht außen vor gelassen werden und dürfen keine neuen Grenzen, Mauern aufgebaut werden. Russland muss in diesem Prozess mitgenommen werden. Wenn die Vertreter Russlands in ihren Beiträgen in diesem Zusammenhang davor warnten, die Befindlichkeiten ihres Landes bei der EU-Osterweiterung und der NATO-Ausdehnung zu ignorieren und gleichzeitig für Abrüstung im Ostseeraum warben, sollten wir diese Äußerungen ernst und aufnehmen.

Bringen wir das Thema der maritimen Abrüstung auf die Tagesordnung der Konferenz im nächsten Jahr in Greifswald und der folgenden Konferenzen und setzen wir uns dafür ein – unabhängig von der Politik in Berlin, Brüssel, Washington und/oder Moskau –, dass die Ostsee zu einem Meer des Friedens wird, denn wir leben hier an der Ostsee! Nehmen wir die Diskussion dazu auf und bringen wir unseren Einfluss dort zum Tragen!

Welche Gefahren auf uns und auf die an der Ostsee Lebenden zukommen können, machte uns Herr Thomas dankenswerterweise zum wiederholten Male sehr deutlich, zeigte aber auch vor wenigen Wochen das tragische Unglück der „Kursk“. 118 Menschenleben sind zu beklagen und ein Atomreaktor liegt auf dem Meeresgrund. Wie lange dieser hält oder ob er vielleicht gehoben werden kann, weiß bisher niemand. Schrecklich, wenn so etwas auch in der Ostsee passieren sollte. Beugen wir also vor!

Einen Anfang könnten wir machen, wenn – ich nehme die Jahresversammlung des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen“ vom vergangenen Wochenende in Rostock hier zum Anlass – wir uns für eine atomwaffenfreie Zone zum Beispiel einsetzen würden, für Städte in unserem Land, die

dem Beispiel Rostocks und weiterer fast 100 Städte in der Bundesrepublik folgen, für unser Bundesland, für den Ostseeraum.

Bereits auf der 8. Tagung in Mariehamn wurde den Anrainerstaaten der Ostsee empfohlen – und die Resolution wurde ja auch von diesem unserem Landtag angenommen –, auf Atomkraft zur Energiegewinnung zu verzichten. Gehen wir jetzt einen Schritt weiter!

Für ein Meer des Friedens und der Kooperation in der Ostsee ist jedoch nicht nur die Abschaffung des Militärischen in der Region ein Schritt in die richtige Richtung – dieses wurde in Malmö immer wieder betont –, so dass Punkte in die Resolution Eingang gefunden haben, die dem Miteinander der Menschen dienlich und auf die Zukunft ausgerichtet sind.

So wurden Vorschläge des Ostseejugendsekretariates und der Jugendkonferenz im Juli des Jahres sowie Förderung des Jugendaustausches und des Tourismus im Ostseeraum durch die Schaffung eines Jugendfonds aufgegriffen und den Parlamenten und Regierungen zur Umsetzung empfohlen. Greifen wir auch dieses auf, damit sich die jungen Menschen im Ostseeraum auch kennen lernen können. Dazu ist es zwar ungemein wichtig, dass die Grenzen offen sind, doch reicht dieses noch nicht aus, wenn die Mittel den Jugendverbänden nicht oder erst zu spät zur Verfügung gestellt werden. Dieses ist ein Schritt in die Zukunft. Fremdenfeindlichkeit kann auch damit begegnet werden, dass Fremde sich kennen lernen.

Weitere Aufgaben des Landesparlamentes und der Landesregierung, die sich aus der Umsetzung der Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz ergeben – ich deutete es bereits in meiner Rede heute Mittag an –, sind die Verbesserung von Gesetzen und Vorschriften, welche die menschlichen Grundrechte und Grundfreiheiten mindestens entsprechend den internationalen Vereinbarungen von UN, Europarat und OSZE enthalten. Wenn staatliche Verordnungen und Vorschriften diesen Kriterien nicht genügen und Rassismus und Diskriminierung nicht entgegenwirken, sondern diese gar manifestieren und vorschreiben, brauchen wir uns über Rassismus und Gewalt auf der Straße nicht zu wundern.

Ich sagte es bereits, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Malmö im Plenum: Bei allen guten und wichtigen Vorhaben, die in der Resolution festgehalten sind, die als Empfehlung an die einzelnen Landesparlamente ging – wenn mit den Ergebnissen nicht die Menschen in den Ländern erreicht werden, gehen unsere Bemühungen hier in unserem Parlament und in den anderen Parlamenten an den Menschen, die im Ostseeraum leben, vorbei. Lassen Sie uns die Menschen mitnehmen, die hier leben, und die Konferenz im nächsten Jahr in Greifswald so vorbereiten, dass sie die Einwohner unseres Landes mitgestalten und auch als ihre Konferenz annehmen! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

**Dr. Henning Klostermann, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich nur noch ein paar Anmerkungen zu diesem Thema hier machen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz – eher thesenartig will ich das jetzt tun – hat sich als eine Art Überparlament für die ehemals politisch und auch militärpolitisch hoch sensible Großregion Mare balticum etabliert. Das stelle ich so in den Raum.

Als Teilnehmer einiger dieser Konferenzen möchte ich auch den Stand, den man erreicht hat, hier an die erste Stelle setzen. Die letzte Delegation, die in Malmö war, hat auch innerhalb der Teilnehmer ein gutes Bild abgegeben und gut gearbeitet. An der Stelle sei auch dem Ausschusssekretär Herrn Pác noch mal gedankt für diese ausgezeichnete Vorbereitung und das Zur-Seite-Stehen vor Ort.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Den seitens Mecklenburg-Vorpommern erbrachten Aktivitäten und Initiativen ist es zu verdanken, dass die 10. Konferenz im September 2001 von unserem Land ausgerichtet wird.

Ich möchte hinzufügen, dieses Hohe Haus hat sich im ersten Halbjahr dieses Jahres mehrfach der Vorbeugung und Bekämpfung von Tankerunfällen beziehungsweise Ölhavarien gewidmet. Das ist eine Tatsache. Ich will nicht weiter darauf eingehen. Herr Thomas hat das auch ausführlich getan. So ist es konsequent, dass eine Zielstellung in die am 5. September in Malmö angenommene Entschließung aufgenommen wurde. Genau dieses habe ich hier vom Pult aus am 13.04. dieses Jahres gefordert, dass wir in diese Resolution etwas einbringen können. Wir haben es geschafft.

Im Rahmen eines Projektes des Bundesverkehrsministeriums mit dem Titel „Verbesserung der maritimen Notfallvorsorge und des Notfallmanagements in der Nord- und Ostsee“, in welches Mecklenburg-Vorpommern in der Lenkungsgruppe und in mehreren Teilprojekten involviert ist, gilt es, die Besonderheiten des Randmeeres Ostsee und unsere hoch empfindliche Küste spezifisch einzubringen und zu berücksichtigen.

Auf parlamentarischem Weg – und das, meine ich, ist das Entscheidende hier –, auf parlamentarischem Wege sind wir jetzt in der von uns initiierten Pflicht, die Thematik der Vorbeugung und Bekämpfung von Schiffsunfällen, insbesondere von Tankern, im Vorfeld der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald aufzubereiten, sachlich zu vertiefen und in gemeinsames Handeln zu bringen. Und wir sollten dabei unterscheiden, was ist Aufgabe der Exekutive und was ist Aufgabe der Legislative und welches Ziel soll auf diesen Konferenzen, insbesondere der 10., erreicht werden, nämlich auch der Schulterchluss unter den Ostseeanrainern.

Und eine letzte Bemerkung: Der Umweltausschuss hat dem Ostseeschutz in der Vergangenheit große Aufmerksamkeit gewidmet, tut es auch gegenwärtig und will sich auch der neuen Aufgabe stellen. Wir haben ein knappes Jahr Zeit, um auch in diesem Parlament die Vorbereitung positiv abzuschließen.

Seitens der SPD-Fraktion stimmen wir für den Antrag auf Drucksache 3/1490. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Dr. Klostermann.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag aller drei Fraktionen auf Drucksache 3/1490. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/1490 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen und Verwendung der Steuermehreinnahmen, Drucksache 3/1494.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Einnahmen aus der Versteigerung der  
UMTS-Lizenzen und Verwendung  
der Steuermehreinnahmen  
– Drucksache 3/1494 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Seidel von der CDU-Fraktion.

**Jürgen Seidel**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schaut man sich die gegenwärtige Bundespolitik an, dann unterlässt es die jetzt regierende Koalition in kaum einer Rede, die ehemalige Regierung zu geißeln wegen des Schuldenberges, wegen der 1,5 Billionen DM.

(Präsident Hinrich Kuessner  
übernimmt den Vorsitz.)

Nun könnte man viel dazu sagen unter dem Stichwort deutsche Wiedervereinigung. Das will ich hier aber nicht tun. Das ist heute hier nicht das Thema.

(Angelika Gramkow, PDS: Das war auch vorher schon genug, 1,2 Billionen vorher! –  
Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Ein bisschen Differenziertheit wäre vielleicht ganz gut. Ich will nur Folgendes erwähnen, Herr Bluhm, und da will ich hin, dass ich bisher eigentlich in keiner Rede auch nur ein ganz kleines Wort der Anerkennung gehört habe – das kann man ja anonym gestalten – in Bezug auf die Vorarbeiten der ehemaligen Bundesregierung im Zuge der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes, denn das war ja wohl die Grundlage dafür, dass wir heute überhaupt davon reden können, dass wir jetzt enorme Einnahmen haben, eben über diese berühmten UMTS-Lizenzen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Also, Herr Seidel, da wissen wir doch ganz genau, dass Sie das schon machen werden. –  
Angelika Gramkow, PDS: Sie hätten doch noch mehr rausgeholt.)

Das ist richtig. Dass Sie das wissen, freut mich natürlich auch,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir lassen Ihnen auch noch ein bisschen was.)

aber ich finde, es gehört einfach auch mal dazu – wir haben heute so viel über Stil gesprochen, Herr Dr. Schoenenburg –, dass man sagt, dass da die Grundlagen gelegt wurden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber denken Sie doch mal darüber nach! Sie loben uns doch auch nie. – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Damen und Herren, um es gleich vorwegzusagen, wir halten es für richtig, dass diese 100 Milliarden DM eingesetzt werden, wie das ja jetzt auch sein soll, zum Abbau der Neuverschuldung. Da diese Mittel auch nur einmalig zur Verfügung stehen, ist es richtig, damit sozusagen nachhaltig Spielräume zu eröffnen. Und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, sollen diese Spielräume ungefähr bei 5,5 Milliarden DM liegen.

Wir sehen es als genauso richtig an, diese Mittel für Investitionen, ich würde sogar sagen, für Investitionen in die Zukunft, also konkret in die Verkehrsinfrastruktur oder auch im Bildungsbereich einzusetzen. Ich denke, dass man für unser Land immer wieder sagen muss – auch wenn unbestritten in der Vergangenheit vieles im Verkehrsbereich realisiert wurde –, dass eben nach wie vor, wir haben darüber gesprochen, Defizite vorhanden sind. Und die A 20 löst nicht alle Probleme. Das wussten wir, das wissen wir. Insofern ist es gut und ich hoffe nur, dass wir von den Dingen auch etwas abbekommen, aber dazu ist ja seit gestern Abend etwas gesagt worden. Dass wir nach wie vor Probleme haben, will ich nur beweisen mit dem Stichwort „Maßnahmeprojekt Deutsche Einheit Nummer 1“, die berühmte Bahnstrecke Lübeck–Stralsund. Wir alle wissen, dass die Dinge dort nach wie vor unterfinanziert sind.

Ja, und zum Bildungsbereich, auch dort, hoffe ich, sind wir uns einig. Deutschland ist gegenwärtig, für meine Begriffe zumindest, auf dem Wege, seinen Ruf als guten, sehr guten Bildungsstandort so ein bisschen zu verlieren. Und dagegen sollten wir viel tun. Insofern ist es richtig, diese Mittel auch für Bildung einzusetzen. Ich finde auch diesen Gedanken mit einer Stiftung sehr gut, weil man damit tatsächlich die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat in diesem Bereich organisieren könnte.

Meine Damen und Herren, aufgrund der avisierten Steuermehreinnahmen halten wir die zeitgleiche Entlastung von Kapital- und Personengesellschaften mit einem Spitzensteuersatz von 42 Prozent bereits zum 01.01.2001 für möglich. Dies wäre ein enorm wichtiges Signal. Wir haben in unserem Land nur Mittelstand, wenn man das mal sagen darf, und auch sehr viele Personengesellschaften. Und Sie wissen, dass, besonders von unserer Seite, gerade dieser Gleichbehandlungsgrundsatz eingefordert wird, was die Kapital- und die Personengesellschaften betrifft.

Also, wir wollen mit unserem Antrag eine Landesposition zusammenfassen, die Regierung auffordern, diese auch aktiv im Bund zu vertreten, denn nur wer sich nicht regt, wird regiert. Insofern bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner**: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin.

**Ministerin Sigrid Keler**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schulden des Staates sind für den Normalbürger immer etwas Abstraktes. Die drückende Last eigener Schulden ist für jedermann sehr viel konkreter. Wenn

man aber bedenkt, dass der Schuldenstand der Bundesrepublik derzeit noch mehr als 60 Prozent des jährlich erwirtschafteten Bruttoinlandsproduktes, also der gesamten erarbeiteten Werte, ausmacht, dann sollte sich jeder darüber im Klaren sein, dass dieser Schuldenstand zu hoch ist und nicht lange getragen werden kann.

Durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen ist die Bundesregierung in der glücklichen Lage, mit einer einmaligen Mehreinnahme den Schuldenstand spürbar zurückzuführen. Das Bundesfinanzministerium geht davon aus, dass die Schuldenquote bis 2001 auf 58 Prozent des Bruttoinlandsproduktes abgesenkt werden kann. Deutschland würde damit zum ersten Mal alle Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrages erfüllen.

Voraussetzung ist aber nun einmal, dass alle UMTS-Erlöse in die Entschuldung gehen und nicht – wie einzelne Landes- und Bundespolitiker fordern – für Investitionen gleich wieder ausgegeben werden. Damit ich nicht wieder absichtsvoll falsch verstanden werde: Investitionen sind nötig, weil sie mittel- und langfristig Arbeitsplätze und wirtschaftliche Prosperität ermöglichen. Staatliche Investitionen nützen jedoch nichts, wenn der Staat zugleich sehenden Auges in den Bankrott treibt. Die Lösung kann nur sein, die Staatsverschuldung abzubauen, um dadurch die Investitionskraft des Staates zu stärken und damit die Lebensverhältnisse der Menschen zu sichern. Insofern hat Bundesfinanzminister Eichel Recht, wenn er sagt, dass die Bundesrepublik auf dem Weg war in einen „komplett handlungsunfähigen Staat“ und dass der Abbau der Staatsverschuldung „die wichtigste soziale Frage“ sei.

Meine Damen und Herren von der CDU, mit Teilen Ihres Antrages unterstützen Sie eine längst gefällte Entscheidung, nämlich die Nutzung der UMTS-Erlöse für den Schuldenabbau. Dies ist zu begrüßen, auch wenn Sie damit auf einen fahrenden Zug aufspringen wollen.

Für die Zinsgewinne gilt dasselbe, denn erstens betrifft Ihr Forderungspaket zwei Bereiche – Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und in die Bildung –, die ebenfalls schon seit längerem von der Bundesregierung als Priorität ausgewiesen sind. Zum anderen sind auf diesem Feld bereits Mittel von 1 Milliarde DM zusätzlich auf Bundesebene eingesetzt worden.

Ihre Forderung aber, dass die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern bestimmen soll, in welche konkreten Projekte diese Bundesmittel zu fließen haben, geht doch wohl über unsere Kompetenzen hinaus. Über die Details der Mittelvergabe wird in der Bundesregierung und im Bundestag richtig gestritten werden und da wird es auch hart zur Sache gehen, aber wir haben da nur ein beschränktes Mitspracherecht.

An dieser Stelle sei aber der Hinweis gestattet, dass Ihre Schwesterpartei CSU, namentlich Herr Stoiber, etwas ganz anderes vorhat als Sie nämlich.

(Jürgen Seidel, CDU: Na, das kann ja sein.)

Herr Stoiber möchte die Tilgung des Fonds deutscher Einheit damit bewältigen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil dann auch die Länder entlastet werden.)

Würde die Bundesregierung dem folgen, dann würden die neuen Länder dabei völlig leer ausgehen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Herr Merz, der glücklose Fraktionschef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Das wird sich erst noch erweisen.)

empfiehlt demgegenüber, nicht nur die Erlöse, sondern auch die Zinsgewinne in die Schuldentilgung zu stecken.

Wenn Sie allerdings in Ziffer 4 die Vorlage einer Liste potentieller Verkehrsprojekte fordern, die im Rahmen der Zinsgewinnverteilung in Projekte der Länder gehen, so verkennen Sie offensichtlich ein normales Verhandlungsverfahren. Abgesehen davon, dass alle potentiellen Ausbaumaßnahmen im Bundesverkehrswegeplan verankert sind, können Sie sicher sein, dass die Landesregierung versuchen wird, so viele Projekte wie möglich zu beschleunigen. Und gestern hat es ja dazu schon konkrete Ergebnisse gegeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zu den vier Umgehungsstraßen kommen ja noch zwei dazu, nämlich Anklam und Greifswald, die aus diesen Erlösen zum Teil mit finanziert werden sollen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist auch schön.)

Ihre in Ziffer 5 angeregte Stiftung „Bildung 2000“ hört sich zunächst sicher gut an, jedoch würde so ein Projekt – abgesehen von der Entscheidungszuständigkeit des Bundes – wohl weniger Wirkung erzielen als eine direkte Förderung von konkreten Investitionen in Bereiche des Bildungssektors. In Anbetracht der Erfahrungen mit dem Zwangsarbeiterfonds ist der Appell an die Wirtschaft, sich an einem Bildungsfonds zu beteiligen, angesichts fehlender Hebel zur Durchsetzung eher populistisch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach ja, Frau Keler!)

Bis hierher ist Ihr Antrag dennoch einigermaßen nachvollziehbar, wenn auch überflüssig. Ihr Vorschlag aber, den Spitzensteuersatz schon im kommenden Jahr auf 42 Prozent abzusenken, bringt eigentlich das Fass zum Überlaufen.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Ich frage mich wirklich, Herr Seidel, haben Sie Ihren Antrag nicht durchgerechnet? Wir haben es Ihnen gestern ja schon gesagt, wir haben es Ihnen heute früh gesagt und ich sage es Ihnen noch mal, auch wenn Sie es wahrscheinlich gar nicht so gerne hören: Das Vorziehen des Spitzensteuersatzes bereits auf das Jahr 2001 mit 42 Prozent würde alleine dem Landeshaushalt zusätzlich 240 Millionen DM Mindereinnahmen bescheren.

(Jürgen Seidel, CDU: Frau Keler, wenn ich mich recht erinnere, haben Sie doch auch schon mal was über den Steuereffekt der Reform erzählt.)

Ja, Herr Seidel, aber wir haben jetzt schon 499 Millionen DM, davon absolut 203 Millionen DM weniger als im Jahr 2000. Wenn Sie jetzt noch mal 240 Millionen DM zusätzlich draufpacken, dann würde das bedeuten, wir müssten mit der Nettokreditaufnahme hochgehen, denn zusätzlich Luft haben wir nicht im Haushalt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach?! Na klar haben Sie Luft im Haushalt.)

Oder aber Sie müssten jetzt mal sagen, welche Programme Sie konkret streichen wollen. Gestern schon

wollten Sie Verschlechterungen von 203 Millionen DM beschließen. Deckung bieten Sie nicht – wozu auch, Sie sind die Opposition. Aber wenn Sie so weitermachen, bleiben Sie es auch, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Norbert Baunach, SPD – Harry Glawe, CDU: Jaja. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das lassen Sie mal unsere Sorge sein!)

Ihre Anträge und Ihre Beiträge in dieser Landtagssitzung zeigen eigentlich nur, dass Hans Eichel auch da Recht hat, wenn er formuliert: „Die Schwarzen können schwarze Zahlen nur aus schwarzen Kassen schreiben, aus der Staatskasse schreiben sie nur rote.“

(Harry Glawe, CDU: Meinen Sie, das reicht? Das reicht doch bei weitem nicht.)

Dass dies auch die Bevölkerung so wahrgenommen hat, das haben Sie ja gespürt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Vorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Gramkow.

**Angelika Gramkow,** PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Punkt 1. Natürlich halten auch wir nach wie vor die Rückführung der Neuverschuldung für eine vordringliche Aufgabe. Das haben wir mehrfach erklärt und es ist unstrittig, dass eine hohe Verschuldung letztendlich bedeutet, Handlungsspielräume einzuschränken. Sie bedeutet gleichzeitig immer eine Umverteilung zugunsten der Gläubiger der Schuldner dieses Staates.

Punkt 2. Erlöse, die nicht geplant waren, wie wollen wir sie verwenden? Und da werden wir uns etwas unterscheiden von dem, was die CDU und auch Frau Finanzministerin hier vorgetragen haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie meinen Sie das? – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist lebendige Demokratie.)

Richtig ist, und da stimmen wir zu, die Erlöse sollten vordringlich für den Schuldenabbau genutzt werden. Aber wir halten es nicht für angemessen, die Einmaleinnahmen aus der Versteigerung der Lizenzen komplett zur Schuldenentilgung zu verwenden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir sind der Ansicht, 90 Milliarden DM der 100 Milliarden DM reichen aus, was bei einer Gesamtverschuldung des Bundes von 2,2 Billionen DM machbar sein müsste. Denn wir sind der Ansicht, nicht nur Schulden, auch ungelöste gesellschaftliche Probleme gefährden die Zukunft nachfolgender Generationen und schränken Handlungsspielräume ein. Deshalb wären wir dafür, und ich bin heute Morgen schon einmal darauf eingegangen, dass aus diesen dann zur Verfügung stehenden Erlösen nachgeholt wird die im Jahr 2000 ausgefallene und für 2001 nicht berücksichtigte nettolohnbezogene Anpassung der Renten, der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

Hieraus entstehen Kosten von 3,8 Milliarden DM. Wir wären dafür, eine kommunale Investitionspauschale in den

neuen Bundesländern und in strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer zur Finanzierung von Maßnahmen im soziokulturellen Bildungsbereich aufzulegen. Kosten: 3 Milliarden DM. Und wir wären dafür, dass endlich die Alt-schulden auf leer stehende Wohnungen im Osten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Wohnungsunternehmen gestrichen werden. Kosten: 3 Milliarden DM.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

De facto könnten 90 Milliarden DM rückgeführt werden in den Schuldentopf.

Zu den Punkten 3 und 6 Ihres Antrages, zur Verwendung der jährlichen Zinseinsparung. Auf keinen Fall wären wir dafür, die jährlichen Zinseinsparungen zur Finanzierung der Absenkung des Spitzensteuersatzes – auch so könnte man Ihren Antrag lesen – zu verwenden, sondern wir sind schon dafür, dass sie zugunsten ganz bestimmter Projekte eingesetzt werden. Ich finde im Übrigen den Vorschlag der Bundesbildungsministerin – für jeden Schüler einen Laptop – hervorragend. Insofern könnten wir schon mit dem Punkt 3 Ihres Antrages mitgehen. Dass Sie allerdings von mir verlangen, die Senkung des Spitzensteuersatzes von 42 Prozent, die ich für völlig inakzeptabel halte, auch noch vorzuziehen – da hätten Sie sich von vornherein denken können, dass wir Ihren Antrag ablehnen, meine Herren und Damen von der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Riemann.

**Wolfgang Riemann,** CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Gramkow, wo ist Ihr Antrag heute hier auf dem Tisch zur Verwendung der UMTS-Erlöse?

(Reinhard Dankert, SPD: Der ist ja im Bundestag.)

Wo ist Ihre Kabinettsvorlage, Frau Gramkow?

(Angelika Gramkow, PDS: Also dafür bin ich wirklich noch nicht zuständig. – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Wo haben Sie dieses thematisiert? Oder haben Sie hier einfach nur eine Schaufensterrede gehalten ohne einen Handlungstatbestand?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Seit wann macht Frau Gramkow Kabinettsvorlagen? – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das vermisste ich bei Ihnen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie scheinen noch immer nicht zu wissen, was Gewaltenteilung ist.)

Sie ziehen landauf, landab und sagen, das wollen wir gerne, aber Ihre Taten hier in Schwerin sehen ganz anders aus.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir haben die entsprechenden Anträge in den Bundestag eingebracht.)

Herr Ringstorff hat ja heute früh gesagt, die Opposition redet das Land schlecht. Frau Keler sagt, Anträge der Opposition sind überflüssig, populistisch.

(Annegrit Koburger, PDS:  
Ist nicht durchfinanziert.)

Aber, meine Damen und Herren, die SPD will überhaupt nichts und sie kriegt auch nichts.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Aber die PDS kriegt.)

Und, Frau Keler, die Roten fliegen auf Steuerzahlerkosten in den Urlaub und lassen sich Hochzeiten von Brautereien sponsern,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Was? Was? Was ist denn das?)

auch das nehmen Sie bitte zur Kenntnis.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Hans im Glück“ titelte eine große Zeitung nach dem Verkauf der UMTS-Lizenzen.

(Heinz Müller, SPD: Sie lassen sich Ihre Besucherreisen von den Städten bezahlen.)

100 Milliarden DM mehr für die Senkung der Bundes-schuld, Herr Müller. Zinersparnis Jahr für Jahr mehr als 5 Milliarden DM. Richtig ist, dass mit den Erlösen die Neuverschuldung zurückgeführt wird. Wichtig ist auch, dass bestehende Verbindlichkeiten abgebaut werden. Darauf zielen Punkt 1 und 2 unseres Antrages, denn die Begehrlichkeiten, Frau Finanzministerin, sind über alle Fraktionen groß, sie waren groß und sie sind immer noch groß. Ihre Rede hat es bewiesen.

Aber, Frau Gramkow, ich sage Ihnen auch, den Rentenbetrug der Regierung Schröder damit rückgängig zu machen, dafür werden Sie bei uns keinen Mitstreiter finden. Das, bitte schön, muss er selber wieder gutmachen im Rahmen seines normalen Haushaltes. Wahlversprechen sind einzuhalten, meine Damen und Herren.

Der Punkt 3 gibt die Zielrichtung der Verwendung der Mittel aus der Zinersparnis von circa 5,5 Milliarden DM vor. Verkehrsbezogene Infrastruktur – der Nachholbedarf in den neuen Bundesländern ist groß. „Schröder hält Wort“ titelte die „Ostsee-Zeitung“ heute. Wo hält er denn Wort, meine Damen und Herren? Die Ortsumgehung Anklam sollte doch in 2002 fertig werden – erst vor wenigen Wochen hat der Leiter des Straßenbauamtes Stralsund das dargestellt –,

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

planmäßig ebenfalls die Südumgehung von Greifswald. Hier wird nichts vorgezogen. Sie sind im Bau, Frau Keler. Das wissen Sie genauso gut wie ich auch.

(Ministerin Sigrid Keler: Herr Riemann, Sie sind ... So was von Frechheit habe ich noch nie gehört!)

Gleiches in Stralsund.

Wo ist denn da ein Vorziehen? Wo ist die Zusage von Schröder zum Ausbau der Eisenbahnstrecke Rostock–Berlin? Schröder will sich dafür einsetzen, hat er gesagt, aber nach eigenem Bekunden ist er kein Bahningenieur.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Herr Kohl war auch kein Bahningenieur.)

Heute die Tickermeldung: Die Bahnstrecke zwischen der Hansestadt Hamburg und Berlin wird ausgebaut, am Land Mecklenburg-Vorpommern vorbei.

(Andreas Bluhm, PDS: Na, na!)

Längst geplante Vorhaben als Versprechungen reichen nicht mehr aus.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Hier ist meines Erachtens und nach Auffassung meiner Fraktion kraftvolle Interessenvertretung für unser Land gefordert.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Bildung ist eine zukunftsentscheidende Frage. Herr Bluhm, da werden Sie mir sicherlich zustimmen.

(Andreas Bluhm, PDS: Richtig! Ja, jawohl!)

Herr Seidel hat schon ausgeführt, dass eine Stiftung ein richtiger Schritt für die Lösung dieser Zukunftsfrage sein kann. Dies kann aber nur ein Schritt sein, Frau Gramkow. Dies kann nur ein Schritt sein.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Ich hatte mich dazu nicht geäußert.)

Mehr Mittel im Landeshaushalt, Fortführung von Bundesprojekten – das wäre wünschenswert. Wir werden sehen, wo sich der Bund zurückzieht, und wir werden sehen in den Haushaltsberatungen, wie Sie sich zu den Zukunftsfragen zur Bildung hier im Haushalt selber stellen.

Der vierte Punkt beinhaltet eine Reihe von neuen Projekten und die Beschleunigung von Projekten. Vorstellbar, meine Damen und Herren, wäre beispielsweise eine frühere Fertigstellung der A 20 und der A 241 und beispielsweise die versprochene Umgehungsstraße in Wolgast endlich anzufangen

(Norbert Baunach, SPD: Das würde ich mir jetzt aber noch überlegen mit Wolgast.)

oder die Schienenanbindung der Insel Usedom über Ducherow und Karnin zu planen und dann auch in einem absehbaren Zeitraum zu beginnen. Aber davon war gestern in Neustadt-Glewe wohl nicht die Rede.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nee, war nicht die Rede. Das war doch auch nicht die Veranstaltung „Wünsch dir was!“.)

Herr Müller, Sie haben sich ja gestern schon lustig gemacht, dass dieser Antrag im Punkt 6 die Kommunen noch ärmer macht.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Herr Müller, wenn Sie sich ein bisschen in der Steuer-systematik auskennen würden, aber Lehrern, weiß ich, fällt das naturgemäß schwer, Herr Müller, ...

(Heinz Müller, SPD: Na, Sie als Bauer!)

Herr Müller, wenn Sie sich ein bisschen in der Steuer-systematik auskennen würden,

(Ministerin Sigrid Keler:  
Ja, Sie als Steuerexperte.)

wüssten Sie, dass genau der umgekehrte Effekt eintritt. Gern verweisen Frau Keler und die Sozialneidträger von

SPD und PDS bei der Absenkung des Spitzensteuersatzes darauf, dass Reiche allein bevorteilt werden. Was SPD und PDS immer wieder vergessen und vor allem verschweigen, ist, dass mit der Steuersenkung für alle Steuerzahler die Last weniger wird und damit die Kaufkraft und Binnennachfrage steigt. Das, Herr Müller, bringt auch wieder mehr Steuereinnahmen für Gemeinden, das Land und den Bund.

(Der Abgeordnete Heinz Müller meldet sich für eine Anfrage.)

Herr Eichel selbst hat von einer Selbstfinanzierungsquote der Steuerreform gesprochen und auch Frau Keler hat davon schon gesprochen, aber wenn es die CDU sagt, ist es natürlich unseriös und unfinanzierbar,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

weil das ja die Opposition sagt. Wenn man es selber sagt, ist es richtig und wahr und dann stimmt das auch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter Riemann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

**Wolfgang Riemann, CDU:** Ja.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Herr Müller.

**Heinz Müller, SPD:** Herr Riemann, Ihnen ist doch sicherlich bekannt, dass die Gemeinden an den Einkommenssteuereinnahmen mit 15 Prozent beteiligt sind? Dies würde, so, wie Sie sie vorschlagen, nach meiner Schätzung für die Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern pro Jahr einen Einnahmeausfall von 80 Millionen DM bedeuten. Können Sie mir bitte sagen, wie Sie den decken möchten?

**Wolfgang Riemann, CDU:** Ja, Herr Müller, das kann ich Ihnen sagen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Müller, bitte warten.

**Wolfgang Riemann, CDU:** Sie müssten dann schon bitte stehen bleiben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Herr Müller, es ist durchaus möglich. Und auch das hat in Ihrer Partei eine große Rolle gespielt, nämlich bei Herrn Lafontaine, als er gesagt hat, wir können aufkommensneutral Steuerveränderungen festlegen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

indem man nämlich Steuervereinbarungen so gestaltet, dass damit auch die Erlöse wieder reinkommen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

aber Sie sind ja nicht dazu bereit.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Das hat Herr Lafontaine gesagt?)

Und wenn Sie ein bisschen über Ihren vorpommerschen Tellerrand hinausgucken, sehen Sie, Herr Müller, international

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

ist der Beweis schon längst angetreten worden, dass eine Steuersenkung zu Steuermehreinnahmen führt, nur bei der Landesregierung und bei Teilen der Bundesregierung ist dieses noch nicht angekommen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Riemann, erlauben Sie noch eine weitere Zwischenfrage?

**Wolfgang Riemann, CDU:** Aber natürlich, Herr Präsident.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Herr Müller.

**Heinz Müller, SPD:** Herr Riemann, habe ich Sie also richtig verstanden, dass die Steuersenkung für Sie unmittelbar zu einer Steuermehreinnahme führen wird?

**Wolfgang Riemann, CDU:** Herr Müller, man kann eine Aufkommensneutralität im Steuerrecht erreichen, man muss es nur wollen. Sie können Ihre Steuererklärung nicht mehr alleine machen, ich auch nicht. Ich mache sie zwar noch mit Hängen und Würgen,

(Heiterkeit bei den Abgeordneten – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

aber es ist dermaßen schwierig, dass natürlich, Herr Müller, dann auch Steuern wieder mehr kommen. Und dass das auch möglich ist, haben andere Länder bewiesen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Schönen Dank, Herr Riemann, für diese interessante Rede.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Da der Abgeordnete Herr Bräunig auf seine Rede verzichtet, schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1494. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der CDU auf Drucksache 3/1494 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Unterrichtung zu altersgerechtem und betreutem Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1191.

#### **Unterrichtung durch die Landesregierung: Unterrichtung zu altersgerechtem und betreutem Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/1191 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort die Sozialministerin Frau Bunge. Bitte sehr, Frau Ministerin.

**Ministerin Dr. Martina Bunge:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wohnen im Alter ist ein zentrales Thema der zukünftigen Wohnungspolitik in unserem Land, vor allem wegen der demographischen Entwicklung. Ich habe heute beim Gesundheitsbericht dazu schon etliche Ausführungen gemacht. Deshalb erspare ich mir das an dieser Stelle.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine Zahl nur: Wenn man allein die über 60-Jährigen nimmt – man sieht auch hier das Schicksal der Sozialberichterstattung, ein anderer Erfassungsrahmen, im Rahmen des Arbeitsministeriums geht man von den über 60-Jährigen aus, wir im Sozialbereich von den über 65-Jährigen –, werden es 2020 rund 30 Prozent sein. Da zeigt sich natürlich die Brisanz. Und eines ist klar: Mit dem Alter nimmt die Bedeutung der Wohnung und des engeren Wohnumfeldes in dem Maße zu, wie der Bewegungsradius abnimmt. Geeignete Wohnangebote für ältere Menschen müssen daher ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigen.

(Herbert Helmrich, CDU: Ah ja!)

Ältere Menschen möchten so lange wie möglich in der eigenen Wohnung und im angestammten Wohnumfeld leben. Sie benötigen Wohnungen, die durch Gestaltung und Ausstattung verbunden mit flexiblen und bedarfsorientierten Betreuungs- und Pflegeangeboten ein eigenständiges Wohnen bis ins hohe Alter ermöglichen.

Eine spezielle Definition von altengerechtem Wohnen mit Betreuungsangebot gibt es nicht.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Im Land werden unterschiedliche Wohnmodelle verschiedener Träger als betreutes Wohnen bezeichnet. Diese Modelle reichen von normalen Wohnungen mit einfachen hauswirtschaftlichen Dienstleistungen bis hin zu speziellen altengerecht zugeschnittenen und ausgestatteten Wohnungen, bei denen den Nutzerinnen und Nutzern eine umfassende Vollbetreuung zuteil wird. Gemeinsam haben die verschiedenen Wohnmodelle die Leistungsabsicherung durch private Pflegedienste oder durch Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Die Betreuung wird zum Beispiel durch Sozialstationen beziehungsweise Pflegedienste oder über geeignete, innerhalb der Wohnanlage vorhandene Einrichtungen durchgeführt. Daher ist aber auch eine landesspezifische Bestandsaufnahme von altengerechten Wohnungen und damit eine Bedarfseinschätzung schwierig.

Im Rahmen der Wohnungs- und Gebäudezählung 1995 erfolgte keine spezielle Erhebung zu altengerechten Wohnungen. Auch beim Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, dessen Mitgliedsunternehmen Eigentümer von circa zwei Dritteln aller Mietwohnungen im Land sind, werden diese Wohnungen nicht gesondert erfasst. Es war daher nur möglich, in dem Bericht die Anzahl der mit Hilfe von Landesfördermitteln hergestellten altengerechten Wohnungen anzugeben.

Eine von der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie über die soziale Situation in den Großwohnsiedlungen hat ergeben, dass die Wohnzufriedenheit bei älteren Menschen bei rund 95 Prozent – und damit deutlich höher als bei jüngeren Menschen – liegt. Diese positive Bewertung der Wohnsituation ist unter anderem auch auf die seit 1991 vom Land geförderten Sanierungsmaßnahmen zurückzuführen, die nachhaltig zu einer Verbesserung der Wohnqualität in den Großwohnsiedlungen beigetragen haben.

Die breit gefächerten Landeswohnungsbauprogramme sehen den gezielten Einsatz von Landesfördermitteln für die Schaffung altengerechter barrierefreier Wohnungen vor. Ergänzend stehen dazu Landesfördermittel zum nachträglichen Anbau von Personenaufzügen sowie zur

Verbesserung des Wohnumfeldes, zum Beispiel für barrierefreie Zuwegungen bis zu den Wohnhäusern, für geordnete Pkw-Stellflächen bis letztlich hin zu gepflegten Grünanlagen zur Verfügung. Die Förderung des Mietwohnungsbaus erfolgt ausschließlich für den Neubau von altengerechten Wohnungen mit Betreuungsangebot. Gefördert wird die Schaffung von Miet- oder Genossenschaftswohnungen, die in engem räumlichen Zusammenhang mit Sozialeinrichtungen oder Dienstleistungsangeboten geeigneter Träger stehen. Die Landeshilfen ermöglichen die Schaffung spezieller Wohn- und Versorgungsangebote für ältere Menschen, die selbständiges und selbstbestimmtes Wohnen in Verbindung mit bedarfsgerechter frei wählbarer Pflege und Hilfe möchten. Damit bleibt den Bewohnerinnen und Bewohnern die notwendige und gewünschte Selbständigkeit erhalten. Es werden aber auch Möglichkeiten einer zeitweiligen notwendig werdenden Kurzzeitpflege ohne Wohnraumwechsel und damit Heimunterbringung eröffnet.

Geförderte altengerechte Wohnungen mit Betreuungsangebot sind barrierefrei nach den jeweils gültigen DIN-Vorschriften zu planen und auszustatten. Die Wohnungen sollen zweckmäßig und rationell zugeschnitten sein. Die Benutzung von Gehhilfen und damit verbundene größere Abstands- und Bewegungsflächen müssen bei der Planung berücksichtigt werden. Altengerechte Wohnungen mit Betreuungsangebot werden sowohl in einem Wohngebäude im Zusammenhang mit allgemeinen Mietwohnungen für Familien mit Kindern als auch in speziellen Seniorenwohngebäuden errichtet. Voraussetzung ist jeweils die Gewährleistung einer ausgewogenen sozialen Betreuung.

Für die soziale Integration älterer Menschen ist die Wohnungsumgebung mit entsprechend angepassten Dienstleistungs- und Verkehrsstrukturen von großer Bedeutung. Wir befürworten Wohnungen in zentraler und doch ruhiger Ortslage.

Gleichzeitig mit den Wohnungen sind, wenn nicht bereits schon vorhanden, Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen. In diesen Gemeinschaftseinrichtungen erfolgt die soziale und pflegerische Betreuung. Bestandteil der Gemeinschaftseinrichtungen sind aber auch Altenbegegnungsstätten, die gleichzeitig für ältere Menschen im Wohngebiet offen sind.

Insgesamt wurden von 1992 bis 1999 rund 225 Millionen DM Landesfördergelder und davon rund 4.300 altengerechte Wohnungen geschaffen. Das sind durch Neubau rund 2.200 Wohnungen mit Betreuungsangebot, 650 Wohnungen wurden aus dem Bestand durch Umbaumaßnahmen an die besonderen Wohnanforderungen älterer Menschen angepasst und rund 1.450 Wohnungen wurden im Rahmen des generationsverbundenen Wohnens im Familienheim geschaffen, das heißt Leben von Alt und Jung unter einem Dach durch den Bau einer zweiten Wohnung. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich beide Generationen entsprechend ihrer Möglichkeiten gegenseitig unterstützen können. Für die Älteren sind familiäre Betreuung und Hilfe bis zum Lebensabend durch die Familie gesichert und auch, wenn möglich, gern gesehen.

Für den Bau von 31 Gemeinschaftseinrichtungen zur Betreuung der älteren Mitbürgerinnen und -bürger in Verbindung mit altengerechten Wohnungen wurden vom Sozialministerium rund 6 Millionen DM bereitgestellt zu den 225 Millionen DM Landesfördergeldern.

Die demographische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass noch eine große Anzahl an altengerechten Wohnungen mit Betreuungsangebot erforderlich ist, um den tatsächlichen Bedürfnissen und Vorstellungen der heutigen und künftigen Senioren generationen gerecht zu werden. Die Inanspruchnahme der Landeswohnungsbauprogramme belegt dies eindrucksvoll. In der Bewilligungspraxis streben wir künftig an, die regionalen Differenzierungen in der Altersstruktur stärker zu beachten.

Insgesamt ist festzustellen, die Landesregierung trägt den wachsenden Bedürfnissen der älteren Menschen nach entsprechenden Wohnungen durch den Bau von altengerechten Wohnungen mit Betreuungsangebot Rechnung. Bereits im Jahr 1999 wurde die Zahl der geförderten altenbetreuten Wohnungen im Vergleich zu 1998 um 150 Wohnungseinheiten auf 500 erhöht. Im Landeswohnungsbauprogramm 2000 stehen erneut rund 40 Millionen DM Fördermittel für 500 altenbetreute Wohnungen bereit. Eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zu sozialverträglichen Preisen ist stets eine vorrangige Aufgabe staatlicher Politik. Aus diesem Grund hat die Förderung altengerechter und betreuter Wohnungen für die Landesregierung hohe Priorität. – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Glawe, Sie haben das Wort.

**Harry Glawe, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es heute kurz machen. Die Unterrichtung zu altengerechtem und betreutem Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern unterstreicht, dass die Seite-Regierung in acht Jahren eine hervorragende Politik gemacht hat, dass Sie als die Nachfolger gute Grundlagen haben, die Dinge auf den Weg zu bringen. Frau Bunge hat einige Dinge genannt. Das Wichtigste ist: Die demographische Entwicklung zwingt uns dazu, in besonderer Weise älteren Menschen Angebote zu machen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Dabei geht es darum, dass man in der eigenen Wohnung leben kann, dass man altersgerechtes Wohnen haben kann, dass man auch Sozialstationen privater wie auch gesellschaftlicher Organisationen in Anspruch nehmen kann, dass man auch in Heimen seinen Lebensabend verbringen kann, und dazu, denke ich, hat die Regierung Seite in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung die Grundlagen für Ihr weiteres Handeln gelegt.

Meine Damen und Herren, vielleicht zwei, drei Dinge, die ich hier noch erwähnen will. Unter der CDU-geführten Regierung haben wir es immerhin geschafft, dass die Sanierung der Fenster, Dächer, Heizungen und Sanitärausstattungen in den Häusern zu 85 Prozent erreicht worden ist. Ich denke, das ist eine bemerkenswerte Leistung. Ich will sie hier extra noch mal nennen. Eine ganz wichtige Aufgabe für die Zukunft ist es, dass Kreisentwicklungspläne aufgestellt werden. Da sind ja viele Kreise jetzt dabei, um die Dinge voranzubringen.

Ein letztes Wort noch: Ohne die Pflegeversicherung in Deutschland wären diese Erfolge letzten Endes nicht möglich gewesen. Und ich meine schon, dass auch die Pflegeversicherung zu vielen finanziellen Segnungen gerade in Ostdeutschland beigetragen hat.

Meine Damen und Herren, es wäre sicherlich richtig und wichtig, wenn man über weitere Daten nachdenkt, um

noch gezieltere Angaben zu haben. Immerhin haben wir ja im Land über 13.000 Alten- und Pflegeheimplätze. Auch diese müssen in Zukunft weiter beachtet werden und gut versorgt sein.

Ich bin mit der Unterrichtung weitestgehend einverstanden, denn es ist eine Bilanz der Regierung Seite. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Frau Seemann, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Auf Initiative der Koalitionsfraktionen wurde auf Drucksache 3/288 die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag eine Unterrichtung über Angebote für altersgerechtes und betreutes Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen. Zielrichtung des Antrages war, eine Unterrichtung zu erhalten, um zu prüfen, ob ambulante und stationäre Einrichtungen, ob betreutes Wohnen sowie Angebote der offenen Alten- und Behindertenhilfe im Land ausgewogen vorhanden sind.

Die Notwendigkeit, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, liegt auf der Hand. Ein Blick in die vom Statistischen Landesamt für Mecklenburg-Vorpommern herausgegebene Bevölkerungsprognose bis zum Jahre 2010 zeigt, dass der Anteil der älteren Personen an der Gesamtbevölkerung immer mehr zunimmt. Betrug der Anteil derjenigen ab 60 Jahre und darüber hinaus im Jahre 1999 noch 20,9 Prozent, so waren es im Jahre 2000 21,6 Prozent, 2005 sind es 22,8 und 2010 23,0 Prozent. Dass hierbei der Anteil von Frauen ständig zunimmt, ist mittlerweile auch bekannt. Auf die gesamte Entwicklung muss vorausschauend reagiert werden und da das Wohnen die Lebensqualität in hohem Maße bestimmt, muss hierauf auch ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Diesem Anliegen wird grundsätzlich mit der vorliegenden Unterrichtung Rechnung getragen. „Ältere Menschen sind Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Sie sind aufgrund ihres häufig eingeschränkten Handlungs- und Mobilitätsradius stärker auf die eigene Wohnung und das unmittelbare Wohnumfeld fixiert.“ So nachzulesen in der Unterrichtung auf Seite 2.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, so einfach kann man sich das Problem dann aber doch nicht machen. Es ist bedauerlich, dass niemand bei der Erarbeitung der Unterrichtung auf die Idee gekommen ist, die Bevölkerungsprognose zu Rate zu ziehen. Ich weiß nicht, wer von den Abgeordneten, die hier noch im Hohen Hause mit Energie ihrer Tätigkeit nachgehen, bereits das 60. Lebensjahr vollendet hat oder es in Kürze tun wird. Wer von Ihnen würde sich in die Kategorie „alt“ einordnen? An dieser Stelle macht sich aus meiner Sicht mit Bedauern bemerkbar, dass die Datenerfassung von der Realität längst überholt worden ist. Es wird auf der einen Seite davon geredet, das Lebensarbeitsalter von Frauen zu erhöhen, weil sie ebenso wie Männer auch eine längere Lebenserwartung haben, auf der anderen Seite stufen wir jeden und jede ab 60 Jahre relativ undifferenziert in die Kategorie „alt“. Bis auf wenige Ausnahmen sind jedoch die 60- bis 70-Jährigen heute noch sehr aktiv, wenn auch aufgrund der Arbeitsmarktlage nicht im Beruf, so doch im Ehrenamt, in der Familie oder für sich ganz persönlich.

Also muss sich um die danach folgenden Jahre gekümmert werden und da wird es richtig spannend. Lassen Sie mich nur einige Zahlen nennen: 1999 betrug der Anteil der über 70-Jährigen an der Gesamtbevölkerung noch 8,64 Prozent, im Jahre 2000 waren es bereits 9,02 Prozent, 2005 werden es 10,82 Prozent sein und im Jahre 2010 13,10 Prozent.

Meines Erachtens muss viel zielgerichteter auf die Differenzierung des Alterwerdens mit entsprechenden Maßnahmen reagiert werden. Die Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit setzt zwar insgesamt später ein, aber dann auch spezieller und intensiver. Ich nenne nur das Stichwort „Demenz“. Hierauf hätte doch schon längst verstärkt reagiert werden müssen, und zwar nicht nur im Rahmen der stationären, sondern auch der ambulanten Pflege. Die neue Bundesregierung bemüht sich derzeit um Lösungen, aber da in den Jahren vorher zu wenig auf diese Entwicklung geachtet worden ist, gestaltet sich dieses jetzt schwierig.

Meine Damen und Herren! Unabhängig von meiner Kritik an der Datenerfassung, die ich nun schon häufiger angeführt habe, wird insgesamt in der Unterrichtung deutlich, dass noch eine große Zahl an altengerechten Wohnungen erforderlich ist, um den tatsächlichen Bedürfnissen und Vorstellungen der heutigen und künftigen Seniorengenerationen gerecht zu werden. Dies entspricht auch den Aussagen und Erfahrungen der Verbände. Die älteren Menschen im Land leben überwiegend in Wohnungen ohne besondere altengerechte Gestaltung beziehungsweise Ausstattung. Dies liegt natürlich auch daran, dass ältere Menschen gerne in ihrer gewohnten Umgebung bleiben wollen. Es ist angesichts der immer höher werdenden Lebenserwartung daher erforderlich, die vorhandenen Wohnungen altengerecht um- beziehungsweise auszubauen und eine Betreuung im Hinblick auf soziale, pflegerische und hauswirtschaftliche Dienste zu organisieren. Insofern würde ich mich auch dem Vorschlag des BMFSFJ in der Broschüre „Betreutes Wohnen in Europa“ anschließen und statt von „betreutem“ Wohnen von „autonorem“ Wohnen sprechen.

Welch großen Nachholbedarf wir auch aus den vorangegangenen Jahren haben, wird deutlich, wenn man bedenkt, dass für den Bau von altengerechten Miet- und Genossenschaftswohnungen mit Betreuungsangebot 1999 Förderungsanmeldungen für circa 1.700 Wohnungen eingegangen sind, aber nur für circa 500 Wohnungen in dem Jahr Fördermittel bereitgestellt werden konnten, und das, meine Damen und Herren von der CDU – bevor Sie sich jetzt freuen –, waren schon deutlich mehr Wohnungen als im Durchschnitt der Vorjahre. Da waren es nämlich circa 250 jährlich. Es ist zwar lobenswert, dass in 2000 die Förderung auf gleich hohem Niveau fortgesetzt wird. Es bleibt aber die Frage, ob bei solch bekannter Diskrepanz zwischen Nachfrage und Angebot, die – und das betone ich noch einmal – offensichtlich auch dadurch zustande gekommen ist, dass in den Vorjahren nicht genug gemacht worden ist, die Förderung von altengerechten Wohnungen mit Betreuungsangebot nicht verstärkt werden müsste. Hier sehe ich persönlich doch Handlungsbedarf.

Im Bereich des Baurechts ist von den Regierungsfraktionen die Änderung der Landesbauordnung eingeleitet worden. Die Vorschriften über das barrierefreie Bauen werden künftig nicht nur den Erfordernissen der Menschen mit Behinderung mehr entsprechen, sondern auch

in noch stärkerem Maße als bisher den Bedürfnissen des Wohnens im Alter. Ich freue mich, dass unsere Vorschläge insoweit auch die Zustimmung des Landesseniorenbeirates finden.

Weiterhin unterstützte die Landesregierung mit dem in 1999 aufgelegten Landesprogramm zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur erstmals auch nichtinvestive Maßnahmen. Ziel der Förderung ist eine Erhöhung der Wohnqualität in den Großwohnsiedlungen durch die Bereitstellung von wohnwertverbessernden Maßnahmen. Förderungsfähig sind auch spezielle Angebote der Wohnungsunternehmen für ältere Menschen wie zum Beispiel Alltags- und Haushaltshilfen. Insgesamt stehen dafür 4 Millionen DM Landesförderungsmittel bereit. Dies begrüße ich ausdrücklich. Jedoch wäre es auch interessant zu wissen, wie hoch der Bedarf wirklich eingeschätzt wird. Angebote der Nachtpflege gibt es bisher nicht. Dies ist ein Thema, meine Damen und Herren, über das wir uns einmal unterhalten sollten. Warum gibt es diese Nachtpflege nicht? Besteht kein Bedarf oder findet sich niemand, der das leisten möchte?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht sehr ausführlich wird leider der Umfang der Betreuungsleistungen dargestellt. Dies macht aber gerade ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal der mannigfaltigen Angebote sowohl aus preislicher als auch aus inhaltlicher Sicht aus. Daneben wird bezüglich „Überblick und Inhalte der Angebote in der Pflege“ sowie an anderer Stelle auf den Landesaltenplan von 1998 hingewiesen. Es war aber nicht Sinn und Zweck der Unterrichtung, zwei Jahre alte Unterrichtungen zu wiederholen. Ich hätte mir schon eine augenblickliche Situationsbeschreibung gewünscht. „Mir fehlen konkrete Vorstellungen für einzuleitende Maßnahmen, damit der Plan nicht allgemeines Postulat bleibt, sondern tatsächlich etwas im Leben der älteren Generation bewirkt“, betonte die Abgeordnete Frau Dr. Tschirch in der 89. Sitzung am 24. Juni 1998 im Zusammenhang mit den Eckpunkten zum Landesaltenplan. Meine Damen und Herren, ich hätte das auch in diesem Punkt bei der vorliegenden Unterrichtung für sinnvoll gehalten.

Im Bereich der Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen wird darauf hingewiesen, dass die Aufstellung über vorhandene Angebote bei den Pflegekassen geführt wird und dort zur Einsichtnahme vorliegt. Die Zahlen müssten meines Erachtens doch auch dem Sozialministerium für seine Planung vorliegen. Wäre es so schwierig gewesen, diese mit aufzuführen?

Grundsätzlich werden in der Unterrichtung die wichtigsten Eckdaten und Erkenntnisse wiedergegeben, allerdings zum größten Teil in formloser, nebeneinander stehender Aufzählung. Eine Verknüpfung zwischen Sozialem und Wohnungswesen hätte es besser ermöglicht, Schlussfolgerungen für zukünftiges Handeln zu ziehen. Dies, meine Damen und Herren, war zwar nicht Inhalt des Antrages,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Und warum erzählen Sie dann so was?)

hätte jedoch zu einem umfassenderen Bild beigetragen. Gerade aber die besonders in dem Antrag herausgehobenen Punkte der offenen Alten- und Behindertenhilfe kommen hier viel zu kurz und ich finde, es reicht bei weitem nicht aus, das dieses im Landesaltenplan von 1998 nachzulesen sei, der, wie die Abgeordnete Frau Mahr

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Hätten Sie mal einen Antrag eingebracht.)

in der schon genannten Sitzung zu den Eckpunkten des Landesaltenplanes betonte, kein Dogma sei und an dem die Arbeit auch gemeinsam fortgesetzt werden sollte. Vielleicht wäre auch eine Definition zu altengerechtem und betreutem Wohnen sinnvoll gewesen, um sich daran in der Unterrichtung zu orientieren. Hilfreich hierbei hätte die von mir schon genannte Broschüre des BMFSFJ sein können.

Meine Damen und Herren! Unabhängig von dem vorher Gesagten denke ich, dass diese Unterrichtung uns Hinweise gibt, in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht, um die Wohn- und Lebensverhältnisse älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verbessern. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Müller von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Müller.

**Irene Müller,** PDS: Wertter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die uns vorliegende Unterrichtung hat doch einige Denkanstöße gegeben. Vieles wurde dazu schon gesagt. Mir gab es noch weitere Denkanstöße, denn im Zusammenhang mit unseren Diskussionen zur Landesbauordnung wissen Sie, dass ich eine unwahrscheinliche Verfechterin des barrierefreien Bauens bin.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und es ist kein Wunder, dass bestimmte Zahlen uns nicht gegeben werden konnten. Ich hatte schon mal recht sarkastisch gefragt: Altengerechtes Wohnen, betreutes Wohnen, behindertengerechtes, behindertenfreundliches – wer hat die Worte bloß erfunden und wo sind die Definitionen dafür?

Gewiss, vom sozialen Punkt sieht man es im Moment noch getrennt als Wohnungsbaupolitik. Aber die, die wir Betroffene sind, sehen das um Gottes willen überhaupt nicht getrennt und deswegen muss ich hier wieder sagen: Was um Himmels willen ist, so, wie es in der Unterrichtung steht, altengerechtes und barrierefreies Bauen? Wenn ich barrierefrei baue, dann ist es barrierefrei, und zwar im Sinne der Definition, barrierefrei in Richtung baulicher Barrieren und Kommunikationsbarrieren. Und dann brauche ich nichts Altengerechtes mehr. Was ist denn dann altengerecht? Baue ich dann etwa den Geruch von Rheumalbe und Vitamin-B-Komplex schon ein?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, in dem Moment, wo ich barrierefreie Wohnungen habe, brauche ich keinem Menschen eine altengerechte Wohnung zu bieten, denn er kann das machen, was er eigentlich im ureigensten Sinne möchte, nämlich in seiner Wohnung und in seinem Wohnumfeld verbleiben.

Die Landesregierung hat mit Recht in den vergangenen Jahren gesehen, dass es mit den barrierefreien Wohnungen im Land Mecklenburg-Vorpommern mehr schlecht als recht steht. Demzufolge wurde ein Sonderwohnungsbauprogramm aufgelegt, um altengerechte Wohnungen mehr zu fördern. Es sind aber barrierefreie Wohnungen. Und wenn ich auf der einen Seite als Regierung mit Fug und Recht sagen kann, dass ich Menschen mit geistiger Behinderung enthospitalisiere, dann frage ich Sie, wenn

Sie sich auf die Schulter klopfen für altengerechte Wohnghettos: Wer ist berechtigt, die älteren Menschen zu hospitalisieren? Sehen Sie sich doch bitte um! Freie Träger bauen Alten- und Pflegeheime – in Ordnung. Freie Träger sehen die Förderung von altengerechtem Wohnen, bauen diese Häuser gleich nebenan und wenn es dann noch für betreutes Wohnen eine Extraförderung aus dem Sozialministerium gibt, wird da gleich noch ein Block danebengebaut. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als Schaffung von Wohnraum, und zwar Schaffung von barrierefreiem Wohnraum.

Wir haben jetzt das Phänomen, dass freie Träger, die altengerecht gebaut haben, natürlich fast immer daneben schon das Altenpflegeheim hatten. Mit anderen Worten, sie haben das Klientel gleich auf dem Territorium, das dann ins Pflegeheim zieht, und demzufolge sind dort die Betten ausgelastet. Ich glaube nicht, dass das im Sinne von älteren Menschen ist. Ältere Menschen wollen solange sie können in ihrer Wohnung verbleiben. Und wenn in Neubrandenburg riesige Blöcke hochgezogen werden – altengerechtes Wohnen in Neubrandenburg-Süd – und demzufolge Menschen von Ost und Nord nach Süd ziehen, ist das gewiss auch damit verbunden, dass man sich von lieb gewordener Umgebung trennen muss.

Ich habe nichts dagegen, wenn weiter geguckt wird und gezählt wird und aufgelistet wird, wie sich die Bevölkerung in unserem Land entwickelt oder auch nicht entwickelt. Aber ich habe etwas dagegen, wenn von vornherein gesagt wird, mit dem Ansteigen der Zahl der alten Menschen brauchen wir in unserem Land mehr altengerechte Wohnungen. Nein, wir brauchen barrierefreie Wohnungen, so dass die Menschen da bleiben können, wo sie sind

(Georg Nolte, CDU: Und wie machen Sie das denn bei Neubaublocken, die noch da sind?)

und nur im Extremfall in die Ecken ziehen müssen, wo eben ganz spezifisch bestimmte Angebote gemacht werden. Dazu gehört auch das Wohnumfeld und dazu gehört auch, dass die Menschen zueinander kommen können.

(Zurufe von Georg Nolte, CDU, und Annegrit Koburger, PDS)

Und da bin ich bei einer ganz anderen wichtigen Sache. Das generationsverbundene Wohnen, meine Damen und Herren,

(Harry Glawe, CDU: Das steht doch alles im Wohnungsbauprogramm drin.)

so steht es in der Unterrichtung, bedeutet, dass in einem Mehrfamilienhaus eine Wohnung barrierefrei ist. Mit anderen Worten, ich sperre den, der die Barrierefreiheit braucht, in seine Wohnung und er muss im Familienheim drauf warten, dass die anderen zu ihm kommen. Meine Damen und Herren, ich weiß aber ganz genau, dass es sehr wohl Beispiele gibt, wo in einem Haus generationsverbunden gewohnt wird in der Art, dass es eben nicht nur eine Wohnung ist, die barrierefrei ist, sondern mehrere, denn gerade die Oma ist es vielleicht, die auch mal von der anderen Familie gebraucht wird, um nach dem Kind zu sehen. Dazu muss sie aber von ihrer Wohnung in die andere kommen können und nicht umgedreht.

Wir haben Länder um uns herum, in denen wird uns das vorgewohnt und vorgelebt, was ich hier propagiere. In Dänemark sind 95 Prozent behinderter und alter Men-

schen in ihren Wohnungen. Da sind sie nicht eingesperrt, weil die Wohnungen nicht zu begehen sind untereinander, sondern das barrierefreie Bauen hat dort ganz einfach schon einen ganz anderen Stellenwert als hier.

Überlegen wir uns also, ob wir weiter Geld ausgeben für massiven neuen Wohnungsbau an irgendwelchen Ecken außerhalb der Stadt, wo alte Menschen ghettoisiert werden, oder ob es vielleicht nicht viel günstiger wäre, dieses Geld einzusetzen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

um leer stehenden Wohnraum barrierefrei zu sanieren und demzufolge den Menschen die Möglichkeit zu geben zu wohnen, wo sie wollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich denke, ein ausgeglichenes Maß ist dabei vonnöten, und wir sollten uns nicht ganz einseitig auf behindertengerecht und altengerecht stürzen. Das gute Maß ist es. Eine steigende Anzahl von alten Menschen kann nicht bedeuten, dass Mecklenburg-Vorpommern aus Ghettos für alte Menschen besteht. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Schönen Dank, Frau Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/1191 verfahrensmäßig für erledigt erklären?

(Zurufe aus dem Plenum: Ja!)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, nur Zustimmung, dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 18. Oktober 2000, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18.12 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Till Backhaus, Dr. Gerhard Bartels, Rudolf Borchert, Dr. Ulrich Born, Renate Holzngel und Rainer Prachtl.